Dienstag, 11. November 1986 - D * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 263 - 46.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11. Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme: Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 550 TL

Heute in der WELT



Welche Studiumempfehlungen Professoren ihren Kindern geben

Was raten hochschulpolitische Profis ihren Kindern fürs Studium? George Turner, parteiloser Wissenschaftssenator in Berlin, zuvor Präsident der Universität Stuttgart-Hohenheim und Chef der Westdeutschen Rektorenkonferenz, sagt in der Hochschul-WELT, welche Tips er seinen drei Söhnen gegeben hat. Wer breit studiert und sich sehr gute Fremdsprachenkenntnisse aneignet, braucht sich, so Turner, durch düstere Berufsprognosen nicht abschrecken zu lassen. Seine Empfehlung: mindestens einmal die Hochschule wechseln. Seite 14

POLITIK

Warnstreiks: Mehrere tausend Zivilbeschäftigte bei den Stationierungs-Streitkräften in der Bundesrepublik haben gestern an Warnstreiks teilgenommen. Sie wollen damit die Forderungen der Gewerkschaft ÖTV nach Einkommenserhöhungen von 6,5 Prozent unterstreichen.

Peru: Aus den Gemeindewahlen in dem Land ist die sozialdemokratische APRA-Partei von Staatspräsident Alan Garcia als Sieger hervorgegangen. In Lima wird es erstmals einen sozialdemokratischen Bürgermeister geben. Jetzt steht die Linke Perus vor der Spaltung. (S. 7)

Abgesetzt: Einen Ausflug nach Bayern haben 14 polnische Touristen dazu genutzt, sich in München von ihrer Reisegruppe abzusetzen. Es ist der zweite Fall dieser Art innerhalb weniger Wochen. Schon Mitte Oktober waren 20 Polen aus einer Reisegruppe in München geblieben.

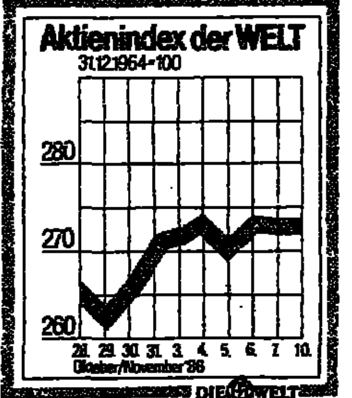
Island: Eine Fabrik, in der Wale verarbeitet werden, und zwei Walfangschiffe wurden in Reykjavik Ziele von Sabotageakten. Die radikale Umweltorganisation „Sea Shepherd" bekannte sich dazu, die Schiffe versenkt zu haben. Für die Beschädigung an der Fabrik gibt es noch keine Hinweise.

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Der Aufschwung in der Bundesrepublik ist nach Darstellung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall „auf hohem Niveau ins Stocken" geraten. Das Inlandsgeschäft befinde sich zwar weiter im Aufwind, doch das Exportgeschäft sei durch den niedrigen Dollarkurs belastet. Daher müsse die Metallindustrie jetzt vom Export auf den Inlandsmarkt umsteuern. Möglicherweise wird dabei Personal abgebaut. (S. 20)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte tendierten gestern uneinheitlich. Am Rentenmarkt führten Auslandsabgaben zu Rücknahmen bis 0,60 Prozent. WELT-Aktienindex: 273,92 (273,85). BHF-Rentenindex: 106,023 (106,063).

BHF-Performance-Index: 106,965 (106,976). Dollarmittelkurs: 2,0489 (2,0642) Mark. Goldpreis je Feinunze: 410,75 (408,20) Dollar.



KULTUR

Sehnsucht: Mit viel Aufwand und viel Gefühl hat Peter Stein an der Berliner Schaubühne Eugene O'Neills Stück vom „Haarigen Affen" inszeniert. Darin läuft ein Mensch in die Irre der Welt. Er scheitert an seiner Kraft und ungelenkten Sehnsucht. (S. 27)

Sizilien: Ausgrabungen können Besucher im ehemaligen normannischen Königspalast von Palermo bestaunen. Für Sizilien-Touristen ist die Visite eine Pflichtübung. Demnächst werden zahlreiche „Neuentdeckungen" ausgestellt. (S. 26)

SPORT

Tennis: Bettina Bunge aus Aschaffenburg hat sich trotz einer 1:6, 5:7-Niederlage gegen Hana Mandlikova (CSSR) im Halbfinale des Turniers von Worchester (USA) für das Masters-Turnier qualifiziert. (S. 12)

Handball: Bundestrainer Simon Schobel wird den 29 Jahre alten Erhard Wunderlich aus Milbertshofen nicht mehr für die Nationalmannschaft nominieren. Wunderlich spielte 139mal im Trikot des deutschen Teams. (S. 12)

AUS ALLER WELT



Besuch: Die FDP-Politikerin Irmgard Adam-Schwaetzer (Foto) hat in Pakistan Flüchtlingslager und Krankenhäuser besucht. Bei ihrer Heimkehr nahm sie vier kranke Kinder mit, die in der Bundesrepublik operiert werden. (S. 28)

Brücken: San Francisco feiert den 50. Geburtstag der Brücken, die das Leben der Stadt veränderten. Gemeint sind die silberne San Francisco-Oakland Bay Bridge, zumeist kurz Bay-Bridge genannt, und natürlich die Golden Gate-Brücke. (S. 28)

Leserbriefe und Personalien — Seite 10
Umwelt – Forschung – Technik — Seite 10
Fernsehen — Seite 26
Wetter: Weiterhin mild — Seite 28

SPD gibt ihr Wahlziel auf. Raus Strategie im Kreuzfeuer

Warnung vor Kandidaten-Diskussion / Schröder: Augen zu und durch

DW. Bonn

Einen Tag nach dem Wahldesaster von Hamburg hat in der SPD eine Diskussion über die Marschrichtung der Partei bis zur Bundestagswahl am 25. Januar eingesetzt. Dabei wurden die Schwierigkeiten deutlich, eine für die potentiellen Wähler glaubwürdige Strategie zu finden, die die Frage beantwortet, auf welche Weise die SPD möglicherweise eine Regierung bilden will. Es zeigte sich, daß die SPD-Spitze offenbar nicht mehr willens ist, das von SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau ausgegebene Ziel einer absoluten Mehrheit mitzutragen.

SPD-Fraktionschef Vogel sagte, für die SPD gelte es jetzt vor allem, eine Übermacht der Union bei der Bundestagswahl zu verhindern. Von der Verhinderung eines Sieges der Regierungskoalition war nicht mehr die Rede. Offenbar mit Blick auf die Glaubwürdigkeit des Kanzlerkandidaten erteilte Vogel im Deutschlandfunk einer Zusammenarbeit mit den Grünen genauso eine Absage wie einer Festlegung auf eine Koalition mit der CDU.

Nach einer Präsidiumssitzung hielt sich die Parteispitze gestern bedeckt. Rau selbst sagte am Morgen lediglich, die SPD müsse jetzt „noch mehr um Menschen werben". Über eine Strategie wolle er sich jedoch keine Gedanken machen.

Das Dilemma der SPD läßt sich an den Aussagen des niedersächsischen SPD-Fraktionschefs Schröder festmachen. Er übte deutliche Kritik an dem Streben der SPD nach einer absoluten Mehrheit auf Bundesebene. Damit habe sich die Partei „verrammelt". Resignation wurde in seinen Worten deutlich: „Mit diesem SPD-Kanzlerkandidaten und seinem Programm gibt es nur eine einzige Linie: Augen zu und durch." Allerdings dürfe niemand daran denken, jetzt Rau auszuwechseln und auf eine rot-grüne Koalition zu setzen. Schröder: „Es ist historisch noch nicht so weit, daß

SEITEN 2, 4 UND 5: Weitere Beiträge

wir für rot-grün mit Überzeugung eintreten können." IG-Chemie-Chef Rappe warnte seine Partei davor, „nach der Hamburger Wahlschlappe zu wackeln, das Ruder herumzureißen und etwa auf eine Koalition mit den Grünen zu setzen". Ziel müßten die „Wähler der Mitte" bleiben, sagte Rappe der „Bild"-Zeitung.

Für Schröder hat die SPD am 25. Januar offenbar nur eine Chance, wenn sie sich von dem Rau-Motto „Versöhnen statt Spalten" abwendet. Dieser Slogan könne nicht das letzte Wahlkampfmotto bleiben. Der Mangel an kräftiger Sprache, der in der SPD zur Zeit herrsche, desorientiere die eigene Mitgliedschaft.

In verklausulierten Worten hat der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine der SPD empfohlen, sich sein Erfolgsrezept zu eigen zu machen. Lafontaine hatte die Landtagswahl an der Saar für sich entscheiden können, weil er die Grünen durch eine starke Akzentsetzung bei „deren" Themen „aufgesaugt" hatte. Im Saarländischen Rundfunk sagte der Regierungschef, die SPD müsse deutlicher machen als bisher, daß sie auf den Gebieten der Kernenergie, des Umweltschutzes und in Abrüstungsfragen „nicht bezweifelbare Positionen" vertrete. Die SPD könne ihre politische Aussage nicht nur an dem Wahlergebnis ausrichten, sondern müsse in existentiellen Fragen das sagen, was sie für richtig halte. Langfristig führe ein solche Politik zum Erfolg, meinte Lafontaine.

Die FDP sieht keinen Anlaß zu einer politischen Kursänderung, obwohl sie den Einzug in das Landesparlament verfehlt hat. FDP-Sprecher Mahling sagte, das Hamburger Wahlergebnis habe gezeigt, daß ohne die FDP die Gefahr einer Mehrheit von SPD und Grünen bestehe.

Der Hamburger CDU-Spitzenkandidat Hartmut Perschau hat seine Feststellung vom Wahlabend bekräftigt, wonach zwischen der SPD und der CDU jetzt Gespräche über die Konsequenzen aus dem Wahlergebnis gezogen werden müßten. Die CDU sei zu einer Zusammenarbeit mit der SPD in Sachfragen bereit, sagte Perschau in einem WELT-Interview. Den Wahlerfolg der GAL nannte Perschau „ein bedrückendes Ergebnis, das alle verantwortungsbewußten Politiker in unserer Stadt zum Nachdenken über die Ursachen auffordert".

DER KOMMENTAR

Falsche Version

JÜRGEN LIMINSKI

In Damaskus muß die Freude groß sein. Gibt es heimliche Verbündete in Europa? Gleich drei Staatsmänner werden in einem Zeitungsgespräch als Zeugen für die syrische Version angeführt, wonach der israelische Geheimdienst zusammen mit Regimegegnern das vereitelte Attentat von London arrangiert habe.

Und rechtzeitig lassen Terrorgruppen in Beirut verlauten, daß sie aufgrund syrischer Vermittlungsbemühungen einige französische Geiseln freilassen wollen. Was fehlt noch, um das düstere Bild um den syrischen Präsidenten Assad aufzuhellen?

Seit der Verurteilung des Terroristen Hindawi in London kursieren Halbwahrheiten durch die westlichen Medien, wonach Assad größere Schwierigkeiten mit seinen Geheimdiensten habe. Gleichzeitig werden die Politiker nicht müde, auf die Schlüsselrolle Assads im Nahen Osten hinzuweisen.

Gewiß, Assad, bisweilen respektvoll der Bismarck der Araber genannt, hat interne Schwierigkeiten. Das ist in den unruhigen Militärregimen des Nahen Ostens, in denen die Macht sich auf einen oder nur wenige Köpfe konzentriert, nicht ungewöhnlich. Ungewöhnlich jedoch ist, daß westliche Politiker so bedingungslos auf diese Karte setzen wollen und dabei offenbar vor Praktiken nicht zurückschrecken, die andere wiederum dem zwielichtigen Bereich der Desinformation zuordnen. Denn daß Kohl und Genscher dem französischen Premier die syrische Version als ihre These aufgetischt hätten, ist nach allen verfügbaren Informationen so unwahrscheinlich wie ein Verzicht Frankreichs auf seine Grandeur.

Die Continental-Europäer tun in dieser Affäre nun das, was zweifellos geboten erscheint. Sie schweigen. Ihre Glaubwürdigkeit wird von dem beschlossenen Maßnahmenpaket unterstrichen. Syrien wird auf die eine oder andere Art schon besänftigt werden.

„Washington Times" klagt über Intervention aus Paris

Zeitung druckt das umstrittene Gespräch mit Chirac ab

DW/SAD. London

Die „Washington Times" hat gestern den Wortlaut des umstrittenen Gesprächs zwischen ihrem Chefredakteur Arnaud de Borchgrave und dem französischen Premierminister Jacques Chirac veröffentlicht.

In der redaktionell überarbeiteten Fassung des 90minütigen Gesprächs hatte es in der Freitagausgabe des Blattes geheißen, Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher hätten gegenüber Chirac erklärt, nicht Syrien, sondern der israelische Geheimdienst und mit ihm liierte syrische Regimegegner steckten hinter dem mißlungenen Anschlag auf eine El-Al-Verkehrsmaschine Ende April in London. Alle drei Politiker hatten mit Dementis reagiert.

Die entscheidende Passage des Bandmitschnittes gibt das Blatt folgendermaßen wieder: „... Lassen Sie uns die syrische Affäre betrachten. Ich habe mit Kohl und Genscher darüber gesprochen. Ich gehe nicht so weit wie sie, aber ihre These ist, daß der Hindawi-Plan (Hindawi ist der Jordanier, der von einem Gericht in London als Urheber des versuchten Anschlages verurteilt wurde) als eine Provokation entworfen wurde, mit dem Ziel, Syrien bloßzustellen und das Regime von (Präsident) Assad zu destabilisieren. Wer stand dahinter? Vermutlich Leute, die mit dem israelischen (Geheimdienst) Mossad in Verbindung standen, zusammen mit bestimmten syrischen Elementen aus der Umgebung Assads, die seinen Sturz wünschen ..."

In einem Vorspann schreibt die Zeitung, sie sehe sich zur Veröffentlichung gezwungen, weil Chirac zu seinen Bemerkungen (der eine angebliche Verstrickung des israelischen Geheimdienstes sowie syrischer Oppositioneller in Terrorakte nicht stehe Mitarbeiter des französischen Premierministers hätten sechs Versuche unternommen, Druck auszuüben, um die Wiedergabe zu verhindern.

Ein Mitarbeiter der „Washington Times" wurde nach London geschickt, um dort 200 Exemplare einer europäischen Sonderausgabe an die Teilnehmer der EG-Außenministersitzung zu verteilen, die über Sanktionen gegen Syrien beriet.

Seite 6: Die Reaktionen

Senat untersucht die Iran-Affäre

Mehrheitsführer Byrd kündigt Ausschuß an / Shultz dementiert Rücktrittspläne

FRITZ WIRTH, Washington

Außenminister George Shultz hat die Spekulationen über seinen bevorstehenden Rücktritt in äußerst knapper Form, nämlich mit einem einsilbigen „Nein", zurückgewiesen. Ein Sprecher des State Department ergänzte diese Antwort später mit der Bemerkung, daß diese Berichte auf „purer Spekulation" basierten.

Anlaß der Spekulationen war die Iran-Initiative des Weißen Hauses, die vor 18 Monaten begonnen hatte und angeblich Waffenlieferungen an Iran zur Freilassung amerikanischer Geiseln in Libanon einbezog. Die große und bisher unbeantwortete Frage ist, wie weit George Shultz in die Entscheidungsprozesse dieser Initiative eingeschlossen war, die vom Weißen Haus äußerst geheim gehalten wurde. Tatsache ist, daß derartige Waffenlieferungen im Widerspruch zu allen bisher öffentlich geäußerten Grundsätzen der amerikanischen Anti-Terrorismuspolitik und der amerikanischen Haltung gegenüber Iran stehen würden.

Der Vorsitzende des außenpolitischen Senatsausschusses, Richard Lugar, teilte mit, sowohl die Alliierten in Europa wie auch im Nahen Osten seien über die amerikanische Iran-Initiative informiert gewesen. Lugar nannte als Informanten dafür den Sicherheitsberater des Präsidenten, Admiral Poindexter, in dessen Händen die Iran-Initiative liegt.

Öffentlich dagegen verweigert das Weiße Haus weiterhin alle Auskünfte über diese Affäre. Donald Regan, der Stabschef des Präsidenten, versicherte lediglich: „Unser Verhalten in dieser Angelegenheit ist weder illegal noch unmoralisch. Ich bin sicher, daß die amerikanische Öffentlichkeit unser Verhalten billigen wird, wenn wir die Fakten offenlegen werden." Er ließ jedoch wissen, daß das nicht der Fall sein werde, bevor die verbleibenden amerikanischen Geiseln in Iran frei seien.

Im amerikanischen Kongreß regt sich immer schärfer werdender Protest gegen die Art der Iran-Operation des Weißen Hauses. Man wirft Reagan vor, diese Operation in die Hände des Nationalen Sicherheitsrates gelegt zu haben, um jeden Informationszwang des Weißen Hauses gegenüber dem Kongreß auszuschließen. Der neugewählte Mehrheitsführer des Senats, Robert Byrd, will eine Untersuchung dieser Iran-Affäre einleiten.

Zu den Kritikern des Weißen Hauses gehört auch der neugewählte einflußreiche Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Senats, Sam Nunn. Er erklärte: „Ich fürchte, daß die Terroristen aus dieser Affäre die Botschaft ableiten, daß es sich auszahlt, Amerikaner als Geiseln zu nehmen." Außerdem stelle sich hier die Frage, in wessen Händen die amerikanische Außenpolitik liegt.

Der ehemalige Außenminister Henry Kissinger meinte: „Grundsätzlich ist das Bemühen um eine Verbesserung unserer Beziehungen zu Iran als strategischer Schachzug wünschenswert. Wenn daraus jedoch ein Waffenhandel für Geiseln wird, melde ich stärkste Zweifel an. Waffenhandel mit einer Nation, die sich im Krieg befindet und deren Sieg gegen unsere nationalen Interessen ist, halte ich für unklug."

EG-Sanktionen gegen Syrien

DW. London

Elf der zwölf EG-Staaten sollen sich gestern bei der Außenministersitzung in London auf eine Reihe von Maßnahmen gegen Syrien geeinigt haben. Dabei handelt es sich um ein Waffenembargo, die Verminderung hochrangiger Kontakte mit der syrischen Führung, verstärkte Überwachung der syrischen Botschaften in Europa und schärfere Kontrolle der Luftfahrtgesellschaft „Syrian Arab Airlines". Griechenland, so verlautete aus Diplomatenkreisen, sei gegen Sanktionen, wolle sich jedoch an den Mehrheitsbeschluß halten.

Manila erhält von Japan Kredite

DW. Tokio

Die japanische Regierung hat 250 Millionen Dollar für die Philippinen bewilligt. Die Zusage erfolgte nach einem Gespräch von Premierminister Nakasone mit der philippinischen Staatspräsidentin Corazon Aquino. Nakasone sicherte Frau Aquino Unterstützung bei ihren Bemühungen um den Wiederaufbau des Landes zu. Frau Aquino hat gestern einen viertägigen Staatsbesuch in Japan angetreten, bei dem sie um Kredite von insgesamt 1,6 Milliarden Dollar bitten will, eine in Tokio von vornherein als „unrealistisch" bezeichnete Summe.

Wallmann macht Sandoz Vorwürfe

Umweltminister spricht von „schwerwiegenden Mängeln" und „illegaler Lagerung"

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Schwerwiegende Sicherheitsmängel" und die „illegale Lagerung von Lösungsmitteln auf dem Firmengelände" hat Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) in Bonn dem schweizerischen Pharmakonzern Sandoz vorgeworfen. Der Brand auf dem Fabrikgelände am 1. November in Basel hatte zu einer starken Vergiftung des Rheins geführt. Wallmann sagte gestern vor der Presse, daß die Bundesregierung überall da, wo Schäden entstanden seien und noch entstünden, den Geschädigten bei der Durchsetzung von Haftungsansprüchen helfen werde.

Die Chronologie der Ereignisse nach Ausbruch des Brandes zeige, so der Minister, daß das Bundesumweltministerium nach Eintreffen der ersten Informationen „alle notwendigen in seiner Zuständigkeit liegenden Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und zur Minimalisierung der Unfallschäden" ergriffen habe. Im übrigen sei es ausschließlich Sache der Länder, im Rahmen ihrer Zuständigkeit für den Gewässerschutz aufgrund der unterschiedlichen Gesetzeslage und Gefährdungspotentiale Empfehlungen und Verhaltensmaßnahmen gegenüber der Bevölkerung auszusprechen.

Nach jüngsten Messungen wurde bei der zweiten Schadstoffwelle, bei der am Freitag weitere 30 bis 50 Kubikmeter verseuchtes Löschwasser in den Rhein gerieten, jeder Liter Rheinwasser mit zwei Milligramm Quecksilber und 50 Milligramm Kohlenwasserstoff angereichert. Es könne daher nicht gesagt werden, wie lange die Rheinwasserentnahme zur Trinkwassergewinnung gesperrt bleiben müsse, sagte Wallmann.

Zum bisherigen Ablauf der Umweltkatastrophe meinte der Minister, er habe den Eindruck, daß die Schweizer Behörden „uns nichts vorenthalten wollten". Man habe aber den Schadensumfang nicht annähernd abzuschätzen gewußt.

Als vordringliche Ziele bei der heutigen Konferenz mit dem Verband der Chemischen Industrie in Bonn bezeichnete Wallmann die Schaffung von Rückhalte- und Auffangbecken für verseuchtes Wasser in chemischen Werken „überall dort, wo sie noch nicht existieren". Über die Internationale Rheinschutz-Kommission soll geprüft werden, ob es Verbesserungen im Alarmplan für den Rhein geben muß. Derartige Pläne bestehen für alle deutschen Flüsse. Einen so schweren Schaden, wie in Basel verursacht, habe es jedoch noch nirgends gegeben.

Wachstumstempo hält 1987 an

DW. Bonn

Das Wachstumstempo in der Bundesrepublik Deutschland wird auch 1987 anhalten. Der Aufschwung zeige eine „beträchtliche innere Stärke und Lebenskraft", erklärte der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth, gestern vor Journalisten. Inflationsgefahren seien weder von der anziehenden Inlandsnachfrage noch vom Überschreiten des Bundesbank-Geldmengenziels zu befürchten. Für das Preisniveau 1987 komme es vielmehr auf die Lohnabschlüsse an, betonte er. Die Kritik an der „Macht der Banken" wies Schroeder-Hohenwarth als unbegründet zurück.

Seite 17: Überhitzung

Deutsche Welle: Neuer Intendant

DW. Köln

Der Rundfunkrat der Deutschen Welle hat gestern den Justitiar und Verwaltungsdirektor Heinz Fellhauer im dritten Wahlgang mit zehn von elf Stimmen zum neuen Intendanten gewählt. In den ersten beiden Wahlgängen hatte keiner der Kandidaten die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht. Neben Fellhauer waren noch Chefredakteur Josef M. Gerwald und der derzeitige Intendant Klaus Schütz angetreten. Für den zweiten Wahlgang stand Chefredakteur Gerwald nicht mehr zur Verfügung. Vor dem dritten Wahlgang zog auch Schütz seine Kandidatur zurück. Der 58jährige Fellhauer tritt sein neues Amt am 1. Juli 1987 an.

Seite 2: Im Gespräch

Sanierungskonzept für NH geplatzt

DW. Frankfurt

Das Sanierungskonzept des Berliner Brotfabrikanten Horst Schiesser für den ehemals gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzern Neue Heimat ist am Widerstand der Gläubigerbanken gescheitert. Das Vorstandsmitglied der Gewerkschaftsholding BGAG Rolf Freyberg teilte gestern nach mehrstündigen Gesprächen mit 15 führenden Gläubigerinstituten mit, es habe sich herausgestellt, daß die Banken nicht bereit seien, „langfristig mit Herrn Schiesser zusammenzuarbeiten". Freyberg schloß auch einen Rückkauf der Neuen Heimat durch die BGAG nicht aus. Er sei optimistisch, daß noch im Laufe des Tages eine Lösung gefunden werde.

Seite 16: Erhebliche Vorbehalte

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Angst vor der Kälte

Von Carl Gustaf Ströhm

Als „lächerlich, böswillig und dumm" bezeichnete das sowjetische Fernsehen am 29. Oktober einen Kommentar der WELT vom 21. Oktober („Es wird ein kalter Winter im Sowjetreich"). Darin war auf die katastrophale Lage der Energieversorgung in der UdSSR am Beginn dieses Winters hingewiesen und erwähnt worden, daß die Raumtemperaturen sowjetischer Wohnungen infolge Brennstoffmangels auf 13 Grad Celsius gesenkt werden sollten.

Der „Wremja"-Zorn ist verfrüht. Am 4. November berichtete die Moskauer „Trud", daß bereits im vergangenen Winter in der Industriestadt Ussurijsk Heizwerk und E-Werk nacheinander durch Defekte und Überlastung zusammenbrachen. „Trud": „Auch im vergangenen Winter stieg die Temperatur in den Wohnungen nicht höher als 12 bis 14 Grad."

Ähnliches steht offenbar dem ganzen Land bevor. Die Regierungszeitung „Iswestija" beklagte jetzt, daß die Stromerzeugung in den ersten neun Monaten des Jahres 1986 nur die Hälfte der Planziele erreicht habe. Man müsse 15 Millionen Tonnen Kohle zusätzlich fördern, damit die Kohlekraftwerke das Defizit der Atomkraftwerke wettmachen könnten. Was dies für die Umwelt bedeutet, kann sich jeder ausmalen.

Die „Iswestija" klagt, daß neun Prozent der sowjetischen Stromerzeugung durch den schlechten Zustand des Verteilernetzes verlorengingen und daß die Wasserkraftwerke weit unter Kapazität arbeiteten. Die „Prawda" meldet, daß sowjetische Kühlschränke, Elektroherde und sonstige elektrische Geräte um 20 bis 30 Prozent mehr Strom verbrauchen als gleichartige Geräte im Westen.

Radio Moskau spricht von sieben Millionen Tonnen Kohle, die jährlich auf dem Transport „verloren" gehen. Auch Gas ist ein Problemgebiet. Laut „Iswestija" mußte in den letzten neun Monaten eine Milliarde Kubikmeter abgefackelt werden.

Ist auch das alles „lächerlich, böswillig und dumm"? Oder sollte man die Schlagzeile von „Trud" zitieren: „Von Papier wird einem nicht warm"? Die Menschen werden darauf eingestimmt, daß sie frieren müssen wie im Krieg. Man wird bald erfahren, was das für Gorbatschows Politik bedeutet.

Psychokrieg in Manila

Von Jochen Hehn

Die Armee befindet sich in höchster Alarmbereitschaft, Regierungsgebäude und strategisch wichtige Einrichtungen sind militärisch gesichert. Und Präsidentin Corazon Aquino, um deren Schicksal es schließlich geht, wo ist sie? Sie weilt seit gestern in Japan, eine Bittstellerin auf der Suche nach Wirtschaftshilfe für ihr krisengeschütteltes Land.

Handelt es sich bei dem Abgang mitten aus der Krise um die panische Reaktion einer in die Enge getriebenen Präsidentin oder um ein kalkuliertes Manöver gegen Möchte-gern-Putschisten? Die noch kurz vor der Abreise ausgesprochene ungewöhnlich scharfe Warnung der sonst so sanftmütigen Präsidentin an die Adresse der „selbsternannten Erlöser" in den Reihen der Militärs, ein Putsch würde sofort von „People's Power" bekämpft werden und damit scheitern, kann doch nur bedeuten, daß Frau Aquino die Gefahr eines Staatsstreiches als wirklich ernst einschätzt. Auch ihre Bitte an Kardinal Jaime Sin – den Mann der Kirche, der im Februar die Menschenmassen mobilisierte –, angesichts der Krise seine Reise nach Rom abzusagen, zeigt, daß die Putschgerüchte und die These von der Furcht der Präsidentin nicht aus der Luft gegriffen sind.

Jedoch ist es übertrieben, die Japan-Reise Frau Aquinos als „Fahnenflucht" zu bezeichnen. Eher handelt es sich hier um eine Flucht nach vorn. Mit einer Absage der seit langem geplanten Reise nach Japan hätte Corazon Aquino Furcht vor einem Putsch eingestanden und damit ihr Ansehen aufs Spiel gesetzt. Außerdem würde sie putschwillige Offiziere nicht unbedingt vor der Ausführung ihrer Pläne zurückhalten.

Corazon Aquinos Reise wird also die seit Wochen und Monaten gestellte Frage beantworten: Wie hält es die philippinische Armee, einschließlich Enrile, mit ihrem Treueid? Eine günstigere Gelegenheit, das wissen auch die Putschplaner, dürfte sich nicht mehr so schnell bieten, zumal da mit dem Kardinal der andere Volks-Mobilisierer vielleicht doch etwas leichtsinnig verreist ist. Falls es das Putschvorhaben (angeblich mit dem Codewort „God save the Queen") wirklich gibt, so kann es eigentlich nur jetzt über die Bühne gehen – oder es wird für absehbare Zeit nur ein Gerücht bleiben.

Garcias Triumph

Von Werner Thomas

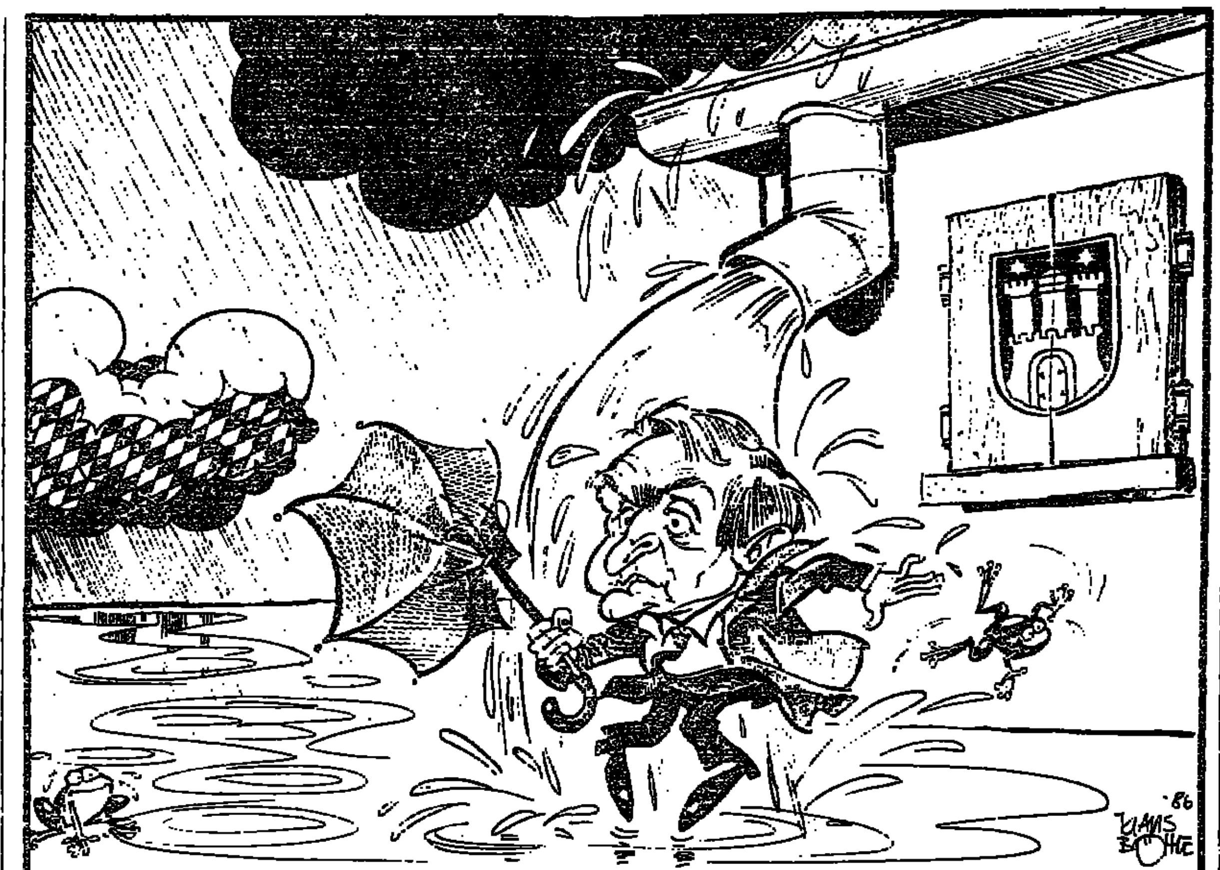
Der strahlende Sieger der peruanischen Kommunalwahlen war ein Mann, der nicht zum Kandidatenkreis gehörte: Alan Garcia, der Präsident des Landes. Da er sich aktiv an der Kampagne beteiligte und seine politischen Ziele verteidigte, war der Urnengang auch ein Referendum über die fünfzehnmonatige Amtszeit des jungen Sozialdemokraten.

Seine APRA-Partei kontrolliert nun auch die meisten Rathäuser und stellt die wichtigsten Bürgermeister, allen voran das Stadtoberhaupt Limas. Zum ersten Mal wurde ein APRA-Vertreter Hauptstadt-Bürgermeister. Es hat in der jüngeren Geschichte Perus keinen mächtigeren und dominierenderen Politiker gegeben als Garcia. Er braucht die Rückendeckung, weil die schwierigste Phase seiner Präsidentschaft noch bevorsteht. Der Terrorismus und die Wirtschaftslage werden in den nächsten Jahren seine größten Herausforderungen sein.

Die blutige Rebellion inhaftierter Terroristen während der Tagung der Sozialistischen Internationale im Juni, die von den Sicherheitskräften ebenso blutig niedergeschlagen wurde (mehr als dreihundert Todesopfer), haben die Welt an diese Problematik erinnert. Kurz vor den Wahlen ermordeten die „Senderistas" eine prominente APRA-Kandidatin. Man erwartet eine Verschärfung des Krieges. Garcia kann die Streitkräfte noch stärker einsetzen. Er braucht bei diesen eindeutigen Mehrheitsverhältnissen keinen Putsch mehr zu befürchten.

Wirtschaftlich verschlechtert sich die Lage auch. Peru erreicht in diesem Jahr wohl eine Wachstumsrate von fast sieben Prozent, aber das Land lebte von seiner Substanz. Nach der Konfrontation mit dem Internationalen Währungsfonds und dem Alleingang in Sachen Schuldendienste – Peru stellt dafür nur zehn Prozent seiner Exporterlöse bereit – versiegen die Kreditquellen. Ohne ausländische Hilfe lassen sich weder die wirtschaftlichen noch die sozialen Probleme lösen.

Der durch dieses Wahlergebnis gestärkte Präsident könnte nun die mutige Entscheidung fällen, sich mit dem Währungsfonds zu arrangieren. Niemand weiß jedoch, wie Alan Garcia auf diesen erneuten Triumph reagiert. Er ist nicht nur populär. Er ist auch unberechenbar.



Vom Regen in die Traufe KLAUS BÖHLE

Die Antwort auf Hamburg

Von Manfred Schell

Sind neue Strategieüberlegungen, wie man mit dem Kandidaten Johannes Rau jetzt noch am besten über die Runden kommt, wirklich die einzige Antwort, die von der SPD nach ihrem Debakel in Hamburg gegeben wird? Hoffentlich doch nicht.

Natürlich ist die Enttäuschung der Sozialdemokraten, ist ihre Ratlosigkeit verständlich. Ebenso naheliegend ist die Zuversicht, die CDU und FDP aus dem Hamburger Ergebnis für den Bund schöpfen. Aber bedrückend, weit über die nächste Bundestagswahl hinaus, ist doch, warum in der größten Industrie- und Hafenstadt der Republik eine Kraft wie die GAL so groß werden konnte. Eine Gruppierung, die Gewaltanwendung für zulässig hält, ja, deren Spitzenkandidatin es für richtig findet, wenn Strommasten „symbolisch" gekippt werden.

Das müßte den besonnenen Kräften *in den großen Parteien* nachhaltig zu denken geben. Sie müssen sich darauf besinnen, daß sie Verantwortung für das Wohl des ganzen Landes tragen. Sie müssen die Fragen stellen, statt daß man, wie die SPD es tut, die Grünen ebenso ängstlich wie unzutreffend damit hochredet, daß sie „die richtigen Fragen stellen".

Die großen Parteien, das ist die Antwort auf Hamburg, müssen – ohne daß sie deswegen ihre Profile aufgeben müßten – zurückfinden zu einem Konsens der Rechtsstaatlichkeit und der wirtschaftlichen Vernunft. Erst wenn die große Wählermasse wieder spürt, daß es denen da oben nicht nur um schlaue Überlegungen geht, wie man den anderen über den Tisch ziehen kann, sondern um den Wettstreit, Bürgerinteressen wahrzunehmen, schließt sich das Vakuum.

Ein solcher Konsens, wenn er denn möglich sein sollte, schließt aber ein, daß Opportunismus ausscheidet, daß unter Umständen auch kompromißlos argumentiert wird. Die Sozialdemokraten stehen jetzt vor dieser Entscheidung. Rau ist als Kanzlerkandidat angetreten mit der Verpflichtung, kein gemeinsames Geschäft mit den Grünen zu machen. Er setzte, zumindest bisher, auf die absolute Mehrheit der SPD. Sein Parteivorsitzender ist am Wahlabend von dieser Position abgerückt. Als neues Wahlziel hat Brandt ausgegeben, am 25. Januar 1987 eine Mehrheit der Union zu verhindern. Wenn er damit eine absolute Mehrheit von CDU/CSU meint, so ist das ein bescheidenes Ziel – aber es hörte sich an, als spekulierte Brandt auf etwas anderes, nämlich auf seine bekannte „Mehrheit links von der Mitte".

Hat er also die Grünen als Partner für die SPD stillschweigend einkalkuliert? So daß die Rechnung, mit oder ohne Rau, am Wahlabend aufgemacht werden kann? Das wäre weder ehrlich noch klug. Die Wähler haben das auch erkannt. Diejenigen, die mit Grün liebäugeln, sehen den direkten Weg. Auf der anderen Seite kehrten Hamburger Arbeitnehmer der SPD den Rücken und gingen zur CDU.

Klaus von Dohnanyi mußte die Zeche für den Slalom-Kurs der SPD in Bonn zahlen. Hinzu kamen freilich auch „hausgemachte" Ursachen: Sein Senat stand insgesamt in schlechtem Ansehen. Senatoren mußten nach einer Serie von Fehlleistungen im Justiz- und Polizeibereich zurücktreten. Die wirtschftliche Lage der Stadt wurde von den Bürgern schlechter als im übrigen Bundesgebiet eingeschätzt. Recht und Ordnung waren überdies zum Hauptthema geworden. In den Händen eines schwankenden Senats sahen die Hamburger die Aufgabe, den inneren Frieden der Hansestadt wiederherzustellen, nicht gut aufgehoben.

Hinzu kam die Dauerdiskussion über die Neue Heimat. 1982 versuchte die SPD, mit einer gegen Bonn gerichteten Kampagne Stimmung zu machen, die Heiner Geißler als „Mietenlüge" charakterisierte. Jetzt, 1986, hat sich die Thematik „soziale Wohnungen" durch die Neue Heimat gegen die SPD gewandt. Die Niederlage der SPD in Hamburg ist also weniger eine Schmach für Klaus von Dohnanyi als für die SPD-Politik in Bonn und in Hamburg insgesamt.



Was heißt „Mehrheit der Union verhindern"? Wahlkämpfer Brandt, Rau FOTO, SCHÜRING

Dohnanyi, ein Edelmann, hat großzügig die Niederlage auf sein Konto gebucht. Wie aber geht es in Hamburg weiter? Es gilt, so hat der CDU-Gewinner Hartmut Perschau gesagt, die Stadt „regierungsfähig" zu machen. Eine Koalition zwischen SPD und GAL würde zwar eine Mehrheit schaffen, die Stadt aber nicht regierungsfähig, sondern unregierbar machen. Dohnanyi hat diese Lösung für sich ausgeschlossen. Aber er hat auch hinzugefügt, daß die Entscheidung nunmehr bei der Partei liege. Ist die Partei zuverlässig in ihrer Ablehnung der Systemfeinde? Oder müßte gegebenenfalls auch Rau am nächsten Wahlabend sagen, er müsse die Entscheidung der Partei überlassen?

In der Sondersituation Hamburg wäre die Alternative eine Große Koalition aus CDU und SPD, wohl auch ohne Dohnanyi, der kaum den „zweiten Mann" hinter Perschau stellen möchte. Nach der Bundestagswahl, wenn das Klima wieder ruhiger wird, könnte sich ein Gespann zwischen Perschau und dem bisherigen SPD-Senator Pawelczyk ergeben. Von einer breiten Ausgangsbasis aus könnte dann regiert werden, könnten die Strukturprobleme der Stadt angepackt, könnte gegen Hausbesetzer und andere Gewalttäter, die ständig in der Hafenstraße „Programm" bieten, vorgegangen werden. Was in Berlin unter CDU-Führung gelungen ist, könnte so auch in Hamburg gelingen: die Befriedung der Stadt.

Die FDP ist zwar in Hamburg erneut gescheitert. Vielleicht auch deshalb, weil sie die Koalitionsaussage „offen" gehalten hat. Aber sie hat, wie in Bayern, zugelegt. Das ist eine recht gute Ausgangsbasis für die Bundestagswahl und damit auch für die Fortsetzung der Koalition mit der Union. Die CDU hat ein unerwartet gutes Ergebnis erzielt. Sie ist stärkste Fraktion geworden. Dennoch hat Bundeskanzler Kohl eventuellen Übermut gedämpft, aus gutem Grund: Siegesgewißheit führt zu Trägheit, und Trägheit könnte Hamburger Verhältnisse auf den Bund übertragen.

IM GESPRÄCH Heinz Fellhauer

Im dritten Anlauf

Von Gernot Facius

Zweimal ging er für die CDU erfolglos ins Rennen: bei der Wahl der Intendanten Conrad Ahlers und Klaus Schütz. Im dritten Anlauf schaffte Heinz Fellhauer gestern den Sprung ins Chefzimmer der Deutschen Welle in Köln. Der Unionsmann Fellhauer wird am 1. Juli nächsten Jahres den Sozialdemokraten Schütz ablösen. Im elf Mitglieder zählenden Rundfunkrat der „Welle", in dem CDU und CDU-nahe Räte die Mehrheit haben, erhielt der Schwabe aus Stuttgart im dritten Wahlgang *zehn Stimmen, ein Ratsmitglied* enthielt sich. Schütz hatte nach dem zweiten Wahlgang seine Bewerbung zurückgezogen, der FDP-Mitbewerber Josef M. Gerwald, Chefredakteur des Senders und früherer Parteisprecher unter Genscher, verzichtete bereits nach dem ersten Durchgang. Gerwald werden Ambitionen auf den Chefsessel des benachbarten Deutschlandfunks nachgesagt.



Neuer Intendant der Deutschen Welle: Fellhauer FOTO: DIE WELT

Die Wahl Fellhauers ist vor allem ein Triumph des Welle-Verwaltungsratschefs Bruno Heck. Er hat seinen Landsmann und Freund seit Jahren protegiert, nicht immer zur Freude aller CDU-Medienpolitiker. Fellhauers Kapital ist neben dem engen Draht zu Heck die Vertrautheit mit dem Innenleben der von manchen Krisen gebeutelten Deutschen Welle, die als „Anstalt nach Bundesrecht" alles andere als ein „Bundessender" ist. Sie wird aber draußen als Stimme der Bundesrepublik Deutschland betrachtet.

Hier liegt das *Dilemma. Es gab* im Laufe der Jahre manche Pression, vor allem aus Moskau, aber auch von seiten des Auswärtigen Amtes. Oft war von „Einmischung" die Rede, wo es in Wahrheit, siehe das Osteuropa-Programm, um korrekte Informationen ging. Fellhauers Vorgänger haben diese Attacken souverän abgewehrt. Der neue Mann wird sich hier noch bewähren müssen.

Der künftige Intendant, 1928 geboren und von Hause aus Jurist, bemühte sich als Vize von Klaus Schütz darum, der „Welle" Zugang zum Fernsehen zu verschaffen. Die von ihm geleitete Gesellschaft „Trans Tel" versorgte Stationen in der Dritten Welt mit umgearbeiteten deutschen Fernsehproduktionen. Seit Jahren probt Fellhauer überdies den Einstieg in amerikanische TV-Netze. Er ist der Promoter einer Art Deutschen Stunde für Zuschauer in der Neuen Welt. Diese Pläne trafen sich mit den Ambitionen der Bundesregierung, für eine bessere Selbstdarstellung draußen zu sorgen. Alles hängt vom Geld ab, und der Kölner „Auslandssender" wird zu hundert Prozent aus dem Bonner Haushalt finanziert.

Das Gerangel um die Finanzen wird unter Fellhauer weitergehen, ist doch die „Welle", um bei ihren Hörern in aller Welt anzukommen, auf eine Modernisierung der Sendeanlagen angewiesen. Der „Fachintendant", als solcher sieht sich der neue Mann, muß hier auf seine Erfahrungen als Verwaltungsdirektor (seit 1962) und auf seine politische Nähe zu den in Bonn Regierenden zurückgreifen. Auch ein CDU-Intendant am Kölner Raderberggürtel wird es nicht leicht haben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Viele Zeitungen kommentieren die Hamburg-Wahl:

Allgemeine Zeitung

Selbst die von der SPD dramaturgisch für den Wahlkampf aufbereitete Auseinandersetzung um Kohls „Newsweek"-Zitat über Goebbels-Gorbatschow verpuffte. Die Wähler haben ein sicheres Gespür dafür, wo die wahren Skandale und Versäumnisse liegen. (Mainz)

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Denn es hat die Tatsache bestätigt, daß bis zu zehn Prozent der Bürger bereit sind, den Problemen des Alltags durch eine Flucht ins Irrationale auszuweichen und Abschied zu nehmen von machbarer Politik.

Westfälische Nachrichten

Nach Niedersachsen und Bayern hat Hamburg bestätigt, daß das SPD-Rezept, die Grünen thematisch aufzusaugen und so zu einer Mehrheit zu kommen, eine grandiose Fehlkalkulation ist. (Münster)

FLENSBURGER TAGEBLATT

Die CDU in der Hansestadt kann ... kaum anders, als mit dem staatstragenden Drängen auf die Regierbarkeit der Stadt die Große Koalition geradezu auf dem Silbertablett anzubieten. Das stört auch keine Strategien der Parteifreunde in Bonn – eher im Gegenteil.

Darmstädter Echo

Ist das ein Schlag ins Kontor!

LA STAMPA

Die neue Niederlage der SPD, die einem ähnlichen Dilemma vor vier Wochen in Bayern folgt, verdirbt Johannes Rau alle Bemühungen, sich das Immage eines Siegers zuzulegen. (Turin)

ARBEITER-ZEITUNG

Auch wenn die Hamburger Verhältnisse nicht als Spiegel für die bundesdeutsche Gesamtsituation angesehen werden können, sehen die Aussichten der SPD für die Parlamentswahlen im Jänner – noch dazu nach der Bayern-Schlappe – nicht rosig aus. (Wien)

LE FIGARO

Dieses katastrophale Resultat für die Partei von Willy Brandt hat eine noch größere Bedeutung als der vor vier Wochen bei den Landtagswahlen in Bayern verzeichnete Stimmenrückgang. (Paris)

Basler Zeitung

Mit einem rund zehnprozentigen Stimmenverlust der Hamburger SPD sind am 9. November in Hamburg endgültig sämtliche Hoffnungen des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Johannes Rau zu Grabe getragen worden.

Neue Zürcher Zeitung

(Raus) erklärtes Ziel, im Januar bei der Bundestagswahl im Alleingang eine absolute Mehrheit für die SPD zu gewinnen, muß im Lichte dieser Entwicklung als weltfremde Träumerei erscheinen.

Das Alibi mit den Arbeitsplätzen von Ibbenbüren

Die Regierung Rau weiter im Qualm der Stickoxidschleuder / Von Dankwart Guratzsch

Der Streit um das Kraftwerk Ibbenbüren zwingt die Landesregierung Rau zu immer neuen Rechtfertigungsversuchen. Morgen muß sie sich den Fragen der Parlamentarier im Umwelt- und Wirtschaftsausschuß der Düsseldorfer Landtags stellen. Ihre Taktik wurde bereits in Vorwegerklärungen offenbar: Das Versagen in der Umweltpolitik soll durch Wirtschaftsargumente kaschiert werden.

Landwirtschaftsminister Matthiesen wird auf Fragen antworten. Er muß Raus Begründung geben: daß die Landesregierung vor der Alternative gestanden habe, entweder das neue Werk mit allen seinen Mängeln zu genehmigen oder den Verlust von 4500 Arbeitsplätzen in Kauf zu nehmen. Diese Darstellung gehört zu den Stereotypen, mit denen die Regierung Rau seit Jahren jeden Fortschritt in der Luftreinhaltungspolitik blockiert.

Erstmals wird diese Argumentationskette im zähen Widerstand dokumentiert, den Rau 1980 der Novellierung der TA Luft und des Bundesimmissionsschutzgesetzes durch die Regierung Schmidt entgegensetzte. Da drohte der heutige Kanzlerkandidat der SPD dem damaligen SPD-Kanzler mit „rote Fahnen schwenkenden arbeitslosen Bergarbeitern an der Ruhr", wenn scharfe Grenzwerte verabschiedet würden. Das eigentliche Motiv dieser dramatischen Drohung freilich war (wie Edda Müller in ihrem Buch „Die Innenwelt der Umweltpolitik", Westdeutscher Verlag, dargelegt hat) ein rein parteipolitisches: die Sorge um den Machterhalt der nordrhein-westfälischen SPD bei den Landtagswahlen vom Mai 1980.

Man könnte den Vorgang für eine historische Episode halten, wenn sich das Grundmuster dieser Argumentationsweise nicht in den aktuellen Auseinandersetzungen wiederholte. Fast wörtlich die gleiche Formulierung hat Rau nämlich erneut am 3. Oktober dieses Jahres im Bundestag in seinem großen Plädoyer für eine Kohlevorrangpolitik und für den Ausstieg aus der Kernkraft benutzt. Und genau so taucht sie in Abwandlungen immer wieder in seinen Rechtfertigungen für die Inbetriebnahme der „größten Stickoxidschleuder der Welt" in Ibbenbüren auf.

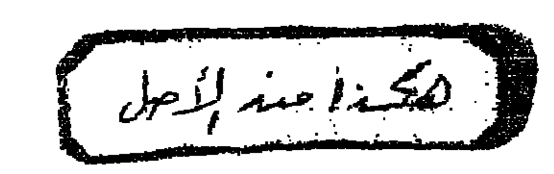
Gerade am Beispiel Ibbenbüren freilich läßt sich zeigen, wie wenig diese Parteipolitik mit wirklicher Sorge um Arbeitsplätze oder erst recht mit verantwortungsbewußter Umweltpolitik zu tun hat. Die 4500 Arbeitsplätze der Kraftwerker waren nämlich nie gefährdet, weil der noch keine zwanzig Jahre alte „Altkessel" voll intakt ist und mit einer umwelttechnischen Nachrüstung für 100 Millionen Mark auf unbegrenzte Zeit hätte weiterbetrieben werden können.

Statt dessen wurde als Demonstrationsobjekt für Raus „Landesentwicklungspolitik" eine Neuanlage hochgezogen, die 1,3 Milliarden Mark kostet, von denen ein Drittel aus öffentlichen Zuschüssen stammt, ohne daß damit ein anderer Effekt erreicht wird als eine Verstromung zusätzlicher Kohle (zu, nebenbei, höheren Kilowattstundenpreisen).

Diese größte Anlage ihrer Art in der Welt ist technologisch so wenig ausgereift, daß sie bis heute, fast ein Jahr nach Betriebsaufnahme, nicht funktioniert. Vor allem aber: Sie bedeutet umwelttechnisch einen gewaltigen Rückschritt gegenüber dem alten Kessel, der nur 14 Prozent ihrer für die Wälder tödlichen Stickoxide emittiert. In der ganzen Welt existiert noch keine einsatzfähige Entstickungsanlage für so ein Werk. Rau hat also um eines Showeffektes willen eine noch gar nicht beherrschbare Technik in Betrieb genommen.

Eine ähnlich bedenkenlose Vernachlässigung aller umweltpolitischen Rücksichten zugunsten der simplen Wirtschaftsphilosophie einer Kohlevorrangpolitik kennzeichnet auch Raus Haltung bei der Entscheidungsfrage des Ausstiegs aus der Kernenergie. Als nämlich nach Tschernobyl Parteien und Regierungen sowie alle möglichen Institutionen, Vereine und Verbände „Ausstiegsszenarios" bestellten, da ließ sich auch Johannes Rau von der Schweizer Prognos-Gesellschaft ein Gutachten basteln, das er als Wahlkampfpapier für den Marsch ins Kanzleramt zu gebrauchen gedachte. In der Tat sollte dieses Papier wenig später der „Ausstiegskommission" von Volker Hauff und anschließend dem SPD-Parteitag in Nürnberg die Hauptargumente liefern, den Umstieg von Kernkraft auf Kohle in nur zehn Jahren zum Parteiprogramm zu erheben.

Aber dieses Gutachten hat einen Schönheitsfehler: Es ist das einzige, das die Frage nach den Umweltfolgen zusätzlicher Kohlekraftwerke nicht einmal stellt. Auf die Frage „warum?" haben die Schweizer eine Antwort parat: „Das interessierte den Auftraggeber einfach nicht." Genausowenig wie in Ibbenbüren.



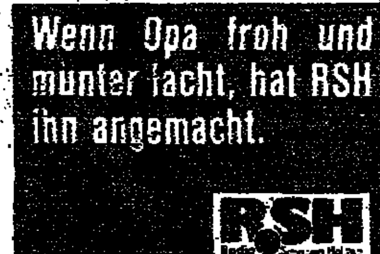
Neun heiße Frequenzen für den kühlen Norden

„Der Norden dreht auf – Radio Schleeeswiiig Holsteiiiin!" So dröhnt es seit dem 1. Juli, seit dem Start des ersten landesweiten Privatfunks in der Bundesrepublik. Was da aus einer ehemaligen Lagerhalle im Kieler Gewerbegebiet Wittland in den Äther geschickt wird, sprengt manche Konventionen.

Von WOLFGANG GESSLER

Sprich mich bloß nicht an", mault Thomas Schröder grinsend einen Kollegen an. „So kann ich das nicht senden." Im Studio A wippt Ines Barber rhythmisch auf dem Moderatorenstuhl. Die Schreibtische hier sind mit Papier übersät, an der Wand eine überdimensionale Uhr, weiße Stellwände im Bürograßraum, ein dreieckiger Konferenztisch, Fernschreiber, Regale mit Tonbändern, Stühle im Raumschiff-Enterprise-Look, ein gläsernes Studio, geschäftige Menschen, Telefone klingeln: Wir sind bei Radio Schleswig-Holstein, kurz: RSH.

Was hier seit dem 1. Juli auf neun Frequenzen zwischen 100.2 und 103,8 *Megahertz in den Äther geschickt* wird, stellt die bisherige Radiowelt für viele auf den Kopf, spaltet die NDR-gewohnte Hörerschaft in Schleswig-Holstein und die Experten in zwei Lager. „Der Norden dreht auf – Radio Schleeeswiiig Holsteiiiin!" So dröhnt's durch das nördlichste Bundesland, aber auch in Hamburg,



Bremen und Teilen Niedersachsens ist „der Neue" zu hören. Der lockere Sound plätschert in Freizeit-Centern ebenso wie im Dental-Großlabor, in Friseursalons, Saunen, Supermärkten und Boutiquen oder in Wartezimmern von Arztpraxen.

Die Hörerpost, angehäuft in dicken Ordnern, liest sich wie die Werbebroschüre der hauseigenen PR-Agentur: „Da lohnt sich das Aufstehen wirklich", „Dickes *Kompliment* für Euch!", „Prima, Jungs und Mädels!", „herzerfrischend", „einfach wunderbar". Ein RSH-Fanclub aus Twedterfeld schreibt, die Abteilung einer Damenoberbekleidungs-Firma finde den Sender „ganz toll" und möchte zehn Aufkleber, dem Wunsch schließt sich ein Hals-Nasen-Ohren-Arzt aus Eckenförde an, und auch das Sekretariat des Kreiskrankenhauses in Itzehoe bekundet seine Begeisterung für das 30köpfige Team des ersten landesweiten Privatsenders.

„Fahrstuhlmusik", „Beschallungssender" oder „Selbstverblödung des Radios", so klassifizieren Kritiker dagegen das neue Rund-um-die-Uhr-Programm. NDR 2, als Vergleichsobjekt und öffentlich-rechtlicher Prügelknabe jetzt auch in der Diskussion, kommt freilich kaum besser weg: „ARD-Mumie", „Jammersender" oder „Monopol-Griesgram", so lautet hier das entsprechende Meinungs-Potpourri.

Zurück zu RSH: Am Schichtleiter-Pult gegenüber den Sendestudios kommt Thomas Schröder nicht zur Ruhe. „Wie soll ich den Regler runternehmen?" will Ines wissen. Christian (der zweite Schröder) im Vorbeigehen: „Sind die Beiträge fertig?" „Hetzer, Treiber!" kommt die Antwort. Bevor Thomas zu RSH kam, hat er studiert, beim Fernsehen gejobbt und als Nachtportier gearbeitet. Seine Vorgeschichte ist nicht untypisch: Die Crew, Durchschnittsalter 26, hat Programmdirektor Hermann Stümpert (37) nicht aus Kreisen der routinierten Rundfunkmacher rekrutiert. „Ich will keine durchgestylten Moderatoren, die Nachrichten vortragen wie ein Schauspieler den Othello im Staatstheater." Ad Roland, Rundfunkprofi aus Holland, der die Neulinge in seinen privaten Tonstudios auf Vordermann gebracht hat: „Das könnte dein Nachbar sein, der da hinter dem Mikrofon sitzt."

Daß noch nicht alles klappt – was soll's. Ein Versprecher hier, eine nicht anlaufende Bandmaschine dort: Die Zuhörer mögen diese Art „Natürlichkeit" offensichtlich, so belegt es zumindest eine von RSH bei der Gesellschaft für Kommunikationsforschung in Nürnberg in Auftrag gegebene Studie vom August. Bei der Frage nach dem bevorzugten Programm lagen die Kieler Neulinge für das Sendegebiet Schleswig-Holstein und Hamburg bei der Gesamtheit aller Befragten mit 41 Prozent gar um einen Zähler vor NDR 2 (40 Prozent). Bei den 15- bis 45jährigen ist der Abstand noch deutlicher: 46,5 Prozent für RSH, nur 28,6 Prozent für den öffentlich-rechtlichen Konkurrenten.

Es sind Allround-Journalisten bei RSH. Sie schneiden Bänder, recherchieren, moderieren, fahren die Technik in den fünf Studios selbst, 60 bis 70 Stunden in der Woche. Daß die „Macher" von RSH keine ruhige Kugel schieben, weiß auch Ulli Harraß zu berichten, einziger vom NDR abgeworbener Profi: „Du bewältigst zwei Anforderungen und hast wieder drei neue vor dir."

Blick ins Studio A. Christian Schröder sitzt jetzt hinter dem Mikrophon und steigert sich zum nahenden Stundenwechsel hin: „Jetzt woll'n wa mal den Ulf Salm zum Report rantrommeln." Salm: „Bin ja schon da!" Schröder: „Ja, Sie haben's gehört, er ist schon da. Fünf Minuten vor 10, der RSH-Report mit Ulf Salm." Ja, locker soll's zugehen.

Danach setzt Werbung ein: „*Martha, was gibt's denn heut' für'n* Hund?" „Das neue Chappi mit feinst gemahlenem Markknochen!" ... „Ich hab' 'nen Jeans-Anzug von Tommy Toole aus dem Otto-Katalog, da ist mein großer Bruder blaß geworden vor Neid. Otto – find' ich gut!" „Ja, Radio Schleswig-Holstein, ganz genau 10 Uhr." „Herrliche Zeit mit Coca-Cola light. Jetzt mit Nutrasweet, fast ohne Kalorien, ganz viel Geschmack. Was will man mehr? Coca-Cola light." „Und eine Verkehrsmeldung haben wir: In Kiel ist die Ringstraße ab 10 Uhr zwischen Sofienblatt und Königsweg wegen Asphaltierungsarbeiten gesperrt. Die Temperatürchen: List 10 Grad, Schleswig 10,

Hat mein Auto auch 'ne Delle, RSH ist meine Welle.

RSH

Kiel 10, Neumünster 9, Lübeck 8 und Hamburg 8 Grad. *Auf geht's!"* Und dann tönt es wieder vom Band: „Er-Es-Haa, Er-Es-Haa! RSH-Expreß: Radio Schleeeswiiig-Holsteiiiin!"

Was sich zunächst wie eine zufällige *Mixtur aus durchschnittlich drei* Minuten „Report"-Information, Werbung, Wetter und Verkehr anhört, ist Teil eines „rigorosen Konzeptes", das „nach den Vorgaben des Marktes" gestaltet wurde, so formuliert es Hermann Stümpert. Und da dieser Hörer-Markt durch den baldigen Start weiterer Privatsender (zwei in Hamburg, einer in Hannover) heißer umkämpft werden wird, will man in Kiel den Erfolg nicht dem Zufall überlassen. Das Programm ist durchgeplant: Informationen, Service, Werbung und Moderatoren-Sprüche dürfen im Tagesprogramm (5 bis 19 Uhr) nicht mehr als 15 Minuten pro Stunde beanspruchen, *45 Minuten sind für Musik* reserviert.

Werbung gibt's zwei mal drei Minuten in der Stunde, also 84 Minuten im Tagesprogramm (NDR 2: 32 Minuten) oder etwa 180 Spots täglich, mit denen sich der Privatveranstalter finanziell über Wasser hält. Vom großen Markenartikler bis zum KfZ-Händler um die Ecke reicht dabei die Spannbreite der Kundschaft, 300 Mark (1987: 500) müssen für einen 30-Sekunden-Spot durchschnittlich berappt werden, bei NDR 2 legt man im Schnitt 3700 Mark hin. Ralf Stolberg, verantwortlich für die NDR-Funk*werbung, rechnet in werbeschwa*chen Monaten deshalb mit Verlusten bis zu 30 Prozent. Lokale Kunden werben bei NDR 2 gar nicht mehr.

Das RSH-Publikum scheint die Werbeflut gelassen zu ertragen. Hörer Wolfgang (30) findet die Spots zwar „ein bißchen albern, genauso wie bei NDR 2"; Hörer Ulli (24) meint: „Man nimmt das hin, weil die auch viel Musik senden." Zwei Meinungen, die häufig zu hören sind.

Und die Musik hat es in sich: Zunächst gibt's da die aktuelle Hitliste mit etwa 30 Titeln. Im Archiv schlummern etwa *3000 Oldie-Cassetten* mit Titeln der vergangenen 30 Jahre, dazu *nochmal rund* 67 000 auf Bändern und Platten. Zum Riesenangebot an Musik erläutert Stümpert: „Es geht hier nicht darum, sich im Programm selbst zu entfalten, sondern um die profane Ausübung eines Handwerks." Musik als „Verschleißmaterial", „Moderatoren ohne Kreativität", rufen ihm die Kritiker entgegen. Stümpert, einst *Unterhaltungschef* der Europawelle-Saar, lassen solche Zeter-und-Mordio-Rufe ungerührt. Unter Hinweis auf den Hörergeschmack kommentiert er: „Bombastisches, pseudointellektuelles Geschwätz!"

NDR-Redakteur Michael Wolf Thomas sieht in der Kurzform der Themen-Repräsentation bei RSH oft nicht mehr als einen „Schlagzeilenwert": Qualität sei auch eine Sache der Quantität, so sein Urteil. Bei RSH sieht man das freilich anders. Die Kritiker übersähen geflissentlich das täglich einstündige „RSH-Extra" – *Hintergrund-Informationen* mit *oft* regionalem Bezug – und die Nachrichten-Zusammenfassungen am Mittag und am Abend. Hermann Stümpert illustriert diese Nachrichten-Philosophie mit einem Beispiel: „Wenn es in Husum brennt, dann ist das verdammt noch mal wichtiger, als wenn sich Gorbatschow und Reagan nichts zu sagen haben."

Höheren Ortes ist man über das *RSH-Informationsangebot dennoch* unzufrieden. Die 16 schleswig-holsteinischen Zeitungsverlage meldeten als Gesellschafter von RSH Protest an. In einer Beiratssitzung Anfang September wurde beschlossen, das Nachrichtenangebot „personell und qualitativ" zu verbessern. Seit gestern ist der bisherige stellvertretende Chefredakteur des Deutschen Depeschen Dienstes (ddp), Alfred Schulz, „*Report*"-*Chef*.

Damit es auch jeder weiß, wird dem Besucher am Eingang ein Aufkleber in die Hand gedrückt: „Ob um sechs, um acht, um neun, RSH ist immer scheun."



Bitte recht locker: Programmdirektor Hermann Stümpert (3. v. r.) mit der halben RSH-Crew
FOTO: DIE WELT

39 Gramm Haschisch können ihn das Leben kosten

In Malaysia steht in Kürze ein junger Deutscher vor Gericht, dem unter der Anklage des Drogenhandels die Todesstrafe droht. Wie geriet er in diese Situation, in der ein paar Gramm für Leben oder Tod entscheidend sein können. Wie lebt er seit drei Jahren als Untersuchungshäftling? Wir erkundigten uns vor Ort.

Von MARLENE RÖDER

Aussteigen. Einmal heraus aus dem alltäglichen Trott von morgens neun bis nachmittags fünf. Weg von der immer gleichen tristen Umgebung – dem Schreibtisch, den ewig gleichen Gesichtern der Kollegen und dem trüben deutschen Wetter den Rücken kehren. Ein Neubeginn irgendwo in der Sonne ohne Streß.

So ähnlich muß Frank Förster geträumt haben, als er vor mehr als drei Jahren seinen Beruf als Bankkaufmann in einer kleinen Stadt im Rheingau aufgab, um in Australien Schafe zu züchten. Frank Förster kam jedoch nie dort an. Der damals 21jährige stille junge Mann stolperte über die verschärfte Drogen-Gesetzgebung Malaysias und wartet seit drei Jahren im überfüllten Untersuchungsgefängnis der Urlaubsinsel Penang auf seinen Prozeß.

Ein Prozeß, bei dem es für den Deutschen buchstäblich um Kopf und Kragen geht. *Auf Drogenhandel* steht in Malaysia die Todesstrafe. Als Dealer gilt, wer mehr als 15 Gramm Heroin oder 200 Gramm Haschisch bei sich führt. Frank Förster hatte genau 39 Gramm Haschisch zu viel, um sicher der Todesstrafe zu entgehen. Nur mit 200 Gramm des flüssigen Rauschgiftkonzentrats gilt ein Beschuldigter nach der Rechtssprechung in Malaysia noch als Pusher, der mit lebenslangem *Gefängnis* und sechs Schlägen mit dem Rattanstock bestraft wird. Ein Schlag mit diesem Stock reicht zur Bewußtlosigkeit und für bleibende Narben.

Der *von ständig* steigender Drogenabhängigkeit alarmierte Staat, an einer der wichtigsten Transitstrecken des Heroins aus dem „Goldenen Dreieck" gelegen, hatte erst am 15. April 1983 den „Dangerous Drug Act" neu ausgelegt und verschärft. Seither wurden mehr als 40 Menschen wegen Drogendelikt gehängt; zuletzt im Juli dieses Jahres zwei Australier. 88 weitere Todeskandidaten warten in den *Gefängnissen auf den Henker*.

Wem gehörte die Tasche mit dem Rauschgift?

Vom 1. Dezember an, gut drei Jahre nach seiner Festnahme in Penang, wird der Fall Frank Förster vor dem High Court in Georgetown verhandelt. Die Richter und der Staatsanwalt müssen *dabei eine ganze Reihe* von Ungereimtheiten aufklären. Dabei geht es vor allem darum, zu ermitteln, wem die Tasche mit dem Haschisch gehört, die im Hotelzimmer von Frank Förster gefunden wurde. Was war geschehen?

Der in der Bundesrepublik gut beleumundete, aber als leicht beeinflußbar geltende Förster will sich nach einer von ihm so empfundenen Vorverurteilung in einem deutschen Skandalblatt nicht mehr öffentlich äußern. Um ihr den Presserummel zu ersparen, hat er auch seine Mutter gebeten, nicht zum Prozeß anzureisen. Möglicherweise war der junge Mann recht unbedarft in seine Lage hineingeraten. Ihm sei die Schwere des Deliktes in Malaysia nicht bekannt gewesen, sagt er. Der Versuch einer Rekonstruktion der Geschehnisse muß nach den Erkenntnissen der *Verteidigung* zwangsläufig lückenhaft bleiben.

Frank Förster hatte die lange Reise in ein neues Leben nicht allein angetreten. Der Winzersohn aus dem Rheingau war mit zwei Bekannten aus Rüdesheim aufgebrochen, die möglicherweise mit der Drogenszene besser vertraut waren als er. Zusammen mit den beiden erfahreneren Männern reiste Frank offenbar auf *den ausgetretenen Pfaden der Ruck*sack-Globetrotter auf der steten Suche nach den billigsten Unterkünften und Fortbewegungsmitteln. Sie waren schon eine ganze Weile unterwegs, als sie in Indien – wie auch immer – *in den Besitz des Rauschgif*tes kamen, vielleicht, um es in Australien mit Gewinn wieder an den Mann zu bringen. „Das ist so üblich unter diesen Umständen", meint der Anwalt.

Auf Schildern warnt die Schlinge des Henkers

239 Gramm sind nach vorsichtigen Schätzungen des Drogenforschungszentrums der Universität der Wissenschaften in Penang mindestens der Jahresbedarf für einen Abhängigen, wobei die relativ schwache Konzentration des Wirkstoffs von 20 Prozent zu Grunde gelegt wurde. Anreicherungen bis 60 Prozent sind aber nicht selten.

Die drei Deutschen *reisten von* Indien nach Singapur und bestiegen dort den Bus nach Penang. In Penang, so hatten sie erfahren, waren die Tickets nach Australien besonders billig. Am Grenzübergang zum malaysischen Johor Bharu stehen die weißen Schilder mit den fetten roten Lettern „Auf Drogenhandel steht der Tod", daneben bildhaft die Schlinge des Henkers. Im Bus wird mehrfach *die Warnung per Lautsprecher in eng*lischer Sprache wiederholt. Die Busfahrt durch das ländliche Malaysia dauert zwei Tage. Vorbei an Gummi- und Palmölplantagen, bunten Gärten voller Hibiskus, Orchideen und Kokospalmen. Vorbei an den einfachen malaysischen Holzhütten auf Stelzen, den buntgestrichenen, ebenerdigen chinesischen Häusern, ausgedienten Zinnminen und Stauseen, die langsam von rosarotem *Lotos* überwuchert werden.

In der alten britischen Kronkolonie Penang finden die drei Quartier mitten in der Hauptstadt Georgetown im „Swiss Hotel", das nicht nur für seine geldbeutelschonenden Preise, sondern auch für seinen schwunghaften Drogenumsatz zumindest im Drogendezernat in Kuala Lumpur bekannt ist. Die drei jungen Leute beziehen *gemeinsam ein Zimmer*.

Am 20. November, kurz nach Mitternacht, ist dann die Polizei da. Möglicherweise hat jemand einen Tip gegeben. Der junge Beamte, der da im Türrahmen des Hotelzimmers steht, ist nicht von der Drogenpolizei. Er findet die Tasche mit dem Haschisch – 239 Gramm stellt das Polizeilabor später fest. Die drei jungen Deutschen werden vorläufig festgenommen und verhört. *Draußen graut mitt*lerweile schon der Morgen. Alle Beteiligten sind erschöpft. Nicht nur dem jungen Beamten, der vielleicht zum erstenmal mit einem solchen Fall konfrontiert ist, liegt an einem baldigen Ende der ungemütlichen Nacht. Einer der drei soll sich als Eigentümer der Tasche mit dem Rauschgift bekennen, dann kämen die anderen beiden frei, schlägt der Beamte nach Darstellung von Frank Förster vor.

Frank waren nach eigenem Bekunden die Konsequenzen nicht klar, als er sich – möglicherweise in der Hoffnung, den Spuk zu beenden – zum *Eigentümer der Tasche* erklärte. Er wurde verhaftet, seine beiden Bekannten für den Termin vor dem Untersuchungsrichter vorgeladen. Erst vor dem Untersuchungsrichter wurde offenbar allen drei Deutschen bewußt, was auf dem Spiel stand. Doch da war es schon sehr spät.

Die beiden Freunde aus Rüdesheim blieben auch diesmal unbehelligt. In der Gerichtskantine saß an jenem Mittag der erfahrene Drogenanwalt Rajasinggam gerade mit ein paar Kollegen beim Kaffee. Plötzlich tauchten zwei ziemlich verstörte junge Leute vor seinem Tisch auf, erzählten durcheinander die Geschichte. Die Anwälte staunten nur: „Und dann seid ihr noch hier?" Erst zwei Wochen später begann die malaysische Polizei nach den beiden Deutschen zu fahnden, aber da waren sie schon in Sicherheit. Die malaysische Rechtssprechung kennt nicht den Begriff des gemeinschaftlichen Eigentums, so daß die tödliche Dosis auf drei Besitzer verteilt und somit für jeden in ein geringeres Risiko *verwandelt werden könnte*. Aber die Frage nach dem Besitzer scheint weiterhin offen.

Die Weggefährten bieten Entlastung an

Franks Weggefährten haben aus der Ferne ihre Bereitschaft bekundet, *den jungen Rheinländer zu entlasten*. Das allerdings dürfte schwerfallen. Malaysische Gerichte erkennen nach Darstellung des Anwalts Aussagen vor ausländischen Organen nicht an. Eine Rückkehr würde für beide jedoch mit unübersehbaren Unannehmlichkeiten verbunden sein. Selbst wenn der Anwalt für die Zeugen eine Immunitätszusage der Behörden erhalten könnte, gäbe es immer noch die Möglichkeit, sie ohne Gerichtsverfahren nach dem „Internal Security Act" für wenigstens zwei Jahre einzusperren – so geschehen mit einem Zeugen in einem Mordfall.

Frank hat bislang im Gefängnis von Penang stoische Ruhe bewahrt. Hinter den fröhlich bemalten Mauern des 1840 erbauten Gebäudes, in dem mittlerweile 4000 statt der ursprünglich einmal vorgesehenen 400 Häftlinge einsitzen, verbrachte der junge Mann die ersten zwei Jahre mit drei Mitgefangenen in einer engen düsteren Zelle, in dem ein kleiner Spalt für Licht und Frischluft sorgte. Das ist bei der hohen Luftfeuchtigkeit und den heißen Temperaturen nicht eben viel. Aber über die Haftbedingungen hat sich Frank Förster nicht beschwert. Seit Oktober 1985 wurde dem ehemaligen Helfer vom Malteser Hilfsdienst gestattet, in der Krankenstation mitzuarbeiten, wo er im Gemeinschaftssaal schlafen darf und auch eine Dusche hat. Möglicherweise ein gutes Zeichen.

Der bisher einzige Deutsche, der für ein Drogendelikt in Malaysia verhaftet wurde, hat sich in Gottes Hand gegeben. Er schloß sich der Missionsbewegung der „Born Again Christians" an.

Bayerns SPD zeigt auch Schadenfreude

lz. München

Trotz allen Mitgefühls über den tiefen Sturz der Hamburger Genossen können Bayerns Sozialdemokraten ein Quentchen Genugtuung nicht verbergen. denn nun, so ließ sich der bayerische SPD-Vorsitzende Rudolf Schöfberger gestern vernehmen, habe sich gezeigt, daß die weißblaue SPD-Schlappe vor vier Wochen mit nur 27,5 Prozent „kein typisch bayerisches Ergebnis war".

Wie identisch die Trends an Isar und Elbe verliefen, zeigt ein Vergleich zwischen dem landesweiten SPD-Verlust in Bayern und dem Minus in den Großstädten: Insgesamt verloren die bayerischen Sozialdemokraten nur 4,4 Prozent, in München (-9,9) und Nürnberg (-8), den beiden größten Städten des Freistaats, mußten sie dagegen Verluste hinnehmen, die denen der Hamburger Parteifreunde gleichen. Schöfberger spricht deshalb von in der Geschichte der SPD „einmaligen Einbrüchen" in den Großstädten und fordert eine grundlegende Strategieänderung für den Bundestagswahlkampf.

Seine Analyse. weshalb die sozialdemokratischen Traditionswähler „dramatisch am Verschwinden" sind, gleicht jener, die er bereits vor vier Wochen gab: Sich stärker mit den Grünen auseinandersetzen und sie nicht mehr wie „mißratene, aber von den Eltern mehr oder weniger geliebte Kinder" behandeln, sich mehr um soziale Aufsteiger und technische Intelligenz kümmern, die Wähler mit einem „guten Lebensgefühl" ansprechen und nicht so sehr auf das Schlagwort „Neue Armut" setzen: „Die wirklich Armen fühlen sich von der Caritasschwester doch besser betreut als von einem Sozialdemokraten."

Nun solle die SPD nicht mehr auf die absolute Mehrheit im Bundestag setzen, sondern zum Hauptziel erklären, die absolute Mehrheit der Union und den Sprung des CSU-Vorsitzenden Strauß in das Amt des Außenministers zu verhindern.

Wohl sieht auch Staatsminister Edmund Stoiber „ganz schwere Zeiten" für die SPD und zudem den Beweis, daß die Stammklientel der FDP bei zweieinhalb bis drei Prozent liegt, der Strauß-Berater warnt die Union aber davor, auf eine absolute Mehrheit zu setzen. Erstes Ziel müsse es jedoch sein, daß CDU und CSU stärker werden als SPD und Grüne zusammen.

Nach der Wahl: CDU gestärkt / FDP zuversichtlich / SPD will Kräfte konzentrieren

Kohl sieht Bestätigung für Regierungspolitik

GÜNTHER BADING, Bonn

Der CDU-Bundesvorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl hat seine Partei vor einem Nachlassen in ihrem Wahlkampf aufgrund der SPD-Niederlagen in Hamburg am Wochenende und in Bayern am 12. *Oktober eindringlich gewarnt.* „Wir kämpfen um jede Stimme", sagte der Kanzler in einer Pressekonferenz nach einer Sitzung von CDU-Präsidium und Parteivorstand im Bonner Konrad Adenauer-Haus. „Wir haben weder eine Stimme zu verschenken noch zu verleihen." Die Bundestagswahl werde erst am 25. Januar entschieden. Er halte auch die da und dort in der jetzigen Partei jetzt einsetzenden Überlegungen „absolut nicht für sinnvoll", die Unionsparteien *sollten nun Wahlkampf* auch gegen den Koalitionspartner FDP betreiben und eine eigene absolute Mehrheit anstreben. Eine klare Absage an alle Überlegungen, bei der Bundestagswahl angesichts des gegen die SPD laufenden Trends und dem schwachen Abschneiden der FDP auf eine eigene absolute Mehrheit der CDU/CSU zu setzen. hatte der Kanzler schon in der Sitzung des Parteivorstands ausgesprochen. Kohl wandte sich auch dagegen, aus dem dritten Scheitern der FDP in Hamburg an der Fünf-Prozent-Hürde die Voraussage für eine ähnliche Niederlage der Freidemokraten bei der Bundestagswahl herzuleiten.

In einer ersten Analyse des Hamburger Wahlergebnisses hielt Kohl fest, daß die Stimmgewinne für die CDU zwar auf den hervorragenden Wahlkampf seiner Hamburger Parteifreunde zurückzuführen seien, daß sie aber „selbstverständlich auch eine Bestätigung der Bonner Regierungspolitik" seien. Der Hamburger CDU-Spitzenkandidat Perschau bestätigte diese Auffassung. Er habe seit der Sommerpause eine „Änderung des politischen Großklimas" verspürt. „Wir hatten einen wachsenden und sehr, sehr angenehmen Rückenwind aus Bonn."

Die Niederlage der SPD in Hamburg habe einen „erdrutschartigen Charakter", sagte Kohl. *Die Politik der SPD sei, ob in Hamburg oder* anderswo in der Republik, nicht mehr überzeugend und schlüssig; sie werde von der Wahlbevölkerung nicht mehr akzeptiert. Sowohl in Bayern als auch in Hamburg habe die SPD ihr jeweils schlechtestes Ergebnis seit 1949 erzielt. Es sei offenkundig, daß ein Teil der traditionellen SPD-Wähler in der Arbeitnehmerschaft angesichts der Entwicklung in ihrer Partei den Weg zur CDU gefunden habe.

Kohl machte deutlich, daß er in Hamburg die Entscheidung über eine eventuelle große Koalition von CDU und SPD kaum vor dem Termin der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 erwarte. Die Entscheidung, so der CDU-Bundesvorsitzende, sei ohnedies Sache der Hamburger CDU. Indirekt stellte sich Kohl allerdings hinter die Äußerung des CDU-Spitzenkandidat in Hamburg, Hartmut Perschau, der sein Koalitionsangebot an die SPD noch am Wahlabend mit der Verantwortung für die Zukunft der Hansestadt begründet hatte. Die CDU könne sich ihrer Verantwortung für die Regierbarkeit Hamburgs nicht entziehen, gab der Kanzler zu verstehen. Perschau erklärte dazu in Bonn: „Die CDU kann nicht ihre Hand dazu reichen, daß die SPD zu einem Bündnis mit den Grünen gedrückt wird." Ein solches Bündnis sei von der CDU nicht zu verantworten, da es den Niedergang der Hansestadt und eine Verschärfung der schon jetzt in der sozialdmeokratischen Regierungszeit aufgetretenen Probleme bedeuten würde.

FDP sieht auch positive Aspekte ihres Ergebnisses

DIETHART GOOS, Bonn

Abgeschirmt von verschlossenen Türen haben Präsidium und Bundesvorstand der FDP gestern in Bonn das Hamburger Bürgerschaftswahlergebnis beraten und Schlußfolgerungen für den Bundestagswahlkampf gezogen. Obwohl die FDP ihr erklärtes Ziel der Rückkehr in die Bürgerschaft knapp verfehlt habe, sei sie nicht geschlagen worden, hieß es in einer Erklärung von FDP-Sprecher Mahling.

Nach Meinung der Bonner Parteispitze sei es eine beachtliche Leistung, angesichts achtjähriger Abwesenheit aus der Bürgerschaft von 2,6 Prozent nahe an die Fünf-Prozent-Grenze herangekommen zu sein. Zugleich wurde in der Sitzung der Führungsgremien aber auch festgestellt, daß die Liberalen in der Hansestadt mit 4,8 Prozent noch um 1,5 Prozent unter dem Ergebnis der Bundestagswahl vom März 1983 geblieben sind. Dies sei Anlaß genug, jetzt alle nur möglichen Anstrengungen auf ein gutes Abschneiden am 25. Januar 1987 zu konzentrieren.

Parteichef Martin Bangemann meinte, er sei nicht pessimistisch, was den Einzug der FDP in den neuen Bundestag betreffe. Die Wähler hätten darüber zu entscheiden, ob die erfolgreiche Arbeit der Bonner Koalition aus CDU/CSU und Freien Demokraten fortgesetzt werden solle oder ob bei weniger als fünf Prozent für die FDP eine rot-grüne Mehrheit im Bund an die Macht komme.

Aufmerksam registrierte die Parteiführung erste Analysen der Wählerwanderung bei der Bürgerschaftswahl. So gingen 10 000 Stimmen von der SPD direkt zur FDP. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Hamburger FDP auf jede Koalitionsaussage verzichtet hatte und stattdessen ein Bündnis mit den Sozialdemokraten nicht ausgeschlossen wurde, erhält dieser Zugewinn von SPD-Stimmen besonderes Gewicht. Es sei allerdings falsch, daraus eine Bereitschaft zur Wiederauflage der sozial-liberalen Koalition im Bund abzulesen, hieß es in Vorstandskreisen.

Mit Sorge wurde im Bundesvorstand die sich vor allem bei der CSU abzeichnende Strategie registriert, bei der Bundestagswahl die absolute Mehrheit der Unionsparteien anzusteuern. Nur einmal, bei der Bundestagswahl 1957, war es CDU und CSU gelungen, mit 50,2 Prozent der Zweitstimmen und 270 Mandaten die absolute Mehrheit zu erringen.

Diese Neuauflage der Unionsmehrheit wollen die Liberalen unter allen Umständen verhindern. So erklärte *Parteisprecher Mahling* nach der gestrigen Vorstandssitzung, nur mit der FDP werde es eine Fortsetzung der liberalen Außen- und Sicherheits-, Wirtschafts- und Rechtspolitik geben. Die Freien Demokraten würden eine notwendige Steuerreform durchsetzen, um die unerträgliche Steuerlast für jeden zu vermindern. Auch könnten über eine Entlastung besonders der kleinen Betriebe neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Diese Marschrichtung der FDP soll auf dem Wahlparteitag am 21. und 22. November in Mainz mit einer klaren Koalitionsaussage zugunsten der Union untermauert werden. Gezielt wollen die Liberalen jene Wählerschichten ansprechen, die einen zu starken Einfluß der bayerischen CSU innerhalb der Union ablehnen und zugleich die Fortsetzung der bisherigen Koalitionsregierung wünschen. Bei voller Ausschöpfung der eigenen Stammwählerschaft und entsprechenden Stimmen aus dem Unionslager rechnet die FDP-Führung mit einem Stimmenanteil von sechs bis sieben Prozent.

Hamburger Loch im Netz des Menschenfischers Rau

PETER PHILIPPS, Bonn

Es war nur Zufall, daß in Hamburg eine Ausstellung über mittelalterliche „Gruselkabinette" zu der Stunde eröffnet wurde, als in Bonn das SPD-Präsidium zusammentrat. Aber wie im Gruselkabinett kommen sich auch die Spitzengenossen vor, seit der Aufgalopp zur Bundestagswahl so sensationell im Graben endete.

Der Mann, auf den nun alles gebannt starrt. Kanzlerkandidat Johannes Rau, war schweigsam wie selten – und verabschiedete sich nach der Präsidiums-Sitzung schnell wieder. Das anschließende Treffen der Landes- und Bezirksfürsten der Partei, die abendliche Vorstandssitzung rückten bei ihm trotz drängender Aktualität wieder in den Hintergrund.

Rau eilte nach Wuppertal, wo Ehefrau Christina mit dem dritten Kind in den Geburtswehen lag. Der Kreißsaal wurde auch für ihn zum Zufluchtsort.

Einsilbig: Johannes Rau
FOTO: SVEN SIMON

Der Kandidat, der „nach der Wende den Wechsel schaffen" wollte – er wirkt seit Wochen bereits angeschlagen. Seit Sonntagabend macht er den Eindruck eines Boxers, der angezählt ist. Wer hört, wie er in vertrautem Kreis stöhnt, daß er eigentlich nur auf Brandt und Vogel in der Partei wirklich bauen könne, der gewinnt schon seit langem den Eindruck, Rau würde sich lieber heute als morgen der Kandidaten-Bürde entledigen. Zu den Folgerungen nach Hamburg fiel ihm nur ein: „Ich habe noch nie über Strategien nachgedacht, sondern über Wähler."

Die Sozialdemokraten sind in einer schwierigen Situation: Einerseits müssen sie eine neue Wahlkampf-Strategie *entwickeln, denn das Ziel* einer absoluten Mehrheit wirkt selbst in den eigenen Reihen höchstens noch demotivierend; andererseits müssen sie bei dieser schwierigen *Operation auch noch ihren* Spitzenkandidaten stabilisieren.

Fast beschwörend haben deshalb Gerhard Schröder, im Juni in Niedersachsen knapp gescheitert, und Friedhelm Farthmann, mächtiger nordrhein-westfälischer Fraktionschef, gestern die eigene Basis vor einer Kandidaten-Diskussion gewarnt. Es sei „tödlich", sagte Farthmann, mitten im Strom „die Pferde zu wechseln". Auch am Bekenntnis *des Bruder Johannes, daß nichts mit* den Grünen in Bonn geht, darf nicht gerüttelt werden. Wenn sie nach Bayern und Hamburg sich nicht auch in Bonn ihr schlechtestes Nachkriegs-Ergebnis einhandeln wollen, dies wissen die Genossen, dann darf am Kandidaten und seinen Kernaussagen kein Zweifel laut werden.

Daß es mit der Wahlkampf-Führung aber nicht im bisherigen Trott weitergehen kann, daran bestehen ebenso wenige Zweifel: Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel und Peter Glotz gaben bereits in der Wahlnacht die neue, realistische Formel aus, daß das Ziel die Verhinderung einer absoluten CDU/CSU-Mehrheit sei. Der saarländische „Enkel" Oskar Lafontaine mahnte ebenso wie Schröder an, daß die Partei in der jetzt beginnenden heißen Wahlkampfphase „nicht bezweifelbare Positionen" auf den Gebieten Kernenergie, Umweltschutz und Abrüstung vertreten müsse. „Von „glasklaren Alternativen" sprach Schröder und stieß das Rausche „Versöhnen" vom Piedestal: Die SPD dürfe „keine falschen Rücksichten mehr nehmen", müsse in einer Sprache kämpfen, die „den Geißlers keine Chance mehr läßt".

Auch nicht Gewerkschaftsführern: Man müsse „den Vorsitzenden der Gewerkschaftsholding BGAG, Alfons Lappas, und die Verantwortlichen im DGB, die Fehlverhalten gezeigt haben, sofort in der Versenkung verschwinden lassen". Der enge Schulterschluß mit den Gewerkschaften *sollte Rau nach oben tragen* und hat sich nun unter dem Stichwort „Neue Heimat" wie ein Mühlstein am Hals des Kandidaten entwickelt.

Die Tage nach Hamburg sehen die Genossen in einem ihrer tiefsten Täler, wohin der Abstieg nach der Niedersachsen-Wahl begonnen hatte. „Wir haben einen langen, einen schweren Weg vor uns", hatte Rau vor knapp einem Jahr auf dem Treffen in Ahlen ausgerufen. Er ist noch länger, noch schwerer. Damit der nordrhein-westfälische „Menschenfischer" nicht mehr Schaden nimmt als unvermeidlich, haben seine Landes-Genossen um Bodo Hombach bereits eine eigene Wahlkampf-Strategie für das Land an Rhein und Ruhr entwickelt, damit er wenigstens dort unbeschadet aus dem Bundes-*Abenteuer* herauskommt: Möglicherweise als Kanzlerkandidat „gegen die Plumpe gelaufen", aber unversehrt als Landesvater ...

Grüne zur Tolerierung des SPD-Senats bereit

DIETHART GOOS, Bonn

Nur wenn die Hamburger SPD die Grundsatzforderungen der Grün-Alternativen Liste (GAL) erfüllt, sind die Grünen zur Tolerierung eines sozialdemokratischen Minderheitssenats in der Hansestadt bereit. Das erklärte der Sprecher im Bundesvorstand der Grünen, Rainer Trampert.

Diese Forderungen seien ebenso notwendig wie sozial und würden die Bedingungen der Grünen für die Wahlunterstützung eines Minderheitssenats bedeuten. Die Grünen wollten sich von der SPD keine Einzelheiten ihres Forderungskataloges abhandeln lassen, stellte Trampert klar. „Wir fangen nicht an zu betteln", erklärte der einflußreiche Sprecher der Grünen. Zugleich nannte er die für die Grünen wichtigsten Bestandteile des Tolerierungspakets der GAL in Hamburg: Sofortiger Ausstieg aus der Atomtechnik und Ausbau von Energiealternativen; Einleitungsstopp für Schwermetalle sowie der schlimmsten chemischen Giftstiffe in die Elbe; Niederlassungsrecht für Flüchtlinge und Einwanderer mit gesellschaftlicher Gleichbehandlung; bevorzugte Einstellung von Frauen im öffentlichen Dienst sowie Nulltarif für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger in öffentlichen Einrichtungen und die Anhebung des Sozialhilfesatzes um *50 Prozent.*

Trampert schloß nicht aus, daß es zwischen der CDU als stärkster Fraktion in der Bürgerschaft und den geschwächten Sozialdemokraten zu einer Großen Koalition kommen könnte. „Ich erwarte mit großer Spannung, wie sich die SPD-Linke dann verhält, wenn die SPD-Rechte, die in Hamburg immer das Sagen hatte, eine offene oder verdeckte Koalition mit der CDU einzugehen bereit ist." Als ausgeschlossen bezeichnete es Trampert, daß die Hamburger GAL eine CDU-Regierung unterstützen würde. Das gelte genauso für die Grünen in Bonn.

Als wesentliche Vorbedingungen für die Unterstützung einer SPD-Regierung nach der Bundestagswahl am 25. Januar nannte Trampert den Abzug amerikanischer Mittelstreckenraketen und den Ausstieg aus der Atomwirtschaft.

Die Aussichten der Grünen bei der bevorstehenden Bundestagswahl bezeichnete Trampert nach dem unerwartet großen Erfolg seiner Partei in Hamburg als gut. Die Grünen würden sicher auch im neuen Bundestag vertreten sein. Bezüglich der Wahlaussichten der SPD meinte Trampert, die Partei des Kanzlerkandidaten Rau werde Schwierigkeiten haben, mehr als 40 Prozent der Stimmen zu erhalten. Daher komme es für die Grünen darauf an, mit einer möglichst großen Fraktion dem neuen Bundestag anzugehören. Durch die „Rechtsentwicklung der SPD" *sind die Spielräume nach Darstellung* von Trampert als einzige Antwort auf eine heimliche Große Koalition noch größer geworden.

Ermittlungen gegen Robert Jungk

dpa, Hanau

Die Staatsanwaltschaft Hanau ermittelt gegen den Friedensforscher Robert Jungk (73) wegen des Verdachts auf Volksverhetzung und aufwieglerischen Landfriedensbruch. Dies teilte der Leitende Oberstaatsanwalt Albert Farwick gestern in Hanau mit.

Ursache der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen sind Äußerungen Jungks während einer Kundgebung im Rahmen der Großdemonstration gegen die Nuklearindustrie am vergangenen Samstag in Hanau. Jungk hatte vor den Nuklearbetrieben im Stadtteil Wolfgang den 15 000 Demonstranten zugerufen: „Hauptsache Widerstand, egal, ob friedlich oder militant." *Auch den Aufruf „macht* kaputt, was Euch kaputtmacht!" bewerten die Ermittlungsbehörden als Aufforderung zu Gewalttaten.

Bei der Demonstration in Hanau war es nach dem offiziellen Ende zu Ausschreitungen gekommen, deren Schäden Hanaus Oberbürgermeister Hans Martin (SPD) auf mehrere 100 000 Mark bezifferte. Die Stadt werde den Geschädigten finanzielle Unterstützung zukommen lassen.

Von einer bisher bundesweit nicht gekannten Massierung militanter und gewaltbereiter Atomkraftgegner sprach der Leitende Polizeidirektor Richard Huber, der den Polizeieinsatz am Samstag geleitet hatte. Er bezifferte den gewalttätigen Kern bei der Hanauer Demonstration auf 2500 Personen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Bischof rügt die IG Metall

KNA, Paderborn

Als „Skandal" hat der Erzbischof von Paderborn, Johannes Joachim Degenhardt, die Forderung der IG Metall nach ersatzloser Streichung des Paragraphen 218 bezeichnet. Wie Degenhardt gestern deutlich machte, sei „diese Forderung für jeden, dem Leben und Würde des Menschen am Herzen liegen, unerträglich".

Scharf kritisierte er den Versuch der Gewerkschaft, durch ihre Beschlüsse das Gewissen von Mitgliedern. die eine andere Meinung in dieser Frage haben, zu knebeln. „Ich beobachte diese Entwicklung mit größter Sorge."

Journalisten aus UdSSR sagen ab

dpa, Bonn

Die Reiseabsagen aus Moskau gehen weiter. Wie gestern bekannt wurde, bestätigte die sowjetische Botschaft in Bonn, daß eine Delegation des Verbandes sowjetischer Journalisten der Einladung des Bundespresseamtes nicht folgen könne. Begründungen wurden offiziell nicht abgegeben.

Informierte Kreise in Bonn bezeichneten die Reiseabsage als weitere Folge der Goebbels-Gorbatschow-Äußerung von Bundeskanzler Helmut Kohl, die zu einer starken Abkühlung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses geführt hatte.

Hannover: Noch 1986 Privatfunk

dpa, Hannover

Der erste private Hörfunk in Niedersachsen, die Funk- und Fernsehen Nordwestdeutschland GmbH (FFN), startet mit seinen Sendungen noch in diesem Jahr. An Silvester, zwölf Stunden früher als geplant, sollen die Hörer die ersten Sendungen empfangen können. Wie ein Sprecher des privaten Rundfunkanbieters gestern mitteilte, soll schon am 31. Dezember mittags die Premiere sein. Bereits seit einigen Tagen strahlt die Deutsche Bundespost über einen von insgesamt sieben Sendern ein Testsignal aus, das Hinweise auf das neue Programm liefert.

Anklage gegen Thomas Hupka

AP, Bonn

Die Bonner Staatsanwaltschaft hat gegen Thomas Hupka, den 26jährigen Sohn des CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka, Anklage wegen Betruges in Tateinheit mit Urkundenfälschung erhoben.

Wie gestern in Bonn mitgeteilt wurde, soll der Prozeß gegen Hupka in Kürze vor einem Schöffengericht stattfinden. Der Geschichtsstudent hatte, so die Anklage, am 25. Juli 1986 unberechtigt 120 000 Mark von einem Konto der Bundes-CDU bei der Dresdner Bank abgehoben und davon Schulden in Höhe von 70 000 Mark abgetragen.

Sandoz will ‚jedes Gesuch' auf Schadenersatz prüfen

Zweite Giftwelle bislang ohne Folgen / Den Haag plant Sonderkonferenz / Schweiz will Umweltschutz-Gesetze verschärfen

DW. Bonn

Offenbar ohne gravierende Folgen ist gestern die zweite Giftwelle aus *dem* Sandoz-Chemielager rheinabwärts an Karlsruhe vorbeigeflossen. Ihr Weg konnte mit Hilfe von Fluoreszenzmessungen genau beobachtet werden. Zwei Schadstoffanalysen von Wasserproben, die aus dieser Welle am Wochenende bei Weil/Rhein und Breisach entnommen worden waren, zeigten nach einem Bericht der Landesanstalt für Umweltschutz (LfU) in Karlsruhe Konzentrationswerte unterhalb der Nachweisgrenze an. Das zuletzt aus einem lecken Rohr am Brandort in Basel ausgetretene Löschwasser hat sich offenbar sehr schnell stark verdünnt. Eine erneute nennenswerte Anreicherung des Rheinwassers durch Quecksilber ist demnach nicht erfolgt. Nordrhein-Westfalens Umweltminister Matthiesen gab gestern Entwarnung.

Auch im Stuttgarter Umweltministerium lagen keine Informationen über neues Fischsterben vor. Lediglich aus einem Altrheinarm in der Nähe von Freiburg wurden am Sonntag weitere 40 tote Aale gefischt.

Die Spitze der ersten Giftwelle *hat* inzwischen die Gewässer des Rotterdamer Hafens erreicht. Die holländischen Behörden rechnen damit, daß die Gefahr für die Trinkwasserversorgung und für die Fische sowie für die Kleinlebewesen des Flusses frühestens in vier Tagen vorüber sein wird, „dann können wir Entwarnung geben", sagte der Sprecher des „Krisenzentrums Rhein" vom zuständigen Ministerium für Wasserwirtschaft, Teuni Sprong der WELT.

Ein Fischsterben, so betonen die holländischen Behörden weiter, ist bisher nicht registriert worden. Man rechne auch nicht mehr damit. Die hochgiftigen Insektizide seien inzwischen „sehr stark verdünnt". Auch habe man genügend Trinkwasser in *den Reservoirs gespeichert. Erfreu*lich sei die Tatsache, daß bisher nur „ganz kleine Mengen" der Kontaminationswelle über die Ijssel, die man mit Schleusen nicht von den Rheinarmen abtrennen konnte, ins Ijsselmeer geflossen seien. „Eine Gefahr für unsere Trinkwasserversorgung besteht daher nicht", sagte der Sprecher.

Unterdessen hat die Haager Ministerin für Verkehr und Wasserwirtschaft, Frau Nelie Smit-Kroes, angekündigt, daß sie ihre in dieser Frage *zuständigen Kollegen aller Rheinan*liegerstaaten zu einer Sonderkonferenz nach Den Haag einladen will. Die Sondersitzung solle dazu dienen, daß man in Zukunft bei vergleichbaren Katastrophen effektiver und länderübergreifend zusammenarbeiten könne, sagte die Ministerin.

Die Firma Sandoz muß mit einer Flut von privaten Entschädigungsansprüchen aus dem In- und Ausland rechnen. Baseler Bürger verlangen bereits Entschädigungen für die erlittene „Todesangst", Ersatz für Arztrechnungen und für Reisekosten, die entstanden sind, weil sie nach dem ersten Alarm die Stadt mit ihrer Familie fluchtartig verlassen hatten. Der betroffene Sandoz-Konzern hat bereits erklärt, „jedes Gesuch" auf Schadenersatz zu prüfen. Experten rechnen damit, daß die Schadenersatzansprüche viele hundert Millionen, wenn nicht gar Milliarden Franken betragen werden.

Sandoz ist angeblich für einen Schaden von einer halben Milliarde Franken oder rund 600 Millionen Mark versichert. Die über die Versicherungsansprüche hinausgehenden Kosten müßte Sandoz aus eigener Tasche zahlen. Ihr Reingewinn belief sich 1985 auf 529 Millionen Franken. Wenn im Extremfall die Firma durch diese *Katastrophe in* eine schwere Krise geraten sollte und zahlreiche Arbeitsplätze gefährdet wären, würde sehr wahrscheinlich der Schweizer Staat einspringen und einen Teil der Kosten tragen.

Das Ansehen der Firma Sandoz, *die in diesem Jahr ihr 100*jähriges Jubiläum feierte, hat jedenfalls durch den Unfall und wegen der unvollständigen und teilweise zögernden Informationspolitik auch bei der Schweizer Bevölkerung schwer gelitten.

In Basel kam es am Wochenende zu Großdemonstrationen gegen Sandoz. Die Firma hatte zwar erhebliche Summen zur Gefahrensicherung im Produktionsbereich investiert, die Überwachung im Lagerbereich, wie Konzernpräsident Marc Moret zugeben mußte, aber vernachlässigt. Die Kritik aus der Bundesrepublik und besonders aus Frankreich, wo man bereits von „Tschernobasel" spricht, ist heftig.

Inzwischen hat das „Bundesamt für Umweltschutz" in Bern festgestellt, daß die Behörden keinen Überblick über das Gefahrenpotential im Chemiebereich haben. Bern will nun die geltende Umweltschutzgesetzgebung durch eine „Störfallverordnung" ergänzen, um die Betriebe zu verpflichten, den Nachweis für die Sicherheit ihrer Anlagen zu erbringen – eine Regelung, die in der Bundesrepublik bereits besteht.

Warnung vor Strafjustiz als „Super-Fachaufsicht"

Juristen sehen neue Konflikte zwischen Recht und Verwaltung

JOACHIM NEANDER, Mainz

Führende Juristen in der Bundesrepublik Deutschland sehen den Rechtsstaat durch einen sich besorgniserregend verschärfenden Konflikt zwischen Strafrecht und Strafjustiz auf der einen und Verwaltung bzw. Verwaltungsgerichten auf der anderen Seite bedroht. Dies wurde bei einer Diskussionsrunde deutlich, zu der der rheinland-pfälzische Justiz*minister Professor Heribert Bickel* (CDU) in Mainz Rechtsprofessoren, Gerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte des Landes geladen hatte.

Gefahren für Einheit der Rechtsordnung

In einem Grundsatzreferat nannte der Trierer Professor Rüdiger Breuer als exemplarische Konfliktfelder vor allem das neugeschaffene Umweltstrafrecht sowie das Steuerstrafrecht im Zusammenhang mit den Parteispenden. Wenn heute nach Paragraph 324 des Strafgesetzbuches (StGB) ein Unternehmen wegen Verunreinigung eines Gewässers verurteilt werden könne, obwohl es eine nach geltendem Wasserrecht wirksame behördliche Erlaubnis zur Einleitung solcher Abwässer besitzt, schaffe dies eine „erhebliche Rechtsunsicherheit". In dem betreffenden Frankfurter Fall wurde übrigens auch der für die Erlaubnis zuständige Beamte zu einer Geldstrafe verurteilt, obwohl er nach Verwaltungsrecht lediglich seinen Ermessensspielraum genutzt hatte.

Professor Breuer wies darauf hin, daß der strafrechtlichen und der wasserrechtlichen Gesetzesbestimmung zum Schutz der Gewässer eine unterschiedliche Definition des Schutzzwecks zugrunde liege. Der direkte Zugriff der Strafjustiz bedeute in der Konsequenz, daß *sie sich selber zu* einer Art Super-Fachaufsicht über die zuständigen Behörde aufwerfe.

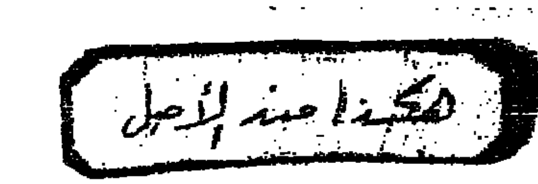
Auch in Steuerstreitfällen greift die Strafverfolgungsbehörde neuerdings – wie sich schon bei den Parteispendenverfahren – bekanntlich bereits zu einem Zeitpunkt ein, da das Finanzamt und die Finanzgerichte selbst noch gar keine Entscheidung gefällt haben. Dabei macht sie auch immer seltener von der Möglichkeit Gebrauch, das Strafverfahren bis zur Entscheidung des Finanzgerichts wenigstens auszusetzen.

So kommt es zu Fällen, in denen der vor dem Strafgericht Verurteilte Jahre später dann vor dem Finanzgericht doch noch Recht bekommt. Daraus kann der Betroffene später hinsichtlich seiner Verurteilung allerdings nicht einmal ein Wiederaufnahmeverfahren erwirken, sondern hat allenfalls Anspruch auf einen Gnadenerweis.

Breuer sieht hier Gefahren für die Einheit und Einsehbarkeit der gesamten Rechtsordnung schlechthin. Der Bürger müsse die Gewißheit haben, woran er sich zu halten habe. Das Strafrecht müsse an Entscheidungen der Verwaltung und der Verwaltungsgerichte anknüpfen. Das Verwaltungsrecht müsse dabei einen Vorrang genießen.

Absoluter Vorrang für Strafjustiz gefordert

Dem wurde von seiten der Strafrechtler teilweise vehement widersprochen. Generalstaatsanwalt Hans-Joachim Ulrich (Koblenz) forderte sogar einen absoluten Vorrang für das Strafrecht. Gerade die Erfahrungen mit der Wirklichkeit hätten ja letztlich den Gesetzgeber zu einer Verschärfung beim Umwelt- und Steuerstrafrecht veranlaßt. Es sei sicher kein Zufall, daß Interessenten meist versuchten, ihre Interessen bei Verwaltungsgerichten durchzusetzen. In der Bevölkerung dagegen sei das Vertrauen in die Strafjustiz deutlich größer.



WELT-Interview mit dem Spitzenkandidaten der CDU / Wie lange kann sich Dohnanyi noch halten? / Flügelkämpfe bei der SPD

Perschau: Ich stehe Dohnanyi zu jeder Zeit für Gespräche zur Verfügung

Der Hamburger CDU-Spitzenkandidat Hartmut Perschau hat in einem Interview mit der WELT seine Bereitschaft bekräftigt, Gespräche mit der SPD über eine politische Zusammenarbeit aufzunehmen. Die Fragen stellte Uwe Bahnsen.

Herr Perschau, jeder zehnte Hamburger Wähler hat sich am 9. November für die GAL und damit für eine Partei entschieden, deren Repräsentanten ausdrücklich erklären, die GAL trage den Staat nicht mit. Die FDP hingegen, die die Bundesrepublik mit aufgebaut hat, scheiterte erneut an der Fünf-Prozent-Hürde. Welche Konsequenzen müssen nach Ihrer Meinung aus diesen Fakten gezogen werden?

Perschau: Zehn Prozent GAL-Wähler, fast 100 000 Stimmen, sind in der Tat ein bedrückendes Ergebnis, das alle verantwortungsbewußten Politiker in unserer Stadt zum Nachdenken über die Ursachen auffordert. Ich glaube, die SPD hat bislang den prinzipiellen Fehler gemacht, sich gegen die GAL und ihr zumindest unklares Verhältnis zur Gewalt nicht scharf genug abzugrenzen. Zwar hat Bürgermeister Klaus von Dohnanyi eine solche Abgrenzung für sich vollzogen, aber ein Teil seiner Partei und insbesondere der linke Flügel folgt ihm darin nicht. Sehr klar wird das alles am Beispiel der Zustände in der St. Pauli-Hafenstraße. Hier wird auch ein anderes Versäumnis der Sozialdemokraten deutlich: Diese städtischen Häuser hätten nicht nur längst geräumt werden müssen, sondern dringend erforderlich wäre auch eine Betreuung der Bewohner durch erfahrene Sozialarbeiter gewesen . . .

. . . und die FDP?

Perschau: Die Freien Demokraten, das habe ich Herrn von Münch immer wieder entgegengehalten, haben sich die Rückkehr in die Bürgerschaft selbst verbaut, weil sie auf eine klare Koalitionsaussage verzichtet und dem Wähler statt dessen Absichtserklärungen angeboten haben, die niemanden überzeugen konnten. Für die Liberalen in unserer Stadt ist das ein schmerzliches Resultat. Nach allen Erfahrungen steht fest, daß die FDP immer dann und nur dann eine reelle Chance hat, wenn sie klare Aussagen über ihre Koalitionsabsichten trifft.

Sie sind der Wahlsieger des Sonntags und können doch nicht regieren – die Hamburger Verhältnisse vom Herbst 1982 sind zurückgekehrt. Was soll nach Ihrer Meinung werden?

Perschau: In der Demokratie ist der Wähler der Souverän. Die Politiker haben seine Entscheidung zu respektieren und daraus konstruktive Konsequenzen zu ziehen. Das ist jetzt die große Aufgabe und auch die Herausforderung, vor der die demokratischen Parteien in unserer Stadt stehen. Konkret bedeutet das, jedenfalls für die CDU: Wir sind zu einer Zusammenarbeit mit der SPD im Interesse der Stadt und ihrer drängenden Probleme bereit, und wir bieten den Sozialdemokraten Gespräche über dieses Thema an.

Bedeutet das Gespräche über eine Große Koalition im Sinne eines formellen Regierungsbündnisses?

Perschau: Auch Gesprächen darüber werden wir uns nicht verweigern. Zunächst muß aber die SPD intern klären, was sie selbst eigentlich will und kann, und dann wird in Verhandlungen zu klären sein, wie sich eine politische Zusammenarbeit in der parlamentarischen Praxis darstellen und organisieren läßt.

Welche personellen und sachlichen Forderungen würde die CDU bei solchen Gesprächen stellen?

Perschau: Das zu entscheiden, ist Sache der Gremien unserer Partei, denen ich nicht vorgreifen möchte. Abgesehen davon geht es auch zunächst um die Klärung der grundsätzlichen Frage, ob die Sozialdemokraten überhaupt zu einer Kooperation mit der CDU bereit und angesichts ihrer Flügelkämpfe auch in der Lage sind.

Wären Neuwahlen nach einem Scheitern solcher Gespräche ein für die CDU akzeptabler Weg?

Perschau: Es kann nicht Sache der Politiker sein, dem Souverän Wähler eine Wahlentscheidung mit der Feststellung zurückzureichen, mit einem solchen Votum könne man nicht regieren. Regiert werden muß Hamburg mit dem Wahlergebnis des 9. November. Und Konsequenzen müssen aus diesem und nicht einem anders denkbaren Resultat gezogen werden.

Ab wann stehen Sie dem Ersten Bürgermeister für Gespräche zur Verfügung?

Perschau: Zu jedem Zeitpunkt, den das Wohl unserer Stadt verlangt.



Wind in den Segeln des Kanzlers: Der Hamburger Wahlsieger Hartmut Perschau gestern in der Bonner Parteizentrale FOTO: AP

Gewinne und Verluste Vergleich zur vorausgegangenen Landtagswahl (in Prozentpunkten)

CDU/CSU · SPD · FDP · Grüne/Alternative

Bundestagswahl* (6.3.83) · Rheinland-Pfalz (6.3.83) · Schleswig-Holstein (13.3.83) · Bremen (25.9.83) · Hessen (25.9.83) · Baden-Württemberg (25.3.84) · Berlin (10.3.85) · Saarland (10.3.85) · Nordrhein-Westfalen (12.5.85) · Niedersachsen (15.6.86) · Bayern (12.10.86) · Hamburg (9.11.86)

*Vergleich zur Bundestagswahl 1980

DIE WELT

Die Sozialdemokraten vor der Zerreißprobe

Von UWE BAHNSEN

Die großen Fragen des Lebens", so rief SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau seinen Zuhörern am 27. Oktober auf einer SPD-Veranstaltung im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf zu, dürfe man „nicht den kleinen Parteien überlassen, sondern die müssen die großen Parteien lösen. Und wenn sie diese Fragen nicht lösen, muß man sie wegwählen – egal, wie sie heißen". Diese Mahnung haben die Wähler in der Hansestadt in einem Ausmaß beherzigt, das selbst pessimistische Einschätzungen im sozialdemokratischen Regierungslager weit übertroffen hat. Die SPD erlitt in ihrer traditionellen Hochburg ihre schwerste Niederlage der Nachkriegszeit.

Die Gründe dafür bedürfen am Tag nach der Entscheidung nicht mehr der qualitativen, sondern höchstens noch der quantitativen Analyse. Viele Fehlleistungen kamen zusammen: Linke Wähler (und vor allem Nichtwähler, die die Wahlbeteiligung unter den Stand von 1982 sinken ließen) wurden durch den „Hamburger Kessel" auf dem Heiligengeistfeld, durch die jüngsten Versuche des Innensenators Alfons Pawelczyk, an der St. Pauli-Hafenstraße durchzugreifen und gewiß durch eine Senatspolitik in Sachen Kernenergie verprellt, die den propagierten Ausstieg aus dieser Energiequelle als ein bloßes politisches Lippenbekenntnis erscheinen ließ. Hinzu kam der „Dauerbrenner" um den vom DGB verscheuerten Wohnungskonzern „Neue Heimat" und die undurchsichtigen Manöver des vormaligen Eigentümers DGB in dieser Sache.

Die Wähler der Mitte, ohne die bekanntlich jede Volkspartei verloren ist, entzogen den Sozialdemokraten *ihr Vertrauen vor allem aus zwei* Gründen: Die Innere Sicherheit und insbesondere eine überbordende Kriminalitätsentwicklung, der Innensenator Alfons Pawelczyk unter anderem durch die Einführung von Polizeistreifen im öffentlichen Nahverkehr beizukommen suchte, und die in

ANALYSE

der Hansestadt erheblich über dem Durchschnitt liegende Arbeitslosigkeit (vor allem im Bereich jugendliche Arbeitnehmer). Eine Skandalchronik, die sechs Parlamentarische Untersuchungsausschüsse beschäftigte, schlimme Pannen wie der Fall des St. Pauli-Killers Werner Pinzner, der im Sicherheitstrakt des Polizeipräsidiums den ihn vernehmenden Staatsanwalt *niederschoß und dann* seine Ehefrau und sich selbst tötete, Gewalttaten von Chaoten unter den Augen der zutiefst verunsicherten Polizei – das alles und ein bundespolitischer Wind, der den Sozialdemokraten deutlich ins Gesicht bläst, hat zum Hamburger SPD-Desaster des 9. November beigetragen. Thematische Anleihen der Sozialdemokraten nach links bei der GAL und nach rechts bei der CDU haben die Talfahrt nicht bremsen können.

Nun ist guter Rat teuer. Zu sicheren Prognosen darüber, wie die politische *Landschaft* der nächsten Wochen und Monate – und sei es nur bis zur Bundestagswahl am 25. Januar – sich in Hamburg entwickeln wird, mag sich im Rathaus der Hansestadt derzeit kein prominenter Politiker *äußern. Bürgermeister Klaus von* Dohnanyi sieht die immensen Probleme, vor denen ein Senat ohne parlamentarische Mehrheit und eine Weltstadt in einem tiefen Strukturwandel stehen. Kurzfristig geht es dabei vor allem um den Haushalt für 1987, den die Landesregierung zwar in der Bürgerschaft eingebracht hat, doch die Verabschiedung des Etats pflegt bei klaren Mehrheitsverhältnissen im Landesparlament jeweils im Dezember stattzufinden. Die Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung, die der Senat sich noch in der jetzt auslaufenden Legislaturperiode hatte erteilen lassen, gestattet Dohnanyi und seiner Senatsriege zunächst ein Weiterregieren, das jedoch faktisch bis zum Beginn der Sommerpause begrenzt ist.

Mittel- und langfristig, doch nicht weniger drängend, muß die energi*sche Bekämpfung der Arbeitslosig*keit, die Umstrukturierung der traditionell auf Hafen, Handel und Werften ausgerichteten Wirtschaft hin zu den Zukunftstechnologien, dazu das so komplizierte wie dornige Thema Länderfinanzausgleich, dessen derzeitige Nachteile für Hamburg Dohnanyi im Wahlkampf immer wieder als einen der wesentlichen Gründe für Mißstände in der Stadt angeführt hatte, mit allem Nachdruck vorangetrieben werden. Mit der GAL, so hatte der Regierungschef immer wieder erklärt, seien diese Hypotheken Ham*burgs nicht abzutragen. Die logische* Konsequenz daraus ist die Frage, ob eine Zusammenarbeit mit der CDU bis hin zu einer Großen Koalition im Sinne eines formellen Regierungsbündnisses möglich ist.

Auf eine Faustformel gebracht (die angesichts der völligen Verwirrung innerhalb der SPD allerdings nur tagespolitische Aussagekraft *hat*), sind derzeit die folgenden Positionen erkennbar: Dohnanyi neigt aus Gründen des Staatswohls zu einer zeitlich begrenzten Zusammenarbeit mit der CDU. Fraktionschef Henning Voscherau hingegen und mehr noch der Landesvorsitzende Ortwin Runde, Vormann des linken Parteiflügels, sind mit unterschiedlicher Intensität, aber im Ergebnis einhellig, derzeit gegen eine solche Kooperation. Ihr *wichtigstes Argument: Damit werde die in Hamburg traditionell auf die* Oppositionsbänke verwiesene CDU politisch salonfähig gemacht.

Welches der beiden Lager der Hamburger SPD sich in dieser bitteren Auseinandersetzung um den *künftigen Weg der Partei durchsetzen* wird, läßt sich derzeit nicht übersehen. Aber der Zorn und die Erbitterung des linken Parteiflügels sind schon jetzt in aller Deutlichkeit auszumachen. Die Jungsozialisten, die häufig schrill hinausposaunen, was die Vorleute des linken Flügels denken, haben am Tag nach der Wahl unverzügliche Verhandlungen mit der GAL gefordert, jegliches Gespräch mit der CDU abgelehnt und den Rücktritt der beiden Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und Alfons Pawelczyk verlangt. Vor der Hamburger SPD liegt *eine Via dolorosa.*

Nach Dohnanyis Desaster wird auch ein Rücktritt ins Kalkül gezogen

ub. Hamburg

„Dohnanyi für Hamburg. Hamburg nicht für Dohnanyi" – mit dieser bissig-ironischen Abwandlung des zentralen SPD-Wahlslogans für den 9. November zog einer der „alten Fuhrleute" in der Hamburger SPD-Führung in der Nacht zum Montag das Fazit eines Wahlabends, dessen Turbulenz ohne jede Parallele in der Hansestadt ist. Nach einer Anfangsprognose um 18 Uhr, in der die traditionelle Regierungspartei noch als stärkste politische Kraft der Hansestadt figurierte, verschwand sogar die einfache Mehrheit der SPD innerhalb von wenigen Minuten unter einem Erdrutsch. Für Klaus von Dohnanyi, den mit hohem Selbstbewußtsein ausgestatteten und handelnden Regierungschef, ist dieses Desaster mehr als eine Niederlage – es ist eine politische Demütigung. Sie wird noch verschärft durch die Tatsache, daß Dohnanyi seinen siegreichen Kontrahenten Hartmut Perschau während des Wahlkampfes im besten Fall mit herablassender Nachsicht als „den Kandidaten" bezeichnet hatte, doch sind auch andere Dohnanyi-Worte über seinen Gegner verzeichnet: Danach war Perschau für den roten Edelmann im Rathaus „ein Nichtschwimmer im Strom der Zeit" und, bissiger noch, „das kleinste mit bloßem Auge noch erkennbare Karo".

Dem Verlierer Klaus von Dohnanyi ist zuzubilligen, daß er seine vernichtende Wahlniederlage sowohl vor den Kameras der Fernsehanstalten wie in Gesprächen mit Kontenance kassierte. Nach dem Eingeständnis der Niederlage fuhr er am späten Abend ins Kurt-Schumacher-Haus, dem SPD-Parteihauptquartier, um die dort in Tristesse versammelten Spitzengenossen „zu trösten", wie einer seiner Mitarbeiter zu vermelden wußte. Wer ihn genauer kennt, wußte: des Trostes war vor allem er selbst bedürftig.

Klaus von Dohnanyi, der immer ein vorzüglicher Analytiker war, hat noch in der Wahlnacht die Konsequenzen der Katastrophe für sich selbst auszumessen versucht. Das Ergebnis hat er nüchtern und präzise definiert: In den nächsten Tagen, Wochen, Monaten wird er, seine Person und seine Politik, im Brennpunkt innerparteilicher Auseinandersetzungen stehen, die Hamburgs SPD einer bislang nicht gekannten Zerreißprobe unterwerfen könnte. Und der Bundes-SPD und seinem Freund Johannes Rau, *auch darüber ist Dohnanyi* sich vollkommen im klaren, hat er im Hinblick auf die Chancen des 25. Januar ein Waterloo beschert, wie es schlimmer nicht sein konnte.



Von hoher Warte tief gefallen: Klaus von Dohnanyi FOTO: POLY PRESS

Dohnanyis ständige Versicherung in den letzten Wochen vor dem 9. November, die Bürgerschaftswahl sei „keine Testwahl für Bonn", wirkt am Tag nach dem Verhängnis nicht nur überholt, sondern illusionär. Den Wahlkampfstrategen der CDU in Hamburg und Bonn hat er ein Argument geliefert, dessen Durchschlagskraft sich kaum noch steigern läßt: Einem Kanzlerkandidaten Johannes Rau, der nicht mit den Grünen und demzufolge nur mit absoluter Mehrheit regieren will, ist in der sozialdemokratischen Hochburg Hamburg nicht nur die absolute, sondern gleich die einfache Mehrheit verloren gegangen. *Auch Klaus von Dohnanyi weiß:* Das ist mehr als ein schlechtes Omen – es ist ein Menetekel an der Wand.

„Keinen Millimeter mit der GAL – jedenfalls nicht mit mir" – keiner der Spitzengenossen in der Hamburger SPD-Führung zweifelt daran, daß dies *Dohnanyis Devise auch für die* nächsten Wochen bleiben wird. Doch ob die Partei und vor allem ihr linker Flügel sich dieser rigorosen Position beugen wird, steht dahin. Dohnanyis Rücktritt ist nicht ausgeschlossen.

So wählte Hamburg

Vorläufiges amtliches Endergebnis

	Bürgerschaftswahl 9. 11. 1986			Bürgerschaftswahl 19. 12. 1982			Bundestagswahl 1983 (in Hamburg)	
Wahlberechtigte	1 245 088			1 239 944			1 246 089	
Abgeg. Stimmen	971 524			1 041 258			1 105 844	
Wahlbeteiligung	78,1 %			84,0 %			88,7 %	
Partei	Stimmen	%	Mand.	Stimmen	%	Mand.	Zweitstimm.	%
CDU	402 027	41,9	54	398 518	38,6	48	414 055	37,6
SPD	400 608	41,8	53	530 117	51,3	64	521 509	47,4
GAL*	99 852	10,4	13	70 501	6,8	8	90 174	8,2
FDP	45 684	4,8	–	26 485	2,6	–	68 926	6,3
HLA**	6 513	0,7	–	2 804	0,3	–	–	–
DKP	1 687	0,2	–	3 885	0,4	–	3 821	0,3
Sonstige	3 079	0,3	–	503	0,0	–	2 382	0,2

*) Bei der Bundestagswahl 1983: Die Grünen; **) HLA = Hamburger Liste für Ausländerstopp

Von Fall zu Fall mit der CDU

DW./rtr. Hamburg

Die Grün-Alternative Liste (GAL) zeigt sich in Hamburg flexibel: Die Abgeordnete Thea Bock kündigte an, daß die GAL auch mit wechselnden Mehrheiten „hervorragend operieren" könne, wenn sich in der nächsten Zeit kein anderes Bündnis ergebe. Alle drei Parteien müßten dann in der Hamburger Bürgerschaft nach Mehrheiten suchen. Die GAL werde dabei „von Fall zu Fall" auch mit der CDU stimmen. Frau Bock warnte die SPD vor einer Großen Koalition. Es gebe große Kräfte bei den Sozialdemokraten und ihren Wählern, die es nicht einfach hinnehmen würden, wenn nun die „Wende-Regierung nach Hamburg geholt wird". Den Hamburger Sozialdemokraten drohe eine Zerreißprobe, erklärte gestern die GAL-Abgeordnete.

Dementis und Schweigen nach der Veröffentlichung der Chirac-Passagen in der „Washington Times" / Hoffnung auf Freilassung der Geiseln

Bonn mißt der Affäre keine Bedeutung bei

BERNT CONRAD, Bonn

Die Bundesregierung hat gestern bekräftigt, sie verfüge über keine Hinweise auf eine angebliche Verwicklung des israelischen Geheimdienstes Mossad in den versuchten Bombenanschlag auf eine israelische Verkehrsmaschine in London: Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hätten dies deshalb auch nicht gegenüber dem französischen Premierminister Jacques Chirac geäußert. Mit diesem erneuten Dementi reagierte Regierungssprecher Friedhelm Ost auf die Veröffentlichung des Wortlauts des umstrittenen Interviews der „Washington Times" mit Premierminister Chirac.

Ost wies darauf hin, daß Chirac nach dem in Agenturauszügen vorliegenden Text die vermutete Beteiligung des israelischen Geheimdienstes und von „bestimmten syrischen Elementen" auch nicht direkt auf Aussagen Kohls und Genschers bezogen habe. Nach Angaben des Staatssekretärs sind diese Fragen bei der „privaten" Begegnung Chiracs und Kohls am Sonntag in Oggersheim bei Ludwigshafen überhaupt nicht erörtert worden. Chirac selbst habe dies auch gegenüber Journalisten festgestellt.

Sowohl im Bundeskanzleramt als auch im Auswärtigen Amt rätselt man darüber, wie es zu den Bemerkungen über Kohl und Genscher im Zusammenhang mit dem israelischen Geheimdienst kommen konnte. „Wir haben von dieser Sache nie etwas gehört und konnten deshalb auch nicht mit Chirac darüber sprechen. Darum ist unser Dementi ganz hart – wir haben dabei das beste Gewissen", versicherte ein Bonner Diplomat.

Daß der Kanzler und der Außenminister mit dem französischen Premier die Umstände des Londoner Attentats und die Schlußfolgerung für die EG-Partner erörtert haben, steht außer Zweifel. Beide Seiten hatten ja nach gemeinsamer Konsultation am Rande des deutsch-französischen Gipfeltreffens in Frankfurt schon am Abend des 27. Oktober übereinstimmende Weisung an ihre Vertreter bei der Luxemburger Außenministerkonferenz der Europäischen Gemeinschaft gegeben. In der Abschlußpressekonferenz in Frankfurt hatte jedoch keiner der Beteiligten auch nur ein Wort über eine angebliche Verwicklung der Israelis in das Londoner Attentat gesagt. Dies entsprach offensichtlich der Tatsache, daß davon intern nicht die Rede gewesen war.

In Regierungskreisen wird es allerdings für wahrscheinlich gehalten, daß der Bundeskanzler gegenüber Chirac auf die Notwendigkeit weiterer Aufklärung der Hintergründe von Syrien ausgehender Terroraktionen hingewiesen habe. Er habe sich dabei vermutlich vor allem auf den bevorstehenden Westberliner Prozeß gegen die Teilnehmer an einem Anschlag auf das Gebäude der Deutsch-Arabischen Gesellschaft in West-Berlin bezogen, die angeblich Weisungen aus der syrischen Botschaft in Ost-Berlin erhalten hätten. Der Prozeß werde möglicherweise mehr Klarheit darüber bringen, welche Kräfte in Syrien hinter dieser Aktion und anderen Attentaten stünden.

Eine solche Erörterung vielfältiger Gruppen und Einflüsse in Syrien und anderen Nahostländern könnte zu der für Bonn unverständlichen Erwähnung des israelischen Geheimdienstes in dem Interview mit der „Washington Times" geführt haben. Im Kanzleramt scheint man dem ganzen Vorgang jedoch keine übermäßige Bedeutung beizumessen.

Der frühere israelische Botschafter in der Bundesrepublik und in Frankreich, Asher Ben-Nathan, sagte gestern bei der Eröffnung der X. Deutsch-Israelischen Konferenz auf der Margaretenhöhe bei Bonn, es handele sich bei dem fraglichen Interview um ein typisches Beispiel der Desinformation. Es genüge nicht, etwas zu dementieren, was man nicht gesagt haben wolle, daß nämlich der israelische Geheimdienst ein eigenes Flugzeug in die Luft sprengen wollte. Vielmehr hätte sofort festgestellt werden müssen und werde hoffentlich noch festgestellt werden: „Das ist nicht wahr. Das ist unmöglich. So etwas zu glauben, ist nicht zumutbar." Tatsächlich dienten solche Attentate nur dem Ziel, Friedensgespräche zu verhindern.



Mit syrischem Auftrag in London: Verurteilter Terrorist Hindawi

Mit erheblichem Druck hätten Mitarbeiter des französischen Premiers versucht, die Veröffentlichung der Passagen zu verhindern, die Chirac bereits dementieren ließ. Das behauptet die „Washington Times" in einem Geleitwort zur Dokumentation. In Paris geht man nun einfach zur Tagesordnung über, ignoriert die Affäre und hofft auf eine Freilassung der Geiseln.



Syriens offizieller Mann in London: Ex-Botschafter Haydar FOTOS: DPA

Die Beweiskette der Briten

PETER MICHALSKI, London

„Die Geschworenen haben Hindawi für schuldig im Sinne der Anklage befunden", sagte Sir Geoffrey Howe nach der Verurteilung des El-Al-Attentäters Nezar Hasi alias Hindawi zur längsten Haftstrafe der jüngeren britischen Rechtsgeschichte. „Und wir", fügte der Volljurist und britische Außenminister kühl-sachlich hinzu, „sind zu derselben Schlußfolgerung hinsichtlich der syrischen Regierung gelangt."

Die „Schlußfolgerung" der britischen Regierung stützt sich zum Teil auf Hindawis Geständnis sowie auf Beweismaterial, das im Prozess gegen den Jordanier unwidersprochen blieb. Zum Beispiel, daß Hindawis Reisedokument ein echter, aber auf *falschen Namen ausgestellter* syrischer Beamtenpaß war; daß seine beiden Visumsanträge von einem Anschreiben des syrischen Außenministeriums begleitet wurden; daß er in einem für syrisches Fluglinienpersonal reservierten Londoner Hotelzimmer übernachtet hatte, nach dem mißlungenen Bombenanschlag vom syrischen Botschafter Loutof Haydar empfangen worden war und die folgende Nacht unter syrischer Obhut verbracht hatte.

Doch die britische Regierung besitzt, wie Howe ausführte, auch „unabhängige Beweise, daß der syrische Botschafter bereits mehrere Monate vor der Tat persönlich daran mitbeteiligt war, die Gönnerschaft der syrischen Nachrichtendienste für Hindawi zu gewinnen und gleichermaßen zwingende Beweise dafür, daß Hindawi während der Untersuchungshaft die heimliche Kontaktaufnahme zu syrischen Nachrichtendienstbeamten in Damaskus versuchte." Zum Schutz der eigenen Nachrichtendienste hat die britische Regierung das „unabhängige" Beweismaterial nicht veröffentlicht, wohl aber, zumindest in groben Zügen, den Außenministern der EG-Partner dargelegt.

Hindawi ließ sich 1979 in London nieder – nach außen als Auslandskorrespondent, in Wirklichkeit als arabischer Spitzel. Gemeinsam mit seinem in Berlin einsitzenden Bruder Achmed Hasi und anderen gründete er eine Terroristenzelle, die sich in den Dienst des fanatischen Abu Nidal stellte. Zu seinen Aufgaben gehörte der Schmuggel von Waffen und Sprengstoff an Bord syrischer Verkehrsmaschinen nach Europa, überwiegend nach London.

Am 11. Dezember 1985 flog er über Berlin nach Damaskus. Am Flughafen wartete ein Mercedes 190. In dem Wagen saß einer der meistgefürchteten Terrordrahtzieher der Welt, der syrische Luftwaffenoberst Haitham Said, engster Mitarbeiter des syrischen Luftwaffengeheimdienstchefs und Assad-Vertrauten General Mohammed Kuly. Said fuhr den Besucher zu einem Militärstützpunkt außerhalb von Damaskus. Dort zeigte er Hindawi die mit einer genauen Gebrauchsanweisung versehene Skizze einer Kofferbombe. Gleichzeitig wurde ihm am Beispiel einer alten Boeing beigebracht, wie man ein Flugzeug entführt und wie man sich gegen Stürmungsversuche à la GSG-9 verteidigt. Am 9. Februar wurde ihm ein syrischer Beamtenpaß ausgestellt. Das Dokument wies ihn als Issam Shara, geb. 1950, aus. Das syrische Außenministerium besorgte dem „Buchhalter in unserer Finanzabteilung" die Einreiseerlaubnis für die Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich und Italien.

Am 12. Februar flog „Shara" nach London. Von Ende März bis 3. April hielt er sich zu weiterer Ausbildung durch Said und andere Terrorexperten in Damaskus auf. Said persönlich begleitete ihn nach London zurück. Als Share und der Geschäftsmann Khalid Kokash quartierten sie sich in benachbarten Zimmern im „Palace Hotel" am Hyde Park ein, einem bewährten syrischen Terroristentreff. Ein Besatzungsmitglied einer syrischen Linienmaschine brachte drei Pfund tschechoslowakischen Plastiksprengstoff und einen zum Zeitzünder umfunktionierten Taschenrechner nach London, schleuste beides als syrisches Diplomatengepäck durch den Zoll und deponierte das Mordgut in der Wohnung von Hindawis Vater, der als jordanisches Botschaftsfaktotum in London lebte.

Als die Nachricht vom Fehlschlag des Anschlags kam, saß Hindawi in der Uniform eines Stewards der syrischen Fluggesellschaft in einem Bus auf dem Weg zum Flughafen. Die syrische Botschaft schickte sofort ein Auto hinterher, ließ Hindawi aus dem Bus holen und zum syrischen Botschafter Haydar bringen, der ihn „aufs wärmste begrüßte". (SAD)

Paris denkt nur noch an die Geiseln in Libanon

PETER RUGE, Paris

Mit der überraschenden Ankündigung in Beirut, in den nächsten 48 Stunden französische Geiseln freizulassen, sieht sich Paris aus einer Klemme befreit, in die sich Premierminister Chirac selbst hineinmanövriert hatte.

Das Signal aus Nahost, abgegeben von einer „Revolutionären Gerechtigkeitsorganisation", hat für die französische Regierung zweifache Bedeutung: Erblickt wird darin einmal eine Bestätigung für das vorsichtige Taktieren von Jacques Chirac gegenüber dem internationalen Terrorismus, mit dem für die anderen Europäer nicht zu begreifenden Bemühen, besonders von Innenminister Pasqua, nach der Terrorwelle im September Syrien vom Verdacht einer Unterstützung der Attentäter zu befreien – was in den letzten Tagen soweit ging, daß in Paris die von London vorgelegten Beweise für terroristische Umtriebe der syrischen Botschaft auf der Insel nicht akzeptiert wurden, um nicht etwa wie Großbritannien in die Lage zu kommen, die diplomatischen Beziehungen zu diesem arabischen Land abzubrechen.

Zum anderen erfährt aber Jacques Chirac eine Entlastung in der „Tonband-Affäre". Daß jetzt die „Washington-Times" vertrauliche Gesprächsmitschnitte über bisher im Hotel Matignon bestrittene Äußerungen des Premiers über das angebliche Zusammengehen des israelischen Geheimdienstes und Assad-Gegnern beim vereitelten Londoner Anschlag auf eine El-Al-Maschine vorlegte, wird in Paris von der Erwartungswelle überspült, bald einige der seit über einem Jahr im Orient verschleppten Landsleute wiederzusehen.

Syrien nicht ausklammern

Im Umkreis des französischen Premierministers gibt man sich freudig erregt, kennt man nur noch ein Thema: „Die Nachricht, daß in den nächsten Stunden einige unserer Geiseln im Libanon freikommen können, ist für uns ein Zeichen der Ermutigung".

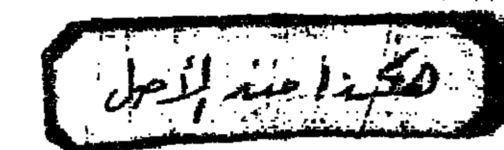
Daß die französischen Geiseln voraussichtlich an Syrien übergeben werden, gibt Paris als weiteren Beleg dafür aus, daß der Einfluß von Damaskus in Nahost größer ist, als bisher angenommen. Chirac versicherte in einer Tischrede vor dem jüdischen Zentralrat Frankreichs CRIF, „daß die Beziehungen zu Israel solide seien, manchmal ein bißchen von Gefühlen überlagert, aber doch unzerstörbar. Frankreich bleibe aber auch mit ganzen Herzen im Libanon engagiert". Die eigenständige Orient-Politik, die die V. Republik im Unterschied zu der Auffassung ihrer europäischen Partner führen müsse, könne Syrien nicht ausklammern, betonte der Regierungschef.

Unglaublich unbekümmert

Auch die Opposition scheint unter dem Eindruck der Geiselbefreiung ihre Vorwürfe und Anklagen zum Nahost-Kurs der Regierung Chirac plötzlich vergessen zu haben. Lionel Jospin, der Generalsekretär der Sozialisten, findet die Veröffentlichung der „Washington-Times" „ausgefallen und ungeheuerlich" – zumal, wenn sich Chirac dabei auf Vermutungen von Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher verlassen haben sollte. Das Ganze sei wohl auf die „unglaubliche Unbekümmertheit" zurückzuführen, die der Regierungschef einem amerikanischen Journalisten gegenüber an den Tag gelegt habe.

Die Parallele zu dem Interview von Bundeskanzler Kohl in „Newsweek" mit der umstrittenen Goebbels-Passage wird dabei von französischer Seite herangezogen. „Die Europäer müßten sich wohl künftig vor den hemmungslosen Praktiken einer amerikanischen Pressemeute sehr in acht nehmen."

Vergessen ist in Paris nicht, daß die Amerikaner angesichts der Winkelzüge französischer Nahost-Politik der Regierung Chirac Laschheit unterstellten. Es stehe einer Nation schlecht an, eine andere in einem Augenblick zu kritisieren, da sie selbst wohl mit zweifelhaften Waffengeschäften amerikanische Geiseln im Orient befreit habe. Die Veröffentlichung in der „Washington-Times" könne jedenfalls am herzlichen Verhältnis von Bundeskanzler Kohl und Premierminister Chirac nichts verändern, heißt es im Hotel Matignon. Es sei darüber beim Treffen am Sonntag in Ockersheim gesprochen worden.



In Burundi darf Gott nicht mehr genannt werden

C. H. PIERK, Bujumbura

Die Regierung der zentralafrikanischen Republik Burundi hat ihren Kampf gegen die Kirche verschärft. Alle 238 katholischen Schulen sind enteignet, das gesamte Mobiliar und Unterrichtsmaterial ist beschlagnahmt worden. Von der Maßnahme sind etwa 350 000 Schüler und Studenten betroffen. Sie dürfte vor allem die schwächsten Schichten der Bevölkerung treffen, weil sie die hohen Schulgelder für die Staatsschulen nicht aufbringen kann und vornehmlich auf die Missionsschulen angewiesen ist.

Auch jeden Kontakt zur katholischen Bischofskonferenz hat die Regierung in Bujumbura abgebrochen. Sie hat gedroht, künftig alle kirchlichen Veröffentlichungen zu zensieren, nachdem bereits früher zweihundert Missionare ausgewiesen, Meßfeiern, Gebetsgottesdienste, religiöse Symbole wie Kreuze und Glockengeläut verboten worden sind. Auch das Wort „Gott" darf in Rundfunksendungen nicht mehr genannt werden.

Das ehemalige belgische Treuhandgebiet in Zentralafrika ist mit knapp 28 000 Quadratkilometern etwas kleiner als Belgien. Die rund 4,5 Millionen Einwohner der Republik werden seit einem Staatsstreich im Jahre 1976 von Oberst Jean-Baptiste Bagaza regiert. Sechzig Prozent der Bevölkerung sind katholisch, acht Prozent gehören protestantischen Religionsgemeinschaften an.

Obwohl Regierungsbeamte durchaus zugeben, daß die Regierung einen Kulturkampf gegen die Kirchen betreibt und vor Christenverfolgung nicht haltmacht, spricht Präsident Bagaza wie erst im Februar dieses Jahres bei einem Besuch Baden-Württembergs von „völliger Religionsfreiheit" in seinem Lande. „Jede Mark für die Entwicklung der armen Länder bringt mittelfristig vier Mark zurück", lockte Bagaza bei seiner Visite. Das Land bietet hauptsächlich Kaffee, Tee und Baumwolle an. Zwanzig Prozent des Exportes gehen in die Bundesrepublik Deutschland.

Hintergrund des Kirchenkampfes in Burundi ist die Auseinandersetzung zwischen dem Minderheitenstamm der Tutsi, dem Bagaza angehört, und der Bevölkerungsmehrheit der Hutu. Die Tutsi halten die Schlüsselstellungen im Lande besetzt. Die übliche ethnische Gliederung (Hutu 84 Prozent, Tutsi 15 Prozent, Twa ein Prozent) wird offiziell nicht mehr akzeptiert, statt dessen wird das Dogma des Einheitsvolkes der „Barundi" vertreten.

Bagaza ließ sich im August 1984 in seiner Ein-Parteien-Republik mit 99,63 Prozent im Amt als Staats- und Regierungschef bestätigen. Die Uprona (Union pour le Progrès National) gilt seit 1966 als einzige Partei. Sie vertritt eine sozialistische Politik, ihre Mitglieder sind zum überwiegenden Teil Hutu.

Zurückhaltung vor Frau Aquino

Tokio beunruhigt über Labilität der Regierung in Manila / Weitere Wirtschaftshilfe zugesagt

FRED de LA TROBE, Tokio

Während des Besuchs der philippinischen Präsidentin Corazon Aquino in Japan wird es vor allem um offizielle und private Gespräche über neue japanische Wirtschaftshilfe gehen. Frau Aquino traf gestern zu einer viertägigen Visite in Tokio ein. Auch die Fragen japanischer Investitionen und der Umschuldung der bisherigen Kredite stehen auf der Tagesordnung.

Japan war bisher hinter den Vereinigten Staaten der zweitgrößte Kreditgeber der Philippinen. Seit dem Sturz des Marcos-Regimes hat es sich aber mit neuer Wirtschaftshilfe noch zurückgehalten. Zwischen 1971 und 1985 gewährte Tokio niedrigverzinsliche und langfristige Kredite in Höhe von sechs Milliarden Mark an die Philippinen.

Die japanischen Medien wollen eine gewisse Kühle der Regierung Nakasone gegenüber der Administration von Frau Aquino festgestellt haben. Dabei spielen angeblich die herzlichen Kontakte zwischen Nakasone und Marcos sowie die vormals guten Beziehungen zwischen den großen japanischen Exporteuren und der Marcos-Regierung eine Rolle. Eine Rede von Frau Aquino vor dem japanischen Parlament, die anfangs auf dem Besuchsprogramm stand, ist inzwischen wieder abgesetzt worden.

Sprecher des japanischen Außenministeriums bezeichneten die Vorstellungen der Regierung in Manila über neue staatliche Darlehen Japans als „unrealistisch". Vertreter der philippinischen Regierung haben einen Betrag von 3,6 Milliarden Mark genannt, von dem die Hälfte für 14 Industrieprojekte verwendet werden soll. Sicher ist bisher nur eine japanische Zusage über 512 Millionen Mark für den Bau eines Wärmekraftwerks in der Provinz Batangas im südlichen Teil der Insel Luzon.

Wie aus dem japanischen Außenministerium verlautete, ist Tokio auch über die Labilität der Regierung



Braucht dringend neue Darlehen: Präsidentin Corazon Aquino

Aquino und die sich häufenden Gerüchte über einen Militärputsch besorgt. Die japanische Industrie hat sich bisher wegen der noch unsicheren Lage mit Investitionen auf den Philippinen zurückgehalten.

Die Frage korrupter Transaktionen zwischen Japan und den Philippinen während der Marcos-Ära ist von beiden Seiten zurückgestellt worden. Die zuständige philippinische „Kommission für eine gute Regierung" hat ihre Untersuchungen über die Kontakte von Marcos in Japan und auch über dessen Vermögenswerte in Tokio nicht mehr weiter verfolgt. Auch über die Arbeit einer japanischen parlamentarischen Untersuchungsgruppe verlautete nach anfänglichen Recherchen im Frühjahr nichts Neues.

Die Regierung hat sich außerdem geweigert, Einblicke in Urkunden und Schriftsätze über Wirtschaftshilfe an die Philippinen zu gewähren.

Neben den Wirtschaftsgesprächen steht heute ein Besuch in beiden Häusern des Parlaments und morgen die Verleihung der Ehrendoktorwürde der Waseda-Universität auf dem Programm der Präsidentin. Außerdem will Frau Aquino mit der philippinischen Kolonie in Japan und der Vorsitzenden der Sozialistischen Partei, Takako Doi, zusammentreffen. (SAD)

Kairo nimmt einen neuen Anlauf

Experten sollen Wirtschaftskrise meistern / Wichtige Politiker bleiben im Kabinett

PETER M. RANKE, Kairo

Der neue ägyptische Ministerpräsident *Atef Sedky (56), der seit 1981* Chef des Rechnungshofes war, will heute sein neues Kabinett vereidigen lassen. Seine Hauptaufgabe ist es, die akute Wirtschaftskrise zu meistern und zu einem Kredit-Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zu kommen.

Obwohl seit einem Jahr bekannt ist, daß Ägypten einen Standbye-Kredit von einer Milliarde Dollar für drei Jahre vom Währungsfonds benötigt, wird ernsthaft erst seit zwei Wochen in Kairo mit Delegationen des IMF und der Weltbank verhandelt. Die Verzögerungen und das Ausweichen vor durchgreifenden Sparmaßnahmen werden dem bisherigen Regierungschef Lutfi zur Last gelegt. Daher wurde auch das gesamte Wirtschafts- und Finanzkabinett ausgewechselt. Die bisherigen stellvertretenden Ministerpräsidenten, Verteidigungsminister Abu Ghazala, Außenminister Meguid und Innenminister General Badr, bleiben im Amt.

Ägyptens Währungsreserven sind auf 600 Millionen Dollar geschrumpft, das entspricht einem Monatsbedarf an Devisen. Die Inflation liegt zwischen 20 und 30 Prozent. Die gesamten Auslandsschulden haben 38 Milliarden Dollar überschritten, davon machen die Schulden aus Waffenkäufen in den USA, Frankreich und Spanien fast 70 Prozent aus. Die fälligen, aber nicht gezahlten Rückzahlungen aus Krediten und Zinsen betragen schon rund vier Milliarden Dollar, das Doppelte der jährlichen US-Finanzhilfe. Deutsche Firmen und Banken werden seit einem Jahr nicht mehr bedient. Der U-Bahn-Bau in Kairo, der 1987 beendet sein sollte, hinkt den Plänen 18 Monate hinterher.

Lutfi hat mit durchgreifenden Reformen gezögert, da er von einer Verteuerung der Grundnahrungsmittel

ÄGYPTEN

durch Kürzung der Subventionen ernsthafte politische Unruhen befürchtete. Doch die Regierung kommt jetzt nicht mehr darum herum, den Forderungen des IWF weiter entgegenzukommen als bisher. Der Währungsfonds verlangt unter anderem eine Freigabe der Zinsen in Ägypten, höhere Preise für Energie zur Einschränkung des wachsenden Eigenverbrauchs an Elektrizität und Treibstoff, sowie eine Vereinfachung der drei verschiedenen Wechselkurse mit dem Ziel einer Abwertung des Pfundes.

Schon im August und September hatte die Regierung Lutfi vorsichtige Reformen eingeleitet und die Einfuhr von 210 verschiedenen Luxusgütern, unter ihnen Autos und Schokolade, verboten sowie die Zölle zum Teil drastisch erhöht. Die Vorschriften wurden auch vereinfacht. So wurde als großer Fortschritt gefeiert, daß die übermächtigen Zollbehörden nun eine Maschine als Ganzes taxieren und nicht mehr jedes ihrer Einzelteile extra. Die Subventionen für Lebensmittel wurden nicht gesenkt, und inzwischen scheint der IMF auch von dieser Forderung abgegangen zu sein.

Vor allem der tiefe Fall der Ölpreise, der Rückgang aus den Touristeneinnahmen und aus den Gastarbeiter-Überweisungen haben zu der akuten Wirtschaftskrise geführt. Praktisch nimmt Ägypten in diesem Jahr nur noch die Hälfte der Devisen ein wie im vorigen Jahr. Dabei hat die Zahl der Staatsangestellten in den Jahren seit 1970 von einer Million auf jetzt 4,5 Millionen zugenommen, ohne daß es mehr Arbeit gäbe. Wenn es bis Ende des Jahres zu der erwarteten Übereinkunft mit dem IWF kommt, ist der Weg für Kairo frei, beim „Pariser Club" eine großzügige Umschuldung auszuhandeln, die 1987 wirksam würde. Nur das Hauptübel des Landes, die Überbevölkerung, wird damit nicht gelöst. Wenn etwa in acht Monaten die Maßnahmen des IWF, der Weltbank, der Bankenkonsortien und der eigenen Regierung reifen, zählt Ägypten bereits wieder eine Million Menschen mehr. (SAD)

Nach Wahlen steht Perus Linke vor der Spaltung

Trotzkisten, Stalinisten und Maoisten – ein buntes Ensemble

WERNER THOMAS, Lima

Die hart umkämpften peruanischen Kommunalwahlen haben die bisherigen Machtverhältnisse bestätigt: Die sozialdemokratische APRA-Partei des jungen Präsidenten Alan Garcia, 37, konnte ihre dominierende Position mit der Eroberung des Bürgermeisterpostens der Hauptstadt Lima festigen. Die marxistische „Vereinigte Linke" (IP) bleibt die zweite politische Kraft. Das bürgerliche Lager spielt nach wie vor eine Außenseiter-Rolle. Dennoch erwarten viele Kommentatoren Konsequenzen – für die Linke. Kommt jetzt die Spaltung?

Im Mittelpunkt der Diskussionen steht Alfonso Barrantes Lingan, der nun abgewählte Bürgermeister Limas. Er belegte zwar einen zweiten Platz (31 Prozent) hinter dem siegreichen APRA-Kandidaten Jorge del Castillo. Nach dieser Niederlage stellt sich jedoch die Frage, ob er in der Lage sein wird, die zerstrittene Parteienkoalition zusammenzuhalten.

Die vor sechs Jahren formierte „Vereinigte Linke" stand von Anfang an unter dem Druck von Richtungskämpfen, die das breite ideologische Spektrum der acht Gruppen reflektierten. So umfaßt die Bewegung eine nach Moskau und eine nach Peking orientierte KP. Die radikalsten IP-Vertreter erweckten oft den Eindruck, daß sie die politische Gewalt nicht kategorisch ablehnen. Gelegentlich kursierten Gerüchte über Kontakte zu den Guerillaorganisationen „Leuchtender Pfad" und „Revolutionsbewegung Tupac Amaru" (MRTA). Drei Parteien veröffentlichen Tageszeitungen, die sich gegenseitig kritisieren. Jetzt ist der frühere Rebellenführer Hugo Blanco der linken Vereinigung beigetreten, ein erklärter Trotzkist.

Alfonso Barrantes, 58, klein von Wuchs, operiert als parteiloser Marxist ohne eigene Hausmacht. Er gibt sich moderat, seine politische Laufbahn begann in der APRA. Die linken Extremisten beschuldigen ihn gern, noch heute ein Sozialdemokrat zu sein. Barrantes rückte jedoch an die Spitze der Bewegung, weil kein Rivale sein Charisma besitzt. Er zählt zu den populärsten Politikern Perus. Bei den Präsidentschaftswahlen 1985 belegte er den zweiten Platz hinter Alan Garcia. Selbst konservative Kreise konzedieren, daß er in den letzten drei Jahren ein guter Hauptstadt-Bürgermeister war. Die Sechsmillionen-Metropole wirkt heute sauberer und gepflegter. Die Infrastruktur und die sozialen Leistungen wurden verbessert. Da eine Million Schulkinder in den Armenvierteln kostenlose Frühstücke erhalten, wird Barrantes in diesen Bezirken „Tio Frijolito" genannt, Onkel Bohne.

Der einflußreichste Marxist Südamerikas warnte die Dissidenten bereits vor einer Abspaltung: „Sie werden ihr politisches Gewicht verlieren. Nur innerhalb der Vereinigten Linken können sie sich wirkungsvoll profilieren." Die ideologischen Differenzen scheinen jedoch kaum noch überbrückbar zu sein. Aber auch wenn die „Vereinigte Linke" zusammenbricht, will Barrantes nicht resignieren. „Ich mache weiter", gelobte er. Die Abwahl nimmt er gelassen hin: „Niederlagen sind Berufsunfälle." Seine Blicke richten sich bereits auf die nächsten Präsidentschaftswahlen, bei denen Alan Garcia nicht kandidieren darf – wenn in der Zwischenzeit keine Verfassungsänderung erfolgt.

Garcia ließ sich als großer Sieger feiern. Der APRA-Kandidat in Lima hat seinen Erfolg der energischen Wahlkampfhilfe des Präsidenten zu verdanken. Del Castillo, 36, bisher Bezirksbürgermeister von Barranco, einem vornehmen Vorort der Hauptstadt, ist ein farbloser Funktionär, dem die Meinungsumfragen keine Favoritenrolle einräumten. Die Regierungspartei profitierte aber auch von der günstigen Konjunktur. In den ersten neun Monaten 1986 wuchs die Wirtschaft um 6,9 Prozent.

Ungarn-Tafel in Warschauer Kirche

DW. Warschau

In der Warschauer Christophorus-Kirche ist am Sonntag eine Gedenktafel für die Opfer des Ungarnaufstandes von 1956 geweiht worden. Pfarrer Leon Kantorski erinnerte vor den 500 Gläubigen daran, daß es damals auch in Polen Unruhen gab. Damals, als die „Stiefel der Unterdrükkung" über Ungarn gekommen seien, habe auch Polen „genug vom Sozialismus" gehabt. Die Inschrift auf der Gedenktafel, in polnisch und ungarisch verfaßt, lautet: „Den Gefallenen und Ermordeten von 1956 – Zum 30. Jahrestag des Aufstandes". Die Mittel für die Granittafel wurden in Ungarn durch Spenden aufgebracht.

UdSSR bildet neue Regierungsgremien

DW. Moskau

Die sowjetische Regierung will mit Hilfe neuer Institutionen ihre sozialen und wirtschaftlichen Probleme lösen. Nach Angaben der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur Tass von gestern sind vier neue, dem UdSSR-Ministerrat zugeordnete Büros beziehungsweise Kommissionen gebildet worden: ein Büro für soziale Entwicklung, ein Büro für Maschinenbau, ein Büro für den Brennstoff-Energie-Komplex und eine staatliche außenwirtschaftliche Kommission. Angekündigt wurde auch die Bildung eines Gremiums für die Koordinierung und Gesamtleitung der Sozialpolitik sowie eine Rentenreform.

Paris hält Botha-Besuch für „normal"

SAD. Paris

Der südafrikanische Präsident Pieter Willem Botha ist gestern zu einem zweitägigen „Privatbesuch" in Frankreich eingetroffen und wird heute, dem Jahrestag des Waffenstillstands im Ersten Weltkrieg, im Wald von Delville bei Longueval im Departement Somme das Museum des Mahnmals für die südafrikanischen Toten der beiden Weltkriege einweihen. Bei seinem vorigen Besuch in Frankreich vor zwei Jahren hatte er den Grundstein für das Museum gelegt.

Die französische Regierung hat zu der umstrittenen Visite erklärt, daß sie es für „normal" halte, wenn der Präsident sich am Waffenstillstandstag, der in Frankreich ein offizieller Feiertag ist, vor den südafrikanischen Toten verneigen wolle. Gleichzeitig jedoch wiesen Regierungssprecher darauf hin, daß kein Regierungsmitglied Botha empfangen werde.

In zahlreichen Orten Frankreichs hatte es am vergangenen Donnerstag nach Aufrufen von Organisationen der Linken und aus der Anti-Apartheid-Bewegung Protestkundgebungen gegen den Besuch Bothas gegeben.

Premierminister Chirac hatte vorige Woche erklärt, er sei „im Prinzip" nicht gegen ein Zusammentreffen mit Botha, dies würde jedoch die afrikanischen Partner Frankreichs „schokkieren". Da Chirac demnächst am französisch-afrikanischen Gipfeltreffen in Lome, Togo, teilnimmt, wolle er die afrikanischen Teilnehmerstaaten nicht durch eine Begegnung mit dem südafrikanischen Präsidenten vor den Kopf stoßen.

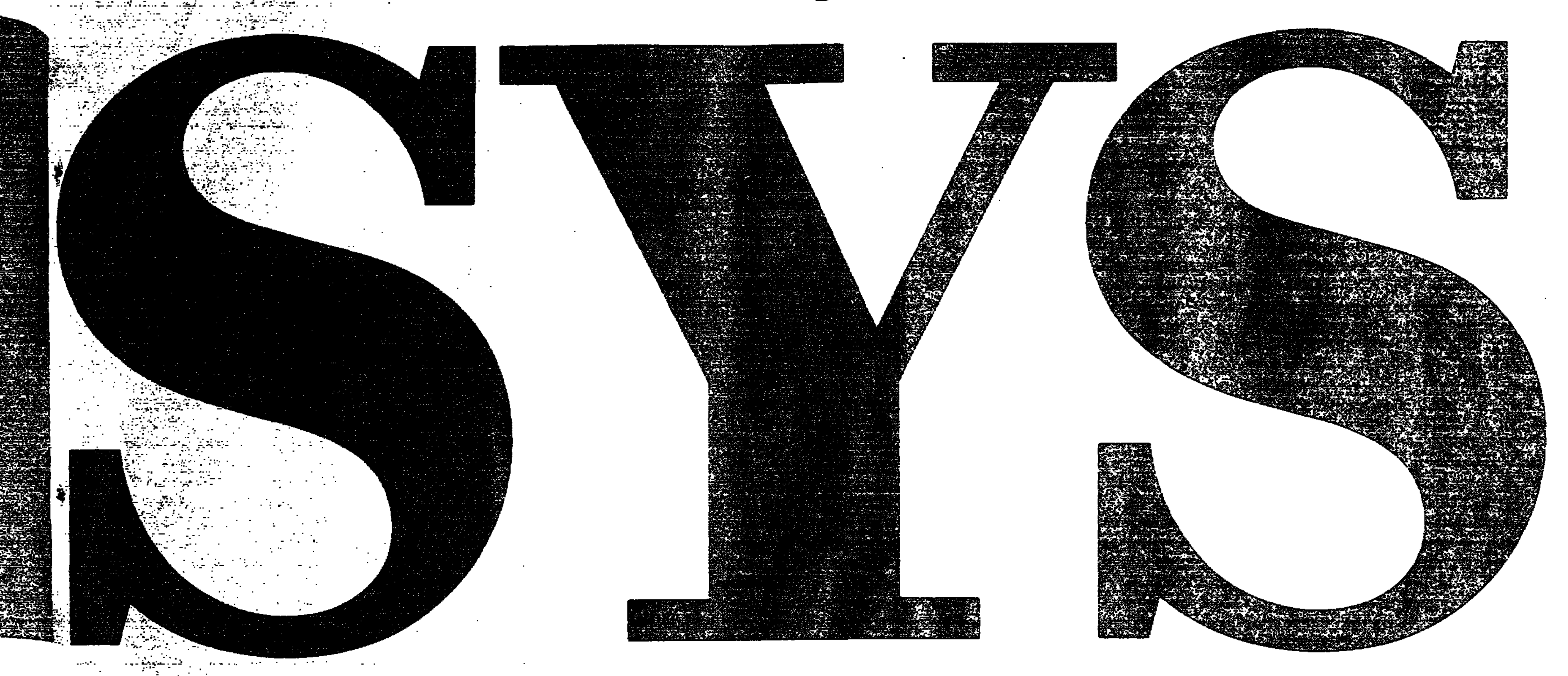
Die Organisatoren der Protestkundgebung des vergangenen Donnerstag haben zu einer neuen Demonstration am Dienstag in Longueval aufgerufen. Die französische Polizei hat daher strenge Sicherheitsmaßnahmen ergriffen. Bei der Zeremonie in Longueval wird von französischer Seite als Vertreter der Regierung nur der Präfekt des Departements Somme anwesend sein.

UNİS

Zwei Unternehmen mit Tradition.

Zwei Unternehmen mit gleichen Zielen.

SPERRY und BURROUGHS haben sich zusammengeschlossen zur



Unisys, ein 10-Milliarden-Dollar-Unternehmen mit mehr als 100 000 engagierten Mitarbeitern in über 100 Ländern.

Unisys, ein Unternehmen von Stärke und Beständigkeit, in dem die vereinten Ressourcen von SPERRY und BURROUGHS eine neue Kraft bilden:

Die Kraft².

Mit dieser neuen Dimension potenzierter Kräfte beginnt für den Computer ein neues Zeitalter.

Das Zeitalter des echten Wettbewerbs.

Das Zeitalter der echten Alternativen.

Der Alternative für

Sie.





Wetter als Streß und Heilmittel

Auch das Wetter macht Streß. Ob Föhn oder Schwüle, extreme Hitze oder Kälte, das Wetter kann krank machen. Um das Kapitel „Wetterstreß und heilendes Klima" wurde ein umfassendes Taschenbuch zum Thema „Wetter" in der zweiten Auflage erweitert. Bringt der interessierte Laie *meteorologische Grundkenntnisse* mit, wird er an dem Buch ebenso seine Freude haben wie der Fachmann. Es ist sowohl als Nachschlagewerk wie als unterhaltsame Lektüre geeignet und weicht damit vom üblichen Standard der wetterkundlichen Bücher ab.

Nach Monaten geordnet bietet es dem Leser interessante Einblicke in den typischen Witterungsablauf der Jahreszeiten. Bauernregeln, Wetterweisheit und Lostage (Eisheilige) werden auf ihre Zuverlässigkeit abgeklopft und der Wetterstatistik unbarmherzig gegenübergestellt. Zahlreiche Karten und Diagramme dokumentieren die Abhandlungen.

Ausgesuchte Wetterthemen, wie „Großwetterlagen", „Luftverschmutzung", „Mond- und Sonneneinflüsse auf das Wetter", „Wetterfühligkeit" und „Wetterregeln" werden jeweils in einem eigenständigen Kapital verständlich abgehandelt. Dazu gibt es ausführliches Zahlenmaterial über Wetter und Klima in Deutschland. Die Angaben für den Zeitraum von 1901 bis 1985 sind für jedes Bundesland gesondert aufgeführt.

Temperatur und Niederschlagswerte, Datumsgrenzen und Extremwerte sind ebenso in Tabel*lenform übersichtlich aufgeführt* wie die astronomischen Daten und Klimaverhältnisse auf den Bergen Mitteleuropas. Wer sich weiterhin mit den Grundlagen der Wetterkunde befassen möchte, kann das ausführliche Literaturverzeichnis zu Rate ziehen.

M. BOECKH

„Wetter und Klima in Deutschland", von Karl Rosznik, 2. Auflage, 152 Seiten, 24 Abbildungen, 25 Tabellen, Verlag S. Hirzel, Stuttgart 1986, 24 Mark



Ein Finnwal auf der Verarbeitungsrampe der isländischen Walfang-Station FOTO: BENKE

Sabotageaktion gegen den Walfang

„Naturschützer" versenken isländische Schiffe / Drei Länder unterlaufen die Schutzabkommen

Von HARALD BENKE

Saboteure haben am Sonntag im Hafen von Reykjavik zwei isländische Walfangboote durch Öffnen der Ventile versenkt. Im isländischen Rundfunk bekannte sich später eine amerikanische Anti-Walfanggruppe namens „Sea Shepherd Conservation Society" zu dem Anschlag. Deren Gründer Paul Watson erklärte, seine Organisation habe die Schiffe versenkt, weil „die Isländer illegal Wale jagen". Watson hatte die Gruppe 1977 gegründet, nachdem er aus der Umweltschutz-Organisation „Greenpeace" ausgeschlossen worden war.

Die Internationale Walfang-Kommission (IWC) hatte 1982 ein Moratorium beschlossen, wonach jeder kommerzielle Walfang ab der Fangsaison 1985/86 für fünf Jahre verboten sein soll, damit sich die stark dezimierten Bestände ein wenig erholen können. Dennoch haben sich drei Länder – Island, Japan und Norwegen – bisher nicht vollständig an die Abmachungen gehalten.

Die Isländer haben zwar den kommerziellen Walfang eingestellt, erstritten sich aber im Juni 1986 auf der IWC-Tagung in Stockholm einen „wissenschaftlichen Walfang". Danach dürfen etwa 200 Wale pro Jahr zu „Forschungszwecken" gefangen werden. Wie in den Jahren zuvor wurde das Fleisch der getöteten Wale zu 90 Prozent nach Japan verkauft, da auf Island kein Markt dafür existiert. Dies verstieß aber gegen das IWC-Abkommen, das Island die Ausnahmeregelung nur dann zubilligt, wenn *der größte Anteil der Produkte aus* dem Fang im eigenen Land verbraucht wird.

Darauf griff die US-Regierung ein und stellte ein Ultimatum. In den USA *existiert seit 1979* ein Naturschutzgesetz, das „Packwood-Magnuson-Amendment". Es verlangt, daß der Präsident gegen solche Länder Sanktionen aussprechen muß, die gegen internationale Naturschutz-Verordnungen verstoßen. Die Amerikaner drohten deshalb, daß der Import von isländischem Fisch in die USA untersagt werde, wenn die Isländer weiter gegen das Abkommen verstoßen. Damit wäre der Lebensnerv der Isländer getroffen.

Seitdem versucht die isländische Walfangindustrie, den Berg von Walfleisch aus dem „wissenschaftlichen Walfang" zu mindestens 51 Prozent auf der Insel abzusetzen. Mit Hilfe zahlreicher Werbeaktionen wird nun versucht, die Bevölkerung zu mehr Verzehr von Walfleisch zu bewegen.

Auch Norwegen hält sich nicht an das Moratorium und fängt weiterhin Wale. Die norwegische Walfangindustrie sägte sich allerdings schon sehr früh durch rücksichtslose Überfischung den eigenen Ast ab. Nun fangen die Norweger nur noch den kleinen Zwergwal. Nach Berechnungen von IWC-Wissenschaftlern ist der Bestand dieser Art in norwegischen Gewässern inzwischen stark gefährdet. Norwegische Wissenschaftler bestreiten dies *jedoch. Dennoch:* Die Fangergebnisse werden von Jahr zu Jahr geringer. Immer mehr Walfänger hängen deshalb ihren Job an den Nagel. Es ist schon abzusehen, daß in Zukunft der Walfang von der Regierung ganz verboten wird.

Auch Japan hat in diese Jahr weiter Wale gefangen. Wegen des US-Gesetzes sollte die japanische Fischereiflotte deshalb ihre Rechte verlieren, in US-Gewässern zu fischen. Die Einbußen, die die Fischereiindustrie Japans dadurch erlitten hätte, wäre ein Vielfaches der Gewinne der Walfang*industrie, die ohnedies schon vom* Staat subventioniert werden muß, da Wale einfach zu selten geworden sind.

Anfangs weigerte sich die Reagan-Regierung jedoch, Sanktionen gegen Japan zu erlassen. Doch als der Druck amerikanischer Naturschutzorganisationen immer stärker wurde, kam es zu Verhandlungen mit dem japanischen Fischereiministerium. Nun will Japan noch ein oder zwei Jahre Wale fangen und dann den Walfang für immer aufgeben. Am 28. Oktober ist das letzte japanische Walfangmutterschiff mit seinen vier Fangbooten zum Walfang in die Antarktis ausgelaufen – angeblich auf seine letzte Fangfahrt.

Zaghafter Neubeginn für hochfliegende Vorhaben

Der Zeitplan für bemannte US-Raumflüge ab 1988 steht fest

Von ANATOL JOHANSEN

Mit weniger als Schrittgeschwindigkeit und äußerster Vorsicht ist zum ersten Mal nach dem „Challenger"-Absturz wieder ein amerikanischer Raumtransporter von der Montagehalle auf Cape Canaveral zur Startrampe gefahren worden. Auf einer riesigen, fast fußballfeldgroßen Plattform trat die Raumfähre „Atlantis" die mehrere Kilometer lange Reise an.

Dabei wurde insbesondere getestet, wie sich die beiden großen Feststoffraketen verhalten, die den Raumtransportern beim Start zusätzlichen Schub verleihen – bei „Challenger" aber zur Katastrophe führten. Zahlreiche Sensoren überprüften, ob und in welcher Weise die einzelnen Segmente dieser Raketen durch die Fahrt zur Startrampe Belastungen ausgesetzt waren, die ihre Funktionstüchtigkeit hätten beeinträchtigen können. Die Feststoff-Booster überstanden den Trip jedoch ohne die kleinste Beschädigung.

„Atlantis" wird allerdings nicht die erste Raumfähre sein, die nach dem „Challenger"-Desaster vom 28. Januar dieses Jahres wieder eine Reise ins Weltall antritt. Dies bleibt der „Discovery" vorbehalten, die im Februar *1988, gut zwei Jahre nach dem Unglück*, in den Weltraum vordringen soll. Dabei sind alle nur denkbaren Sicherheitsmaßnahmen eingeplant. So wird man nicht – wie bisweilen in *der Vergangenheit – sieben* oder acht Astronauten auf die Reise ins Weltall schicken. Aus Sicherheitsgründen werden es nur fünf sein.

Alle Starts sollen nur bei Tageslicht erfolgen

Ebenso will man nicht bei Dunkel*heit starten oder landen, sondern nur* im Tageslicht. Außerdem wird die erste Mission nach dem schweren Rückschlag mit der „Challenger" auf vier Tage begrenzt sein. Hauptaufgabe dieser Mission ist das Aussetzen eines TDRS-(Tracking and Data Relay Satellite)-Satelliten, mit dem die Sprechverbindung aus der Raumfähre zur Bodenstation erheblich verbessert werden soll.

Doch ehe es soweit ist, wird noch viel für die Sicherheit der Astronauten getan. Eine Vielzahl von Rettungsmaßnahmen und Gefahrensituationen soll zuvor trainiert werden. Gegenwärtig arbeitet eine spezielle Kommission daran, Vorschläge für ein neues Shuttle-Rettungssystem zu erarbeiten. Dabei ist vorgesehen, den Astronauten die Möglichkeit zu geben, *sogar nach dem Start ihr Raumfahrzeug* – eventuell mit Hilfe von Fallschirmen – zu verlassen.

Eine weitere Sicherheitsmaßnahme besteht darin, daß man an der Startrampe ein neues Wetterschutzsystem installieren will, das die Raumfähren während der Startvorbereitungen gegen Regen oder auch gegen Staubpartikel, die durch starken Wind aufgewirbelt werden könnten, schützen soll. Die Verbesserungen an den großen Feststoff-Raketen des Shuttle wurden unterdessen mit Hochdruck vorangetrieben.

Mindestens vier Flüge sind für das Jahr 1988 geplant

Die Nasa ist zuversichtlich, daß alle Sicherheitsvorkehrungen rechtzeitig vor Februar 1988 verwirklicht werden können. Sie hat inzwischen ein neues „Raumtransporter-Manifest" vorgelegt, aus dem die jetzt geplante Abschußfolge im Raumtransporter-Programm hervorgeht. In dem auf sieben Jahre befristeten Plan ist vorgesehen, daß 1988 mindestens vier Flüge erfolgen sollen und 1989 dann bereits zehn Raumtransporter-*Missionen*.

Dabei haben während der ersten drei Jahre militärische Nutzlasten eindeutig den Vorrang. Insgesamt sieht der geänderte Nasa-Fahrplan vor, *daß bis zum Jahre 1992 etwa 50* Raumtransporterflüge durchgeführt werden sollen – und nicht 150, wie vor der „Challenger"-Katastrophe geplant war. Nasa-Direktor James Fletcher betonte jedoch bei der Vorstellung des neuen „Shuttle-Manifestes", daß zukünftig die Sicherheit absolute Priorität haben werde. Man werde nicht die kleinsten Abstriche zulassen, nur um die jetzt festgeschriebenen Termine auch einhalten zu können. Ein zu ehrgeiziger Fahrplan mit bis zu 24 Raumtransporter-Einsätzen pro Jahr, der die Nasa sehr unter Druck stellte, war sicherlich eine der Ursachen dafür, daß es zur „Challenger"-Katastrophe am 28. Januar 1986 gekommen war.

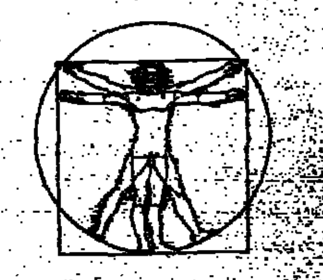
NOTIZEN

Erfolgreiche Förderung

Bonn (dpa) – Insgesamt 88 Prozent der vom Forschungsministerium geförderten Projekte im Bereich Mikroelektronik bei Klein- und Mittelunternehmen sind erfolgreich verlaufen. Wie Minister Heinz Riesenhuber mitteilte, sind 2 430 Produktentwicklungen bei 1 740 Unternehmen mit 450 Millionen Mark unterstützt worden. Ein *Viertel der Firmen befaßte sich* erstmals mit der Anwendung der Mikroelektronik. Bei 40 Prozent der Vorhaben ging es um völlige Neuentwicklungen.

Rißfester Marknagel

Karlsruhe (dpa) – Im Kernforschungszentrum Karlsruhe ist jetzt als Nebenprodukt der Reaktorsicherheits-Forschung ein rißfester Marknagel entwickelt worden. Dabei handelt es sich um eine Gemeinschaftsarbeit mit der



Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik Frankfurt. Der neue Marknagel dient der Fixierung von Knochenbrüchen. Die bisher *häufigen Ermüdungsrisse* üblicher Marknägel können dadurch verhindert werden.

Funkkontakt erweitert

London (DW.) – Die UdSSR wird demnächst ihren Kommunikations-Satelliten „Morsviaz-Sputnik" der Internationalen Maritimen Satelliten Organisation (INMARSAT) zur Verfügung stellen. Damit wird das Gebiet der drei großen Ozeane für Funkkontakte kostensparend erschlossen, was eine Verbesserung für den *internationalen Flugverkehr* bedeutet. Die Bodenstationen von Odessa und Nakhodka werden den weltweiten Service bedienen. INMARSAT koordiniert weltweit den Sprechverkehr von Schiffen und Flugzeugen und verfügt bislang über neun Satelliten.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gewissen und Waffen

„Grundsätzlich, ausnahmslos": WELT vom 29. Oktober

Da haben sich zivile Helfer in Nicaragua, die hierzulande anerkannte Kriegsdienstverweigerer sind, der durch die terroristischen Contra-Überfälle bedauerlichen Situation angepaßt und für den Notfall eine Waffe bereitgehalten.

Was hätten sie sonst tun sollen? Sich selbst ein Aufenthaltsverbot für Nicaragua erteilen? Den Contras den *KDV-Bescheid einer deutschen* Kammer vor die gezückte Waffe halten: „Buenas tardes, senores, aber nichts für ungut, sehet, ich bin des Friedens"? Verweigerer zu sein, verpflichtet doch niemanden, sich wehrlos erschießen zu lassen.

Wer als KDV-Kandidat in der Prüfungsverhandlung Notwehr und Nothilfe für sich ausschließt, macht sich völlig unglaubwürdig und wird regelmäßig nicht anerkannt. Jetzt haben Verweigerer einmal wirklich gezeigt, daß sie möglicherweise so handeln würden, weil sie es wirklich müßten, und schon ist es noch falscher. Da stimmt doch etwas nicht.

Der Verweigerer-Status wird hierzulande demjenigen zuerkannt, dessen Gewissen ein Mitwirken am Waffendienst zwischen Staaten ausschließt. Das haben die Aufbauhelfer in Nicaragua nie vorgehabt und nie getan – völkerrechtlich gibt es dort zudem keinen Krieg. Somit bleiben sie völlig zurecht KDV.

Mir fällt bei soviel Starrsinn der politisch Verantwortlichen und Wirklichkeitsfremdheit nur noch eine zynische Frage ein: Ob demnächst auch der aberkannt werden soll, der öffentlich zugibt, Sahne geschlagen zu haben?

Bernd Müllender,
Reservistenverweigerer,
Aachen

*

Es kommt dem Staat nicht zu, über ein „gutes oder schlechtes" Gewissen, über „echte und unechte" Gewissensentscheidungen zu befinden. Wie anders will er denn sonst Gewissens*freiheit garantieren?*

Art. 4, Abs. 3 Grundgesetz enthält ein Ausnahmegrundrecht, das nur dann in Anspruch genommen werden kann, wenn die Bundesrepublik Deutschland die wehrpflichtigen Bürger im Verteidigungsfall, das heißt im Kriege dazu zwingen muß, Waffen zu bedienen und damit zu töten. Das Dilemma besteht darin, daß Art. 12a Grundgesetz den Wehrdienst *im Frieden dem Kriegsdienst* gleichstellt und das Gewissen des einzelnen damit aus der konkreten Entscheidungssituation eines Krieges entläßt, an dem die Bundeswehr beteiligt ist. An diesem Widerspruch im Grundgesetz verzweifeln vor allem die Anerkennungsbehörden und die Gerichte. Solange die Verfassung nicht geändert wird, hat selbst der Gesetzgeber Schwierigkeiten, die Verteidigungsfähigkeit des Staates in ein rechtsstaatlich einwandfreies Verhältnis zum Anspruch auf Kriegsdienstverweigerung zu setzen (vgl. „Postkartengesetz" und die jüngste Wehrpflichtnovelle). Man muß sich mit den juristisch unhaltbaren Zuständen abfinden, denn es hätte allein für viele soziale Einrichtungen kaum erträgliche Konsequenzen, wenn die Zivildienstleistenden nicht mehr zur Verfügung stünden. Und die Mehrheit für eine Grundgesetzänderung ist nicht in Sicht.

Dr. H.-G. Schultz-Gerstein,
Wentorf

Verzögerung

„Still ruht der Dollart": WELT vom 16. Oktober

Ich muß die Anklänge von Resignation kritisieren, die in Ihrem Artikel auftauchen: „Emden tut gut daran, sich auf das Machbare zu konzentrieren. Alternativen sind vorhanden", oder „Die seit einem Jahrhundert andauernde Diskussion um den Dollarthafen könnte ... endlich ad acta gelegt werden".

Meiner Meinung nach besteht keine Veranlassung, bereits jetzt Ansprüche zurückzuschrauben. Hartnäckigkeit und Ausdauer sind hier gefragt. Den Häfen Hamburg und *Bremen wäre der Dollarthafen kaum* eine Konkurrenz, sondern viel mehr Rotterdam. Emden ist durch die Deutsche Bundesbahn und den Dortmund-Ems-Kanal ein Hafen des Rhein-/Ruhrgebietes. Und genau das ist auch die Region, die von Rotterdam versorgt wird. Dies erklärt die Verzögerungstaktik der Niederländer.

Aber wir haben in Ostfriesland über 20 000 Arbeitslose (13 Prozent). Ohne Arbeit nützen die beste Bildung, der großzügigste Wohnungsbau und die schönste Erholung nichts. Ohne weitere Hafenentwicklung gibt es keine neuen Gewerbeflächen. Der Dollarthafen erschließt Gewerbe- *und Umschlagsflächen am* seeschifftiefen Wasser. Er ermöglicht die Erweiterung des Güterumschlages und der Werftaktivitäten. Außerdem kann er von größeren Schiffen (bis 120 000 Tonnen) angelaufen werden (bisher 80 000 Tonnen). Das Fahrwasser zwischen der Knock und der Emder Seeschleuse verschlickt so stark, daß jährlich über 40 Millionen Mark Baggerkosten entstehen. Der Dollarthafen verhindert diese Verschlickung.

Zum Abschluß noch eine kleine Bemerkung: Die Leute in Emden sind genauso wenig Emdener, wie ich Bremener bin, sondern Emder!

Ubbo Decker,
Bremen 66

> **Wort des Tages**
>
> „So weit deine Selbstbeherrschung geht, so weit geht deine Freiheit."
>
> Marie von Ebner-Eschenbach, österreichische Autorin (1830–1916)

Gegenrechnung

Bundeskanzler Kohl wäre gut beraten, wenn er einmal auflisten und veröffentlichen ließe, was die sowjetische Führung ihm im Laufe der Jahre an den Kopf geworfen hat!

Ist Gorbatschow, wenn er von Frieden spricht, nicht der größte Lügner aller Zeiten?

Horst Winter,
Hamburg

Sprit-Odyssee

Ich möchte mir erlauben darauf hinzuweisen, daß die Versorgung des französischen Tankstellennetzes mit bleifreiem Benzin in gravierender Weise unzureichend organisiert ist.

Nicht nur ist das Tankstellennetz zu weit, nicht nur ist der Benzinpreis zu hoch, sondern insbesondere ist die Bedienung an den Tankstellen unzuverlässig.

Im Oktober fuhr ich mit meinem Fahrzeug mit Katalysator auf der Autobahn von Lyon Richtung Mulhouse. An der Raststätte Beaune-Merceuil wollte ich tanken – die Zapfsäule war leer. Man sagte mir, die Lieferung sei seit mehreren Tagen im Rückstand. Mit dem Inhalt eines Reservekanisters fuhr ich weiter nach Dijon. Dort war die Tankstelle sonntags geschlossen. Ich telefonierte nach Bligny-sur-Ouche, um zu erfahren, ob es dort noch bleifreies Benzin gebe. Da die Antwort positiv war, fuhr ich los. Wenige Kilometer hinter Dijon war der Treibstoff zu Ende. Ich ließ den Wagen am Straßenrand zurück und versuchte mein Glück per Autostopp mit meinem Benzinkanister in der Hand. Inzwischen war es Nacht geworden.

Nach langem, mühseligem Umherfahren kamen wir schließlich an die Tankstelle Bligny-sur-Ouche an der A 6. Als ich dort meinen Jerrycane *vollfüllen wollte, geschah das Entsetzliche:* Die Zapfsäule war kaputt, gab keinen einzigen Tropfen mehr. Mir blieb nichts anderes übrig, als normal verbleites Benzin zu nehmen. Fazit der Reise: Sachschaden und Kosten: circa 900 Mark. Ein Katalysator ist nach Benutzung mit verbleitem Kraftstoff bekanntlich unbrauchbar und kann weggeworfen werden.

Wer ersetzt mir diesen Schaden?

Dr. Hartmut Köhler,
Freiburg

Nur Nostalgie

„Bülows Konzept für den Umbau der Bundeswehr": WELT vom 20. Oktober

Andreas von Bülow bewertet Streitkräftestrukturen für die Vorneverteidigung der NATO nach ungeeigneten Kriterien. Die Bundeswehr hat ihre Heeresverbände nicht deshalb gepanzert und mechanisiert, um sie angriffsweise einsetzen zu können, *sondern um ihren Soldaten bei* im Verteidigungsfall zu erwartender gegnerischer Feuerüberlegenheit größtmöglichen Schutz zu gewähren sowie Unterlegenheit an Zahl durch *Beweglichkeit hinlänglich auszugleichen.* Bundeswehrverbände haben zusätzlich die Aufgabe übernommen, Lücken in der Friedenspräsenz alliierter Truppen bis zu deren Heranführung abzudecken.

Der entscheidende Maßstab zur Beurteilung der NATO-Streitkräftestruktur ist nicht deren mögliche Sichtweise als offensiv oder defensiv, sondern ihr Beitrag zur strategischen Stabilität und damit zur Friedenssicherung. Diese Stabilität wird in Mitteleuropa unsererseits durch eine bündnisgemeinsame, multinationale Vornepräsenz gewährleistet. Solange sie besteht, kann der Revanchismusvorwurf – vom Warschauer Pakt als Mittel zur Solidarisierung genutzt – nicht glaubwürdig gegen niederländische, britische oder amerikanische NATO-Soldaten *erhoben werden.* Solange wirkt auch der Schirm der Abschreckung. Sollten aber die anderen Bündnispartner durch schwächende und im Alleingang unternommene Wehrexperimente aus der Bundesrepublik vergrault werden, dann könnte der Anwurf des Revanchismus wieder greifen und mit der Erosion der Abschreckung wäre die Stabilität in Europa beendet.

In diesem Lichte gehören auch die Bülowschen Milizvorschläge in die nostalgische Abteilung Andreas Hofer, taugen aber nicht für bedrohungsgerechte, hochtechnisierte Verteidigungsstrukturen des 21. Jahrhunderts.

Bruno Mellinger,
Reinbek

Personen

ERNENNUNG

Der Leiter des Büros von Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD), Dr. **Fritz Behrens** (38), soll Nachfolger von **Hermann Strich** als Düsseldorfer Regierungspräsident werden. Es gilt als sicher, daß Behrens sein Amt nach der Zustimmung durch das Landeskabinett noch vor den Bundestagswahlen im Januar 1987 *antreten wird. Der bisherige Regierungspräsident* Strich scheidet zum Ende des Jahres aus Altersgründen aus. Er hatte 1983 die Nachfolge des derzeitigen FDP-Fraktionsvorsit*zenden im* Düsseldorfer Landtag, **Achim Rohde**, angetreten. Behrens war vor seinem Wechsel in die Staatskanzlei Persönlicher Referent von Innenminister **Herbert Schnoor** (SPD).

BUCHPREMIERE

Als „erstes Geschenk" zum Berliner 750-Jahr-Jubiläum präsentiert sich die 25. Auflage des „Großen Baedeker Berlin". In den letzten fünf Jahren war nur eine kleine gekürzte Fassung greifbar gewesen. Frühere Ausgaben des „umfassenden Standardwerks für Touristen, Geschäftsreisende und Berliner" sind unter Sammlern heiß begehrt. 1979 war sogar ein Reprint des ersten Berlin-Baedekers von 1878 aufgelegt worden. *Bei der Vorstellung* des neuen Bandes heute in der Berliner Buchhandlung Kiepert am alten „Knie", dem heutigen Ernst-Reuter-Platz, werden Kostproben aus *dem ersten „Baedeker" neben* herzhaftem Berliner Imbiß gereicht. **Else Baedeker** steuert verlegerische Anekdoten bei. Die völlig neue Bearbeitung des Stadtführers stammt von **Sabine Bohle**. Sie tritt damit in die Fußstapfen des unvergessenen Heimatforschers Kurt Pomplun, der 1966 noch die 24. Auflage betreut hatte.

EHRUNGEN

Der *in* Zürich arbeitende deutsche Dipl.-Ing. **Heinz Konradin Klinkmann** ist Hauptpreisträger des „Preises der deutschen Gaswirtschaft 1986". Klinkmann erhält die Hälfte des mit 50 000 Mark dotierten Preises für die Planung einer Erdgas-Turbinenanlage mit Abwärmenutzung im Auftrage einer Großwäscherei in Ettlingen bei Karlsruhe. Die Anlage nutzt das eingesetzte Erdgas zu mehr als 90 Prozent. Der Preis der deutschen Gaswirtschaft wird alle zwei Jahre vergeben. Unter den anderen prämierten Projekten ist erneut und damit zum zweitenmal das Hamburger Ingenieurbüro **Enratio**. Es wurde für ein Block*heizkraftwerk mit Netzersatzfunktion* für ein Krankenhaus in Elmshorn ausgezeichnet.

*

Mit dem Oberschlesischen Kulturpreis ist in Ratingen bei Düsseldorf der Schriftsteller **Hans Lipinsky-Gottersdorf** (66) geehrt worden. Die mit 10 000 Mark dotierte Auszeichnung übergab im Rahmen einer Feierstunde Staatssekretär **Paul Arnold Nelles** vom nordrhein-westfälischen Arbeitsministerium. Lipinsky-Gottersdorf, der in



H. Lipinsky-Gottersdorf

Leschnitz/Oberschlesien geboren wurde, gilt als profilierter Erzähler der Gegenwartsliteratur. Mit dem mit 5000 Mark dotierten Förderpreis zum Oberschlesischen Kulturpreis wurde der *36jährige* Schriftsteller **Stanislaus Bieniasz** ausgezeichnet. Bieniasz, gebürtig aus Hindenburg, war 1981 als Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland gekom*men. Er hatte bis zu seiner Übersiedlung* zahlreiche Dramen, Erzählungen und Hörspiele in polnischer Sprache verfaßt, von denen einige inzwischen auch ins Deutsche übersetzt worden sind.

UNIVERSITÄT

Dr. **Richard Pott**, Privatdozent am Institut für Geographie der Universität Münster, hat den Lehrstuhl für Geobotanik an der Universität Hannover übernommen.

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paraguay wird Dr. **Richard Louis**, zuletzt Botschafter in Singapur. Der Mannheimer, Jahrgang 1931, Jurist, gehört dem Auswärtigen Amt seit 1960 an. Er war am Generalkonsulat von Sao Paulo tätig, in den Botschaften in Beirut und Tripolis und wurde 1970 Generalkonsul in Houston, Texas. Es folgten Diplomatenjahre an der Botschaft in Teheran, wo Dr. Louis als ständiger Vertreter des Botschafters tätig war. 1979 ging er in ein *Referat in die Zentralabteilung* des Auswärtigen Amtes, bis er 1984 nach Singapur versetzt wurde.

WAHL

Der Finne **Peter Tallberg** ist auf der Jahrestagung des Internationalen Segler-Verbandes (IYRU) in London zum neuen Präsidenten gewählt worden. Der 49jährige ehemalige Olympia-Teilnehmer im Starboot trat damit die Nachfolge des im September verstorbenen Italieners **Beppe Croce** an, der den Welt-Segler-Verband 17 Jahre lang geführt hatte. Die sechs Vize-Präsidenten, die, wie Tallberg, auf vier Jahre hinaus gewählt wurden, sind **Jonathan Janson** (Großbritannien) – einziger Gegenkandidat von Tallberg bei der Präsidentenwahl –, **James Schoonmaker** (USA), **Andrej Kislow** (UdSSR), **Paul Henderson** (Kanada), **Peter Siemsen** (Brasilien) und **George Andreardis** (Griechenland). Als einzige Deutsche behielt die Hamburgerin **Hanne Bense** ihren Vorsitz in einem Komitee der IYRU. Hanne Bense, der es maßgeblich zu verdanken ist, daß die Frauen bei *den Olympischen Spielen in Pusan* 1988 erstmals einen eigenen Start haben, wurde als Vorsitzende des Frauen-Komitees wiedergewählt.

DIPLOMATIE

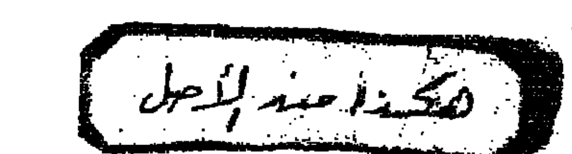
Schweden wird einen neuen Honorarkonsul in Stuttgart erhalten. Die Bundesregierung erteilte **Michael Klett** das Exequatur. Sein Konsularbezirk umfaßt das Land Baden-Württemberg. Die Vertretung ist dem schwedischen Generalkonsulat in München unterstellt.

GESTORBEN

Der langjährige Direktor der Ambulatorischen und Geburtshilflichen Veterinärklinik der Justus-Liebig-Universität, Professor Dr. **Harry Tillmann**, ist in Gießen im Alter von 74 Jahren gestorben. Der im Baltikum geborene Wissenschaftler ist nach Studien und wissenschaftlichen Tätigkeiten an den Universitäten Dorpat, Leipzig und Berlin (Humboldt-Universität) von 1954 bis zu seiner Emeritierung 1980 Direktor der Klinik für Veterinärgeburtshilfe in Gießen gewesen.

*

Im Alter von 71 Jahren ist das niederländische Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), **Kees Kerdel**, gestorben. Kerdel war der ehemalige Protokollchef des IOC und gehörte dem olympischen Gremium seit 1977 an.



Die neue Bahn

Hier sehen Sie ein Büro, einen Konferenzraum, ein Café, eine Bar, ein Restaurant und eine Telefonzelle.

Das vielseitigste Verkehrsmittel für Geschäftsleute heißt Intercity. Die Züge fahren im Stundentakt. Das bedeutet, Sie können sich statt auf den Fahrplan voll und ganz auf Ihren Terminplan konzentrieren.

Sie können zum Beispiel die Argumente für die anstehende Besprechung durchgehen und eine Strategie für das Gespräch festlegen. Wir bringen Ihnen dazu gern eine Tasse Kaffee an den Platz. Oder gleich ein ganzes Frühstück.

Wenn Sie zusammen mit Kollegen reisen, stellen wir Ihnen im TEE oder in der 1. Klasse IC ein ganzes Konferenzabteil zur Verfügung. Schon ab 4 Personen reservieren wir Ihnen kostenlos ein ganzes Abteil. Für den Fall, daß Sie mal eben im Büro anrufen wollen: das Münz-Zugtelefon befindet sich im 1.-Klasse-Großraumwagen. Übrigens, im Zugrestaurant gibt es heute Kalbsbraten. Dazu einen Rheingauer Riesling, wenn Sie möchten.

Und wenn Sie dann ausgeruht und gut vorbereitet in die Gespräche gehen, haben Sie das Geschäft schon halb in der Tasche.

Die Bahn hat noch viele gute Angebote für Firmen und Geschäftsreisende. Zum Beispiel können Sie auch mitten in der Stadt in einem unserer IC-Hotels übernachten. Mehr darüber erfahren Sie bei allen Fahrkartenausgaben, DER-Reisebüros und den anderen Verkaufsagenturen der Bahn.



TENNIS

Bunge: Schnell den Mut verloren

DW. Worcester

Bettina Bunge hat verloren – und dennoch gewonnen. Die 23 Jahre alte Deutsch-Amerikanerin schaffte es nicht, beim mit 250 000 Dollar dotierten Tennis-Turnier von Worcester (US-Bundesstaat Massachusetts) das Finale zu erreichen. Doch sie unterstrich ihre zur Zeit ausgezeichnete *Form mit Erfolgen über die weitaus* höher eingestuften Manuela Maleeva (Bulgarien) und Helena Sukova (CSSR). Das Erreichen des Halbfinales in Worcester bedeutete für Bettina Bunge gleichzeitig die Qualifikation für das Masters-Turnier der Damen vom 17. bis 23. November in New York.

Im Halbfinale gegen die Tschechoslowakin Hana Mandlikova verließ Bettina Bunge schon im ersten Satz etwas der Mut. Sie sagt: „Hana hat derart gut aufgeschlagen, daß ich den Ball kaum über das Netz brachte. Das hat mir leider sehr früh das Selbstvertrauen geraubt." Die für Aschaffenburg spielende Bunge geriet schnell mit 0:5 in Rückstand und schaffte dabei lediglich elf Punkte, ehe sie den ersten Satz mit 1:6 verlor. Im zweiten Satz klappte es dann besser. Beim Stande von 4:5 wehrte die ungesetzte Bettina Bunge drei Matchbälle *ab und schaffte mit einem glänzenden* Rückhand-Passierball noch das 5:5. Dennoch gingen Satz und Spiel mit 5:7 verloren. Bettina Bunge: „Nach dem 5:5 war meine Konzentration dahin."

Im Finale spielt Hana Mandlikova nun gegen Martina Navratilova, die ihr 44. Einzel hintereinander gewann. Allerdings hatte die weltbeste Spielerin gegen ihre Doppelpartnerin Pam Shriver viel Mühe, ehe sie mit 3:6, 7:6, 6:4 erfolgreich war. Beide erreichten auch das Endspiel im Doppel, in dem sie auf die deutsch-tschechoslowakische Paarung Kohde/Sukova treffen. An der Seite von Helena Sukova konnte sich Claudia Kohde, die im Einzel in der jüngsten Vergangenheit *selten Bestform erreicht hatte*, wieder etwas steigern. Elise Burgin (USA) und Rosalyn Fairbank wurden 6:3, 6:2 bezwungen.

Das mit 925 000 Dollar dotierte Einladungsturnier von Antwerpen wurde von John McEnroe gewonnen. Der Amerikaner mußte sich lange quälen, ehe er den Tschechoslowaken Miloslav Mecir in fünf Sätzen mit 6:3, 1:6, 7:5, 5:7, 6:2 besiegen konnte.

FUSSBALL / Rückkehr in die Bundesliga? – Interview mit Pierre Littbarski

„Katastrophale Situation" Entscheidung am Mittwoch

BERND WEBER, Köln

Sein Wechsel nach Frankreich muß noch immer als Verlust für die deutsche Fußball-Bundesliga gelten: 2,75 *Millionen Mark zahlte der Racing* Club Paris vor vier Monaten für Nationalspieler Pierre Littbarski an den 1. FC Köln. Jetzt sitzt der kleine Dribbelkünstler noch nicht einmal auf der *Spielerbank seines neuen Klubs.* Während der nämlich mit Enzo Francescoli und Ruben Paz aus Uruguay 1:0 in Lille gewann, mußte Littbarski mit der Reserve in Mühlhausen antreten. *Denn auch in Frankreich gilt:* Ein Verein darf in einem Spiel nur zwei Ausländer einsetzen. WELT-Mitarbeiter Bernd Weber sprach mit Pierre Littbarski.

WELT: Die Spekulationen um Ihre Rückkehr in die Bundesliga sind inzwischen ja ziemlich weit gediehen. Vom 1. FC Köln, Ihrem alten Klub, ist die Rede. Und angeblich soll auch Blau-Weiß 90 Berlin heftiges Interesse an Ihnen haben.

Littbarski: Aber ich stehe immer noch bei Racing Paris unter Vertrag. Und ich habe die Hoffnung, daß ich meinen Drei-Jahres-Kontrakt erfüllen kann, noch nicht völlig aufgegeben.

WELT: Fest steht aber doch wohl, *daß Ihre derzeitige Situation mehr* als unbefriedigend ist.

Littbarski: Sie ist, um es ganz deutlich zu sagen, katastrophal. Ich habe jetzt mit unserer Reservemannschaft *in Mülhausen spielen müssen* – und das ist nun wirklich weit unterhalb meines Niveaus.

WELT: Sie müssen andererseits aber auch zugeben, daß Sie bei Ihren Erstligaeinsätzen nicht gerade überzeugt haben. Ein Tor haben Sie erst geschossen. Kann man da nicht verstehen, daß die Franzosen enttäuscht sind?

Littbarski: Die Voraussetzungen, die ich hier angetroffen habe, sind schlimm. Und damit meine ich ganz konkret die Einkaufspolitik, die Ra*cing betrieben hat.* Ich bin als erster Ausländer verpflichtet worden. Daß Enzo Francescoli noch geholt werden würde, war mir zum damaligen Zeitpunkt schon klar. Aber das Racing auch noch Ruben Paz an Land ziehen würde, habe ich nicht einmal geahnt. Wenn ich es gewußt hätte, wäre ich nicht hierher gekommen.

WELT: Die Konfusion scheint tatsächlich groß zu sein. Vor 14 Tagen, beim Meisterschaftsspiel in Metz, waren Sie noch mit dabei, und „France Football" hat Sie in die Ligamannschaft des Tages gewählt. *Dann aber wurden Sie wie*der auf die Tribüne verbannt, welche Erklärung gibt es dafür?



Einst optimistisch als Franzose herausgeputzt: Littbarski. FOTO: DIEDGE

Littbarski: Ich habe lange mit unserem Trainer Zvunka gesprochen, aber schlauer bin ich auch nicht geworden. Ich habe also keine Erklärung für dieses Wechselspiel.

WELT: Wie soll es denn jetzt weitergehen?

Littbarski: Am Mittwoch abend spielt unsere Mannschaft zu Hause gegen Toulon. Ich weiß, daß ich dann wieder nur auf der Tribüne sitzen werde. Danach aber werde ich das entscheidende Gespräch mit unserem Präsidenten Jean-Luc Legardere führen und ich werde ultimativ verlangen, daß er entweder Francescoli *oder Paz verkauft – oder aber mich* freigibt. Eine andere Lösung ist für mich nicht mehr denkbar.

WELT: Ein Wechsel innerhalb Frankreich ist für Sie kein Thema?

***Littbarski:** Nein, wenn Racing mich* nicht behalten will, würde ich ganz realistisch sagen, daß ich in diesem Land gescheitert bin. Dann käme für mich auch nur ein totaler Tapeten*wechsel* in Frage.

WELT: Also zurück in die Bundesliga?

Littbarski: Das wäre dann tatsächlich mein Ziel, obwohl ich noch einmal in aller Klarheit betonen muß, daß es keine offiziellen Kontakte zu irgendeinem Bundesliga-Klub gibt. Auch nicht zum 1. FC Köln.

WELT: Grundsätzlich wäre eine Rückkehr gewiß auch nicht ganz einfach zu bewerkstelligen. Es hieß nämlich seinerzeit, Sie hätten bei dem Transfer zu Racing kräftig mitkassiert. Da war sogar von zwei Millionen Mark die Rede, die auf Ihr Konto geflossen sind. Müßten Sie dieses Geld dann wieder zurückzahlen?

Littbarski: *Ich lasse mir von keinem* Außenstehenden ins Portemonnaie schauen. Ich kann aber so viel sagen, daß die damals genannte Summe, die angeblich für mich abfiel, falsch ist. *Fest steht aber, daß ich bei einer* Rückkehr in die Bundesliga Geld verlieren würde. Das ist mir egal, ich will wieder richtig Fußball spielen.

WELT: Die Franzosen werfen Ihnen vor, Sie hätten sich nie richtig darum bemüht, in Paris heimisch zu werden. Sie würden zu oft nach Deutschland reisen.

Littbarski: Das hat ausschließlich private Gründe. Meine Frau erwartet Anfang nächsten Jahres ihr zweites Kind, und da gibt es ein paar ernste Probleme. Monika will aber dort ärztlich betreut werden, wo sie sprachlich zu Rande kommt. In Köln eben, und so erkärt sich auch mein häufiger Pendelverkehr.

WELT: Haben Sie eigentlich noch Kontakt zu Teamchef Franz Bekkenbauer?

Littbarski: Im Moment nicht. Aber der muß sich zur Zeit ja wohl auch mehr um die Schiedsrichter kümmern ...

HANDBALL / Der Bundestrainer hat sich festgelegt: Ohne Wunderlich

Schobel und die Jugend

Handball-Bundestrainer Simon Schobel hat sich festgelegt, gegen die Meinung vieler Experten. Der 36jährige verzichtet in der letzten Vorbereitungsphase der Nationalmannschaft auf die B-Weltmeisterschaft Ende Februar nächsten Jahres in Südtirol endgültig auf den Milbertshofener Bundesligaspieler Erhard Wunderlich (29). „Ich habe mich entschieden, der seit September in dieser Formation zusammenspielenden jungen Truppe die volle Verantwortung zu übertragen", sagte Schobel gestern nach einem Gespräch mit Wunderlich in Freiburg.

Er werde, sagte Schobel weiter, sein schon seit März verfolgtes Konzept auch wegen des unverkennbaren Formanstieg Wunderlichs nicht mehr ändern. So wird der Milbertshofener auch beim *Karpaten-Tur*nier gegen die Nationalmannschaften Rumäniens, Polens und der UdSSR Ende November im rumänischen Craiova nicht berücksichtigt.

Und dies, obwohl sich der 204 Zentimeter große Wunderlich in den letzten Meisterschaftsspielen in prächtiger Form präsentiert hatte und dabei sogar an seine alte Spielstärke erinnerte, mit der er beispielsweise 1978 in der deutschen Weltmeister-Mannschaft auftrat. Mittlerweile führt er sogar die Tor*schützenliste der Liga an. Am Wo*chenende erst hatte Wunderlich bei der knappen 24:25-Niederlage seines Klubs in Gummersbach 13 Treffer erzielt und auch als Spielgestalter geglänzt. „Es muß möglich sein, einen solchen Mann in eine Mannschaft einzuordnen", hatte der ehemalige Bundestrainer Vlado Stenzel gefordert.

So stand die sportliche Leistungsfähigkeit des Erhard Wunderlich gar nicht zur Diskussion. Auch der Gummersbacher Heiner Brand, der *Assistent des Bundestrainers,* den Schobel schon vorher über seine Entscheidung informiert hatte, mußte dies nach der Vorstellung gegen seinen Verein zugeben. „Doch eine Mannschaft ist ein komplexes Gebilde", sagte Brand gestern der WELT, „eine Mannschaft muß sich über längere Zeit einspielen, um ihre Stärke zu finden."

Auch ein noch so starker Spieler lasse sich nicht ohne weiteres in solch eine Formation integrieren. Zumal ein Athlet wie Wunderlich, der zwar viel Spielverständnis mitbringe, aber als dominierender Spielertyp „das Spiel einer Mannschaft auf sich zieht". Zudem seien da noch weitere Faktoren, „die zur Harmonie in einer Mannschaft beitragen". Erhard Wunderlich habe sich zwar *kurz immer in die Auswahl einglie*dern lassen, dennoch habe es auch immer wieder Schwierigkeiten gegeben. „Auch Vorbehalte gegen einen Spieler können das Zusammenspiel *in einer Mannschaft stören.*"

In der Tat hat Wunderlich in der Nationalmannschaft nicht nur Freunde, vor allem sein Verhältnis zum Martin Schwalb aus Großwallstadt und dem Schwabinger Uli Roth gilt als unterkühlt. So halten Simon Schobel und Heiner Brand also an ihrem jungen Team fest, das sie nach dem siebten Platz bei der Weltmeisterschaft in der Schweiz seit März aufgebaut haben und das in Rumänien seinen Sieg beim Vierländerturnier im Oktober in Stuttgart bestätigen soll.

Außerdem, sagte Schobel, bliebe Wunderlich bis zur B-WM in Tirol nur noch der Ostsee-Pokal im Januar in der „DDR" und Tests gegen Ungarn, um ihn *doch noch* zu integrieren. Dies erscheine aber zu kurz, um den dann nn 30jährigen noch in ein eingespieltes Team einzubauen.

Ein Hintertürchen bleibt aber offen: Wunderlich, der gerne wieder in der Auswahl spielen wollte, hat dem Bundestrainer zugesagt, einzuspringen, „wenn sich einer der WM-Kandidaten ernsthaft verletzt oder eklatante Abschlußschwächen zeigt". Schobel hatte Wunderlich nach dessen 139. Länderspiel nicht mehr berücksichtigt. jan

STAND ● PUNKT / ***Jux mit Fuchs***

Taktische Finesse oder Jux, das allein scheint die Frage. Doch es ist keines von beiden. Erstens fehlt der Erfolg, zweitens die notwendige *Tiefe der Gedanken, die einen richti*gen Spaß erst auszeichnet. In Wahrheit ist es wohl ein Armutszeugnis, was in Bielefeld, von vielen belächelt, geschah:

Torwart Wolfgang Kneib spielte in der zweiten Fußball-Liga für Arminia gegen Osnabrück (2:4) im Feld. Weil er so schön groß ist (1,96 m), weil viele *Spieler verletzt sind* und Trainer Fritz Fuchs deshalb der Meinung war, sich „besondere Schachzüge" ausdenken zu müssen.

Das Besondere liegt hier aber wohl eher in einer versteckten Bankrotterklärung eines Vereins. Auch Fortuna Düsseldorf bekam kaum eine Mannschaft zusammen, gewann aber trotzdem gegen den Hamburger SV – mit den letzten Ersatzspielern und mit Amateuren. Besitzt Arminia Bielefeld tatsächlich nur einen Kader mit Lizenzspielern?

Wolfgang Kneib, der 34 Jahre alte Torwart, spielte mit der Nummer fünf auf dem Rücken 63 Minuten lang, sagt, „meine Länge konnte ich nicht nutzen" und der Trainer kommt sich *offensichtlich noch sehr pfiffig vor.* Doch irgendwo in der Bielefelder Amateur-Mannschaft oder bei der A-Jugend wird es schon einen Spieler geben, der sich in diese Chance hineingekniet hätte, nun aber den Zeigefinger zur Stirn führt und die deutsche Fußballwelt nicht mehr versteht.

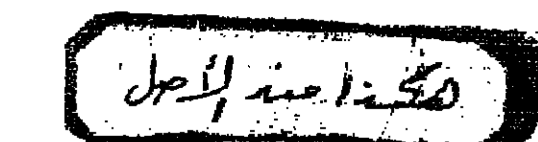
Einen Jux wollte er sich machen, der Trainer? Der Mann heißt nur Fuchs, er ist keiner. Er hat seinen Beruf verhöhnt und mit seinem „Schachzug" die zweite Liga veräppelt. que

SCHWIMMEN

Führungskrise und Rücktritte

sid, Hamburg

Der Deutsche Schwimm-Verband steckt in einer schweren Führungskrise. Vizepräsident Wilhelm Schmidt und Sportwart Jürgen Kozel *sind zurückgetreten. Grund: Der* Verbandsbeirat sprach gegen beide in Hamburg öffentlich „Mißbilligungen" aus, weil sie während der WM in Madrid angeblich interne Dinge ausgeplaudert hatten. Kozel gibt die Schuld an der Unruhe allein Präsident Harm Beyer: „Er ist absolut unfähig, den Verband kooperativ zu führen. Sein persönlicher Ehrgeiz und sein Machtempfinden lassen nicht zu, daß unbequeme Leute neben ihm stehen." Beyer steht wegen seiner Äußerungen über die Deutsche Sporthilfe auch im Mittelpunkt der Kritik anderer Fachverbände.



Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen

EISHOCKEY

Bundesliga, 16. Spieltag: Köln – Riessersee 6:2, Schwenningen – Frankfurt 5:3, Rosenheim – Kaufbeuren 6:4, Mannheim – Iserlohn 7:3, Landshut – Düsseldorf 2:7.

Die Tabelle

1. Kaufbeuren	16	10	2	4	60:54	22:10
2. Mannheim	16	10	1	5	71:42	21:11
3. Köln	16	10	1	5	70:42	21:11
4. Düsseldorf	16	9	2	5	82:50	20:12
5. Rosenheim	16	8	1	7	63:62	17:15
6. Iserlohn	16	7	2	7	68:70	16:16
7. Schwenning.	16	7	1	9	52:69	15:17
8. Landshut	16	5	2	9	50:72	12:20
9. Frankfurt	16	4	1	11	57:78	9:23
10. Rießersee	16	3	1	12	45:93	7:25

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 8. Spieltag: TuSEM Essen – TuS Hofweier 30:30.

1. Essen	184:144	15:1
2. Großwallstadt	181:151	13:3
3. Düsseldorf	168:152	11:5
4. Göppingen	165:150	11:5
5. Milbertshofen	182:168	10:6
6. Schwabing	182:182	9:7
7. Kiel	176:172	8:8
8. Gummersbach	157:153	8:8
9. Hofweier	158:173	7:9
10. Lemgo	178:185	6:10
11. Dortmund	131:150	6:10
12. Hameln	153:172	4:12
13. Schutterwald	152:178	2:14
14. Weiche	164:194	2:14

BASKETBALL

Bundesliga, Männer, 9. Spieltag: BSC Köln – TSV Leverkusen 81:93.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Männer, 8. Spieltag: Ottobrunn – 1860 München 0:3.

BADMINTON

Bundesliga, 8. Spieltag: Erlangen – Regensburg 3:5, Bonn – Langenfeld 7:1, Mainz – Wiebelskirchen 7:1, Uerdingen – Pulheim 6:2.

TISCHTENNIS

Europapokal, Männer, Viertelfinale: ATSV Saarbrücken – AZS Danzig 5:2. – Einzelergebnisse: Rebel – Jakubowicz 20:22, 21:17, 21:18, Waldner – Mojski 21:15, 21:16, Engel – Kucharski 20:22, 17:21, Waldner – Jakubowicz 21:13, 17:21, 21:11, Rebel – Kucharski 21:16, 14:21, 19:21, Engel – Mojski 21:12, 14:21, 21:10, Waldner – Kucharski 16:21, 21:12, 21:16.

FECHTEN

2. Weltcup-Turnier in Arnheim, Degen, Viertelfinale: Boisse – Lenglet (beide Frankreich) 10:6, Pusch (Bundesrepublik Deutschland) – Resegotti (Italien) 10:6, Bergstroem (Schweden) – Fischer (Bundesrepublik Deutschland) 10:8, Bellone (Italien) – Chouinard (Frankreich) 10:7. – Halbfinale: Pusch – Boisse 10:7, Bellone – Bergstroem 10:7. – Kampf um Platz drei: Bergstroem – Boisse 12:10. – Finale: Bellone – Pusch 12:11. – Weltcup-Stand: 1. Chouinard 21 Punkte, 2. Bellone 16, 3. Pusch 14.

TENNIS

Grand Prix in Stockholm, Finale: Edberg – Wilander (beide Schweden) 6:2, 6:1, 6:1. – Doppel: Stewart/Warwick (USA/Australien) – Cash/Zivojinovic (Australien/Jugoslawien) 6:4, 6:4. – Einladungsturnier in Antwerpen, Finale: McEnroe (USA) – Mecir (CSSR) 6:3, 1:6, 7:6, 5:7, 6:2. – Damenturnier in Worcester, Halbfinale: Mandlikova (CSSR) – Bunge (Bundesrepublik Deutschland) 6:1, 7:5, Navratilova – Shriver (beide USA) 3:6, 7:6, 6:4. – Doppel, Halbfinale: Kohde-Kilsch/Sukova (Bundesrepublik Deutschland/CSSR) – Burgin/Fairbank (USA) 6:3, 6:2, Navratilova/Shriver – McNeil/White (USA) 6:1, 6:7, 6:1. – Damen-Turnier in Little Rock, Finale: Rinaldi (USA) – Svereva (UdSSR) 6:4, 6:7, 6:0. – Doppel: Parkhomenko/Savchenko (UdSSR) – Budarova/Herr (CSSR/USA) 6:2, 1:6, 6:1.

GEWICHTHEBEN

Weltmeisterschaft in Sofia, Klasse bis 56 kg: 1. Schalamanov (Bulgarien) 335 kg (Reißen: 147,5 kg/Stoßen: 187,5), 2. Czanka (Rumänien) 290 (130/160), 3. Letz („DDR") 285 (125/160). – Athleten aus der Bundesrepublik Deutschland waren in dieser Gewichtsklasse nicht am Start.

GEWINNZAHLEN

Toto, 6 aus 45: 2, 10, 12, 19, 20, 32. – Zusatzspiel: 14 (ohne Gewähr).

EISHOCKEY / Düsseldorfs Sturmlauf zur Spitze

Übergewicht abtrainiert, Tore wie vom Fließband

sid, **Düsseldorf**

Hardy Nilsson, Trainer des Kölner EC, beklagt die fehlende Stabilität seiner Mannschaft, Kollege Richard Pergl vom Tabellenführer ESV Kaufbeuren spricht vom Kräfteverschleiß, und auch andere Trainer klagen über Substanzverlust. Zwei Spieltage vor Abschluß der ersten Vorrundenhälfte ist in der Eishockey-Bundesliga das große Wehklagen ausgebrochen, sehnen sich die meisten Klubs nach der dreiwöchigen Pause.

Nur ein Klub stürmt munter drauflos: die Düsseldorfer EG. Nach dem schwachen Saisonstart rollt die Mannschaft das Feld von hinten auf, katapultierte sich vom neunten auf den vierten Platz und rangiert nur noch zwei Punkte hinter Spitzenreiter Kaufbeuren, der am Freitag in Düsseldorf spielen muß.

Festmachen läßt sich das Düsseldorfer Stimmungs- und Leistungshoch an einer Person. Der Kanadier Peter-John Lee wird zum Alptraum der Abwehrreihen. 16 Treffer hat der 30 Jahre alte Stürmer in den letzten sechs Spielen erzielt. Und das, obwohl sein kanadischer Partner Chris Valentine zuletzt wegen einer Knieverletzung fehlte und erst am Wochenende mit einer in New York angefertigten Spezialbandage wieder spielen kann.

Dabei hatten Lee und Valentine zum Saisonbeginn mit gewichtigen Problemen zu kämpfen. Die beiden durften laut Vertrag auf das Aufbautraining verzichten, weil sie in der Sommerpause in Toronto eine Eishockeyschule für Jugendliche leiten. Mit Übergewicht kehrten sie zurück. Verspottet, wurde besonders Valentine (Spitzname „Der Dicke").

Die Steigerung der beiden baute die gesamte Mannschaft auf. „Wir wußten, daß wir das Eishockey nicht verlernt haben konnten. Wir hatten einfach psychologische Probleme, mit jeder Niederlage sackte das Selbstvertrauen weiter ab. Jetzt sind wir wieder auf dem Weg dorthin, wo wir hingehören", sagt Düsseldorfs Kapitän Roy Roedger.

Peter-John Lee ist ein Paradebeispiel für den Stellenwert der Ausländer im Kampf um die Meisterschaft. Kaufbeuren verdankt sein Hoch dem tschechoslowakischen Serien-Torschützen Pavel Richter, der ECD Iserlohn profitiert vor allem von den Toren des Amerikaners Dany Held, und ohne den Kanadier Trevor Erhardt aus der Olympiastadt Calgary wäre Aufsteiger Eintracht Frankfurt wohl schon längst abgeschlagen. Unter den sechs besten Torschützen ist nur ein deutscher Nationalspieler zu finden, der Rosenheimer Ernst Höfner. Er steht mit 14 Treffern auf Platz drei der Torschützenliste. Lee schoß fünf, Richter zwei Tore mehr.

SPORT-NACHRICHTEN

Jockey in Lebensgefahr

Düsseldorf (dpa) – Der englische Hindernisjockey Dennis Viktor Sherwood, der sich am Samstag bei einem Sturz auf der Neusser Galopprennbahn schwere Kopfverletzungen zugezogen hat, schwebt in Lebensgefahr. Ins Gehirn eingedrungene Knochensplitter wurden entfernt. Sherwood hat das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt.

Mehlkopf erfolgreich

Wien (sid) – Der Aachener Willibert Mehlkopf feierte im Rahmen des Internationalen Hallenreitturniers in Wien seinen neunten Sieg bei einem Mächtigkeitsspringen in dieser Saison. Mehlkopf schaffte auf Wabbs als einziger im dritten Stechen die 2,27 m hohe Mauer, scheiterte aber am Hallenweltrekord von 2,37 m.

Handball: Erneut verloren

Oslo (sid) – Die Frauen-Handball-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland verlor zum Abschluß des Polar-Cup-Turniers in Oslo gegen Norwegen mit 22:26. Damit belegte das Team von Bundestrainer Ekke Hoffmann hinter Norwegen (10:0), Polen (8:2) und der Niederlande (6:4) den vierten Platz mit 4:6 Punkten.

Bayer bleibt in Krefeld

Krefeld (dpa) – Bayer Uerdingen wird zum *UEFA-Cup-Heimspiel* gegen den FC Barcelona am 26. November nicht ins Düsseldorfer Rheinstadion wechseln, sondern in Krefeld bleiben. Als einen Grund gab der 2. Vorsitzende Ulrich Krücker die Atmosphäre in der Grotenburg-Kampfbahn an, die für die Spieler aus sportlichen Gründen wichtig sei.

Henkel droht Anzeige

Köln (dpa) – Rainer Henkel, dem 22jährigen Weltmeister dieses Jahres im Schwimmen aus Köln, droht eine Anzeige wegen Vortäuschung einer Straftat. Henkel wurde in der Nacht zum Sonntag vorübergehend festgenommen, nachdem er sich bei der Verlustanzeige seines BMW in Widersprüche verstrickt hatte. Nach Angaben der Polizei gestand der Schwimmer, dem die Sporthilfe im Rahmen der Optimalförderung ein anderes Auto zur Verfügung gestellt hatte, daß er seinen eigenen Wagen verkaufen und gleichzeitig die Versicherungsprämie kassieren wollte. Zwei Kölner, von denen einer den BMW bereits übernommen hatte, waren ebenfalls geständig, wurden aber inzwischen wie Henkel auf freien Fuß gesetzt.

Jelen gegen Mecir

London (dpa) – Eric Jelen (21), Tennis-Profi aus Neuss, trifft in der ersten Runde des Grand-Prix-Turniers von Wembley auf den an Nummer vier gesetzten Miroslav Mecir (CSSR). Wimbledonsieger Boris Becker, ursprünglich an Nummer eins gesetzt, mußte wegen einer Grippe absagen.

OLYMPIA 1992

Vorwürfe an Margaret Thatcher

dpa, **London**

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher wird beschuldigt, sie hätte sich gegen die Austragung der Olympischen Spiele 1992 in Birmingham ausgesprochen. Deshalb habe sie praktisch nichts getan, um die Bewerbung der Stadt zu unterstützen. Diese Behauptungen stellt der frühere Minister für Sport und Parlamentsmitglied der regierenden konservativen Partei, Neil MacFarlane, in einem Buch auf, das er gerade herausgegeben hat.

Unter dem Titel „Sport und Politik" schreibt MacFarlane unter anderem: „Frau Thatcher bezeichnete die Kandidatur für die Olympiade als ‚schlechte Kunde und eine unwillkommene Ablenkung für die Regierung'. Sie behauptete auch, die Spiele seien zu teuer. Als ich darauf verwies, daß Los Angeles 1984 einen Reingewinn von 255 Millionen Dollar erwirtschaftet hatte, gab der Finanzminister bekannt, daß sich die Sicherheitskosten allein in Birmingham auf über 25 Millionen Pfund belaufen würden. Die Premierministerin gab zu verstehen, sie habe an der Olympiade kein Interesse."

Birmingham hatte für seine Bewerbung rund 6,9 Millionen Mark ausgegeben. Die Stadt war bei der Wahl des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) in Lausanne mit acht Stimmen bereits im zweiten Wahlgang ausgeschieden. Die Sommerspiele gingen an Barcelona.

München: Studentinnen in der Mehrheit

DW. München

Die Ludwig-Maximilians-Universität in München, die größte deutsche Hochschule, hat in diesem Semester die Rekordmarke von etwa 60 000 Studenten erreicht. Der Anteil der Frauen liegt jetzt erstmals über 50 Prozent. Damit könnte zusammenhängen, daß die Zahl der Studienanfänger für die Lehrämter an Gymnasien sowie an den Grund- und Hauptschulen wieder zunahm.

Nordische Universität

DW. Flensburg

Die private Nordische Universität in Flensburg/Neumünster (Schleswig-Holstein) hat zum Wintersemester den Lehrbetrieb aufgenommen, mit zunächst 31 Studenten an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät in Flensburg. In Neumünster wurde ein ingenieurwissenschaftliches Institut gegründet (Studienbeginn im nächsten Jahr). Vorsitzender des Trägervereins ist der ehemalige schleswig-holsteinische Wirtschafts- und Verkehrsminister, Jürgen Westphal (CDU). Der Gründungspräsident, Professor Claus Bahne Bahnson, stammt aus Dänemark. Von den 31 Erstsemester-Studenten kommen drei aus Schweden und einer aus Österreich. Acht der 18 Hochschullehrer sind Skandinavier.

Boom in Chinesisch

DW. Bonn

Die Zahl der Sinologen hat sich seit dem Wintersemester 85/86 nach den ersten Schätzungen mehr als verdreifacht. An der Universität Bonn haben sich beispielsweise 200 Chinesisch-Studenten neu eingeschrieben. Als Schulfach wird die Sprache derzeit an etwa 25 Gymnasien angeboten, in München auch als Abiturfach.

Praxis für Chemiker

DW. Kassel

Die Gesamthochschule Kassel hat in ihren Diplomprüfungsordnungen für Mathematik, Chemie und Biologie ein berufspraktisches Semester vorgeschrieben; das ist ein Novum in der Bundesrepublik. Die ersten Studenten haben jetzt das 12 Wochen dauernde Praxissemester angetreten.

Ökologie-Assistenten

DW. Bonn

Zunächst rund 150 arbeitslose Akademiker aller Fachrichtungen können sich zu Spezialisten für den Umweltschutz ausbilden lassen. Auf Initiative der Bundesregierung startet die Wirtschaftsakademie für Lehrer e. V. (Hindenburgstr. 12 a, 3389 Bad Harzburg, Telefon 05322/730) einen entsprechenden Modellversuch. Die methodische Seite vermitteln Studienbriefe und Seminare. Die Einführung in die Praxis erfolgt in Betrieben. Da sie vorwiegend in Schleswig-Holstein und im Saarland liegen, wendet sich das Angebot zunächst vor allem an Bewerber aus diesen Bundesländern.

Wegweiser Archivberufe

DW. Bonn

Im Bereich Dokumentation, Informations- und Archivwesen gibt es zwanzig Berufe. Sie können auf rund sechzig verschiedenen Wegen an knapp vierzig Ausbildungsstätten erlernt werden. Wilhelm Gaus, Begründer und Leiter der Schule für Medizinische Dokumentation an der Universität Ulm, hat soeben einen „Wegweiser zur Ausbildung" veröffentlicht („Berufe im Archiv-, Bibliotheks-, Informations- und Dokumentationswesen". Springer-Verlag, Heidelberg; 238 S., 12.30 Mark).

Samstags: Die Serviceseiten Berufs-WELT. Die Hochschul-WELT erscheint jeden Dienstag in Zusammenarbeit mit dem RCDS.

Wer breit studiert, hat den Job fast in der Tasche

Von GEORGE TURNER

Was haben Sie als Hochschulpolitiker denn Ihren Söhnen geraten? Lohnt sich ein Studium heute überhaupt noch? Und welche Fächer würden Sie mir empfehlen?" Ein bißchen Häme klang aus den Fragen meiner Gesprächspartner oft genug heraus – man hat sich nicht ungestraft viele Jahre lang erst als Universitätspräsident und dann als Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, schließlich als Wissenschaftssenator zum Thema geäußert ...

Meine Antwort: Studium ja, aber nicht um jeden Preis. Studiert, was euch Spaß macht und laßt euch nicht von Prognosen irritieren. Legt das Studium nicht zu „schmalspurig" an: erwerbt zusätzliche Qualifikationen.

So habe ich es auch meinen beiden älteren Söhnen Nikolaus (22, Jurist in spe) und Sebastian (20, angehender Betriebswirt) mit auf den Weg gegeben; der jüngste, Cornelius (17), besucht zur Zeit die gymnasiale Oberstufe.

Mit der Wahl der Abiturprüfungsfächer wird – leider – die Entscheidung über das spätere Studienfach in vielen Fällen schon getroffen: Wer seine Schwerpunkte zum Beispiel in den Sprachen und in Geschichte setzt, sollte sinnvollerweise nicht gerade Mathematik oder eine naturwissenschaftliche Disziplin studieren wollen – die Defizite im Grundstudium wären kaum auszugleichen. Betriebswirtschaftslehre, diese Erfahrung machte Sebastian sehr bald, setzt gute mathematische Kenntnisse voraus. Der alte Spruch „Wer nichts wird, wird Wirt oder Betriebswirt" wird von der Realität widerlegt.

Studium, nein danke? Sohn Nikolaus fragte sich und mich nach dem Abitur, ob er überhaupt ein Studium aufnehmen sollte. Da die schulischen Leistungen zumindest einen erfolgreichen Start erwarten ließen, habe ich ihn in seiner Entscheidung für die Rechtswissenschaft – eine Familientradition – bestärkt, wohl wissend, daß schon jetzt ein Überangebot an Juristen den Arbeitsmarkt belastet. Ein breit angelegtes Studium, inklusive Sprachprüfung und Praktikum bei einer Bank, bietet aber immer noch, trotz aller Risiken, gute Chancen in den verschiedensten Berufszweigen, getreu der Devise „Ein Jurist kann eigentlich alles, notfalls sogar eine Fregatte steuern".

Auslandsaufenthalte und Sprachkenntnisse erleichtern indes die Navigation. Anstelle praxisferner Spezialisierung auf Detailprobleme sollten methodisches Lernen, Problemanalyse und die Fähigkeit zur schriftlichen und mündlichen Darstellung im Vordergrund stehen. Hochschule und Schule müssen hier stärker kooperieren, um allen Tendenzen einer frühzeitigen Spezialisierung entgegenzuwirken.

Die Prognosen über die Beschäftigungssituation etwa der Juristen in den nächsten Jahren sind im übrigen mit derselben Vorsicht zu behandeln wie Voraussagen über den Bedarf an Ingenieuren: während noch vor wenigen Jahren eine Ingenieurflut prophezeit wurde, erhalten Studenten dieser Fachrichtungen heute oftmals noch vor der Diplomprüfung Angebote aus der Industrie. Ein Eckdatum für das Jahr 2000 läßt sich allerdings schon jetzt mit Sicherheit prognostizieren. Bis zur Jahrhundertwende werden rund 2,6 Millionen Hochschulabsolventen nur etwa 900 000 adäquaten Stellen gegenüberstehen. Die Zahl arbeitsloser oder „fachfremd" beschäftigter Akademiker wird also weiter zunehmen.

Daraus leite ich nicht nur für meine Söhne zwei Folgerungen ab:

- Unsere Studenten müssen „breiter" studieren, um flexibler auf die Veränderungen des Arbeitsmarktes reagieren zu können.
- Der Abschluß eines Hochschulstudiums ist kein Freibrief für eine Anstellung im öffentlichen Dienst mit A 13-Besoldung (Regierungs- beziehungsweise Studienrat).

Unter einem breit angelegten Studium ist, neben selbstverständlichem exemplarischem Lernen, vor allem die Erweiterung des Qualifikationsspektrums zu verstehen. Fremdsprachen- und EDV-Kenntnisse sowie die Bereitschaft, auch einmal ein oder zwei Semester an einer anderen Hochschule zu studieren, sind Gewichte, die beim späteren Vorstellungsgespräch in die Waagschale gelegt werden können. Und die Aussichten, in der Wirtschaft unterzukommen, dürften für einen guten Absolventen einer geistes- oder sozialwissenschaftlichen Fachrichtung mit Zusatzqualifikationen besser sein als für einen schlechten Volkswirt, der sich vielleicht gerade noch englisch ausdrücken kann. Das heißt: Es sollte nicht in erster Linie entscheidend sein, was, sondern wie man studiert hat. Bei vielen, wenn auch noch lange nicht bei allen großen Unternehmen weiß man inzwischen um die Einsetzbarkeit und Einsatzbereitschaft fachfremder Akademiker.

Noch ein Wort zur schulischen Vorbildung, die das Fundament für ein mögliches Studium oder den direkten Sprung in den Berufsalltag bildet. Bei allem Bemühen, den Fächerkanon entsprechend den Anforderungen der Hochschule und des Arbeitsmarktes auszugestalten, darf der Anspruch der jungen Menschen auf Bildung nicht aus dem Blickfeld geraten. Mein jüngster Sohn, der in seiner Freizeit Jeansjacken gestaltet und verkauft, hat mich wieder einmal daran erinnern müssen, daß zur Lebenstüchtigkeit eben nicht nur Faktenwissen und die Fähigkeit zum methodisch-analytischen Denken, sondern mindestens gleichbedeutend auch künstlerische und merkantile Interessen gehören.



Ein Fachmann für Bildung sagt, was er seinen Söhnen an Tips zum Studium gegeben hat: George Turner, Senator für Wissenschaft in Berlin, mit Frau Edda, links: Nikolaus, rechts: Sebastian und Cornelius. FOTO: DIE WELT

Ein Besatzungskind, das erwachsen geworden ist

Von den Franzosen oktroyiert, jetzt in der Bundesrepublik voll etabliert: die Vergleichende Literaturwissenschaft

PAUL F. REITZE, Bonn

Die Vergleichende Literaturwissenschaft (Komparatistik), die in einer Reihe von Ländern über eine zum Teil noch ins vorige Jahrhundert zurückreichende Tradition verfügt, ist in der Bundesrepublik ein waschechtes Besatzungskind. Die Franzosen, die der Germanistik eine erhebliche Mitschuld an nationalistischen deutschen Exzessen zuschrieben – bis hin zu Hitler –, sannen nach Kriegsende auf Gegenmittel.

An den ihnen unterstehenden Universitäten Tübingen, Saarbrücken und Mainz installierten sie komparatistische Lehrstühle. Ihre Aufgabe: Sie sollten die deutsche Literatur nicht als eigenständiges Phänomen behandeln, sondern in ihrer internationalen Verflechtung, als Teil eines fast weltumspannenden Ganzen.

Inzwischen hat sich das Fach kräftig entwickelt. Es kann mittlerweile auch in Münster, Bonn, München, Bayreuth, Bochum, Berlin (FU), Gießen und Kassel studiert werden. In Österreich gibt es Lehrstühle in Wien, Innsbruck und Klagenfurt, in der deutschsprachigen Schweiz in Zürich. Bedauerlich bleibt freilich, daß die Komparatistik gerade an einigen Universitäten wie Göttingen, Hamburg, Heidelberg und Marburg nicht vertreten ist, die in den philologischen Disziplinen Bahnbrechendes geleistet haben.

Wo früher in den Seminaren allenfalls ein Dutzend Studenten saßen, gehen heute die Zahlen schon in die Hunderte. In Bonn beispielsweise haben sich in diesem Semester fast 400 angehende Literaturwissenschaftler für Komparatistik entschieden, davon 125 im Hauptfach.

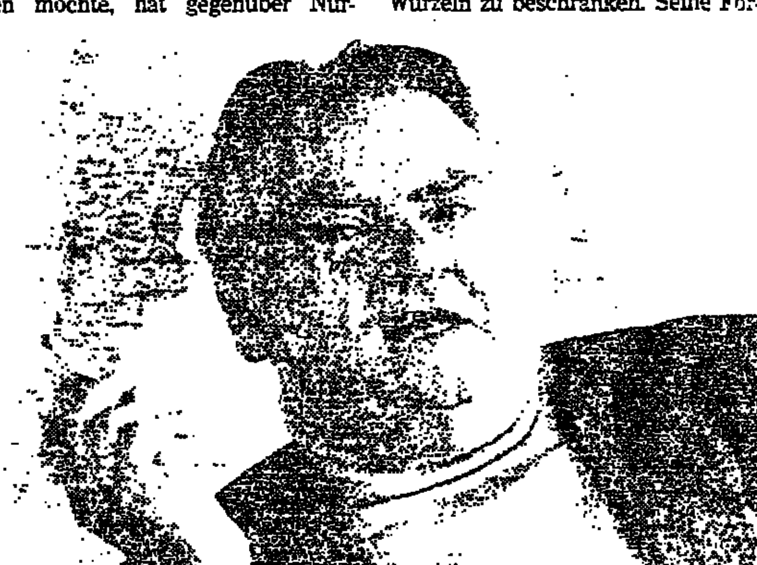
Dies ist umso bemerkenswerter, als die Beherrschung mehrerer Sprachen Voraussetzung ist. Wer als Lektor in einem geisteswissenschaftlichen oder belletristischen Verlag oder als Kritiker in einer Kultur-Redaktion arbeiten möchte, hat gegenüber Nur-Germanisten die besseren Berufschancen. Auch bei Auslandstätigkeiten sind die Aussichten insgesamt günstiger.

Ein Nachteil der Disziplin ist es, daß sie methodisch auf etwas schwankendem Terrain operiert. Sinnvoll läßt sich nur miteinander vergleichen, was im Innersten zusammengehört. Horst Rüdiger, der Pionier der deutschen Komparatistik, hat daher vorgeschlagen, sich auf Bereiche mit gemeinsamen geistigen Wurzeln zu beschränken. Seine Forschung kreiste denn auch um Traditionen, die aus der Welt der Bibel und der Antike ihre „Initialimpulse" erhalten haben.

Wer sich für ein Studium der Vergleichenden Literaturwissenschaft interessiert, muß sich freilich darüber im klaren sein, daß das Fach an jeder Hochschule ein anderes Profil hat. Dies hängt zwangsläufig mit den eigenen wissenschaftlichen Schwerpunkten der akademischen Lehrer zusammen. So dominieren beispielsweise in Tübingen und Saarbrücken romanistische Elemente. In Münster (wo eine Italienerin mit germanistischem Studienabschluß den Lehrstuhl innehat) sowie in Mainz, Berlin und Gießen ist eher die Germanistik Ausgangsbasis.

In Kassel gilt dies für die Anglistik, in Bayreuth (wie in Innsbruck) für die Slavistik. Bayreuth bezieht darüber hinaus auch theaterwissenschaftliche Themenstellungen mit ein. München kombiniert romanistische und germanistische Elemente. Ein weites Spektrum bietet, neben Bochum, Bonn. Dort lehrt, als Nachfolger Horst Rüdigers, Erwin Koppen.

Der Student hat also die Qual der Wahl. Das birgt Chancen, die in der Massenuniversität selten geworden sind. Man kann fast studieren wie zu Vaters Zeiten. Indem man Grenzen der Nationen und der Sprachen überwindet, lotet man zugleich auch eigene Grenzen aus.



Grenzgänger zwischen den Literaturen: Horst Rüdiger FOTO: LESER

In Liechtenstein streben auch die Nicht-Philosophen nach der Weisheit

CHRISTIAN GEYER, Schaan

Unabhängig von den Zwängen einer modernen Massenuniversität läßt sich jetzt im Fürstentum Liechtenstein Philosophie studieren. Im April diesen Jahres hat die „Internationale Akademie für Philosophie" (IAP) in Schaan ihre Arbeit aufgenommen.

Die Wurzeln der privaten Hochschule liegen in Amerika, wo sie 1980 in Irving/Texas ins Leben gerufen wurde. Ihr Rektor, der Philosoph Josef Seifert, war einer der Gründungsväter. Der gebürtige Österreicher hat sich in München habilitiert. Von 1973 bis 1980 war er Professor und Institutsvorstand an der University of Dallas. Seine neueste Publikation: „Back to Things in Themselves. A Phenomenological Foundation for Classical Realism" (London & Boston 1986).

Der Buchtitel enthält fast schon ein Programm. Der IAP geht es um die Wiederbelebung und methodologische Neubegründung der klassischen Philosophie und ihres kritisch fundierten Realismus. Die moderne Bewußtseinsphilosophie soll zu einer Synthese mit der klassischen Seinsphilosophie geführt werden.

Das Studium in Liechtenstein erschöpft sich nicht in der bloßen historischen Betrachtung von gelehrten Meinungen. Professor Seifert zur Hochschul-WELT: „Nach Art der platonischen Akademie steht das Philosophieren bei uns im Dienst der Wahrheitserkenntnis." In der Auseinandersetzung mit den philosophischen Hauptströmungen sollen die Studenten lernen, einen persönlichen Standort zu beziehen.

Die Akademie strebt einen internationalen Zuschnitt an. Auch die Volksrepublik China befindet sich unter den Ländern, aus denen schon Bewerbungen um die ersten 30 Studienplätze vorliegen. Voraussetzung für die Immatrikulation ist die allgemeine Hochschulreife. Unterrichtssprachen sind Deutsch und Englisch. Das zweijährige Grundstudium wird mit dem Vordiplom, dem Bakkalaureat (Bachelor of Arts, B.A.) abgeschlossen. Es umfaßt die verschiedenen Fächer der systematischen Philosophie (Erkenntnislehre, Logik, Metaphysik, Ethik usw.) und die Philosophiegeschichte. Das Hauptstudium endet mit dem Erwerb des Magister Artium (M.A.). Promotion und Habilitation sind ebenfalls möglich.

Wer nicht gleich ein Regelstudium aufnehmen will, kann an einem zweisemestrigen Intensivkurs teilnehmen. Damit wird auch fachfremden Studenten die Möglichkeit geboten, über den Tellerrand des eigenen Studiums hinauszuschauen. In einer reizvollen Berglandschaft können sie sich mit den Grundzügen der Philosophie vertraut machen.

Der Intensivkurs bietet einen Einblick in die Hauptdisziplinen und die Geschichte der Philosophie. Hinzu kommen Vorlesungen eigener Wahl, womöglich aus Grenzgebieten zwischen der Philosophie und dem Hauptfach des Studenten (beispielsweise medizinische oder Wirtschafts-Ethik). Auf Wunsch wird ein Zertifikat ausgestellt.

Die Akademie, an der Professoren wie Rocco Buttiglione (Mailand), John Finnis (Oxford), Josef Pieper (Münster), Giovanni Reale (Mailand) lehren, wird finanziell und rechtlich von der „Stiftung IAP" getragen, deren Präsident Prinz Nikolaus von und zu Liechtenstein ist. Die Semestergebühren betragen 1000 Franken. Bewerber können bei der Akademie ein Stipendium beantragen. Informationen: Internationale Akademie für Philosophie (IAP), Obergass 75, FL-9494 Schaan.

Das billigste Darlehen

Beim BAföG läßt sich der Schuldenberg zinslos abbauen

DORIS SCHWARZ, Bonn

Seit etwa fünf Jahren geht die Quote der nach BAföG unterstützten Studenten stetig zurück (1981: etwa 35 Prozent, 1986: weniger als 25 Prozent). Neben anderen Faktoren spielt dabei eine wichtige Rolle, daß viele, auch in Absprache mit ihren Eltern, davon absehen, BAföG zu beantragen. Sie schreckt ab, daß die Förderung mit einem ständig wachsenden Schuldenberg verbunden ist, der je nach Studiengang bis zu 50 000 Mark anwachsen kann.

Wer nach BAföG gefördert werden kann, sollte diese Möglichkeit indes auch in Anspruch nehmen. Immerhin handelt es sich um das billigste Darlehen, das es gibt: es kostet nämlich nichts, da es zinslos gewährt wird. Das gilt auch für die gesamte Rückzahlungsphase, mit einer Ausnahme: Wer dabei um mehr als dreißig Tage in Verzug gerät, für den werden sechs Prozent Zinsen pro Jahr auf das Restdarlehen fällig.

Die Förderungshöchstdauer beträgt, je nach Fach, rund zehn Semester. Zu diesem Zeitpunkt erhält man vom Bundesverwaltungsamt einen Bescheid, in dem die Höhe der Darlehensschuld und die Förderungshöchstdauer festgestellt werden. Im eigenen Interesse sollte man ihn sehr sorgfältig prüfen und gegebenenfalls Widerspruch innerhalb eines Monats einlegen. Sonst wird er unanfechtbar, d. h. eine Überprüfung und Korrektur ist danach nicht mehr möglich.

Nun beginnt eine fünfjährige Karenzzeit, in der man noch nicht zurückzahlen muß. Wichtig: Der Beginn der Karenzzeit fällt in den meisten Fällen nicht mit dem Ende des Studiums zusammen, denn erfahrungsgemäß wird es innerhalb der Förderungshöchstdauer nicht bewältigt.

Nach Ablauf der fünf Jahre erhält man einen zweiten Bescheid vom Bundesverwaltungsamt. Er informiert über die Höhe der monatlichen Rückzahlungsraten und enthält die Aufforderung, den Betrag für jeweils drei Monate in einer Summe zu entrichten.

Die Höhe der monatlichen Raten beträgt mindestens 120 Mark. Die maximale Belastung errechnet sich einerseits aus der Endsumme des Darlehens und andererseits aus der zeitlichen Begrenzung der Rückzahlungsphase auf zwanzig Jahre. Daraus ergibt sich eine Belastung, die in der Regel 200 Mark monatlich nicht wesentlich übersteigt.

Davor braucht niemand ernstlich Sorge zu haben. Der Schuldenberg läßt sich allerdings wesentlich niedriger halten, wenn man einige im Gesetz vorgesehene Möglichkeiten nutzt. Darüber wird die Hochschul-WELT noch im einzelnen berichten.

PRAKTIKANTEN ● BÖRSE

Für eine Reihe von Studiengängen sind Praktika erforderlich, in anderen wünschenswert und nützlich. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) bietet in der Hochschul-WELT wöchentlich solche Stellen für einzelne Tätigkeitsbereiche an. Während der Semesterferien besteht in begrenztem Umfang eine kostengünstige Unterbringungsmöglichkeit in Studentenheimen. Angebote und Nachfragen bitte ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Tel. 02 28 / 46 00 55.

Informatik

lfd. Nr.	Einsatzort	Branche	Einsatz-Schwerpunkt	Besch.-Dauer
1	Kahl/Main	Atomindustrie	Strahlenschutz	n.V.
2	Asperg	Metallwaren	allg. Arbeiten	6 M.
3	Pfeilfingen	Computer	Büroorganisation	6 W.
4	Piromen	Meßtechnik	Entwicklung	3–6 M.
5	Leinen	Einzelhandel	Versandhandel	n.V.
6	Schwäbisch-Gem.	Autohändler	EDV/Buchführung	n.V.
7	Poing	Software	Anwendungsentw.	n.V.
8	Neunkirchen	NE-Metallwalzwerk	EDV-Einführung	8 W.
9	Heidelberg	Metallindustrie	Personalwesen/EDV	n.V.
10	Neuwied	Elektronik	Informatik	n.V.
11	Stuttgart	Meßtechnik	Elektronik/Optik	n.V.
12	Viersen	Elektronik	Informatik	n.V.
13	Koblenz	Büroeinrichtungen	Verkauf/Werkstatt	n.V.
14	Stuttgart	EDV-Dienstleistung	Rechenzentren	min 6 M.
15	Heldenstein	Baubedarf	Umstellung auf EDV	n.V.
16	Dorsten	Fertigbau	Programmierung	n.V
17	Kehl-Sundheim	Blechverarbeitung	Weiterentwickl. EDV	6 M.
18	Stuttgart	EVD-Abteilung	Programmierung	3–6 M.
19	Zutten	Apparatebau	Elektro	n.V.
20	Heidelberg	Metallindustrie	Personalwesen/EDV	n.V.
21	Düsseldorf	Datensysteme	Programmierung	3 M.
22	Schönborn	Klinikum	Mitarb. Verwaltung	3 M.
23	Hofheim	Systembauer	Programmentwicklung	1–5 M.
24	Frankfurt	Druckindustrie	EDV-Entwicklung	4–6 M.
25	Paderborn	EDV – NT	Datenverarb/Market.	2–3 M.
26	Schwerte	Programmentwicklung	Software	6 M.
27	Konstanz	Computerbranche	Hardwareentwicklung	6 M.
28	Isernhagen	Unternehmensberatung	Mitarbeit	2–4 M.
29	München	Systemtechnik	allg. Arbeiten	n.V.
30	München	Computer	allg. Arbeiten	20 W.

In der nächsten Woche: Betriebswirtschaft

STUDIENPLATZ ● TAUSCH

Die Anfragen und Antworten für die Tausch-Börse nimmt ausschließlich der *Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Siegburger Str. 49, 5300* Bonn 3, Telefon: 02 28 / 46 49 33, entgegen. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. In der Tabelle ist jeweils an erster Stelle der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort des Anbieters genannt. *Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1987. Die Semester-Angabe* in der Tabelle bezieht sich dagegen auf das Wintersemester 1986/1987.

Pharmazie

1. Semester

Nr.	von	nach
1	FU Berlin	Uni Bonn
2	FU Berlin	Uni Braunschweig
3	FU Berlin	Uni Düsseldorf
4	FU Berlin	Uni Hamburg
5	FU Berlin	Uni Kiel
6	FU Berlin	Uni Münster
7	Uni Düsseldorf	Uni Würzburg
8	Uni Frankfurt	FU Berlin
9	Uni Frankfurt	Uni Freiburg
10	Uni Frankfurt	Uni Münster

2. Semester

Nr.	von	nach
11	Uni Braunschweig	Uni Heidelberg
12	Uni Braunschweig	Uni Münster
13	Uni Braunschweig	Uni Tübingen
14	Uni Braumschweig	Uni Würzburg
15	FU Berlin	Uni Bonn
16	FU Berlin	Uni Düsseldorf
17	FU Berlin	Uni Mainz
18	FU Berlin	Uni Saarbrücken
19	Uni Frankfurt	Uni Tübingen
20	Uni Kiel	Uni Hamburg
21	Uni Marburg	Uni Frankfurt
22	Uni Marburg	Uni Münster
23	Uni Marburg	Uni München
24	Uni Regensburg	Uni München

3. Semester

Nr.	von	nach
25	Uni Freiburg	Uni Bonn
26	Uni Regensburg	Uni Bonn

5. Semester

Nr.	von	nach
27	FU Berlin	Uni Münster
28	Uni Düsseldorf	Uni Bonn
29	Uni Düsseldorf	Uni Münster
30	Uni Freiburg	Uni Mainz
31	Uni Marburg	FU Berlin
32	Uni Marburg	Uni Tübingen
33	Uni Marburg	Uni Würzburg

9. Semester

Nr.	von	nach
34	Uni Braunschweig	Uni Heidelberg

Psychologie

1. Semester

Nr.	von	nach
1	Uni Bielefeld	Uni Bonn
2	Uni Bielefeld	Uni Köln
3	TU Berlin	Uni Hamburg
4	Uni Gießen	Uni Freiburg
5	Uni Gießen	Uni Heidelberg
6	Uni Gießen	Uni Mannheim
7	Uni Kiel	Uni Hamburg
8	Landau	Uni Freiburg
9	Landau	Uni Konstanz
10	Landau	Uni München
11	Uni Marburg	Uni Frankfurt
12	Uni Marburg	Uni Hamburg
13	Uni Marburg	Uni Kiel
14	Uni Marburg	Uni München
15	Uni Marburg	Uni Osnabrück
16	Uni Marburg	Uni Regensburg
17	Uni Mainz	Uni Bonn
18	Uni Mainz	Uni Frankfurt
19	Uni Mainz	Uni Köln
20	Uni Mainz	Uni Mannheim
21	Uni Mainz	Uni Marburg
22	Uni Regensburg	Uni München
23	Uni Trier	Uni Düsseldorf
24	Uni Trier	Uni Köln

2. Semester

Nr.	von	nach
25	TU Berlin	Uni Hamburg
26	Eichstädt	Uni Heidelberg
27	Eichstädt	Uni Mainz

3. Semester

Nr.	von	nach
28	Uni Bielefeld	Uni Münster
29	TU Berlin	Uni München
30	Uni Erlangen	Uni Bonn
31	Uni Erlangen	Uni Köln

Pharmazie (Fortsetzung)

Nr.	von	nach
32	Uni Gießen	Uni Frankfurt
33	Uni Gießen	Uni München
34	Landau	TU Berlin
35	Landau	FU Berlin
36	Uni Mainz	Uni Frankfurt
37	Uni Regensburg	Uni München
38	Uni Trier	FU Berlin
39	Uni Trier	Uni Bremen
40	Uni Trier	Uni Hamburg

5. Semester

Nr.	von	nach
41	Uni Marburg	Uni Köln
42	Uni Marburg	Uni München

6. Semester

Nr.	von	nach
43	FU Berlin	Uni Bremen
44	FU Berlin	Uni Hamburg
45	Uni Gießen	Uni Hamburg

7. Semester

Nr.	von	nach
46	TH Darmstadt	Uni Frankfurt
47	Uni Freiburg	TU Berlin
48	Uni Freiburg	FU Berlin
49	Uni Gießen	Uni Hamburg
50	Uni Regensburg	FU Berlin
51	Uni Regensburg	Uni Hamburg
52	Uni Regensburg	Uni München

Zahnmedizin

2. Semester

Nr.	von	nach
1	FU Berlin	Uni Frankfurt
2	FU Berlin	Uni Gießen
3	FU Berlin	Uni Göttingen
4	FU Berlin	Uni Hamburg
5	FU Berlin	Uni Kiel
6	FU Berlin	Uni Marburg
7	Uni Mainz	Uni Bonn
8	Uni Mainz	FU Berlin
9	Uni Ulm	RWTH Aachen
10	Uni Ulm	Uni Bonn
11	Uni Ulm	Uni Düsseldorf

3. Semester

Nr.	von	nach
12	RWTH Aachen	Uni Bonn
13	Uni Bonn	Uni Düsseldorf
14	FU Berlin	Uni Heidelberg
15	FU Berlin	Uni München
16	FU Berlin	Uni Regensburg
17	Uni Frankfurt	Uni Heidelberg
18	Uni Frankfurt	Uni München
19	Uni Frankfurt	Uni Saarbrücken
20	Uni Köln	Uni Heidelberg
21	Uni Köln	Uni Hamburg
22	Uni Köln	Uni Kiel
23	Uni Köln	Uni München
24	Uni Köln	Uni Tübingen
25	Uni Köln	Uni Ulm
26	Uni Kiel	Uni Hamburg
27	Uni Münster	Uni Bonn
28	Uni Münster	Uni Düsseldorf
29	Uni Münster	Uni Freiburg
30	Uni Münster	Uni Hamburg
31	Uni Münster	Uni Köln
32	Uni Münster	Uni München
33	Uni Mainz	Uni Gießen
34	Uni Mainz	Uni Göttingen
35	Uni Mainz	Uni Marburg

4. Semester

Nr.	von	nach
36	FU Berlin	Uni Frankfurt
37	FU Berlin	Uni Mainz
38	FU Berlin	Uni Tübingen
39	Uni Erlangen	Uni Frankfurt
40	Uni Frankfurt	Uni Bonn
41	Uni Marburg	Uni Heidelberg
42	Uni Marburg	Uni Mainz
43	Uni Marburg	Uni Saarbrücken
44	Uni München	FU Berlin
45	Uni München	Uni Hannover
46	Uni München	Uni Hamburg
47	Uni Würzburg	Uni Düsseldorf
48	Uni Würzburg	Uni Erlangen
49	Uni Würzburg	Uni Gießen
50	Uni Würzburg	Uni Marburg
51	Uni Würzburg	Uni München

Keiner fährt so schnell am Finanzamt vorbei.

Der neue Uno Diesel 1700 schöpft aus dem vollen: 1700 ccm Hubraum sorgen für mehr Drehmoment, besseren Durchzug und damit für prompte Entfaltung der 44 kW/60 PS. Ein hydraulischer Dämpfer an der *Motoraufhängung* sorgt für eine angenehm gedämpfte Atmosphäre, und geringer Dieselverbrauch sorgt für gedämpfte Erwartungen bei der Petrolindustrie.

Die Steuerbefreiung (bis zu 1100 Mark bei Zulassung vor dem 31. 12. 86) bekommt ja heutzutage fast jeder bessere Diesel; damit wollen wir uns nicht brüsten. Aber auf die 15 Sekunden bis 100 km/h und die 155 Spitze, mit der er seine Klasse anführt, sind wir schon stolz.

Das Finanzierungsangebot unserer Fiat Kredit Bank: 1,9% effektiver Jahreszins bei 36 Monaten Laufzeit und 25% Anzahlung. Und das Superleasing mit 99 Mark/Monat bei 25% Mietsonderzahlung und 24 Monaten Laufzeit.

Unverbindliche Preisempfehlung zuzüglich Überführung: 15.550 DM 3türig, 16.750 DM 5türig.

Uno Diesel 1700

Die neue Kraft.



SPD fragt nach Geheimhaltung von BGAG-Akten

AP. Bonn

Der stellvertretende Vorsitzende des Neue-Heimat-Untersuchungsausschusses, Gernot Fischer (SPD), hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Herausgabe der Aufsichtsratsprotokolle der Gewerkschaftsholding BGAG kritisiert. Die Karlsruher Richter hätten nicht sichergestellt, wie diese Akten vor einer Veröffentlichung geschützt werden könnten, erklärte Fischer gestern in einem Beitrag für den Bonner Parlamentarisch-Politischen Pressedienst (PPP) der SPD.

Die Schutzvorkehrungen der Karlsruher Richter nützten nichts, wenn bereits jetzt Kopien von BGAG-Protokollen in der Bundeshauptstadt kursierten und sogar Ausschußmitglied Johannes Gerster (CDU) im Besitz einiger umfangreicher Protokolle sei. Es bestehe die Gefahr, daß die Karlsruher Anordnungen ins Leere gingen, erklärte Fischer.

Gibt Schiesser die Neue Heimat zurück?

Banken haben erhebliche Vorbehalte gegenüber Sanierungskonzept / Entscheidung über Lappas

DW. Frankfurt/Berlin

Die Zukunft des ehemals gewerkschaftseigenen Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat ist nach wie vor ungewiß. Vor dem für gestern anberaumten Treffen der 15 führenden Gläubigerbanken mit Horst Schiesser in Frankfurt verlautete aus der Umgebung des neuen Besitzers in Berlin, für Schiesser sehe es „nicht rosig" aus. Die Banken würden Schiesser wahrscheinlich eine klare Absage erteilen und das Stillhalteabkommen für die Kredite nicht über den 21. Dezember 1986 hinaus verlängern.

Einig sind sich die Banken offensichtlich nur darin, daß ein Konkurs möglichst vermieden werden soll, weil damit kurzfristig größere Bestände des Wohnungsbaukonzerns auf den Markt geworfen würden, was zu einem gefährlichen Verfall der Immobilienpreise führen dürfte. Hingegen scheint sich bei der Mehrheit der Banken inzwischen die „schonendere" Lösung eines Liquidationsvergleichs durchgesetzt zu haben. Mittels eines Vergleichsverwalters (Sequester) könnten dann über einen längeren Zeitraum Wohungen an Dritte verkauft werden, ohne den Markt übermäßig zu belasten. In Kreisen um Schiesser wird der Liquidationsvergleich als nicht geeignete Lösung angesehen. „Damit wird das Problem ja nur auf die lange Bank geschoben", hieß es in Berlin.

Als „weitaus bessere" und moralisch sauberste Lösung für die Mieter wurde in der Umgebung des Berliner Unternehmers die Rückgabe an die Gewerkschaftsholding BGAG bezeichnet. Damit wäre der Fall Neue Heimat an seinem Ausgangspunkt vor dem Verkauf an den Brotfabrikanten am 19. September angelangt und BGAG, Banken und die öffentliche Hand müßten sich wieder gemeinsam Gedanken über die Zukunft des größten westeuropäischen Wohnungsbaukonzerns machen.

Der Aufsichtsrat der Gewerkschaftsholding BGAG entscheidet am Donnerstag in Frankfurt über eine eventuelle Ablösung des BGAG-Vorstandsvorsitzenden Alfons Lappas. Mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Vorstandsangelegenheiten" berief der Aufsichtsratsvorsitzende und Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Ernst Breit, den Aufsichtsrat der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG (BGAG) für Donnerstag, 18.00 Uhr, nach Frankfurt ein. Dies bestätigten Sprecher des DGB und der BGAG gestern in Düsseldorf und Frankfurt auf Anfrage.

In der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung der BGAG solle über die Ablösung von Lappas entschieden werden, teilte ein DGB-Sprecher mit. In der vergangenen Woche hatten mehrere Einzelgewerkschaften von Breit die Entlassung des Gewerkschaftsmanagers gefordert, nachdem Lappas vor dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages in Bonn die Aussage verweigert hatte.

Karlsruhe entscheidet über „Sitzblockaden"

DW. Karlsruhe

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wird heute seine Entscheidung darüber verkünden, ob Teilnehmer an „Sitzblockaden" wegen Nötigung verurteilt werden müssen. Mitglieder der „Friedensbewegung" hatten geltend gemacht, daß „friedliche Sitzblockaden" nur als Ordnungswidrigkeit zu ahnden seien. Der in Frage gestellte Paragraph 240 des Strafgesetzbuches setzt für eine Verhaftung neben der Anwendung von Gewalt voraus, daß der Täter „verwerflich" handelt. Die Beschwerdeführer, die sich aus Protest gegen die NATO-Nachrüstung vorwiegend vor amerikanisches Militärgelände gesetzt und widerstandslos von der Polizei hatten wegtragen lassen, bestreiten diese Verwerflichkeit. Bisher wurden solche Protestaktionen als Nötigung geahndet. Rechtsgrundlage ist eine frühere Karlsruher Entscheidung, die die Beschwerdeführer als verfassungswidrig ansehen.

Politiker warnen vor Aufrechnung der Schuld

Deutsch-Israelischer Appell an das Geschichtsbewußtsein

BERNT CONRAD. Bonn

Führende Politiker und Diplomaten aus Israel und der Bundesrepublik Deutschland haben sich gestern mit Nachdruck gegen Tendenzen gewandt, die Verbrechen des Hitler-Regimes und vor allem den Massenmord an den Juden zu bagatellisieren oder zu relativieren. „Es kann kein Aufrechnen zwischen dem Archipel GULag und Auschwitz geben", betonte Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) in Übereinstimmung mit allen anderen Rednern bei der Eröffnung der X. Deutsch-Israelischen Konferenz auf der Margaretenhöhe bei Bonn.

Anlaß der Mahnungen war die gegenwärtige Diskussion unter deutschen Historikern über die Frage, ob die NS-Verbrechen einmalig seien oder im Kontext der Geschichte gesehen werden müßten. Der israelische Botschafter in Bonn, Jitzhak Ben-Ari, bezeichnete die These „auch andere haben Verbrechen begangen" als Zeichen der „Unfähigkeit zum Trauern". Die Schuld der Deutschen aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 könne nicht gegen irgendeine andere Schuld aufgerechnet werden. „Keine Ungerechtigkeit irgendeines Anderen verkleinert die eigene Schuld", sagte Ben-Ari.

Thesen mit Feingefühl

Der deutsche Botschafter in Israel, Wilhelm Haas, nannte es verständlich, daß man sich in Israel kritisch mit der Diskussion über die Vergangenheit in Deutschland befasse. Deutsche Historiker sollten bei ihren Debatten stets bedenken, daß es angesichts der besonderen Verstrikkung zwischen Deutschen und Juden nicht angehe, historische Thesen ohne Feingefühl und ohne Rücksicht auf die Empfindungen in Israel zu entwickeln.

Frau Renger stellte fest, gerade das Gedenken an die „Kristallnacht" vom 9. 11. 1938 sei eine Mahnung, allen Tendenzen entgegenzutreten, die nur im entferntesten den Boden für einen neuen Antisemitismus bereiten könnten. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Johannes Gerster erklärte: „Die Massenvernichtung von Juden war sowohl qualitativ wie quantitativ in ihrer Menschenverachtung einmalig. Wir haben keinerlei Recht, Unterdrückung anderswo zu benutzen, um Abstriche an unserer Verantwortung vorzunehmen." Auch der FDP-Abgeordnete Karl-Hans Laermann versicherte, die Erinnerung an die Verbrechen der NS-Vergangenheit dürfe nicht verblassen.

Dialog fortsetzen

Der frühere israelische Botschafter in Bonn und jetzige Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Asher Ben-Nathan, meinte, jeder Versuch einer Bagatellisierung des Holocaust sei zum Scheitern verurteilt. Hitler als Schüler Stalins darzustellen, helfe niemandem mehr.

Die Teilnehmer an der Eröffnungssitzung der dreitägigen Deutsch-Israelischen Konferenz hielten eine Auseinandersetzung mit der Historiker-Diskussion gerade deshalb für notwendig, weil das derzeit ausgezeichnete Klima zwischen der Bundesrepublik und Israel durch mißverständliche Äußerungen leiden könnte. Botschafter Ben-Ari nannte den Stand der offiziellen Beziehungen „vertrauensvoll". Sie hätten sich im vergangenen Jahr ausgesprochen positiv entwickelt. Ein Beispiel dafür seien die neuen Partnerschaften zwischen Kommunen beider Länder. Ben-Ari: „Das sind Liebesehen." Frau Renger forderte, Bonns Nahostpolitik müsse behutsam und nicht besserwisserisch sein.

Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Erik Blumenfeld, wies darauf hin, daß das israelische Parlament auf dieser Konferenz mit der bisher stärksten Delegation vertreten sei.

Staatsvertrag: Länder wollen bis Dezember Einigung

dpa, Hamburg

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe über das niedersächsische Landesrundfunkgesetz zeigt erste Auswirkungen: Am Freitag dieser Woche wollen sich die Staatssekretäre aller Bundesländer in Bonn treffen, um die Möglichkeiten für einen Medienstaatsvertrag zu erörtern. Besonders Baden-Württemberg und Bayern haben deutlich gemacht, daß ein solcher Vertrag noch bis Dezember abgeschlossen werden müsse. „Einen Verhandlungsnachschlag im nächsten Jahr wird es nicht geben," kündigte der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, an.

In diesem Zusammenhang machte er darauf aufmerksam, daß die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Qualitätssicherung durch die Rundfunkgebühren nicht nur für ARD und ZDF gelten könne. Es müsse darüber nachgedacht werden, wie die Gebühr auch dazu beitragen könne, die Qualität im Bereich der privaten Konkurrenz zu heben.

Letzte Beratung über das Wahlprogramm

gba. Bonn

Zur „Schlußredaktion" des gemeinsamen Wahlprogramms von CDU und CSU – mit einigen abweichenden Formulierungen in der bayerischen Version – sind die Generalsekretäre beider Parteien, Heiner Geißler und Gerold Tandler, gestern abend in Bonn zusammengetroffen. Die ursprünglich vor allem im Bereich Steuerpolitik und Landwirtschaft aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten waren in der vergangenen Woche in zwei Arbeitsgruppen ausgeräumt worden. Offen waren gestern abend eine Reihe von unterschiedlichen Formulierungswünschen.

So möchte die CSU vom „Untergang" statt vom „Niedergang" Deutschlands bei der Machtübernahme einer rot-grünen Koalition sprechen. Auch möchte die CSU eine Aussage zur Ostpolitik, in der den heutigen Verträgen eine politische Bindungswirkung für einen künftigen Friedensvertrag abgesprochen wird, sowie eine eigene Passage zur Europapolitik.

Ost-Berlin, die Kirche und ihre drängende Basis

hrk. Berlin

Über die Frage, wieviel Rücksicht die Amtskirche auf politische Bedenken der SED-Führung gegenüber unabhängigen kirchlichen „Friedensgruppen" nehmen soll oder darf, ist jetzt in Ost-Berlin ein offener Konflikt zwischen Basis und führenden Geistlichen ausgebrochen: Die traditionell auf kritische und brisante Themen eingestellte „Friedenswerkstatt" kirchlicher Gruppen soll 1987 nicht stattfinden, wünscht die Kirchenleitung.

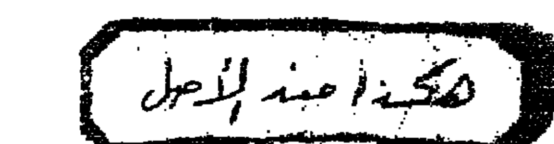
Sie will damit möglichen Einwänden der Staatsseite begegnen, die jetzt den Ostberliner Kirchentag im Juni 1987 stattfinden läßt. Die erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Basis und Führung des Ostteils der Kirche von Berlin-Brandenburg über die „Friedenswerkstatt" und ihre von staatlicher Seite immer häufiger mit Mißtrauen beobachteten Aktivitäten gelangten jetzt durch einen offenen Brief von Ost-Berlins Generalsuperintendent Günter Krusche an die Öffentlichkeit.

Er schreibt, die Kirchenleitung lege auf eine „Denkpause" Wert, und hält den Veranstaltern dieser Initiative, die alljährlich im Sommer Tausende von Jugendlichen anzieht, zugleich „fehlenden theologischen Gehalt, schwindende Qualität sowie massive Kommunikations- und Verständigungsprobleme" vor. Deshalb gebe es zur Zeit in dieser Frage keine „Vertrauensbasis".

Als einen der Absagegründe führt der Brief auch eine gewisse „angespannte politische Situation" im Vorfeld des Ostberliner Kirchentages an. Er findet am letzten Juni-Wochenende 1987 statt und trägt das Motto „. . . und ich will bei euch wohnen". Krusche setzt sich in seinem Schreiben auch mit dem offenbar an der Basis ausgesprochenen Verdacht auseinander, der Verzicht auf die „Friedenswerkstatt" sei der „von der SED geforderte Preis" für den Kirchentag. Mit diesem Ereignis, das während der 750-Jahr-Feier Berlins 1987 auch einen übergreifenden Gesamt-Berliner Charakter erhält, hatte die Kirche auch deshalb auf Staatsseite Verstimmung ausgelöst, weil der Senat in West-Berlin in seiner offiziellen Feier-Vorlage ausdrücklich auf diese Veranstaltung hinwies.

Inzwischen steht aber das letzte Wort über die Abhaltung der „Friedenswerkstatt" noch aus: „Anfang Dezember ist ein Gespräch zwischen der Kirchenleitung und dem Vorbereitungsausschuß vorgesehen. Denn der Kirchenleitung liegt eine Eingabe der Jugendlichen vor", sagte Konsistorialpräsident Manfred Stolpe als höchster Kirchenbeamter der Ostregion gestern auf Anfrage der WELT. Er bestätigte, daß der Kirchentag zum vorgesehenen Termin stattfinden werde: „Über den Ort des Schlußgottesdienstes ist noch keine Entscheidung gefallen."

Im kommenden Frühjahr will der Kirchenbund auf einer besonderen Konferenz grundsätzlich das Problem klären, ob und wie sich die evangelische Kirche an staatlichen Aktionen zur Friedenspolitik beteiligen soll. Die Teilnahme offizieller Kirchenvertreter bei der Übergabe eines „Friedensreports" an Erich Honecker war in den Gemeinden auf Unmut gestoßen, zumal die andere Seite eigenmächtig Vokabeln wie „Friedenswerkstatt" gestrichen hatte.





Die belgische Gevaert N. V. hat sich ebenso wie der Veba-Konzern mit 12,5 Prozent am Reedereiunternehmen Hapag-Lloyd (im Bild die „Europa") beteiligt. Gevaert ist, seitdem die frühere Holdtochter Agfa-Gevaert 1980/81 gegen Bayer-Aktien voll in den Besitz des Chemieriesen überging, vorwiegend als Vermögensverwaltungsgesellschaft tätig. FOTO: DIE WELT

FÜR DEN ANLEGER

Pensionsgeschäft: Auf diesem Weg bietet die Bundesbank dem Kreditgewerbe Liquidität diesmal nicht zu einem Festzins an, sondern zum Mindestzins von 4,3 Prozent, der überboten werden kann.

Bundeswertpapiere: Das Bundesfinanzministerium hat in den ersten neun Monaten 1986 Wertpapiere im Rekordwert von 46,3 Mrd. DM abgesetzt. Ein Jahr zuvor waren es es 40,6 Mrd. DM.

Geldmenge: Die Zentralbankgeldmenge ist im Oktober um 1,8 Mrd. DM auf 217,5 Mrd. DM gestiegen. Mit 7,75 Prozent Zuwachs tendierte sie über dem Zielkorridor von 3,5/5,5 Prozent.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 273,92 (273,85); Chemie: 164,08 (164,49); Elektro: 337,84 (339,07); Auto: 723,33 (721,31); Maschinenbau: 154,53 (154,03); Versorgung: 166,57 (166,21); Banken: 396,46 (396,37); Warenhäuser: 183,70 (184,53); Bauwirtschaft: 542,67 (540,69); Konsumgüter: 179,43 (179,38); Versicherung: 1369,28 (1365,42); Stahl: 140,85 (140,89).

Kursgewinner:	DM	+ %
Pegulan	222,00	8,56
Colonia Vers.	760,00	5,85
Rheinelektra	1220,0	5,63
Braun Vz.	1490,0	4,93
Ymos Vz.	195,00	4,84

Kursverlierer:	DM	− %
Leifheit	484,00	5,84
Gestra	171,00	5,00
MAN-Roland	563,00	4,60
Phikom	1060,0	4,50
Wickrath	240,00	4,00

(Frankfurter Werte)
Nachbörse: Nachgebend

WELTWIRTSCHAFT

Großbritannien: Angesichts von Spekulationen über Neuwahlen zum Unterhaus schon im Frühsommer hat sich der britische Industrieverband CBI auf seiner Jahrestagung hinter die Wirtschaftspolitik von Premierministerin Margaret Thatcher gestellt.

Brasilien: Staatspräsident José Sarney hat erneut versichert, daß seine Regierung die bestehenden Regelungen über das Auslandskapital in Brasilien nicht ändern werde. Innerhalb der Regierung gäbe es keinerlei Absicht, die Gesetzgebung zu ändern.

MÄRKTE & POLITIK

Krankenversicherung: Die gesetzlichen Kassen und Ersatzkassen wollen mit Teilkostentarifen auf „Abwerbungsversuche" der privaten Kassen reagieren. (S. 18)

Kaffee: Die Bundesbürger haben in den ersten drei Quartalen 1986 erstmals wieder so viel Kaffee getrunken wie vor der versuchten Einführung der 400-Gramm-Packung im Jahre 1983.

Gesamtmetall: Der Arbeitgeberverband erklärte, der Konjunkturaufschwung in der Bundesrepublik sei „auf hohem Niveau ins Stocken geraten". (S. 20)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	7.11.86	6.11.86	1.7.86	1.8.85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	151,25	147,25	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	71,50	69,75	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	123,50	118,25	104,00	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

General Motors: Der Konzern will mit einem Restrukturierungsprogramm den Gewinnverfall aufhalten. (S. 18)

Siemens: Der Münchner Konzern hat kein Interesse an einer Übernahme der Eastman Kodak Company. Das US-Wirtschaftsmagazin „Business Week" hatte den steilen Kursanstieg der Kodak-Aktien in den letzten beiden Wochen auf Übernahme-Gerüchte zurückgeführt. (S. 20)

Continental: Für 1986 werde eine Dividende mindestens in Vorjahreshöhe gezahlt. (S. 20)

NAMEN



Stiftung: Mit einem Gründungskapital von 50 Mill. DM wurde die „Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung" ins Leben gerufen.

Handwerk: Präsident Paul Schnitker (59) will Ende 1987 ausscheiden. Als Bewerber werden die Präsidenten der Handwerkskammer Oberbayern, Heribert Späth (München), der Handwerkskammer Berlin, Hans-Dieter Blaese, und der Handwerkskammer des Saarlandes, Winfried E. Frank, genannt.

Mikroelektronik: Das mit 450 Mill. DM ausgestattete Sonderprogramm zur Förderung der Mikroelektronik ist laut Forschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) erfolgreich verlaufen. Es wurden 2430 Produktentwicklungen bei 1740 Unternehmen unterstützt.

WER SAGT'S DENN?

Wenn von zehn Entscheidungen acht richtig sind, ist das ein guter Erfolgssatz.

Wilhelm Zangen, langjähriger Vorstandsvorsitzender der Mannesmann AG

Deutsche Chemie-Industrie wurde von Sandoz nicht unterrichtet

In der Bundesrepublik ist ein solches Unglück „höchst unwahrscheinlich"

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Die folgenschwere Brandkatastrophe beim Schweizer Chemiekonzern Sandoz hat – zumal im Vorfeld der Bundestagswahl – die chemische Industrie wieder ins Kreuzfeuer gebracht. *Die deutsche Branche jedoch* hüllt sich – ob aus falsch verstandener Solidarität mit den Schweizern oder wegen verbandsinterner Abstimmungsprobleme – in Schweigen. Dem Vernehmen nach wird aber auf Hochtouren an einem eigenen Maßnahmenkatalog gearbeitet.

Sein Inhalt wurde zwar gestern noch als Verbandsgeheimnis gehütet, wohl auch wegen des für heute vormittag angesetzten Gesprächs mit Bundesumweltminister Wallmann. Doch eine *freiwillige Vereinbarung*, die der nordrhein-westfälische Chemieverband bereits gestern mit dem Düsseldorfer Umweltministerium abschloß, weist die Richtung, in der wohl auch vom (Bundes-)Verband der *Chemischen Industrie (VCI) gedacht* wird. Ziel ist es in jedem Fall, durch freiwillige Abmachungen der Gesetzesmaschinerie und dem Drängen nach staatlichem Dirigismus zuvorzukommen und die Eigenverantwortlichkeit zu unterstreichen.

In diesem Bemühen haben sich die Nordrhein-Westfalen mit der Bayer AG an der Spitze auf eine Liste von Maßnahmen eingelassen:

- *Die Unternehmen führen eine Sonderaktion zur betriebseigenen Sicherheitsüberprüfung durch.*
- Sie verpflichten sich, bei Schadensfällen die Behörden freiwillig und über die gesetzlichen Regelungen *hinaus schnell und umfassend zu* informieren.
- Sie halten vollständige Informationen über Produkte, Lagerbestände und Art der Lagerung vor und machen sie im Notfall unverzüglich verfügbar.
- Sie stellen der Landesregierung eine detaillierte Gefährdungsabschätzung von Produkten und ihrer Wirkung auf die Umwelt zur Verfügung.
- Sie überprüfen die betrieblichen Alarm- und Gefahrenabwehrpläne und optimieren sie im Hinblick auf die Verknüpfung mit den öffentlichen Katastrophenschutzplänen.

Die meisten dieser Verpflichtungen dürften den Unternehmen nicht allzu schwergefallen sein – die internen *Überprüfungen nach der Analyse* der Basler Katastrophe gehören zu den Selbstverständlichkeiten in der Branche, und auch die organisatorischen Verbindungen zu öffentlichen Stellen sind an den großen Chemiestandorten größtenteils üblich.

Über eins ist man sich in der Branche schon nach einem ersten Blick auf das Geschehen in der Schweiz wohl einig: Daß eine ähnliche Katastrophe bei den vergleichbaren deutschen Chemieunternehmen passieren könnte, gilt als höchst unwahrscheinlich. Hier stehen selbst beim Einsatz gleich großer Löschwassermengen spezielle Rückhaltebecken – oder, in letzter Konsequenz, Kläranlagen – zur Verfügung, so daß die Ableitung belasteten Löschwassers über die Regenwasserkanäle in die anliegenden Gewässer immer zu vermeiden wäre.

Auch die gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen in der Bundesrepublik lassen für Unglücksfälle vergleichbaren Ausmaßes wenig Raum. So unterliegen Chemikalienläger ab fünf Tonnen bereits der Störfallverordnung und damit besonders hohen Sicherheitsauflagen. Bei Sandoz wurden weitaus größere Stoffmengen dem Vernehmen nach in einer ausgedienten Maschinenhalle ohne (nach deutschem Recht) ausreichende Sicherheitseinrichtungen gelagert.

Sandoz liegt der deutschen Chemie *nicht nur wegen des Imageschadens* schwer im Magen. Zwar hatte Chemie-Präsident Hans Albers sich noch in der Jahres-Mitgliederversammlung des Branchenverbands VCI gegen Ende vergangener Woche zufrieden über den Informationsfluß aus Basel geäußert. Tatsächlich jedoch, so war aus Mitgliederkreisen zu hören, war die Unterrichtung durch Sandoz bisher nahezu gleich Null.

Auf alten Gleisen

J. G. – Mit nicht mehr nachsichtigem Kopfschütteln sieht die betroffene Industrie auch den noch neuen Umweltminister Wallmann im jahrelangen Einweg-, Mehrwegstreit bei Getränkeverpackungen auf alten Gleisen in den falschen Bahnhof laufen. Um 20 Millionen Kubikmeter pro Jahr oder um knapp sieben Prozent glaubt der Minister mit seinem dieser Tage verkündeten „ersten Maßnahmekatalog" zum neuen Abfallgesetz die Müllawine aus Haushalten und Gewerbe bis 1990 verkleinern zu können.

Das löbliche Ziel soll erreicht werden, indem die Einwegverpakker bis dahin von Amts wegen zur Reduzierung ihres Viertel-Anteils am Getränkemarkt um ein Achtel gezwungen werden. Da sind beim *neuen Minister wohl immer noch* die alten Falschrechner am Werk. Selbst totaler Einwegverzicht, so rechnen die betroffenen Materialproduzenten vor, ergäbe pro Jahr bestenfalls nur 0,5 Millionen Kubikmeter weniger Müllanfall.

Diesen eklatanten Widerspruch zwischen Wunsch und Wirklichkeit in seiner Abfallvermeidungspolitik muß der Minister schleunigst aufklären. Es wird ihm leichter fallen, wenn er *die Betroffenen* anhört (was er bisher nicht tat). Auch die aus seinem Haus für den geplanten Eingriff in die Marktwirtschaft gebotene Begründung, ein wieder steigender Mehrweganteil würde Arbeitsplätze sichern, ist allzu dürftig. Denn vom gleichzeitigen Verlust industrieller Arbeitsplätze spricht er nicht.

Mit Argusaugen

cd. – Die Bundesbank macht ihr starr gewordenes Geldmarktsteuerungsinstrument wieder flexibel. Statt zum schon eingefahrenen Festzins von 4,35 Prozent für 28 Tage bietet sie ihr neues Wertpapierpensionsgeschäft zum Mindestzins von 4,30 Prozent an. Das ist freilich alles andere als ein Zinssenkungssignal. Eher das Gegenteil. Denn es gilt als sicher, daß der Zuteilungssatz höher ausfallen wird, bei starker Nachfrage dürfte er sogar eher bei 4,40 Prozent liegen. Es ist schließlich kein Geheimnis, daß die Bundesbank die starke Geldmengenexpansion mit Argusaugen betrachtet und darüber nachdenkt, wie die Überliquidität 1987 wieder eingefangen werden kann. Zinsflexibilität nach oben ist ein erster Akt bei den Bemühungen, kein Inflationspotential entstehen zu lassen.

Furcht vor Überhitzung der Konjunktur ist unbegründet

Bankenverband: Licht im Tunnel bei Arbeitslosigkeit

HANNO WIEDENHAUS, **Bonn**

Die Wirtschaft der Bundesrepublik wird nach Meinung des Bundesverbandes deutscher Banken dieses und nächstes Jahr mit einer Rate von drei Prozent wachsen. Wie *Hanns* Christian Schroeder-Hohenwarth, Präsident des Verbandes, anläßlich der Mitgliederversammlung gestern vor Journalisten erklärte, zeige der bereits vier Jahre anhaltende konjunkturelle Aufschwung eine „beträchtliche innere Stärke und Lebenskraft". Auch bei der Arbeitslosigkeit zeige sich „Licht im Tunnel": Die Beschäftigtenzahl werde am Jahresende um 300 000 über der des Vorjahres liegen, womit seit der „Wende" 600 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden seien.

Als Grund für das günstige Klima nannte Schroeder-Hohenwarth niedrige Zinsen und steigende Unternehmensgewinne. Zwar werden auch 1987 der Außenbeitrag (Export minus Import) weiter zurückgehen und die Ölpreisimpulse allmählich nachlassen, die Inlandsnachfrage aber könne die Effekte kompensieren, ohne daß eine Überhitzung der Konjunktur – und eine damit wiederaufflammende Inflation – zu befürchten wäre.

In diesem Zusammenhang sollte das Überschreiten des durch die Bundesbank gesetzten Geldmengenziels nicht dramatisiert werden, da der stärkere Anstieg vor allem eine Folge der erhöhten Kassenhaltung bei niedrigen Zinsen und nicht Ausdruck einer inflationären Nachfrageentwicklung sei.

Im Hinblick auf die Finanzpolitik fordert Schroeder-Hohenwarth ein „offensiveres" Vorgehen bei den Steuern. Besonders die überhöhten Steuerbelastungen für Einkommen aus Unternehmertätigkeit müßten abgebaut werden. Man sollte darüber hinaus erwägen, die für 1988 geplanten Steuersenkungen vorzuziehen.

Als ein „zyklisches Phänomen" bezeichnete der Verbandspräsident die neuerliche Kritik an der „Macht der Banken". Er wies die Vorwürfe als unbegründet zurück und betonte, daß es sich lediglich um eine Erscheinung handele, die offenbar gerade in wirtschaftlich guten Zeiten immer wiederkehre.

Die Banken, so Schroeder-Hohenwarth, seien sich durchaus ihrer besonderen Verantwortung bewußt und hielten die Kritik für umso unverständlicher, als das deutsche Bankensystem im Ausland hohes Ansehen genieße und „allgemein als vorbildlich gelte".

Zur Neuen Heimat befragt, wollten weder Schroeder-Hohenwarth noch F. Wilhelm Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, eindeutig Stellung beziehen. Ein dringender Handlungsbedarf jedoch bestehe und, so Christians, die Lage sei noch nie so ernst gewesen und könne nicht so weitergehen wie bisher. Ergänzend Schroeder-Hohenwarth: „Ein Forderungsverzicht der Banken steht nicht zur Debatte." Im übrigen scheine ihm der Brotfabrikant Schiesser „nicht der Mann, der ein Volumen von 17 Milliarden Mark abwickeln könnte".

AUF EIN WORT



„Es ist wichtiger, die Regierenden davon abzuhalten, der Wirtschaft Schaden zuzufügen, als von ihnen zu erwarten, daß sie Gutes tun. Sie wissen einfach nicht genug, um Gutes tun zu können."

Prof. Milton Friedmann, amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, Nobelpreisträger und entschiedener Verfechter der monetaristischen Lehre. FOTO: JUPP DARCHINGER

Fiat auf neuem Markt

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Übernahme des bisherigen Staatsunternehmens Alfa Romeo durch den Turiner Fiat-Konzern hat Fiat-Präsident Giovanni Agnelli treffend kommentiert: „Fiat war ohne Alfa Romeo stärker, wäre aber wesentlich schwächer geworden, wenn Ford das Staatsunternehmen übernommen hätte."

Tatsache ist, um den Worten Agnellis weiter zu folgen, daß die Übernahme das Fiat-Imperium in den nächsten Jahren viel kosten wird; nicht nur Geld, sondern auch Arbeitskräfte. Um das völlig heruntergewirtschaftete Staatsunternehmen wieder auf die Beine zu stellen, werden die Turiner einen Teil ihres eigenen Managements nach Mailand beordern müssen. Manager vor allem, die sich nicht scheuen, mit harter Hand die Gewerkschaften so an die Kandare zu legen, wie sie das vor Jahren in Turin vorexerzierten, als den Arbeitnehmern und ihren Organisationen der Fiat-Weg zu Arbeit und Erfolg beigebracht wurde.

Durch die Übernahme von Alfa Romeo dringt Fiat in neue Gefilde vor. Doch ehe der Konzern auf dem Markt für die gehobene Mittelklasse Fuß gefaßt hat, wird er noch viel investieren müssen – Kapital und Arbeitskräfte.

Konflikte sind vorprogrammiert. Allerdings wird die Bereitschaft, die Zwietracht auszufechten, eingeschränkt sein. Denn niemand – weder die italienische Regierung noch die Parteien noch die Gewerkschaften – kann sich erlauben, die von Fiat angenommene Herausforderung scheitern zu lassen. Dafür steht zuviel auf dem Spiel.

Daß Alfa Romeo und ihre Muttergesellschaft, die Staatsholding Iri-Finmeccanica, sich bisher den Luxus erlaubten, die Modelle unter Selbstkostenpreis zu verkaufen, war ihre Angelegenheit; in Italien haben sich daran knapp sieben Prozent, in Westeuropa weniger als ein Prozent der Autofahrer erfreut. Wenn Fiat jetzt mit voller Kraft in den Markt einsteigt, ändern sich die Verhältnisse. Es wird keine Aktionäre mehr geben, die jahrzehntelang auf eine Dividende verzichten. Die neuen Anteilseigner werden auch nicht bereit sein, alle zwei oder drei Jahre aufgrund hoher Verluste neues Kapital nachzuschießen.

Auch sonst haben sich die Rahmenbedingungen gewandelt. Daß die Staatsholding Iri darauf verzichtete, Alfa Romeo in ihrem Firmenverband zu halten, ist nicht nur den finanziellen Schwierigkeiten des Staatsunternehmens zuzuschreiben. Dahinter steht vielmehr ein völlig neues Konzept des italienischen Staates als Unternehmer. Vorbei sind die Zeiten, in denen dieser als Gemischtwarenladen in der Wirtschaft auftrat. Was unter *staatlicher Regie in Zukunft geführt* werden wird, sind nur noch die sogenannten „strategischen" Bereiche wie Stahl, Chemie, Aluminium, Elektronik und Schiffbau. Um die Investitionen in der Hochtechnologie bezahlen zu können, werden in den nächsten Jahren noch andere Beteiligungen aus dem staatlichen Firmenverband entlassen werden. *Allen voran die Nahrungsmittelindustrie*, für die im privaten Bereich schon jetzt ein halbes Dutzend Interessenten bereitsteht.

Lange hatte sich der Fiat-Konzern gesträubt, sich als Käufer oder Partner des zerrütteten staatlichen Automobilkonzerns einfangen zu lassen. Sein Sinn stand nicht danach, als Sanierer eines Herstellers aufzutreten, dessen Preispolitik in Fiat-Augen „jahrzehntelang zur Verunsicherung des Marktes" beitrug. Insgeheim hatte man in der Turiner Corso Marconi gehofft, daß die staatlichen Manager keinen Käufer für ihre Anlagen finden würden.

Offensichtlich unterschätzten sie das Image der Marke Alfa Romeo, die Ausstrahlungskraft, die die sportlichen und leistungsstarken Automobile mit dem Mailänder Wappentier, der Schlange, allen Widrigkeiten zum Trotz auch heute noch im Ausland – besonders in den Vereinigten Staaten – ausüben. Spätestens als das Abkommen zwischen der Staatsholding Iri und Ford in die Zielgerade einbog, *merkten auch die Turiner*, welche Stunde geschlagen hatte. Sie erkannten das so deutlich, daß sie das Ford-Angebot, gemessen am Betrag, verdoppelten. Jetzt, da die Dinge gelaufen sind und Anfang Januar ein neues italienisches Automobilunternehmen mit den Marken Lancia und *Alfa Romeo* auf dem internationalen Markt erscheinen wird, können die ersten Schlußfolgerungen aus der Affäre gezogen werden.

Aufschlußreich ist zunächst der Rückzug des italienischen Staates aus der Automobilindustrie. Mindestens so wichtig ist, daß sich kein ausländischer Kuckuck in das Nest von Alfa Romeo gesetzt hat. Das bedeutet, daß sich jetzt ein italienisches Unternehmen um den Alfa-Marktanteil bemühen wird. Und schließlich: In Zukunft wird der Fiat-Konzern versuchen, auch in der gehobenen Mittelklasse seinen Platz zu erobern. Auf diesem Markt *spielte Italien bislang nur eine untergeordnete Rolle.*

Schon jetzt steht fest, daß Fiat in diesem neuen Markt mindestens die gleiche Kraft einzusetzen entschlossen ist, mit der sich der Turiner Konzern an die Spitze der unteren Hubraum-Klasse hob.

Aktien sind keine Teufelswerkzeuge

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Warum sind die Zuteilungen von Börsenneulings-Aktien so gering? Sind Gewinne aus Optionsgeschäften steuerfrei, und warum sind die Mindestbeträge im Optionsgeschäft so hoch? Warum sind an der deutschen Börse keine Leerverkäufe möglich? Steigen die Aktienkurse noch weiter und warum haben nicht die Banken die Neue Heimat für eine Mark gekauft – das und noch viel mehr wollten Besucher des vom Arbeitskreis Aktie und der Frankfurter Börse veranstalteten „Aktienforum '86" wissen. Die zur Diskussion mit Börsenexperten vorgesehenen anderthalb Stunden reichten nicht aus, den Wissensdurst zu stillen, der mehr als 2700 Interessierte gestern in die Frankfurter Alte Oper gelockt hat.

Ein breites Publikum mit den Möglichkeiten und Chancen einer Anlage in Aktien *bekanntzumachen* – das war auch in diesem Jahr wieder das Ziel des Aktienforums. Denn die Aktienanlage ist in der Bundesrepublik alles andere als populär, klagt Veba-Vorstandsmitglied Klaus Piltz, der Vorstandssprecher des Arbeitskreises Aktie. Trotz Superhausse haben die privaten Haushalte 1985 nur ganze 2,3 Prozent ihrer neuen Ersparnisse in Aktien angelegt. Das kann, so Piltz, nicht an unzureichender Sparfähigkeit liegen, sondern nur an fehlender Motivation und Vorbehalten uninformierter Bürger gegenüber dem wirtschaftlichen Geschehen.

Drastischer drückte das der hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger aus. „Nicht nur in den sogenannten einfachen Kreisen wird jemand, der mit Aktien spekuliert, als einer angesehen, der sein Geld nicht durch seiner Hände ehrliche Arbeit verdient, sondern als einer, der sich irgendwo in der Grauzone zwischen unseriös, schmarotzerhaft und arbeitsscheu bewegt." Selbst gebildete Leute glaubten, Aktien seien Teufelswerkzeuge, von denen man besser die Finger läßt. Mit einer solchen Mentalität sei üblicherweise eine völlige Unkenntnis der Zusammenhänge verbunden, klagte der SPD-Minister, der bedauerte, daß die Bürger aus Radio und Fernsehen mehr über die Lebensgewohnheiten von Waldameisen erfahren als über elementare Grundlagen des Wirtschaftslebens.

Als Werbeveranstaltung für die Aktie ist das „Aktienforum", das jedes Jahr an einem anderen Börsenplatz stattfindet, sicherlich dazu gedacht, Börsentips zu geben. Aber auch bei solchen Fragen aus dem Publikum, eine ausgeglichene Mischung zwischen jungen, mittleren und älteren Jahrgängen, mauerten die Börsenexperten auf dem Podium nicht. RWE, Großchemie- und Bankaktien empfiehlt ein optimistischer Börsendirektor der Deutschen Bank als chancenreich; sein Kollege von der Commerzbank sieht die Börsenzukunft weniger fröhlich, und der Börsianer der DGZ hält einiges von Edelmetallen.

Preiskrieg der Supermärkte

Neues französisches Wettbewerbsgesetz zum Jahresende

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Franzosen können sich zunächst einmal die Hände reiben. Sie werden seit einigen Tagen vom Handel mit Preisermäßigungen geradezu überschüttet. Und davon können sie jetzt nicht nur an Wochentagen profitieren. Denn auch der ganztägige Verkauf, den das Pariser Warenhaus Printemps seit neuestem sonntags eingeführt hat, wird Schule machen.

Die Preise dürften weiter ins Rutschen geraten. Das Signal dazu hat der Supermarktriese Carrefour am Wochenbeginn gegeben. In ganzseitigen Zeitungsanzeigen stellte er seine Preise für eine Reihe ausgewählter Artikel den mehr oder weniger höheren der Konkurrenz gegenüber. Derartige Aktionen vergleichender Werbung an der Grenze der Legalität führten bisher zu mehr oder weniger erfolgreichen Prozessen.

Diesmal aber gingen die Konkurrenten sofort zur Gegenoffensive über. Nicht nur, daß sie eigene Preisvergleiche anstellten und veröffentlichten. Der Reihe nach wurden darüber hinaus vielfach spektakuläre Rabatte bis zu 40 Prozent auf die bisherigen Preise angekündigt.

Diesem „Preiskrieg" der Supermärkte schlossen sich inzwischen auch die Warenhäuser an, und zwar vor allem mit Artikeln des Non-food-Sektors, die von den Supermärkten nicht geführt werden. Andererseits attackieren die Supermärkte mit Benzinrabatten ihrer betriebseigenen Zapfsäulen die Markentankstellen.

Dieser heftige Wettbewerb erstreckt sich damit auf mehrere Fronten, wobei man bei der Verlängerung des Ladenschlusses wohl erst noch am Anfang steht. Auch werden im einzelnen sehr unterschiedliche Ziele verfolgt, was den Einzelhandel bisher davon abgehalten hat, sich an den Aktionen in größerem Umfang zu beteiligen.

Eines aber haben alle Aktionen gemeinsam: Das Ziel bestehe darin, dem Verbraucher die Vorteile anzudeuten, *die ihm zum Jahresende nach* Beseitigung der letzten behördlichen Preisreglementierungen winken würden, und die Regierung davon abzuhalten, die versprochene Preisfreiheit in letzter Minute wieder rückgängig zu machen, heißt es.

Der entscheidende Grund dürfte aber die noch bestehende Unsicherheit über das neue französische Wettbewerbsgesetz sein, das ebenfalls zum Jahresende in Kraft treten soll. Dann werden wahrscheinlich eine Reihe der derzeitigen Praktiken – insbesondere Verkäufe unter Einstandspreis, vielleicht aber auch die vergleichende Werbung und der Verkauf an *Sonntagen – verboten sein. Es ist also* höchste Zeit, mit den heute gerade noch geduldeten Maßnahmen zusätzliche Kunden zu gewinnen. So gesehen, könnte es sich bei den gegenwärtigen Aktionen um ein Strohfeuer handeln.

Sorge über geringen Risikowillen

Symposium zur Vereinbarkeit von Ökonomie und Ethik

mdl. Liblar

Ökonomie und Ethik im Dialog – unter diesem Thema stand das 10. Ludwig-Vaubel-Forum in Schloß Gracht, an dem neben namhaften Vertretern aus Kirchen und Wirtschaft auch die Finanzministerin des Landes Niedersachsen, Birgit Breuel, teilnahm. In ihrem Referat „Bedeutung der Wirtschaft als ein Strukturprinzip demokratischer Gesellschaft" machte sie darauf aufmerksam, daß Demokratie und Marktwirtschaft zum Teil Zielkonflikte aufweisen.

Während die Demokratie von der Gleichheit aller ausgehe, herrsche in der Marktwirtschaft die „Akzeptanz der Ungleichen". Ein wesentlicher Anreiz im ökonomischen Bereich sei das Streben, mehr zu sein als der andere. Die soziale Marktwirtschaft könne also nicht zu absoluter Gerechtigkeit führen. Aber auch das demokratische Ideal der Gleichheit führe in der Praxis zu Ungerechtigkeiten. Als Beispiel nannte Frau Breuel die Steuergesetzgebung, die eine Einzelfallgerechtigkeit anstrebe, dadurch aber undurchschaubar werde und Ungerechtigkeiten beinhalte.

Der Staat dürfe nur den wirtschaftlichen Rahmen setzen, erklärte Frau Breuel. Eine Ausnahme bildeten die Bereiche Werften, Kohle und Stahl, wo der Staat seit Jahren zu Eingriffen gezwungen sei. Einen Sonderfall stelle die Landwirtschaft dar, „die sich vom System abgekoppelt habe". Natürlich müsse es zu einem Subventionsabbau kommen. Allerdings sei hier nicht nur allein der Staat gefordert, sondern auch die Wirtschaft, in der der Ruf nach Subventionen immer wieder laut werde.

Ziel einer vernünftigen Wirtschaftspolitik müsse immer ein Absenken der Staatsquote sein. Es gebe aber auch wachsende und neue Aufgabenbereiche des Staates. Der Umweltschutz und das Problem der Altlasten bedürften der Regelung. Gleichzeitig aber werde vom Staat die Konsolidierung der Finanzen und eine allgemeine Steuersenkung erwartet. Es gebe genug Bereiche, in denen der Staat kürzer treten könne. Flurbereinigung, Straßenbau und sozialer Wohnungsbau seien schon längst an ihre Grenzen gestoßen.

Sorge bereitet der Finanzministerin die mangelnde Risikobereitschaft in der Gesellschaft. Risikoabsicherung spiele eine immer größere Rolle. Auf dem Arbeitsmarkt sei es inzwischen praktisch zu einem „Kartell gegen Arbeitslose" gekommen. Falsche Anreizhilfen spielten hier eine entscheidende Rolle. „Arbeit ist genug vorhanden, sie ist nur zu teuer", sagte Frau Breuel.

General Motors schließt elf Werke

Umfangreiches Restrukturierungsprogramm kostet bis 1989 etwa 29 000 Arbeitsplätze

G. BRÜGGEMANN, Washington

Für den amerikanischen Konzern General Motors ist Größe über die reine Addition von nackten Zahlen hinaus immer auch ein Wert an sich gewesen. Das gilt offenbar in guten wie in schlechten Zeiten, wie sich jetzt herausstellt. Das größte Unter*nehmen der Vereinigten Staaten und* zugleich der größte Produzent von Automobilen in der Welt, dessen Vorstand einst herausfordernd behaupten konnte, was gut sei für General Motors, sei auch gut für Amerika, ist seit einiger Zeit in eine Krise geraten.

Das Unternehmen produziert mit zu vielen Mitarbeitern in zu vielen Fabriken zu viele Autos. Das hat zu erheblichem Gewinnrückgang beigetragen und zum Verlust von Marktanteilen geführt. Allein im 3. Quartal 1986 erlitt General Motors einen Betriebsverlust von fast 340 Mill. Dollar. Sein Marktanteil, der 1962 mit 50 Prozent den Gipfelpunkt erreicht hatte, und zu Beginn der 80er Jahre immer noch mehr als 45 Prozent betrug, fiel in den ersten zehn Monaten dieses Jahres auf 41 Prozent.

Gewinnverfall soll aufgehalten werden

Um den weiteren Verfall von Gewinnen und Marktgeltung aufzuhalten, gab der Vorstand am Freitag vergangener Woche nach langem Zögern ein umfangreiches Restrukturierungsprogramm bekannt, das im Laufe der nächsten drei Jahre die Schließung von elf Fabriken, in de*nen pro Jahr mehr als 700 000 Fahr*zeuge produziert werden können, und die Entlassung von 29 000 Mitarbeitern beinhaltet. Mit diesen Maßnahmen sollen Kostensenkungen in einer Größenordnung von 500 Mill. Dollar im Jahr verwirklicht werden.

Aber selbst bei der Verkündigung dieser gewiß schweren Entscheidung verloren General Motors Chairman Roger D. Smith und Präsident F. James McDonald die Größe und Bedeutung des Unternehmens nicht aus den Augen. Obwohl immerhin rund zehn Prozent der inländischen Fertigungskapazität der Gesellschaft und fünf Prozent der Arbeitsplätze von den einschneidenden Maßnahmen betroffen sind, verweigerten sie die Feststellung, es handele sich um Einschränkungen. Sie erklärten vielmehr nachdrücklich, es gehe darum, die Effizienz und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens zu erhöhen, damit *es seine historische* Marktführerschaft auch weiterhin behaupten könne. Will man freilich den Automobilexperten des Landes glauben, hat das Unternehmen noch einen langen Weg vor sich.

Auf lange Sicht genüge es für General Motors nämlich nicht, nur die Kosten zu senken, so wichtig das auch sein möge. Das Unternehmen müsse mit seinen Fabriken auch wieder Autos bauen, die am Markt ankämen. General Motors Corp., zu der unter anderem die Marken Cadillac, Pontiac, Buick, Oldsmobil und Chevrolet gehören, baut Autos, die im Lande als teuer gelten. Außerdem wird ihnen vorgehalten, sie seien stilistisch und technisch hinter die Wagen der großen Wettbewerber Ford und Chrysler zurückgefallen.

General Motors begibt sich mit seinen Schließungen und Entlassungen im übrigen auf einen Weg, auf dem Ford und Chrysler schon ein gutes *Stück vorangekommen sind. Beide* Unternehmen fanden schon einige Jahre früher heraus, daß angesichts der Marktlage und des starken internationalen Wettbewerbs weniger mehr sein könne. Sie reduzierten die Fertigung durch Kapazitätsabbau und Entlassungen auf eine Größenordnung, die das auch in weniger guten Zeiten verkaufen läßt. Ford konnte seinen Marktanteil in den USA von 1980 bis 1985 von 17,2 auf 18,8 Prozent erhöhen. Und Chysler, vor einigen Jahren schon am Rande des Zusammenbruchs, steigerte seinen Marktanteil von 8,8 auf 11,5 Prozent.

Resignierende Haltung der Gewerkschaften

Die einst so mächtige Automobilgewerkschaft hat die Absichten von *General Motors, wie vorher schon bei* Ford und Chrysler, beinahe resignierend zur Kenntnis genommen, obwohl sie doch für die betroffenen Arbeitnehmer vor allem im US-Bundesstaat Michigan, wo viele der zur Schließung anstehenden Werke liegen, geradezu katastrophale Auswirkungen haben werden. Die Entscheidung des Unternehmens wird von der Gewerkschaft als verständlich bezeichnet. Vorwürfe macht sie dagegen der Regierung in Washington, die viel zu wenig getan habe, um der heimischen Industrie zu helfen, vor allem durch Importrestriktionen.

Dabei sind die Autoimporte gar nicht mehr das wichtigste Wettbewerbsproblem der amerikanischen Industrie. Viel bedeutsamer ist, daß Japaner wie auch Südkoreaner nun auch in großem Umfang in den Vereinigten Staaten Automobile bauen.

Bei General Motors gibt es mithin Anlaß genug, sich über die künftige *Entwicklung Gedanken zu machen.* Präsident McDonald nannte die Schließungen denn auch nur die erste Phase eines Modernisierungsprogramms, für das im Laufe der Jahre insgesamt 10 Mrd. Dollar investiert werden müßten.

GKV will sofort Teilkostentarife

tl. Bonn

Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) will den bei ihnen versicherten Beamten und sonstigen Bei*hilfeberechtigten ohne Anspruch auf* einen Arbeitgeberanteil zum Krankenversicherungsbeitrag in Kürze Teilkostentarife anbieten. Das Angebot soll auch die Absicherung der Familienangehörigen einschließen.

Die Spitzenverbände der GKV hatten entsprechende Angebote ursprünglich bis zur Strukturreform der Krankenversicherung zurückgestellt. Sie wollen jedoch schon jetzt auf eine Aktion privater Krankenversicherungsunternehmen reagieren, mit der die rund 360 000 in der GKV versicherten Beamten zur privaten Krankenversicherung (PKV) „abgeworben werden sollen."

Die Spitzenverbände der GKV begrüßten zudem eine Entscheidung des Kölner Sozialgerichts über von Pharma-Firmen beantragte einstweilige Verfügungen gegen die Preisvergleichsliste. Danach ist die bewertende Einteilung der Arzneimittel in drei Gruppen *verfassungskonform. Jetzt* sei sichergestellt, daß die Preisvergleichsliste auf der Sitzung der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen am 17. November 1986 termingerecht vorgelegt werden kann.

Katz Werke in neuem Kleid

Auch Mehrheitsaktionär Pfleiderer strukturiert um

nl. Stuttgart

Für die Katz Werke AG, Gernsbach/Baden, den führenden Hersteller von Bierdeckeln und darüber hinaus einer Reihe von Betonprodukten und neuerdings auch Kunststofferzeugnissen, hat der Mehrheitsaktionär, die Pfleiderer-Firmengruppe, Neumarkt/Opf., im Zuge seiner eigenen Umstrukturierungsmaßnahmen ein neues Kleid geschneidert.

Der am 9. Dezember stattfindenden Hauptversammlung wird unter anderem die Umfirmierung von Katz in Pfleiderer Kunststoff AG sowie die Verlegung des juristischen Firmensitzes nach Neumarkt vorgeschlagen. Dies geschehe, wie Vorstandsmitglied Hans Kronacher erläutert, auch mit dem Ziel, innerhalb der Pfleiderer-Gruppe die Tätigkeitsbereiche besser zu koordinieren und Synergieeffekte zu nutzen.

In diesem Zusammenhang wurden an andere Firmen der Pfleiderer-Gruppe per Ende Mai dieses Jahres die seitherige Katz-Tochter L. M. Feddema GmbH, Bad Salzuflen, sowie der Lübecker Holzbetrieb veräußert und im Gegenzug von Pfleiderer die Polycell Kunststoff GmbH, Neumarkt, erworben.

Dies bedeutet also, daß Katz nach Ausgliederung der Holzsparte künftig auf den drei „Beinen" Papier/Pappe, Beton und Kunststoffen steht. Um den Namen „Katz" in einigen traditionellen Tätigkeitsfeldern weiter nutzen zu können, wurde als „Mantel" die Katz Werke GmbH, Weisenbach, gegründet.

Im Berichtsjahr 1985/86 (31. 5.) war der Umsatz der Katz-Gruppe mit 77 Mill. DM (plus 0,1 Prozent) praktisch unverändert geblieben. Die Exportquote erhöhte sich auf 18 (14,9) Prozent. Bei unterschiedlicher Entwicklung in den einzelnen Sparten sei insgesamt ein positives Betriebsergebnis erzielt worden. Der auf 8,0 (1,0) Mill. DM gestiegene Jahresüberschuß ist von außerordentlichen Einflüssen geprägt.

Nach Tilgung des Verlustvortrags von 5,3 Mill. DM wird nach langer dividendenloser Zeit eine Dividende von 4 DM je 50-DM-Aktie ausgeschüttet. Ausgenommen hiervon sind freilich die im Besitz von Pfleiderer (74,6 Prozent von 9,1 Mill. DM) befindlichen Aktien. Das neustrukturierte *Unternehmen, das rund 360 Mitarbei*ter zählt, dürfte im laufenden Jahr einen Gruppenumsatz von 45 Mill. DM erzielen. Die gesamte Pfleiderer-Gruppe setzt mit rund 3500 Beschäftigten um die 900 Mill. DM um.

Athen friert die Preise ein

Anfang nächsten Jahres wird Mehrwertsteuer eingeführt

E. ANTONAROS, Athen

Mit einem Preisstopp, der überraschend verkündet wurde und zunächst bis Ende Januar in Kraft bleiben soll, will Griechenlands Regierung einerseits die Inflation bekämpfen und andererseits die Einführung der Mehrwertsteuer am 1. Januar 1987 flankieren. Nicht eingefroren werden nur die Preise für Obst und Gemüse.

Nach Angaben von Wirtschaftsminister Simitis wurde der Preisstopp notwendig, um die Preissteigerungen vor der Mehrwertsteuereinführung zu bremsen. Vor allem Spekulanten soll das Handwerk gelegt werden. Deshalb wird das Handelsministerium scharf kontrollieren und – wenn nötig – hohe Geldstrafen verhängen.

Trotz der amtlichen Begründung für den Preisstopp, der von den Kommunisten begrüßt, von der bürgerlichen Opposition aber scharf kritisiert wurde, geht es den regierenden Sozialisten auch darum, die in letzter Zeit aus den Fugen geratene Teuerungswelle einzudämmen. Nach zuverlässigen Angaben lag die Jahresinflation Ende Oktober bei knapp 24 Prozent. Möglicherweise könnte Papandreou durch das Einfrieren aller Preise die Einhaltung seines Regierungsziels von 16 Prozent Inflation in diesem Jahr künstlich gelingen. Athens Regierung will die Inflation 1987 auf zehn Prozent hinunterbringen.

Unabhängige Wirtschaftsexperten weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Preisstopp zwar kurzfristig zu einer Eindämmung der inflationären Tendenzen führen könnte. Mittelfristig würde er jedoch *eine kräftige Inflation auslösen.*

Kritik wird auch an den Vorbereitungen für die Mehrwertsteuer-Einführung geübt. Griechenland, seit 1981 Vollmitglied der EG, hat bisher mit Zustimmung seiner Partner die Anwendung der Mehrwertsteuer jahrelang mit der Begründung zurückstellen können, eine lange Vorbereitungsphase sei notwendig.

Erst letzte Woche teilte das griechische Finanzministerium mit, daß drei Staffeln für die Mehrwertsteuer gelten sollen: Knapp 50 Prozent aller Waren und Dienstleistungen werden mit sechs Prozent, sogenannte Luxusgüter mit 36 Prozent und alle restlichen Güter mit *18 Prozent belastet.* Obwohl das Wirtschaftsministerium beteuert, daß die Mehrwertsteuer bestehende Steuern ersetzen soll, wird damit gerechnet, daß die Mehrwertsteuer den Preisindex mit rund fünf Prozentpunkten belasten wird.

(SAD)

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Bank-Genüsse eingeführt

Stuttgart (nl) – Mit der Einführung von 25 Mill. DM Genußscheinen der Stuttgarter Bank AG wurde zugleich das erste Papier dieser Art an der Stuttgarter Wertpapierbörse zum amtlichen Handel zugelassen. Die erste Kursnotiz dieses mit einem Ausschüttungsbetrag von 7,5 Prozent und einer dividendenabhängigen Zusatzverzinsung ausgestatteten Papiers vom Freitag stellte sich auf 103 *Prozent. Die Bilanzsumme der Stutt*garter Bank wuchs in den ersten drei Quartalen dieses Jahres um 6,6 Prozent auf 2,90 Milliarden DM. Dabei nahmen die Kundenkredite auf 1,88 Milliarden DM (plus 8,6 Prozent) zu, die Spareinlagen stiegen um 9,7 Prozent auf 828 Mill. DM.

Hoechst gibt Balenciaga ab

Paris (J. Sch.) – Die französische Parfümgesellschaft Jacques Bogart hat von der Hoechst-Tochter Marbert GmbH die Kapitalmehrheit der Balenciaga SA erworben, welche vor allem Luxusparfüms herstellt und vertreibt. Bogart, der unter anderem Lizenznehmer für die Marke Ted Lapidus ist, erstellt gegenwärtig in der Volksrepublik China eine Parfümfabrik. Wie Firmenchef Jacques Konkkier erklärte, will er jetzt auch den Haute-Couture-Bereich von Balenciaga wiederbeleben.

Ergebnis schwächer

Frankfurt (adh) – Der Kursverfall von Dollar und Pfund gegenüber der D-Mark hat sich negativ auf die Ertragsentwicklung der Leifheit AG, Nassau, ausgewirkt. Mit 15,3 Mill. DM blieb der Überschuß (vor Steuern) in den ersten neun Monaten dieses Jahres *um 3,5 Mill. DM unter dem Vor*jahresstand. Trotz dieser Entwicklung rechnet der Vorstand im Aktionärsbrief für das ganze Jahr wieder mit einem befriedigenden Ergebnis. Für die ersten neun Monate weist das Unternehmen mit 77,6 (78,6) Mill. DM einen leicht gesunkenen Umsatz aus, der Export rutschte dabei um knapp 4 Prozent auf 38,2 (39,7) Mill. DM.

Textil-Gruppe nach China

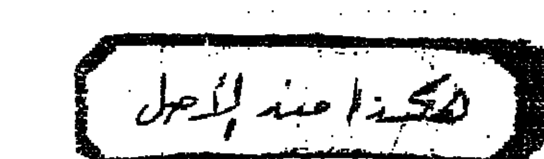
Frankfurt (adh) – Die Chancen für Gemeinschaftsprojekte auf Firmenbasis, zur Zusammenarbeit in der Textilforschung und vor allem auch für weitere Exporte der bundesdeutschen Textilindustrie nach China will eine Delegation von Unternehmern aus der Textilindustrie vor Ort ausloten. Im vergangenen Jahr hat die Bundesrepublik Textilgüter für rund 60 Mill. DM nach China geliefert; die in den Vorjahren stark gestiegenen chinesischen Lieferungen in die Bundesrepublik erreichten 841 Mill. DM.

Auffang-Firma für Elba

Stuttgart (nl) – Für die Anfang September in Vergleich gegangene Baumaschinen-Firma Elba-Werk Maschinen-GmbH & Co. KG, Ettlingen, ist eine Auffangesellschaft gegründet worden. Nach Angaben des Vergleichsverwalters Hans Ringwald werde die neue Elba-Werk Maschinen-GmbH, die mit einem Stammkapital von 10 Mill. DM ausgestattet ist, die Aktivitäten von Elba mit einer gestrafften Produktpalette von Betonmischanlagen, Betonpumpen und Fahrmischern weiterführen. Die Produktion sei ausgelastet. Beschäftigt *werden rund 400 Mitarbeiter.*

Überraschender Ausstieg

München (DW.) – Überraschend ist bereits zum 30. September Johannes Schießl aus den Vorständen der Lebensversicherung von 1871 a. G., München, und der Trias Versiche*rung AG ausgeschieden. Die gesamt*en Vorstandsgeschäfte werden derzeit, wie die LV von 1871 erst jetzt mitteilt, von Werner Kunzfeld wahrgenommen. Die Nachfolge werde derzeit noch geklärt.



Der „Blaue Engel" hat das Fliegen noch immer nicht richtig gelernt

In der Wirtschaft bestehen erhebliche Bedenken gegen die Vergabepraxis

HANNA GIESKES, Bonn

Alle reden vom Umweltschutz – Politiker, die Wirtschaft und nicht zuletzt die Beamten in der zuständigen Bundesbehörde. Im soeben veröffentlichten Jahresbericht stellt das Umweltbundesamt fest, daß das Interesse der Wirtschaft am Umweltzeichen „Blauer Engel" ständig wachse: Allein im vergangenen Jahr seien 147 Produkte dafür vorgeschlagen worden. Lernt der Engel doch noch das Fliegen?

Der Schein trügt. Die Wirtschaft hat gegen das Umweltzeichen erhebliche Bedenken, was sich mit Zahlen leicht beweisen läßt: 1300 Produkte mit dem Umweltzeichen sind wenig im Vergleich zu den 1500, die die Stiftung Warentest jährlich unter anderem auf ihre Umweltverträglichkeit prüft; sie sind noch weniger, verglichen mit rund 100 000 vergebenen RAL-Gütezeichen. Und diese relative Abstinenz der Hersteller von einer an sich sinnvollen Werbeaussage hat gute Gründe.



Kern der Hersteller-Kritik am blauen Engel ist die Erkenntnis, daß er den Anspruch der Umweltfreundlichkeit niemals erfüllen kann: Jedes Produkt und jede Produktion hinterläßt nämlich Spuren. So gesehen führt das Zeichen Verbraucher in die Irre. Einige unserer Nachbarn haben dies erkannt: In der Schweizer Gesetzgebung gibt es den Begriff „umweltfreundlich" nicht; er wird durch exakter festzulegende Kriterien wie „umweltunschädlich vernichtbar" ersetzt. In Dänemark empfindet man die Grundlagen des deutschen Umweltzeichens als zu unpräzise und läßt Importe von Lacken mit dem blauen Engel nicht zu.

Hier liegt ein weiterer Ansatzpunkt für Kritik: die Bindung des Engels an die umweltfreundlichere Alternative ohne Berücksichtigung des konkurrenzlos umweltfreundlicheren Produkts. So kommt es zu der Merkwürdigkeit, daß Lacke mit Lösungsmitteln das Umweltzeichen erhalten können, nicht aber Dispersionsfarben ohne Lösungsmittel. So daß der Verbraucher glauben muß, Dispersionsfarben seien weniger umweltfreundlich als Lacke, obwohl das Gegenteil der Fall ist.

Derlei kann Ursache massiver Wettbewerbsverzerrungen sein: So sind die öffentlichen Auftraggeber zum Teil gesetzlich verpflichtet, Produkte mit dem blauen Engel vorzuziehen – insbesondere auf kommunaler Ebene sorgen Umweltbeauftragte für die Durchsetzung dieser Bestimmung – und bei der Entscheidung zwischen Lack- und Dispersionsfarbe ist das eindeutig widersinnig. Um dem abzuhelfen, bedurfte es einer weiteren Merkwürdigkeit in Gestalt eines Persilscheins, auf den sich die Hersteller von Dispersionsfarben vor kurzem mit dem Umweltbundesamt geeinigt haben; den können sie bei Bedarf ihren öffentlichen Auftraggebern vorlegen.

Besonderen Unwillen bei der Industrie erregt indes das Verfahren zur Vergabe des blauen Engels. Das relativ formlose Vorschlagwesen – jedermann kann beim Umweltbundesamt einen Antrag auf Vergabe des Zeichens stellen – „ist bestenfalls für eine Preisverleihung angemessen, kann aber keinesfalls Grundlage für ein Kennzeichnungssystem sein, das vom Staat gefördert wird", heißt es dazu beim Bundesverband der Deutschen Industrie.

Die Hersteller klagen sowohl über das Umweltbundesamt als auch über die Jury – aus Vertretern von Industrie, Verbrauchern und diversen Umweltschutzorganisationen –, die über die Vergabe des Zeichens entscheidet. Dem Umweltbundesamt wird Mangel an technischem Sachverstand vorgeworfen; die Unterlagen, die es zur Verfügung stelle, reichten für eine sachgerechte Vorbereitung nicht aus und „sie setzen sich *souverän darüber hinweg, daß* es oftmals weder reproduzierbare Prüfungsverfahren noch eindeutige Bewertungsmaßstäbe gibt". Wo solche Verfahren erst noch entwickelt werden müßten, werde nicht oder nicht *genügend berücksichtigt, daß* die erforderlichen Laborkapazitäten nicht zur Verfügung stehen.

Dies verwundert in der Tat: 1980 ist von Vertretern der Industrie, der Verbraucher, *der Normung, der tech*nisch/wissenschaftlichen Prüfinstitutionen, des Gütezeichenwesens und der Behörden ein Anforderungskatalog „Warenkennzeichnung für Verbraucher" erarbeitet worden, der auf eine strenge Bindung an reproduzierbare Prüfungsgrundlagen abstellt; ein Grundsatz, an den auch die Stiftung Warentest gebunden ist.

Nicht minder massiv sind die Klagen über die Jury: Erstens sei die am meisten betroffene Industrie in diesem Beschlußgremium unterrepräsentiert, und zweitens „sind die Mitglieder Experten der Umweltpolitik, nicht jedoch Experten im Hinblick auf technische Details". *Trotzdem entscheiden sie dar*über.

Kritisiert wird außerdem, daß diese Jury „völlig autonom, im geschlossenen Kreis und ohne jede Transparenz" entscheidet: Sie kann sich über die Ergebnisse der vorangegangenen Anhörung mit Vertretern der Industrie, der Verbraucher, des Umweltbundesamtes, des Deutschen Instituts für Gütesicherung und Kennzeichnung (RAL) und sonstigen Sachverständigen unbekümmert hinwegsetzen. Dabei ist es nicht einmal erforderlich, daß sie ihre Entscheidung begründet.

Die Konsumgüterhersteller stoßen sich schließlich daran, daß nach der Prüfung durch den RAL-Ausschuß, der im Anschluß an den Beschluß der Jury über die sachlichen und formalen Voraussetzungen für die Vergabe des Umweltzeichens entscheidet, noch eine zweite und dritte Kontrolle durch das Umweltbundesamt und die Umweltämter der Länder vorgesehen ist. Hier bestehe die Gefahr, daß nachträglich zusätzliche Anforderungen „draufgesattelt" würden.

Trotz ihrer Bedenken will die Wirtschaft dem blauen Engel keineswegs die Flügel brechen; in der großen Linie stehe man dem Umweltschutzgedanken und der damit zusammenhängenden Aufgabe eine korrekten Verbraucherinformation positiv gegenüber. Die Hersteller sähen den Engel nur gern auf einer objektiven Grundlage; dazu könne auch seine Umsiedlung zur Stiftung Warentest beitragen, heißt es. Vielleicht lernt er dann endlich das Fliegen.

Die Falschen geschlachtet

hg – Die Kleinen werden gehenkt, und die Großen läßt man laufen – nach diesem Muster vollzieht sich zur Zeit der Kampf des Bundeskartellamts gegen die Konzentration im Handel. Zusammenschlüsse kann es nicht verhindern, doch die vergleichsweise harmlosen Einkaufskooperationen werden geknackt. Und der Handel argwöhnt, daß die Berliner Wettbewerbshüter im Begriff sind, das fal*sche Schwein zu schlachten.*

Dieser Argwohn ist nicht nur berechtigt, er wird sogar, wenn auch verhalten, von den Kartellbeamten geteilt. Während einer Veranstaltung der Lebensmittelzeitung in Berlin räumte der Leiter der Grundsatzabteilung, Harald Lübbert, ein, „daß wir uns der Lücke zwischen Kartellverbot und Fusionskontrolle durchaus bewußt sind".

Die Kartellwächter können diese Lücke indes nicht schließen, denn sie ist keine Erfindung der Behörde: Die Fusionskontrolle ist an Marktmacht gekoppelt, doch bei den Kooperationen gibt es keine guten und bösen. Das Wettbewerbsrecht kennt nur Kartelle, und die sind grundsätzlich verboten.

So hat die Kartellbehörde nicht viel Spielraum bei der Behandlung von Einkaufsgemeinschaften. Seit ihrer vom Kammergericht bestätigten Verfügung zur Auflösung der Kooperation Selex+Tania schreitet sie ein, wenn Umsatzmilliardäre beteiligt sind, die auch allein einkaufen könnten. Im nächsten Jahr wird der Bundesgerichtshof den Fall entscheiden. Erst dann wird man wissen, ob unangemessene Schlachtfeste künftig per Kartellnovelle verhindert werden sollten.

Mehr als die Hälfte der Deutschen halten die Werbung für hilfreich

VOLKER NICKEL, Bonn

Von ihr träumen sie, die Wahlkämpfer Bundeskanzler Helmut Kohl und besonders sein Herausforderer Johannes Rau: von der Mehrheit. Die deutsche Werbewirtschaft *hat sie. Weder die linken Rezept-Phi*losophen der sechziger Jahre noch der moralinsaure Ökorigorismus heutiger Tage konnte die Bundesbürger gegen Werbung mobilisieren. Im Gegenteil. Ergebnisse der jüngsten Meinungsbefragung wirken wie Ohrfeigen für rote und grüne Dauernötiger der Systemkritik.

Wie aus der Verbraucher-Analyse '86 ablesbar, stimmen bereits 54 Prozent der Bundesdeutschen ab 14 Jahren der Aussage zu „Werbung ist hilf*reich für den Verbraucher" – 1980/81* waren es 53 Prozent. „Ich sehe mir eigentlich ganz gern Anzeigen in Zeitschriften an", bestätigten 49 Prozent. Und selbst die unter Werbefachleuten kontrovers diskutierte Fernsehwerbung schneidet heute noch ein bißchen besser ab. Denn nun sind es 44 Prozent der Verbraucher, die Werbesendungen via TV-Schirm „ganz unterhaltsam" finden.

Auch die Männer sind überzeugt

Auch ein Blick in die Untersuchungsergebnisse unterstreicht die absolute Mehrheit für die Arbeit der *Werbefachleute. Obwohl noch immer* überwiegend Frauen die Haushaltskasse führen, sind 51 Prozent der Männer von der Konsumenten-Hilfe durch Werbung überzeugt, während 56 Prozent der weiblichen Befragten jene positive Erfahrung angeben. Die Mehrheitsverhältnisse gehen durch sämtliche Altersgruppen zwischen 14 bis 70.

Und das heißt: Die Auffassung ist zum Beispiel falsch, Jugendliche seien besonders werbekritisch eingestellt. Mehr als die Hälfte der 14- bis 19jährigen stehen positiv zur Werbung der Wirtschaft (52 Prozent). Ebenso schräg die Meinung, ältere *Menschen stünden werbenden Infor*mationen ablehnend gegenüber. 58 Prozent der 60- bis 69jährigen Verbraucher sehen in den Werbeaktivitäten der Firmen Lebenshilfe. Diese Tatsache ist besonders vor dem Hintergrund aufschlußreich, daß die Gruppe der Älteren bis über die Jahrtausendwende stark anwachsen wird.

In der positiven Einschätzung der Wirtschaftswerbung nach Haushaltsgröße fällt besonders auf: Wo nur eine Person lebt, wird die Alltagshilfe durch Werbung besonders geschätzt (56 Prozent), bei mehreren Haushaltsmitgliedern schwankt der Wert zwischen 54 und 51 Prozent Zustimmung. Auch das Einkommen spielt bei der Positiv-Bewertung keine deutliche Rolle.

Schier unentbehrlich erscheint den Bundesbürgern die Aufgabe der Werbung, neue Produkte bekanntzumachen: 60 Prozent sind der Meinung, Werbung liefere ihnen dabei „nützliche Hinweise". Verbraucher hierzulande sind also keineswegs Urteilsgeschädigte, die Choreographen des Konflikts zwischen Konsum und Werbung haben ihr Ziel nicht erreicht: Einflüsterungen gegen Marktwirtschaft und Werbung mit Hilfe von Schulbüchern oder lautstarken *Kampagnen über die Massenmedien* sind verpufft.

Das wird noch deutlicher beim Blick zurück auf die vergangenen 15 Jahre. Jede Befragung ergab große Stabilität beim Meinungsklima in der Bevölkerung, die sich in der These zusammenfassen läßt: Zwei Drittel der Bundesbürger stehen in diesem Zeitraum der Werbung positiv bis neutral gegenüber.

Die positive Bürgermeinung wächst – und auch die Bedeutung der Werbung. Ablesbar ist das daran, daß die Werbeausgaben zwischen 1950 und 1986 um das 35fache gestiegen sind – in diesem Jahr allein bei den Werbeeinnahmen der Medien auf mehr als 16 Milliarden Mark.

Ist mit diesen Tatsachen der Sessel beschrieben, in dem sich nun Deutschlands Werber räkeln können? Ganz sicher: nein. Zu tief noch sitzen Vorurteile in einigen Politikerköpfen, zu heftig sind nach wie vor die Versuche, Werbung zum Prügelknaben für Probleme der Republik zu machen. Und das kann sich in weiteren rechtlichen Einschränkungen bemerkbar machen.

Fachliche Probleme sind zu meistern

Doch was nutzt der Werbewirt*schaft das positivste Meinungsbild,* wenn ihre Arbeit nicht auch den angestrebten ökonomischen Effekt aufweist? Ein „Sympathie-Bonus" mag hilfreich für die Werbeplaner sein; denn er wird mitbestimmen, wie willkommen Werbung beim Verbraucher ist. Noch stimmen Meinungsbild und Verhalten überein. Das wird an der diesjährigen Ausweitung der Werbeumsätze um voraussichtlich sechs Prozent deutlich. Aber werbefachliche Probleme müssen gemeistert werden, um den Werbeerfolg zu erhalten.

Das positive Meinungsbild sollte dazu beitragen, das häufig leicht verkümmerte Selbstbewußtsein der Werbfachleute aufzurichten. Sie sind nicht nur am ökonomischen Erfolg dieses Landes beteiligt, die Mehrheit des Volkes steht auch hinter ihrer Arbeit. Welche Gruppe kann das schon von sich sagen?

Hauni hat sich auf die Suche nach seiner Identität begeben

Am Anfang des Weges ist weniger Kreativität als harte Interview-Arbeit gefragt

JAN BRECH, Hamburg

Seit Anfang dieses Jahres ist Eberhard Reuther neuer Vorstandsvorsitzender der Hauni-Werke. Er führt ein Unternehmen, das Weltgeltung besitzt. Der Umsatz hat 1985 zum ersten Mal eine Mrd. DM überschritten. Das Stammhaus Hauni gehört weltweit zu den führenden Anbietern von Tabakverarbeitungsmaschinen, die angegliederten Firmen Blohm und Schaudt sind herausragende Spezialisten für Werkzeugmaschinen. Außerdem werden in Hauni-Betrieben Maschinen für die Papierverarbeitung entwickelt und gefertigt.

Hohen Bekanntheitsgrad hat Hauni nicht nur durch seine geschäftlichen Erfolge. Der Gründer Kurt A. Körber, der die Gruppe vor 40 Jahren mit wenig Geld, aber einem Kopf voller Ideen aus dem Nichts schuf, sorgt auf seine Art dafür, daß sich der Name Hauni einprägt. Körber ist Stifter und „Anstifter" zugleich. Seine Taten und Gaben im kulturellen, sozialen und unternehmerischen Umfeld sind Legion.

Dennoch glaubt der neue Hauni-Chef Reuther, daß dem Unternehmen etwas fehlt. Hauni wird nicht in allem, was es darstellt, erkenbar. Die Gruppe ist „wild" gewachsen, hat Unternehmen auf allen Kontinenten der Welt, die ein Eigenleben führen. Das Erscheinungsbild ist uneinheitlich, die „geistige Mitte" nur schwer auszumachen. Es müsse eigentlich, so überlegt Reuther, eine „Corporate Identity" entwickelt und offensiv genutzt werden.

Eine kleine Agentur machte das Rennen

Der Auftrag, den Reuther damit zu vergeben hatte, brachte Bewegung in die Agentur-Szene. Das Rennen machte überraschend eine kleine Agentur am Stadtrand Hamburgs: die Promea Werbeagentur GmbH in Hamburg-Bergedorf, dem Sitz auch der Körber-Gruppe. Die Inhaber Richard Ebert und Klaus Karper haben die Agentur erst vor einem Jahr übernommen. Waren in Sachen Corporate Identity aber durch gemeinsame Arbeit für Triumph-Adler vorbereitet.

Die Aufgabe für Hauni umschreibt Ebert zunächst damit, was sie nicht ist. Es gehe nicht um eine neue Fassade, um grafisch gelungene Äußerlichkeiten, um eine Image-Kampagne für das Unternehmen. Das Image eines *Unternehmens, so Ebert, steckt in* den Köpfen anderer, ist ein Fremdbild. Corporate Identity dagegen bezeichnet das Selbstbild des Unternehmens. Corporate Identity zu entwikkeln, heißt eine Unternehmenswirklichkeit herzustellen, die draußen ein bestimmtes gewünschtes Image entstehen läßt.

Die Identität eines Unternehmens, gibt Ebert zu Protokoll, ist die strategisch geplante und operativ eingesetzte *Selbstdarstellung* und Verhal*tensweise einer Firma nach innen* und außen und basiert auf einer festgelegten Unternehmens-Philosophie und -Zielsetzung. Ihr dynamischer Kern ist die Unternehmens-Persönlichkeit, die sich in dem Unternehmer selbst oder als Unternehmens-„Mission" darstellt, und die in drei Wirkungsformen ausstrahlt.

Wichtigstes Instrument der Corporate Identity ist das konkrete Unternehmens-Verhalten in Produkt-, Vertriebs-, Sozial- oder Finanzpolitik. Im Unternehmens-Erscheinungsbild wird die Persönlichkeit in einheitlichem Design für Waren, Produkt und Dienstleistungen sichtbar. Die Unternehmens-Persönlichkeit ist schließlich Steuerungsgröße für die Unternehmens-Kommunikation, deren Stil die Inhalte des Firmen-Verhaltens und deren Form das Firmen-Erscheinungsbild prägt.

Das Definitorische hinter sich, räumt Ebert ein, daß am Anfang der Aufgabe wenig Kreativität, sondern viel harte Interview-Arbeit gefragt ist. Zunächst müssen Mitarbeiter, Kunden und Personen aus dem sozialen Umfeld gefragt werden, wie sie Hauni jetzt sehen und wie Hauni künftig aussehen soll. Daraus ergibt sich eine große Zahl von gegenwärtigen und wünschenswerten Merkmalen, mit denen das Unternehmen erfolgreich „leben" soll.

Die Persönlichkeit eines Unternehmens spiegelt sich in mehreren Merkmalsdimensionen, sagt Ebert. Unter den herausgefundenen Merkmalen muß der Unternehmer oder die Geschäftsführung Prioritäten setzen. Die Unternehmensmerkmale, die dann künftig das Unternehmen prägen sollen, beschreiben Bedürfnisse (etwa: Hauni engagiert sich im Tabak-Bereich und wird weitere Märkte, die auf dem Grundbedürfnis Nahrungs- und Genußmittel basieren, besetzen), Kompetenz (Hauni ist innovativ, *technisch führend), Einstellung* (Hauni ist selbstbewußt, sympathisch, zuverlässig, frauenfreundlich), Konstitution (Hauni ist finanzstark, weltweit engagiert), Temperament (Hauni ist flexibel, unbürokratisch, jung), Herkunft (Hauni ist aus Hamburg, seriös, technisch-wissenschaftlich orientiert) und Zukunftsinteressen (Hauni ist „auf Dauer sicher"). Diese „positiven Statements" über Hauni, sagt Ebert, stellen den „zentralen Handlungskodex" dar. *Aus ihm lassen sich nun spezielle Ko*dices für bestimmte Zielgruppen (Mitarbeiter, Kunden oder Zielsetzungen (Werbung) ableiten.

Geschäftsleitung muß mitziehen

Bis zu diesem Punkt fühlt sich Ebert mehr als Moderator denn als kreativer Berater. Das Ausformen einer Corporate Identity ist nur möglich, wenn eine Geschäftsführung die als wichtig erkannten Merkmale auch „materiell besetzt". Ebert erklärt dies so: „Wenn die Firma sagt, sie sei frauenfreundlich, stelle ich die Wahrheit auf die Probe. Also sage ich, wenn ihr meint, frauenfreundlich zu sein, müßt ihr ans Schwarze Brett schreiben: ‚Wir werden für die Mütter in unserem Betrieb einen Kindergarten errichten'. Könnt ihr oder wollt ihr das nicht, ist das Merkmal ‚frauenfreundlich' kein Teil eurer Identität." Eine Corporate Identity, präzisiert Ebert, trägt nur dort, wo es eine definierte Philosophie gibt, die man gleichzeitig als Wirklichkeit vorfindet. Die kreative Leistung setzt ein, wenn die Merkmale in grafische und sprachliche Bilder umgesetzt, die neu entstandene Unternehmens-Wirklichkeit nach innen und außen dargestellt werden soll. Die Corporate Identity erhält ein Corporate Design.

Wie die „Persönlichkeit" des Unternehmens Hauni künftig sich verhalten, erscheinen und darstellen wird, vermag Ebert nach den ersten Runden des „Brainstorming" mit Reuther und seinen Kollegen nicht zu sagen. Es sei halt wie im richtigen Leben: Es braucht lange, bis eine Persönlichkeit gereift ist.

Steuerberater: Zwei Millionen Unzufriedene

dpa, Berlin

Zwei Millionen Einsprüche und 60 000 Klagen jährlich gegen Steuerbescheide beweisen nach Ansicht des Präsidenten des Deutschen Steuerberaterverbandes, Dieter Krüger, die Unzufriedenheit der Bürger mit dem Steuerrecht. *Es müsse vereinfacht* werden, um die Steuergerechtigkeit und -moral zu erhalten. Zum Auftakt des Steuerberatertages in Berlin sagte Krüger, diese hohe Zahl könne nicht nur auf die Verwaltungspraxis zurückgeführt werden.

Zur Vereinfachung sollten bestimmte Steuergesetze und Steuern, beispielsweise die Gewerbesteuer, aufgehoben werden. Die Bereitstellung von Arbeitsplätzen und der Einsatz von Eigenkapital auf Unternehmerseite dürfe nicht steuerlich bestraft, sondern müsse gefördert werden. *Auch sollte die Kraftfahrzeug- in* die Mineralölsteuer eingerechnet werden. Dadurch ergebe sich eine gerechtere Verteilung und eine größere Transparenz im Steuerrecht. Die Berater verlangen außerdem eine Reform des Steuerstrafrechts.

Spitzenmanager wandern in die Werhahn-Gruppe

J. G. Düsseldorf

Bestätigen sich die Vermutungen, so wird Dipl.-Volkswirt Peter Jungen (47), der seine Ämter als Vorstandsvorsitzender der Wolff-Tochter PHB Weserhütte AG und Vorstandsmitglied der Otto Wolff AG, beide Köln, auf eigenen Wunsch zum Jahresende aufgibt, als Nachfogler von Dipl.-Ing. Gerhardt Hartwich (64) neuer Vorstandschef der großen Kölner Strabag-Bau AG, bei der die Neusser Werhahn-Familiengruppe Großaktionär ist. Zeitgleich zum Jahresanfang 1987 wandert, wie seit Monaten bekannt, der Vorstandschef des Dortmunder Mischkonzerns Harpener AG, Dr. Heyo Schmiedeknecht (47), als Komplementär zu der als Pirvatbankhaus geführten Werhahn-Holding.

Nachfolger sind noch unbekannt. Im Dortmunder Fall, wo ein neuer Großaktionär mit seinen Vorstellungen die Interessen von etwa 20 000 Kleinaktionären berührt, ist das noch wichtiger als im Kölner Fall. Auffällig bleibt die Duplizität der Attraktivität der Werhahn-Gruppe, auch ohne Strabag ein schweigsamer Familienkonzern mit rund 3,5 Mrd. DM Umsatz, für zwei Wanderlustige.

Auffällig auch Jungens Abschied von Wolff. Beim dortigen Familien-Konzernchef Otto Wolff von Amerongen einst als Assistent groß geworden, hat Jungen aus der früher als Baggerbauer dahinkrebsenden Weserhütte eine weltweit auch mit Auslandsfabrikation starke Anlagenbaugruppe *des Schüttgüter-„Material* Handeling" mit rund 1 Mrd. DM Weltumsatz gemacht. Da gibt es aus Dollar- und Ölpreisfall derzeit eine Durststrecke. Sie trifft zusammen mit dem Faktum, daß Senior Wolff (68) seinen Schwiegersohn Arend Oetker (47) zum neuen Konzernchef machte. Jungen bestreitet, daß das seiner eigenen Karriereplanung zuwiderlief. Widerhaken zu seiner Weserhütte-Strategie darf man jedoch als Abschiedsgrund vermuten.

„Hauen und Stechen" im Ersatzmarkt

Conti Gummi hat das Ergebnis deutlich verbessert – Noch keine Dividendenprognose

D. SCHMIDT, Hannover

Ein im Vergleich zum Vorjahr „deutlich verbessertes Ergebnis" zeichnet sich für 1986 bei der Continental Gummi-Werke AG, Hannover, ab. Nach Angaben des Vorstands liegt die Ertragssteigerung im bisherigen Jahresverlauf erheblich über dem Umsatzplus. Conti-Vorstands*chef Helmut Werner sieht* die Gründe dafür in der guten Automobilkonjunktur, die zur Vollauslastung der Produktion führte. Positiv wirkten zudem partielle Entlastungen durch gesunkene Rohstoffpreise.

Finanzvorstand Horst Urban, nach dessen Worten bereits heute die Vorjahresdividende (5 DM) verdient ist, will sich auf weitergehende Aussagen nicht einlassen. Die Dividendenpolitik sei auf Kontinuität ausgerichtet. Erst im Frühjahr 1987 werde ent*schieden, ob ein höherer Ausschüt*tungssatz gerechtfertigt ist.

Als sicher, so Urban, könne aber schon jetzt gelten, daß alle wichtigen Kennziffern der Bilanz 1986 günstiger aussehen werden als im Vorjahr. Das Hauptaugenmerk gelte der inneren Stärkung. Damit verbunden sei die weitere Entschuldung des Konzerns. Den Sachinvestitionen, die im laufenden Jahr mit rund 300 (254) Mill. DM bilanzwirksam werden und 1987 auf über 400 Mill. DM steigen sollen, stehen kräftig steigende Abschreibungen (250 nach 206 Mill. DM) gegenüber. Noch nicht spruchreif seien einige Neuakquisitionen. Conti Gummi verhandelt über den Erwerb einer Fabrik für technische Produkte in Frankreich und die Übernahme der Gummiproduktion aus dem Werk Plochingen der Feldmühle AG.

Der um Nebengeschäfte bereinigte Konzernumsatz erreichte in den ersten neun Monaten 3,49 (3,43) Mrd. DM. Der Zuwachs um 1,5 Prozent liegt deutlich unter den Prognosen (drei bis vier Prozent), erklärt sich aber ausschließlich aus den Währungsverschiebungen. Ohne diese *Einflüsse, so Werner, errechne sich* ein Umsatzplus von vier Prozent. Vom Gesamtumsatz entfallen auf den Konzernbereich Reifen (Continental, Uniroyal, Semperit) unverändert 2,5 Mrd. DM, auf technische Produkte 764 Mill. DM (plus 5,8 Prozent) und auf den Beteiligungsbereich 222 Mill. DM (plus 12,1 Prozent). Nach Werners Worten arbeiten alle Konzernbereiche und Tochtergesellschaften bis auf das Semperit-Werk in Dublin mit schwarzen Zahlen. Für Irland seien mittlerweile Sonderprogramme entwickelt worden, die zur Gesundung des Werks führen sollen. Angestrebt wird eine Verdoppelung der Produktion.

Die Situation im Ersatzreifengeschäft, so Werner, sei mit dem Begriff „Hauen und Stechen" treffend beschrieben. Darunter habe vor allem Semperit zu leiden. Insgesamt jedoch habe der Konzern seine Position auf dem deutschen und europäischen Markt gut behauptet.

Die Ausgangslage für 1987 sei durchweg positiv zu beurteilen, wenngleich bei Lkw-Reifen der Wettbewerbsdruck aufgrund der Überka*pazitäten weiter anhält.* An der Preisfront rechnet Conti Gummi 1987 nicht mit wesentlichen Veränderungen. Zwar werde es im Frühjahr sicher Versuche geben, im Ersatzgeschäft höhere Preise durchzusetzen; die Aussichten für eine Realisierung indes seien gering einzuschätzen.

Probleme mit dem Umsteuern

Gesamtmetall mahnt zu lohnpolitischer Besonnenheit

J. G. Düsseldorf

Der Konjunkturaufschwung in der deutschen Metallindustrie sei auf hohem Niveau ins Stocken geraten, konstatiert der Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Köln, in seinem jüngsten Bericht zur Konjunkturlage in diesem fast die Hälfte des deutschen Industriepotentials repräsentierenden Bereich. Das notwendige Umsteuern vom Export auf den Inlandsmarkt stelle die exportorientierte Metallindustrie vor erhebliche Probleme. Von Kostenstabilität und Anpassungsfähigkeit hänge es ab, ob dieses Umsteuern ohne Beschäftigungsverlust gelinge. Voraussetzung dafür sei, daß sich die Lohnpolitik 1987 „dem engeren Verteilungsspielraum anpasse und verstärkte Arbeitszeitflexibilisierung eine optimale Nutzung des Produktionspotentials ermögliche".

*Jüngste Daten des metallindu*striellen Umschwungs: In den ersten acht Monaten von 1986 ergab sich aus fünf Prozent Minus im Export und 4,5 Prozent Plus im Inland für den gesamten Auftragseingang nur noch ein kleines Plus von 0,5 Prozent. Bei einem Dollarkurs von 2 DM sei die Schmerzgrenze in der Wettbewerbsfähigkeit erreicht. Aus der Gewinnzone von 1986 werde auf vielen Märkten *eine Verlustperspektive für 1987.*

Vor allem dank großer Auftragspolster hat die Metallindustrie bis Ende August ihre Produktion noch um 5,5 Prozent und damit in nun zweijährigem Aufschwung um ein Fünftel erhöht. Parallel dazu stieg die Beschäftigtenzahl in den ersten acht Monaten weiter um 105 800 auf 3,98 Millionen und damit in der gesamten Aufschwungphase um 314 000. Der Rückstand gegenüber dem Beschäftigungsgipfel (Mitte 1980) betrage nun *nur noch zwei Prozent.*

Die Produktionserwartungen der Firmen seien allerdings weniger zuversichtlich als in den Vormonaten, betont Gesamtmetall. Im September habe es mit jeweils zehn Prozent erst*mals wieder genausoviele Meldungen* über Produktionsschwund im nächsten Quartal wie solche über Produktionsplus gegeben. In Maschinenbau, Stahl- und Leichtmetallbau, Stahlverformung, Gießereien, NE-Metallindustrie und Schiffbau seien die Erwartungen überwiegend negativ.

PERSONALIEN

Dr. Georg Rotthege *ist* zum Vorsitzenden des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU) – Regionalkreis Niederrhein – gewählt worden.

Aleardo G. Buzzi (57), Präsident der Philip Morris EEG Region, Lausanne/Schweiz, ist zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Philip Morris GmbH, München, gewählt worden. Er ist Nachfolger von Dr. Dr. **Werner Deuchler** (70), der am 31. Dezember aus Altersgründen zurücktreten wird.

Theo Schneider (55), Geschäftsführender Gesellschafter der Baustoff-Mann, Oberhausen, wurde zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Verbandes Westdeutscher Baustoffhändler gewählt.

Alan Parker wurde zum neuen Europadirektor von Crest Hotels International benannt. **Carina von Ungern-Sternberg** (32), seit 1982 Verkaufsleiterin für die Crest Hotels in Nordrhein-Westfalen, übernimmt die Öffentlichkeitsarbeit in der Frankfurter Crest-Hauptverwaltung für den europäischen Kontinent.

Klaus Waltenbauer (47) wurde zum Geschäftsführer der Baumeister-Haus GmbH, Frankfurt, bestellt. Er ist Nachfolger des auf eigenen Wunsch ausgeschiedenen Dr. **Gisberg Steinhardt** (53).

Peter Schmitt übernimmt Mitte November die Verkaufsleitung für Lastwagen, Omnibusse und Motoren bei Scania Deutschland GmbH, Koblenz.

Siemens an Kodak nicht interessiert

dpa/VWD, München

Die Siemens AG, München, hat kein Interesse an einer Übernahme der Eastman Kodak Company, Rochester, New York. Derartige Gerüchte enbehrten jeder Grundlage, erklärte das Unternehmen. Siemens engagiere sich grundsätzlich nur bei Unternehmen, „die in unser Spektrum passen". Das sei bei dem Photogeräteheтsteller nicht der Fall.

Das US-Wirtschaftsmagazin „Business Week" hatte den steilen Kursanstieg der Kodak-Aktien in den letzten beiden Wochen auf Übernahme-Gerüchte zurückgeführt. Ein Großanleger habe dabei Siemens als Interessenten genannt. Kodak wies für das dritte Quartal 1986 bei 3,48 (3,23) Mrd. Dollar (7,17 Mrd. DM) Umsatz einen Nettogewinn von 263 (246,1) Mill. Dollar aus, 6,9 Prozent mehr als im Vergleichsquartal 1985. Die Restrukturierung reduzierte den Gewinn der ersten neun Monate im Vergleich zum Vorjahr um 43 Prozent auf 299,4 Mill. Dollar, der Umsatz stieg um 9,1 Prozent auf 8,58 Mrd. Dollar. Kodak war schon im Frühjahr als übernahmereif bezeichnet worden.

Verpacker im Aufschwung

Düsseldorfer Nowea startet 1987 eine neue Fachmesse

J. G. Düsseldorf

Ihre Position als weltgrößter Exporteur ihrer Branche habe die deutsche Verpackungsmaschinenindustrie auch 1985 mit Plusraten von 4,6 Prozent auf 2,6 Mrd. DM Produktionswert und von 7,8 Prozent auf 2,3 Mrd. DM Exportwert sicher behauptet. Das erste Halbjahr 1986 zeige mit Steigerungsraten von zwei Prozent auf 1,4 Mrd. DM Produktionswert und von drei Prozent auf 1,1 Mrd. DM Exportwert anhaltenden Aufschwung. Einen der vordersten Plätze der Weltrangliste belege auch die Süßwarenmaschinenindustrie mit 263 Mill. DM 1985er Produktions- und 193 Mill. DM Exportwert. Die deutsche Packmittelproduktion insgesamt schließlich sei 1985 um 5,3 Prozent auf 29,3 Mrd. DM gestiegen und lasse zumindest für die nähere Zukunft Wachstum im Rahmen des steigenden Sozialprodukts erwarten.

Vor so positivem Branchenhintergrund präsentiert Claus Groth als Chef der Düsseldorfer Nowea-Messegesellschaft neue Superlative für die im Dreijahresrhythmus stattfindende Interpack-Fachmesse: Bereits ausgebucht, wird die elfte Interpack '87 (14. bis 20. Mai) als weltgrößte Fachmesse ihrer Art auf nochmals vergrößerter Netto-Ausstellungsfläche von 116 000 (107 000) qm gut 1790 (1589) Aussteller mit 54 (50) Prozent Ausländeranteil mit ihren Produktprogrammen vereinen. Auch bei der Besucherzahl, schon traditionell zur Hälfte Ausländer, rechnet die Nowea mit weiterem Anstieg auf 160 000 (151 000).

Kaum ein Drittel der Ausstellungsfläche belegen auch auf der kommenden Interpack die Packmittelhersteller. Mehr gibt die Nowea-Kapazität nicht her. Die Messeleitung sieht da bei einem Weltmarktvolumen von gut einer halben Billion DM eine „Marktlücke" für eigene Aktivitäten. Genutzt werden soll sie nun mit einer „P '88", (5. bis 11. Mai), die sich erstmals als Beschaffungsmarkt für Packstoff- und Packmittelproduzenten als „eigenständige internationale Fachmesse" bewähren soll. „Großes Interesse" potentieller Aussteller registriere man bereits auch aus dem Ausland von Europa über Nord- und Südamerika bis nach Japan.



Kommunen könnten sparsamer sein

Py. Düsseldorf

Was mittels kräftiger Steuerhilfen seit Jahren von privaten Haushalten in die Tat umgesetzt wird, gilt bei den meisten Kommunalverwaltungen in der Bundesrepublik noch als Neuland: die Möglichkeit, mit modernen Heizanlagen nicht nur Steuergelder zu sparen, sondern auch die Umwelt nachhaltig zu schonen. Die Vereinigung der deutschen Zentralheizungswirtschaft (VdZ) will den Kommunen deutlich machen, daß – eigenen Hochrechnungen zufolge – zwei von drei installierten Heizanlagen überaltert sind. Bei konsequenter Modernisierung, so VdZ-Vorstandsmitglied Heinz Strub, könnten nicht nur jährlich für 1 Mrd. DM Öl und Gas gespart werden, auch die Umwelt würde um 4500 t Schwefeldioxid und 3000 t Stikkoxid entlastet.

Eigene Wirtschaftlichkeits-Berechnungen hätten ergeben, daß eine Neuanlage von 700 kW bei derzeitigem Stand der Heizölpreise von 40 Pfennig je Liter die Energiekosten um 26 000 DM verringert und sich bei Erneuerungskosten zwischen 50 000 und 100 000 DM ohne Zinsen eine Amortisationszeit von zwei bis vier Jahren ergibt. Im privaten Einfamilienhausbereich liege die Amortisationsdauer bei sechs bis acht Jahren. Hier wurden seit 1977 für rund 25 Mrd. DM über 2,5 Mill. Anlagen erneuert, die jährlich 4,5 Mrd. Liter Heizöl oder Erdgas sparen.

Kernkraft weiterhin gefragt

KWU erwartet Stromverbrauchszuwachs von zwei Prozent

HEINZ HECK, Bonn

Der Vorstandsvorsitzende der Kraftwerk Union (KWU), Klaus Barthelt, rechnet bis zur Jahrhundertwende mit dem Bau von zwei bis drei weiteren Kernkraftwerken in der Bundesrepublik. Dabei unterstellt er einen jährlichen Stromverbrauchszuwachs von durchschnittlich zwei Prozent (in den letzten Jahren hatte er zwischen 3,3 und 3,9 Prozent gelegen).

Mit Auslandsaufträgen für drei *weitere Anlagen könne die KWU eine* „voll funktionsfähige, aber reduzierte Mannschaft" ins nächste Jahrtausend nehmen, betonte er vor Journalisten. Die Kernenergie habe trotz Tschernobyl „ihre Zukunft noch vor sich". Für sein Unternehmen ist Barthelt zuversichtlich, daß es weltweit in der Spitzengruppe der Anbieter bleibt, solange nicht im Inland das Aus für die Kernenergie kommt.

Der Schnelle Brüter in Kalkar sei „im Grunde anfahrbereit". Mit der Inbetriebnahme rechnet der KWU-Chef nach der Bundestagswahl im Januar. Ein Einmotten hält er für ausgeschlossen. Die Bundesrepublik sei in internationale Verträge eingebunden, aus denen sie schwerlich einseitig aussteigen könne. Es gehe nicht nur um Schadenersatz; auch die Glaubwürdigkeit nähme Schaden. Für die Zukunft rechnet Barthelt nicht mehr mit nationalen, sondern nur noch europäischen Brüterprojekten. Auch wenn es derzeit mehr Uran gebe als zunächst angenommen, so bleibe die um den Faktor 60 höhere Uranverwertung im Brüter ein schlagendes Argument.

Die KWU arbeitet zwar mit Hochdruck an Verfahren zur direkten Endlagerung ausgedienter Brennelemente. Doch rechnet Barthelt erst in zehn Jahren mit Ergebnissen, die einen Vergleich mit der Wiederaufarbeitung zulassen. Er schätzt heute, daß die Kosten für beide Verfahren etwa gleich hoch seien, so daß der wirtschaftliche Vorteil der Rückgewinnung der Brennelemente bei der Wiederaufarbeitung verbleibe. Als Gegner einer Wegwerfgesellschaft will Barthelt ohnehin nicht auf die Wiederaufarbeitung verzichten.

Zur öffentlichen Kritik an Cattenom betont er, die französische Sicherheitstechnik sei nicht geringer als die deutsche. Die deutsche Reaktorsicherheitskommission habe nach Tschernobyl keinen akuten Nachrüstungsbedarf feststellen können. Bei der heutigen sicherheitstechnischen Auslegung werde zwar bei einer Kernschmelze (Supergau) die Anlage zerstört, wie in Harrisburg geschehen. Aber der Schaden bleibe auf die Anlage begrenzt, so daß nichts nach außen dringe und keine Evakuierungen erforderlich würden.

„Keine Nachfragemacht im Handel"

Co op-Vorstandsvorsitzender Otto: Die Branche liefert sich heftigen Wettbewerb

INGE ADHAM, Frankfurt

Bernd Otto, Vorstandsvorsitzender der co op AG, hält das Problem Nachfragemacht oder Einkaufspreisdiktat des Handels für eine „Chimäre". Die angeblich marktbeherrschende Stellung der sechs führenden Unternehmen im Lebensmittel-Einzelhandel *könne die Industrie eben nicht zur* Gestaltung ihrer Abgabepreise zwingen. Im übrigen liefere sich diese Spitzengruppe „zur Freude der Verbraucher" den heftigsten Wettbewerb.

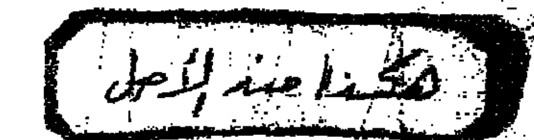
Nach Ansicht von Gerhard Rüschen (Nestlé), Vorsitzender des Markenverbandes, liegen die tatsächlichen Verhältnisse im Markt anders. Rüschen sieht in der Aufhebung der kartellamtlichen Untersagung des Zusammenschlusses co op/Wandmaker deshalb eher den Beweis dafür, daß das Kartellgesetz für die Fusionskontrolle im Handel nicht ausreicht. Die Auseinandersetzung zwischen den „Großen" aus Industrie und Handel gegeneinander und untereinander werdemit Sicherheit weitergehen, *teilweise zum Nutzen der* Verbraucher. Denn Wettbewerb drückt auf die Preise. Mit Sicherheit aber auch zu Lasten der kleineren Lebensmittel-Einzelhändler, die im Preiswettbewerb nicht mithalten können.

Noch einmal rund ein Viertel aller Lebensmittel-Einzelhandelsgeschäfte wird bis zur Jahrtausendwende die Türen schließen. *Das* wären nochmals rund 19 000 Schließungen, nachdem in den zurückliegenden fünf Jahren bereits 14 600 Lebensmittelgeschäfte vom Markt verschwanden. Das Nachsehen werden – so die renommierte Nielsen-Marktforschung – vor allem die Kleinen haben.

Von den heute noch 65 480 Läden mit bis zu 400 Quadratmeter Verkaufsfläche sollen ganze 45 000 übrigbleiben, um so weniger, je kleiner der Laden ist. Allein den sogenannten rund 4000 „Nachbarschaftsläden" mit Verkaufsflächen zwischen 200 und 400 Quadratmeter billigt Nielsen eine gewisse Stabilität zu. Von den rund 77 000 Lebensmittelläden des Jahres 2000 werden die kleinen zwar 78 Prozent der Anzahl ausmachen, beim *Umsatz dürften sie aber nur noch auf* knapp 30 (heute 38) Prozent kommen.

Die Gewinner der erwarteten Entwicklung sind nach Nielsen-Einschätzung die Verbrauchermärkte. Zwar wird die Entwicklung weniger stürmisch verlaufen als bisher (in den nächsten 15 Jahren erwartet Nielsen 530 neue Märkte), aber beim Umsatz dürften die Märkte kräftig zulegen. Nielsen erwartet für sie einen Umsatzanteil von fast 43 (zur Zeit 30) Prozent, obwohl sie von der Zahl her nur sieben Prozent ausmachen. Nicht weiter steigen wird aber die Zahl der supergroßen Märkte über 5000 Quadratmeter Verkaufsfläche (400), meint Nielsen. Insgesamt wird der Umsatz im Lebensmittel-Einzelhandel nach der Nielsen-Prognose innerhalb der nächsten 15 Jahre um 37 Prozent auf rund 167 Mrd. DM wachsen.

Als konstant schätzt die Untersuchung die Anzahl der Supermärkte (rund 3800). Die Discounter (zur Zeit 4100 ohne Aldi) werden weiter bis auf rund 5000 zulegen. Damit verläuft die Entwicklung zwar weniger stürmisch als in den zurückliegenden fünf Jahren (plus 1300), das Wachstum bleibt jedcch beachtlich.



Aktienmarkt uneinheitlich

Jedoch optimistischer Grundtenor

DW. – Die aufgrund des Wahlsieges der CDU in Hamburg vorbörslich freundliche Tendenz wurde von der Orderlage nicht gänzlich gedeckt. Bei geringen Umsätzen konnte sich keine einheitliche Tendenz durchsetzen. Die freundliche Grundhaltung manifestierte sich in verstärkten Käufen.

Größter Tagesgewinner waren zum Wochenbeginn die *Aktien des Stromversorgungsunternehmens HEW*. Hier werden im Zusammenhang mit dem neuen Mehrheitsverhältnis im Hamburger Senat eine Aussage für die Kernenergie und damit positive Effekte bezüglich der Ertragslage der mehrheitlich im Besitz der Stadt Hamburg befindlichen Gesellschaft erwartet. RWE konnten ebenfalls zulegen. *Lebhaft gehandelt* wurde Mannesmann. Ohne schwerwiegende Auswirkungen auf die Kursentwicklung der Farbennachfolger blieb zunächst die nach der Brandkatastrophe bei dem Schweizer Chemiekonzern Sandoz neu entfachte Diskussion um harte Umweltauflagen für die chemische Industrie. Die Notierungen gaben vor allem für Bayer leicht nach. Am Bankenmarkt war die nach den Berichten über einen eventuellen Konkursantrag einiger *Kreditinstitute* gegen die Neue Heimat entstandene Unsicherheit bedeutungslos. Automobil- und Elektrowerte lagen im Gesamttrend. Unter stärkerem Abgabedruck standen den *Lufthansa*.

Nachbörse: nachgebend

DW-Ak.ind.: 275,92 (275,85)
DW-Ums.ind.: 3180 (3294)
Adv.-decline-Zahl: 107 (90)
38-Tg-Linie: 271,05 (270,99)
200-Tg-Linie: 277,99 (278,01)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München – Aktien-Umsätze

Inland

		10.11.	7.11.
H	Aach M Bell. 12,5	2449	2380
H	Aach. M. Vers. 7	2250	2249
D	Aam. Rück. 9	2550	2680
D	Asoag *4	4407	4407
M	Act-Gögg 8	152,5	154bG
H	Adca 5	166	170B
D	Adler 12+16	300G	300G

Unnotierte Werte

Genußscheine

Ausland in DM

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Ausschreibungen

Deutsche Bundespost

Öffentliche Ausschreibung

- Aufforderung- und Zuschlagsstelle:
  Femmeldezeugamt
  Dienststelle Bs 31-8
  Femsprecher 0 40 / 46 60-3 18
  Postfach 54 06 07
  2000 Hamburg 54
- Die Angebote sind einzureichen bei:
  Femmeldezeugamt
  DSt Og/ID
  Postfach 54 06 07
  2000 Hamburg 54
- Art und Umfang der Leistungen:
  Ein automatisches Wanderregal für Schutzkleidung
  Preisstellung: Frei Empfangsstelle und fachgerechte Aufstellung der Wanderregalanlage
  Empfangsstelle: FZA Lagerbereich Wöhlerstr. 8 (Böttcherhof)
  2000 Hamburg 74
- *Lieferfrist:* 6. Woche 1987
  Die Verdingungsunterlagen können bis spätestens zum 21. 11. 86 kostenlos abgefordert werden beim:
  Femmeldezeugamt
  DSt Bs 31-8
  Postfach 54 06 07
  2000 Hamburg 54
  Ablauf der Angebotsfrist 22. 12. 86
  Zahlungsbedingungen nach VOL/B § 17 mit ZVB Ausg. 1983
  Die Zuschlagsfrist/Bindefrist endet am 6. 1. 87
  Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bewerber den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gem. VOL/A § 27.
  Bewerber, die mit der o. g. Dienststelle bisher nicht in Geschäftsverbindungen standen, werden gebeten, ihrem Teilnahmeantrag Unterlagen beizufügen, nach denen ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit beurteilt werden können.
  Eine Beteiligung am Wettbewerb kann erst nach Vorlage eines Prüfzeugnisses erfolgen.

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hilkesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.), Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Hoft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke M.A.; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros: Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann.

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 · 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Festverzinsliche nachgebend

Den Rentenmärkten fehlte es an durchschlagskräftigen Impulsen, die für einen Renditeabbau sorgen könnten. So setzte sich bei geringerer Umsatztätigkeit eine schwächere Gesamttendenz durch. Öffentliche Anleihen gaben bis zu 0,4 Prozentpunkte nach. Nachdem die japanische Leitzinssenkung an internationalen Anleihemärkten fast wirkungslos verpufft ist und ähnliche Maßnahmen von deutscher oder amerikanischer Seite unwahrscheinlich sind, wird undramatischer Kursverlauf an den Rentenmärkten erwartet.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

			7.11.	6.11.
F	7 dgl. 77	2/87	100,5	100,5
F	6 dgl. 77	9/87	101,1	101,15
F	6 dgl. 78 II	7/88	101,8	101,85
F	6½ dgl. 77	5/87	103,25	103,25
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,05G	107,05G
F	6 dgl. 78 I	2/90	102,4	102,25
F	8 dgl. 80 II	7/90	107,8	107,8

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Gold- und Kakaonotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Etwas fester gingen Silber und Kupfer aus dem Markt. Uneinheitlich notierte Kaffee.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	7.11.	6.11.
Dez.	288,75-283,25	286,50-286,25
März	273,25-273,50	271,00
Mai	257,00-257,25	255,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

St L. 1 CW	201,96	202,58
Am. Durum	199,76	200,36

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Dez.	99,00	98,00
März	103,50	101,50
Mai	103,70	101,80

HAFER Winnipeg (can.$/t)

Dez.	85,00	82,50
März	82,50	81,50
Mai	82,30	80,80

HAFER Chicago (c/bush)

Dez.	144,00	138,75
März	141,25	138,50
Mai	139,50	138,50

MAIS Chicago (c/bush)

Dez.	173,25-173,00	172,50-172,75
März	182,50-182,25	182,00-181,75
Mai	188,25-188,50	188,00-187,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Dez.	85,00	83,40

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

7.11.	6.11.
31,00	30,50

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

SOJAÖL Chicago (c/lb)

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)
Mississippi-Tal fob Werk

SCHMALZ Chicago (c/lb)
loco lose
Choise white hog 4 % fr.

TALG New York (c/lb)
top white
fancy
bleicht
yellow max. 10% fr.F.

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	7.11.
Dez.	48,15-48,55
März	48,35-48,40
Mai	48,65-48,75
Juli	49,01
Okt.	49,60-49,65
Dez.	49,95-50,20

KAUTSCHUK New York (c/lb)
Händlerpreis loco RSS-1

45,375

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	10.11.
Dez.	564-567

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Internationale Edelmetalle

Erlösung – Rohstoffpreise

New Yorker Metallbörse

Westd. Metallnotierungen

Kartoffeln

Bauholz

Zinn-Preis Penang

Devisenterminmarkt

Durch festere US-Zinssätze bedingt wurden am 10. 11. die Deports gegen D-Mark etwas höher gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,28-0,18	0,75-0,65	1,50-1,30
Pfund/Dollar	0,60-0,58	1,75-1,72	3,25-3,20
Pfund/DM	2,20-0,80	5,20-3,80	9,30-7,90
FF/DM	-15-1	32-16	60-44

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 10.11.: Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,45-4,50 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.

Privatdiskontsätze am 10.11.: 10 bis 29 Tage 3,05 G-2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G-2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 10.11.: 3,5 Prozent. Lombardsatz 5,5 Prozent

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 10.11. Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅞-6⅛	4½-4¾	3-3¼
3 Monate	5⅞-6⅛	4⅝-4⅞	3¾-4
6 Monate	6-6¼	4⅝-4⅞	3⅞-4⅛
12 Monate	6⅛-6⅜	4⅝-4⅞	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 10.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 14,50; Verkauf 17,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 13,00; Verkauf 16,00 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 10.11. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	198,00	254,22	35,46
20 ffr Napoleon	5,8070	149,00	198,36	34,16
20 sfr Vreneli	5,8070	161,00	212,04	36,51
1 Sovereign Neu	7,3220	183,00	237,12	32,38
1 Sovereign Alt	7,3220	185,00	239,40	32,70
100 Kronen Öster.	30,4880	775,00	951,90	31,22
20 Kronen Öster.	6,0980	153,00	197,22	32,34
10 Kronen Öster.	3,0480	83,00	110,58	36,28
4 Dukaten Öster.	13,7700	371,00	457,14	33,20
1 Dukaten Öster.	3,4420	85,00	117,42	34,11
10 Rubel Tscherw.	7,7423	200,00	256,50	33,13
Krügerrand 1 Uz	31,1035	821,00	975,84	31,37
Krügerrand ½ Uz	15,5517	433,00	516,42	33,21
2 Rand Südafrika	7,3220	182,00	235,98	32,23
1 Rand Südafrika	3,6610	84,00	118,56	32,38
50 C.$ Mapl.L.1 Uz	31,1035	848,00	1006,62	32,36
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	88,00	111,72	35,92
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	1000,00	1288,20	42,81
Gold Am.Eagle 1 Uz	31,1035	856,00	1015,74	32,66
Nob Platin 1 Uz	31,1035	1180,00	1390,80	44,72
Nob Platin 1/10 Uz	3,1103	123,00	156,18	50,21

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Dollar-Anleihen

	7.11.	6.11.
9¾ EEC 90	105,875	105,875
11¼ dgl. 90	111,375	111,375
10¾ EIB 93	110,5	110,5
11 dgl. 91	113,75	113,625
11¾ dgl. 90	114,625	114,625

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

Nullkupon-Anleihen (DM)

New Yorker Finanzmärkte

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52852

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Leasing läuft

Bm. – Ob die Zeiten tot sind, in denen Leasing als antizyklisches Instrument gepriesen wurde, bleibt abzuwarten – bis zur nächsten Flaute. Fest steht heute nur, daß es einst falsch war, Leasing ausschließlich die Funktion des Lebenserhalters in der Baisse zuzuschreiben. Die Zweifel haben sich verflüchtigt: Leasing ist ein Stimulantium wie jede andere Investition auch. Wenn nicht alle Zahlen täuschen, wird das sich dem Ende zuneigende Jahr 1986 alle Leasing-Rekorde brechen. Die bilanztechnisch stimme Schwester der Investition ist nicht mehr wegzudenken aus dem Reigen der Finanzierungsinstrumente. Gerade der wirtschaftliche Aufschwung nutzt die Argumente, mit denen sich das Leasing immer wieder vorstellt: Es entlastet die Bilanz, setzt Kreditlinien frei, die möglicherweise gerade jetzt genutzt werden müssen, um in der Auftragsflut mithalten zu können. Leasing ermöglicht Produktionskapazität für den Augenblick. Leasing kann also im Wege der Miete für relativ kurze Zeit Kapazität schaffen, die mit Auslaufen von Verträgen wieder abgegeben werden kann. Nie hat ein Satz so gestimmt wie in der gut laufenden Konjunktur: Nicht an der Maschine wird verdient, sondern am Produkt, das mit ihr hergestellt wird.

„Nichts für den, der sich kein Auto leisten kann"

Gespräch mit Gerhard Kaiser, Geschäftsführer ALD AutoLeasing D – Nach Änderung des Güterfernverkehrgesetzes zunächst Erfahrungen sammeln

Die Autoleasing-Gesellschaften in der Bundesrepublik können nicht klagen: Sie haben sich mittlerweile einen Anteil von rund drei Prozent am Fahrzeugbestand gesichert. Das sind rund 700 000 Fahrzeuge. Im gewerblichen Bereich ist das Leasing-Verbot für Fahrzeuge, die im Güterfernverkehr eingesetzt werden, bereits gefallen; im privaten Bereich wird zur Zeit allerdings mit äußerst günstigen Finanzierungen geworben. Wie geht es mit dem Autoleasing weiter? Gerhard Kaiser (Foto), Geschäftsführer des größten herstellerunabhängigen Leasingunternehmens in der Bundesrepublik, ALD Autoleasing D in Hamburg, antwortete auf Fragen von Georg Weden.

Herr Kaiser, wie hoch ist der gewerbliche Anteil am Autoleasing und welche Entwicklung erwarten Sie in diesem Bereich?

Kaiser: Wir gehen davon aus, daß auf dem Markt 70 Prozent der Leasingfahrzeuge in gewerblicher Hand sind. Die Tendenz bei den Neuabschlüssen ist weiterhin steigend, wenn auch nicht mehr mit den Zuwachsraten früherer Jahre zu rechnen ist. Ich bin optimistisch und erwarte, daß uns die nächsten Jahre im gewerblichen Bereich noch einen Zuwachs bringen werden.

Der von der Europäischen Gemeinschaft beschlossene Fortfall des Leasingverbots im Güterfernverkehr müßte der Branche doch einen kräftigen Schub geben?

Kaiser: Das bleibt abzuwarten, denn der Güterwerkverkehr nach Paragraph 48 Güterkraftverkehrsgesetz ist nach wie vor vom Leasing ausgenommen.

Welche Möglichkeiten für uns und für die potentielle Kundschaft im gewerblichen Güterfernverkehr stekken, wird zur Zeit untersucht, denn hier handelt es sich um Neuland. So müssen zunächst Erfahrungen über die Ermittlung von Lkw-Restwerten gesammelt werden.

Eine andere Frage ist, wie sich die Eigentumsverhältnisse zum Beispiel bei Auslandsfahrten und den damit verbundenen Risiken auswirken; die Leasinggesellschaft ist ja Eigentümerin der Fahrzeuge.

Ich erwarte allerdings, daß sich der Leasinggedanke für Personen- und Lastkraftwagen ganz allgemein in Zukunft noch stärker durchsetzen wird. Der Geschäftsmann erkennt hier deutlich seine Vorteile: In großen Unternehmen mit riesigen Fuhrparks spielt die Finanzierung eine wichtige Rolle. Mit dem Leasing wird Kapital freigestellt.

Außerdem kommt der Service-Gedanke immer stärker ins Spiel: Fahrzeuge können mit vollem Service geleast und mit Kreditkarte in autorisierten Werkstätten kostenfrei gewartet und repariert werden.

Für kleinere Gewerbetreibende spielt eine wichtige Rolle, daß sie mit Hilfe des Leasing ihre Kreditlinie bei der Bank schonen können.

Wie stellt sich das Risiko beim herkömmlichen gewerblichen Leasing für Sie dar?

Kaiser: Alle haben hier Lehrgeld zahlen müssen. Nach der Neugründung zahlreicher kleiner Firmen ist es zu Forderungsausfällen gekommen, weil hier häufig die Kapitaldecke nicht lang genug, der Wunsch nach hochwertigen Autos aber sehr groß war. Ganz besonders gefährdet sind nach unseren Erfahrungen die Firmen, die noch keine fünf Jahre arbeiten. Daraus haben wir Konsequenzen gezogen, die Bonitätsprüfungen verschärft und die Ansprüche ganz allgemein höher geschraubt.

Wie prüfen Sie Bonität?

Kaiser: Im gewerblichen Leasing arbeiten wir mit Handelsauskunfteien und Banken zusammen. Beim Privatleasing ist es die Schufa. Werden Autos im Wert von mehr als 30 000 Mark gewünscht, holen wir zusätzlich eine Bankauskunft ein. Außerdem sichern wir uns mit einer Anzahlung ab, der Mietsonderzahlung.

Sie haben kürzlich gesagt, das bei den Kunden so beliebte Null-Leasing sei so gut wie tot. Wie halten Sie gegen die Superzins-Finanzierungsangebote?

Kaiser: Das Null-Leasing hat tatsächlich kaum noch Bedeutung. Es hat allerdings den Durchbruch des Leasing im privaten Bereich gebracht, weil die Vorteile des Autoleasing auf sehr plakative Weise deutlich gemacht werden konnten. Es hält sich aber immer noch das Vorurteil, Leasing sei günstig für den gewerblichen Bereich, nicht aber für den Privatmann. Angesichts sehr günstiger Zinsangebote kann man hier leicht das Gegenteil beweisen.

Und wie, bitte?

Kaiser: Es ist längst üblich, ein Zwei-, Drei- oder Fünfprozent-Leasing für den Privatmann zu machen. Die Zinsbelastung liegt damit nicht höher als bei der günstigsten Finanzierung. Der Leasingkunde hat den Vorteil, daß er niedrigere Monatsraten zahlt, weil er ja nicht das ganze Auto finanziert, sondern nur die jeweilige Nutzung. Dies ist, wie wir aus Befragungen wissen, eines der wichtigsten Argumente unserer Kunden für das Leasing. Grundsätzlich kann man sagen: Die Finanzierung kann nichts leisten, was das Leasing nicht ebenfalls könnte.

Stoßen Sie nicht auf den Wunsch, möglichst ein Auto zu fahren, das man sich sonst finanziell nicht leisten könnte?

Kaiser: Ja, wir wissen vom Handel, mit dem wir das Leasing gemeinsam abwickeln, daß manchmal viel Überzeugungsarbeit notwendig ist, dem Kunden das ihm gemäße Fahrzeug zu vermitteln. Kurz: Leasing ist gewiß nichts für Leute, die sich kein Auto leisten können.

Beim Kunden steigt das Interesse

Umsatzplus bei Ford Credit

Neben unabhängigen Leasing-Gesellschaften und den Tochterunternehmen von Automobilhändlern betreiben in erster Linie die hersteller-gebundenen Banken und Leasing-Unternehmen dieses Geschäft. Diese Gruppe liefert über 70 Prozent der geleasten Fahrzeuge aus. So hat beispielsweise die in Köln ansässige Ford Credit Bank AG derzeit bundesweit rund 70 000 Leasing-Fahrzeuge auf dem Markt. Gut 60 Prozent davon werden von Privatkunden gefahren.

Insgesamt kam jede vierte Neuzulassung eines Ford-Fahrzeuges mit Hilfe der Autobank zustande. Anders ausgedrückt: Mit Ford-Kunden wurden im vergangenen Jahr über 75 000 Finanzierungs- und Leasingverträge abgeschlossen.

Die Ford Credit Bank AG, eine hundertprozentige Tochter der Ford-Werke AG, Köln, kann mit einem Gewinn von 15,6 Millionen Mark auf ein außerordentlich erfolgreiches Geschäftsjahr 1985 zurückblicken. Diese Entwicklung setzte sich im ersten Halbjahr 1986 fort.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft erhöhte sich 1985 gegenüber dem Vorjahr um 163 Millionen Mark auf 2,2 Milliarden Mark. Dabei betrug das Umsatzvolumen der Bank einschließlich Leasing-Investitionen 4,6 Milliarden Mark.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres verdoppelte sich der Umsatz der Kundenfinanzierungen gegenüber dem Vergleichszeitraum 1985. Auch das Leasing-Geschäft konnte deutlich gesteigert werden. So wurden bis Ende Juni rund 54 300 Kundenverträge abgeschlossen. Insgesamt rechnet die Bank für 1986 mit einem kräftigen Wachstum bei Leasing-Fahrzeugen.

Die Ford Credit Bank AG bietet dem privaten Leasing-Interessenten in der Regel zwei Vertragsformen. Beim Vertrag mit Kilometerabrechnung wird eine Gesamtfahrleistung vereinbart. Bei Vertragsende gibt der Leasing-Nehmer den Wagen zurück. Abgerechnet werden lediglich etwaige Mehr- oder Minderkilometer. Bei einem Vertrag mit Gebrauchtwagenabrechnung wird der zu Vertragsbeginn kalkulierte Gebrauchtwagenwert dem tatsächlichen Wert bei Vertragsende gegenübergestellt. Wird ein Mehrerlös erzielt, erhält der Leasing-Nehmer eine Vergütung. Im anderen Fall muß allerdings die Differenz nachgezahlt werden.

Dem gewerblichen Leasing-Interessenten bietet Ford Credit drei Dienstleistungspakete an. So können die Kosten für Wartung, Reparaturen, Versicherung, Kfz-Steuer und Schadensabwicklung bei Versicherungsfällen in einen Vollservice-Vertrag eingeschlossen werden. (WR)

Nun fahren auch Brummis mit dem Leasing-Vertrag

Einschränkung für den Werkverkehr bleibt bestehen

Am 26. September 1986 hat der Bundesrat die „Verordnung zur Änderung über den Einsatz von Ersatzfahrzeugen im Güterkraftverkehr" verabschiedet. Am 1. Oktober ist sie in Kraft getreten.

Mit dieser Änderung wird die Beschaffung von Nutzfahrzeugen mit mehr als vier Tonnen Nutzlast sowie von schweren Zugmaschinen über 55 kW, die im Güterfernverkehr eingesetzt werden, auch im Leasing-Verfahren möglich.

Der Paragraph 12 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) unterscheidet zwischen Güternahverkehr, Güterfernverkehr und Werkverkehr.

Der Güternahverkehr, die Beförderung von Gütern für Dritte innerhalb einer Zone von 50 Kilometern um den Standort des Kraftfahrzeugs, war auch bisher nicht reglementiert. Hier konnten Fahrzeuge schon immer geleast werden.

Für den Güterfernverkehr untersagte der Paragraph 12 des GüKG bisher die Beschaffung über Leasing bei Lkw über vier Tonnen Nutzlast und schweren Zugmaschinen über 55 kW. Dieses Verbot gilt nun nicht mehr.

Die Einschränkung für den Werkverkehr Beförderung von Gütern für eigene Zwecke des Unternehmens bleibt jedoch weiterhin bestehen.

Der größte Teil der rund 1,4 Millionen zugelassenen Nutzfahrzeuge konnte jedoch auch bisher schon im Leasing-Verfahren erworben werden, nämlich dann, wenn die Nutzlast unter vier Tonnen lag und Zugmaschinen 55 kW nicht erreichten. Dabei spielte auch keine Rolle, ob die Fahrzeuge im Güternah-, Fern- oder Werkverkehr eingesetzt waren.

Der Bundesverband Deutscher Leasing-Gesellschaften hatte sich seit langem intensiv um eine Änderung des GüKG ohne Einschränkung bemüht. Interessant ist aber nach der Gesetzesänderung auch dieser neue Teilmarkt trotzdem, da die Anschaffungswerte der Lkws eine beträchtliche Investition für die Transportunternehmen bedeuten. (WR)

So wird aus dem Export ein „Inlandgeschäft"

Die Bundesrepublik Deutschland ist in hohem Maße exportabhängig. Dies gilt besonders für den Maschinen- und Großanlagenbau. Bei einigen Unternehmen des Großanlagenbaus stammen bis zu 100 Prozent der Aufträge aus dem Ausland. Folgerichtig kann nur ein kontinuierlicher Export Arbeitsplätze sichern.

Deutsche Investitionsgüter sind qualitativ hochwertig und haben dann somit auch ihren Preis. Bei für Exporte ungünstigeren Konjunkturbedingungen kommt es daher stärker als bisher darauf an, diese Exporte kreativ und intelligent zu finanzieren. Wer hier das richtige Gespür hat, macht dann auch bei einer weniger günstigen Gesamtsituation sein Geschäft.

Cross-Border-Leasing – oder auf deutsch Exportleasing – kann ein Instrument der Exportförderung sein, insbesondere, nachdem die international tätigen Banken dabei sind, ihre Engagements in einigen der potentiellen Käuferländer für deutsche Produkte, etwa in Lateinamerika und in der Dritten Welt, aufgrund der Zahlungsbilanzprobleme dieser Länder drastisch zu reduzieren. Viele Banken haben die entsprechenden Maßnahmen hierfür bereits abgeschlossen und lehnen unter Hinweis auf die Länderrisiken eine erneute Ausweitung ihres Kreditengagements dorthin ab.

Ein geschickt strukturierter Exportleasingvertrag löst unter Umständen die Finanzierungsprobleme unter Berücksichtigung der Interessenlage sowohl des Exporteurs als auch der des Importeurs. Die aus unterschiedlichen Steuergesetzgebungen resultierenden Vorteile tragen zu einer erheblichen Verbesserung der Wettbewerbssituation des deutschen Exporteurs bei.

Der deutsche Exporteur erhält den Kaufpreis in der Währung seiner Wahl und in der Regel sofort. Er trägt kein Währungsrisiko, spart in seine Kalkulation normalerweise eingestellte Finanzierungs- und Risikozuschläge, erhöht dadurch seinen Wettbewerbsvorteil und macht aus finanzierungstechnischer Sicht ein Inlandsgeschäft. Etwaige steuerliche Vergünstigungen – wie Export- oder Investitionshilfen – fließen direkt oder indirekt über entsprechend strukturierte Mietraten dem Importeur zu oder verbessern die Wettbewerbsfähigkeit des Exporteurs. In besonderen Fällen (erstklassige Bonität des Käufers und kein oder nur ein geringes Länderrisiko) kann der Exporteur oder der Leasinggeber noch auf die Exportkreditversicherung verzichten und so die normalerweise kalkulierten Kreditversicherungskosten, die neuerdings zu einer wettbewerbsrelevanten Größe angewachsen sind, sparen. Er hat damit die Möglichkeit, seinen Preis gegenüber seinem Wettbewerb oder seine eigene Ertragssituation zu verbessern.

Für den ausländischen Käufer oder Importeur sieht eine Cross-Border-Leasing- oder Mietkaufalternative ähnlich positiv aus:

● Seine Mietratenzahlung beginnt im allgemeinen erst mit der Produktion seines Wirtschaftsgutes. Auf Wunsch bleibt die Höhe der einzelnen Mietrate über die Laufzeit des Vertrages konstant und bildet so eine genau kalkulierbare Kostengröße.

● Die Mietdauer richtet sich auch nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer für derartige Investitionen im Bestimmungsland und kann erforderlichenfalls auf Restwertbasis verlängert werden, sofern hierbei keine lokalen fiskalischen Bestimmungen verletzt werden. Damit ist die geforderte Langfristigkeit der Finanzierung gegeben.

● Durch eine Verknüpfung von Steuervorteilen, etwa durch Abschreibungsmöglichkeiten im Hersteller- wie im Empfängerland, kann eine derartige Finanzierung insgesamt erheblich kostengünstiger sein als konventionelle Finanzierungsarten.

● Der Leasingnehmer kann das gemietete Objekt nach Ablauf der Mietperiode in der Regel günstig erwerben, oder er gibt es an den Leasinggeber zurück, der dann die Verwertung vornimmt. Zusätzlich ist die Möglichkeit der Beteiligung bei der Realisierung stiller Reserven gegeben.

Exporteure sollen sich davor hüten, anzunehmen, Leasing oder Mietkauf seien Finanzierungsformen für „fußkranke" Investoren. Diese Annahme geht weit am Ziel vorbei. Leasinggesellschaften legen die gleichen strengen Bewertungsmaßstäbe bei der Beurteilung der Bonität eines Leasingnehmers an wie traditionelle Finanzierungsinstitute.

KLAUS KÖNECKE

Erfahrung des Profis beim Bauen nutzen

Immobilienleasing: Der Mittelstand schont sein Kapital

Die deutschen Großunternehmen haben nahezu ohne Ausnahme dem Immobilienleasing in ihren Finanzierungsüberlegungen einen festen Platz eingeräumt. Zum einen spielen in der Regel Bilanzerwägungen eine Rolle, zum anderen ist insbesondere die Kalkulation mit dem spitzen Bleistift die wohlbegründete Ursache für diese Entwicklung. Fragen der Liquiditäts- und Kapitalbeschaffung spielen eine gänzlich untergeordnete Rolle.

Mittelständische Unternehmen hingegen haben eine andere Eigentümer- und damit Entscheidungsstruktur, die Berücksichtigung finden muß. Hinzu kommen bei der Kapitalbeschafffung erhebliche Nachteile im Vergleich zu Großunternehmen, die sich insbesondere quantitativ im Hinblick auf die Margenerwartung der Finanzierungsbanken aber auch bei strukturellen Fragen, wie Kapitalüberlassungsdauer oder Tilgungsgeschwindigkeit auswirken. Die oft fehlende Markttransparenz für das Kapitalmarktgeschehen verstärkt das bestehende Ungleichgewicht zwischen mittelständischem Unternehmen und Banken.

Eine Lösung bietet hier am besten eine bankenunabhängige Leasinggesellschaft, die aufgrund ihrer Markttransparenz am Banken- und Kapitalmarkt eine echte und leistungsfähige Maklerrolle übernehmen kann, so wie sich dies heute beispielsweise im Bereich der Versicherungswirtschaft als hilfreich und konditionenverbessernd eingebürgert hat.

Diese für den Leasingnehmer ungünstige Marktstruktur kann jedoch die gerade für den Mittelstand bedeutenden Vorteile des Immobilienleasing nicht schmälern:

Neben den rechnerischen Vorteilen im Vergleich zur traditionellen Finanzierung sind hier Fragen der investitionsbezogenen Kapitalbeschaffung von Bedeutung. Für gut verdienende wachsende Unternehmen ist Immobilienleasing das geeignete Instrument. Großinvestitionen ohne direkte Belastung der eigenen Finanzierungsmittel darzustellen. Die im Unternehmen liquide verbliebenen Eigenmittel lassen sich bei Immobilienleasing für schwer bankfinanzierbare, jedoch für den Unternehmenserfolg wichtige Bereiche einsetzen.

Hinzu kommt gerade bei mittelständischen Unternehmen die Erhaltung des bisherigen Bilanzbildes. Jeder Unternehmer weiß, wie sehr die statische Bilanzbeurteilung und damit auch der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme die Qualitätseinschätzung durch die Finanzierungsbanken beeinflußt. Zwar sind mit einigem Recht Verpflichtungen aus einem zu bedienenden Leasingvertrag wirtschaftlich denen gleichzusetzen, die aus einer direkten Finanzierung erwachsen. Unbestreitbar ist jedoch, daß bei Entscheidungen im Wirtschaftsverkehr objektive Kriterien eben nur Teil einer Gesamtentscheidung sind.

Häufig wird beim Abschluß von Immobilienleasingverträgen die Bedeutung der Langfristigkeit solcher Verträge für die Weiterentwicklung des Unternehmens übersehen. Für ein mittelständisches Unternehmen stellt die geleaste Immobilie oft die wesentliche Unternehmensgrundlage dar, die für den bei Abschluß der Verträge überschaubaren Zeitraum ausreichend und maßgeschneidert erscheint.

Auf die Vertragslaufzeiten von 20 und mehr Jahren lassen sich die künftigen Unternehmensbedürfnisse jedoch nicht überschauen. Im Unterschied zur traditionell finanzierten *Immobilie ist nun der Leasingnehmer* bei Veränderungen und Erweiterungen des Gebäudes auf das Wohlwollen seines Partners Leasinggesellschaft angewiesen. Auch hier wirkt sich nun wieder das ungleiche Kräfteverhältnis zwischen mittelständischem Unternehmen und Leasinggesellschaft/Bank aus:

Haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Leasingnehmers zum Zeitpunkt der Durchführung seiner Erweiterungspläne weiterhin positiv entwickelt, wird die Leasinggesellschaft gerne zu einer Erhöhung des bestehenden Leasingvertrages zur Verfügung stehen. Ihre Stellung als Eigentümer des Grundstückes läßt eine andere Unternehmensentscheidung kaum zu.

Im anderen Fall wird der Unternehmer die Leasinggesellschaft schwerlich bewegen können, den als Sicherheit dienenden, zur Bebauung anstehenden Grundstücksteil dem Leasingnehmer zu günstigen Konditionen zurückzuverkaufen. Dann bleibt nur noch die praktisch nicht *fremdfinanzierbare Investition in* fremde Grundstücke und Gebäude, die jedoch hinsichtlich der Beurteilung des wirtschaftlichen Eigentums erhebliche Probleme aufwerfen kann.

Soweit die Investition des Leasingnehmers in das Eigentum der Leasinggesellschaft einen entsprechenden Umfang übersteigt, kann hierin ein wirtschaftlicher Zwang zur Ausübung des eingeräumten Ankaufsrechtes gesehen werden, der zur Zuordnung des wirtschaftlichen Eigentums beim Leasingnehmer führt. Zwar gibt es hier durchaus geeignete Verfahren, diese Gefahr abzuwenden, jedoch sind diese für den Leasingnehmer wenig vorteilhaft.

Besonderheiten für den Mittelstand ergeben sich auch aus der Verkürzung der Abschreibungszeiten und der damit verbundenen degressiven Abschreibungsmöglichkeit für gewerbliche Immobilien. Bei mittelständischen Unternehmen ist der Unternehmer als Manager und Eigentümer des Unternehmens die Regel. So läßt sich der Eigentümerkreis durch wenige Personen und die mit ihnen verbundenen Familien begrenzen.

Diese Struktur läßt nun Beteiligungsmodelle bei Immobilienleasing im Zusammenhang mit dem vom Unternehmen genutzten Gebäude zu, die zu interessanten steuerlichen Effekten führen. Natürlich basieren diese letztlich auf einer zeitlichen Verlagerung der Steuerpflicht, die jedoch im Einzelfall zu spürbaren Auswirkungen führen kann.

Neben den finanzierungstechnischen und steuerlichen Fragen des Immobilienleasing kommt der *eigentlichen Investitionsdurchführung* erhebliche Bedeutung zu. Der Sachverstand und der Marktüberblick der Immobilienleasinggesellschaft kann hier zu erheblichen Kosteneinsparungen führen, nicht zuletzt auch durch professionelles Handling der Baumaßnahme durch von der Leasinggesellschaft eingeschaltete Fachleute.

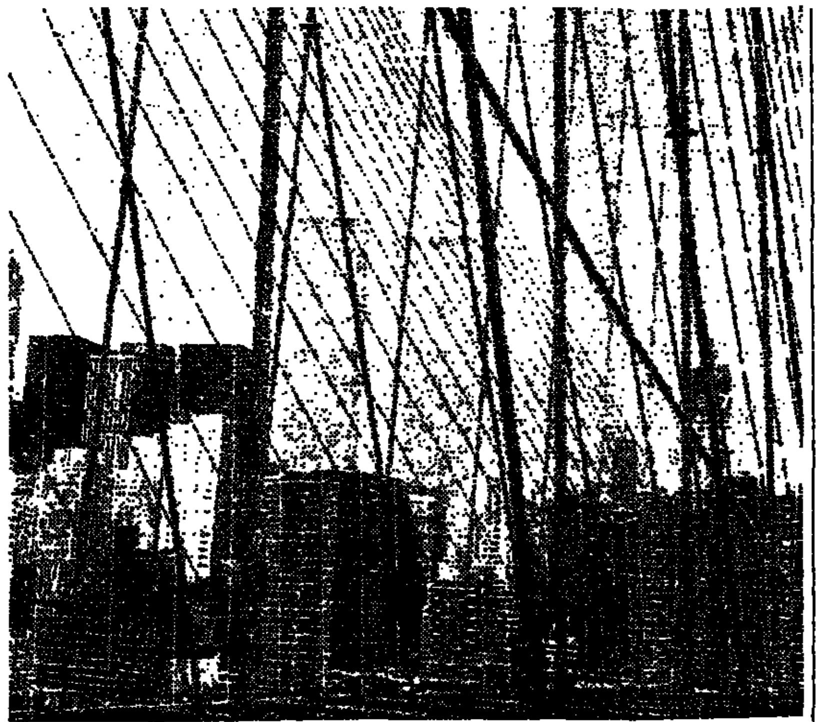
Die Erfahrung und das darauf basierende Kalkulationsvermögen einzelner Immobilienleasinggesellschaften schützen vor unliebsamen Überraschungen beim Bau und den damit verbundenen Nachfinanzierungsproblemen. Diese Investitionshilfe beim Bauen ist häufig ausschlaggebende Ursache für die Entscheidung zum Immobilienleasing und die Auswahl der Leasinggesellschaft.

Immobilienleasing ist also nicht für jede Gebäudeinvestition des Mittelstandes die „richtige" Problemlösung. Die individuellen Gegebenheiten des Unternehmens und die Unternehmensziele bestimmen die Beurteilung in erheblichem Umfang. Grundsätzlich bietet Immobilienleasing jedoch eine Reihe von Vorteilen, die durch die richtige Auswahl der Leasinggesellschaft spürbar gesteigert werden können:

Die Beschaffung der Finanzierungsmittel muß unabhängig und frei von Interessen der Gesellschafterbanken erfolgen können. Die Markttransparenz im Bankenbereich ist Gewähr für das Heranführen von neuen, konditionell leistungsfähigen Finanzierungsquellen für das mittelständische Unternehmen.

Unternehmerisches Denken, Flexibilität und Kreativität der Leasinggesellschaft sollte dem Unternehmer nicht nur in der Ausarbeitungsphase des Vertrages, sondern auch während der Vertragslaufzeit zur Verfügung stehen. Die mittelständische Struktur der Leasinggesellschaft selbst gewährleistet in der Regel auch das notwendige und dauerhafte Verständnis für die Besonderheiten des mittelständischen Partners als Leasingnehmer.

DIETER MAIER



Die Idee stammt aus den USA und nach 20 Jahren ist Leasing auch in der Bundesrepublik Deutschland eine feste Größe – New York mit den beiden Türmen des World Trade Center. FOTO: MANFRED GRUNOW

Das Service-Paket bietet ein ganzes Bündel Bequemlichkeit

Auch Versicherung und Kfz-Steuer können in den Vertrag einbezogen werden

Das Autoleasing hat in den letzten Jahren ein immer größeres Gewicht in den Budgets der Leasinggesellschaften eingenommen. Etwa 700 000 Personenkraftwagen werden in der Bundesrepublik Deutschland nach neuesten Schätzungen schon im Wege des Leasing genutzt.

Auch 1986 – dem Jahr des 100. Geburtstages des Automobils – läßt der Trend, insbesondere im gewerblichen Autoleasing, weiterhin hohe Zuwachsraten erkennen. Dies vor allem deshalb, da das moderne Dienstleistungsangebot „Leasing" im Bereich der kommerziellen Nutzung seine größten Vorteile bietet.

Das Privatautoleasing hingegen wird nach allgemeiner Einschätzung auf seine boomhaften Zuwächse verzichten müssen. *Dies gilt zum einen* wegen eines nunmehr langsam eintretenden Basiseffekts und zum anderen wegen des Verbotes des von den Herstellern gern als Absatzinstrument eingesetzten sogenannten Null-Leasing.

Die sicher überzeugendsten Vorteile des Autoleasing bestehen im Service, in der Erhaltung der Liquidität und des Finanzierungsspielraumes sowie den gleichbleibenden Kosten während der gesamten Vertragszeit. Der Leasingnehmer zahlt das Fahrzeug nicht, bevor er es nutzt, sondern während er es nutzt. Die monatlichen Leasingraten entsprechen dem Wertverzehr des Autos.

Für den gewerblichen Leasingnehmer *verbessern sich durch die Miete* die Bilanzrelationen und die Rentabilität, da zusätzliche Erträge durch die Nutzung von Wirtschaftsgütern erzielt werden, die nicht in der Bilanz erscheinen.

Kosten sind fest kalkulierbar

Die Leasingraten sind dabei in voller Höhe absetzbare Betriebsausgaben. Sie mindern sowohl die Körperschaft – als auch die Einkommenssteuer. Außerdem wird der Leasingnehmer nicht durch Vermögens- oder Gewerbesteuer belastet. Aufgrund der vertraglichen Fixierung der Leasingraten sind die künftigen Fuhrparkkosten für den Unternehmer fest kalkulierbar, so daß sie direkt bei der Aufstellung des Budgets berücksichtigt werden können.

Die Bemessungsbasis für die Leasingrate ist der Anschaffungswert des jeweiligen Fahrzeuges ohne Umsatzsteuer. Die Leasingraten sind zwar zuzüglich Umsatzsteuer zahlbar, jedoch entsteht für den gewerblichen Leasingnehmer hierdurch kein Kostenfaktor, da er sie als Vorsteuer geltend machen kann. Ausgehandelte Skonti und Rabatte schlagen sich direkt zugunsten des Leasingnehmers in einer entsprechend reduzierten Leasingrate nieder.

Der Leasingnehmer hat also gegenüber dem Kauf keinerlei Nachteile, statt dessen bietet ihm das Leasing noch weitere Vorteile.

Erfahrungsgemäß werden Leasingfahrzeuge früher ausgetauscht als auf herkömmlichem Wege finanzierte Autos. Die durchschnittliche Vertragsdauer liegt bei etwa zwei bis drei Jahren. Kostspielige Verschleißreparaturen werden somit vermieden. Der Leasingnehmer fährt ständig ein neues, gegenüber dem Vorgängermodell noch benzinsparenderes Fahrzeug. Diese Tatsache trägt entscheidend zur Senkung der Fuhrparkkosten bei. Zugleich liegt sie im Interesse des jeweiligen Fahrzeughändlers, da er sich – früher als beim Fahrzeugkauf üblich – erfolgreich um einen Fahrzeugaustausch bemühen kann.

Die Verhandlung über die Anzahl der benötigten Fahrzeuge, über Typ, Ausstattung und Preis erfolgt beim Leasing – wie beim Kauf – in der Regel zwischen dem Kunden und dem Kraftfahrzeughändler. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß sowohl im Kraftfahrzeugbrief als auch im Kraftfahrzeugschein nur der Name des Kunden eingetragen wird. Sollte der Leasingnehmer darüber hinaus Wert darauf legen, gegenüber dem Kraftfahrzeughändler als Käufer aufzutreten, so bietet sich das Sale-and-lease-back an.

Dabei werden die Neufahrzeuge sofort nach erfolgter Auslieferung an eine Leasinggesellschaft verkauft und vom Leasingnehmer zurückge*mietet. In der Praxis sind solche Fälle* jedoch relativ selten, denn nahezu alle Kraftfahrzeughändler arbeiten mit einer oder mehreren Leasinggesellschaften zusammen, und der Kunde kann darüber hinaus eine Leasinggesellschaft seiner Wahl mit dem Fahrzeugkauf beauftragen.

Der Gebrauchtwagenmarkt für Kraftfahrzeuge in der Bundesrepublik gestattet es, die Wertentwicklung eines bestimmten Fahrzeugtyps mit einiger Sicherheit für mehrere Jahre vorauszusagen. Da sich alle namhaften Hersteller bereits seit einiger Zeit um zukunftsweisende Konstruktionen im Hinblick auf die Energieeinsparung, Raparaturfreundlichkeit und lange Service-Intervalle bemühen, wird es bei solchen Prognosen hinsichtlich der genannten Kriterien keine negativen Überraschungen, etwa durch spektakuläre Preiseinbrüche, geben.

Es kann daher nicht verwundern, daß vor allem im Pkw-Bereich fast ausschließlich Teil-Amortisationsverträge abgeschlossen werden. Die Vorteile dieser Vertragsform liegen zunächst einmal in der besonders günstigen laufenden Belastung für die Leasingnehmer, die sich aus der Tatsache ergibt, daß nur die Anschaffungskosten abzüglich des vorher vereinbarten Restwertes in die Kalkulation der Leasingraten eingehen. Darüberhinaus wird dem Leasingnehmer eine pflegliche Behandlung des Fahrzeuges und damit ein höherer Verkaufserlös als zunächst ange*nommen, bei Vertragsende in vollem* Umfang honoriert.

Umfassendes Dienstleistungspaket

Seit einiger Zeit ist eine sich immer verstärkende Tendenz zur Übernahme von Serviceleistungen durch den Leasinggeber zu beobachten. Beim sogenannten Full-Service-Leasingvertrag beispielsweise übernimmt der Leasinggeber während der Vertragslaufzeit praktisch die kaufmännische Verwaltung der vom Leasingnehmer genutzten Fahrzeuge.

Das dem Kunden offerierte Dienstleistungspaket hebt das Angebot der Leasinggesellschaften deutlich von einer bloßen Finanzierung ab. Die Leasinggesellschaft kontrolliert und begleicht sämtliche Werkstattrechnungen über Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten einschließlich Reifenerneuerung, schließt die erforderlichen Versicherungen ab, überweist pünktlich die Versicherungsprämien *und die Kfz-Steuer* oder wickelt etwaige Schadensfälle ab. Neuere Überlegungen gehen sogar dahin, auch die Benzin- und Pflegekosten in das Full-Service-Paket einzubeziehen. Für den Leasingnehmer sind dann alle Kosten im Zusammenhang mit dem Fahrzeug durch die Zahlung der monatlichen Leasingraten abgedeckt.

Die aufgezeigten Vorteile des Kfz-Leasing einschließlich des Serviceleasing wirken sich zwar zunächst zum direkten Vorteil des Leasingnehmers aus, dennoch sollte nicht übersehen werden, daß das Leasing dem Kraftfahrzeughändler ein Instrument zur Hand gibt, mit dem er bereits heute über den Umsatz von morgen entscheidet.

KARL-PETER OTTO

Geringere Leasing-Rate schlägt im Vergleich den Kredit

„Nutzen statt besitzen" überzeugt immer mehr private Autofahrer – Rund 20 Prozent der Neuzulassungen werden über diesen Weg erworben

Der kaufmännische Angestellte *Herbert Schwarz im* hessischen Friedberg wird zu einer neuen Verbrauchergruppe gezählt: Er hat vor zweieinhalb Jahren ein Auto erstmals nicht auf Stottern gekauft, sondern privat geleast. Den Toyota Corolla seiner Wahl ist er inzwischen wieder los, er hat ihn gegen ein neues Modell getauscht – wiederum im Leasing.

So wie Schwarz haben es mittlerweile einige hunderttausend Autofahrer gemacht. Die meisten sind damit bis auf weiteres für die klassische Finanzierung verloren. Kein Wunder, daß Autoleasing-Unternehmen wie Pilze aus dem Boden schossen, viele als Ableger „klassischer" Finanzierer.

Nach Meinung von Marktbeobachtern kommen derzeit bis zu 20 Prozent der Neuzulassungen auf dem Weg über das Leasing in den Markt, das sind Monat für Monat mehr als 40 000 Autos. Der Bestand an verleasten Fahrzeugen wird derzeit schon auf mehr als 700 000 Stück geschätzt, rund drei Prozent vom gesamten Bestand.

An Warnungen vor der angeblichen Undurchschaubarkeit des Autoleasings hat es indessen nicht gefehlt. Der ADAC vor zwei Jahren: „Autoleasing bietet viele Fallstricke."

Renommierte Leasingfirmen raten den Autofahrern: „Sie sollten sich das Kleingedruckte genau ansehen und sich vom Händler so gründlich beraten lassen. bis Sie alles verstehen." Das vom ADAC kritisierte Leasing-Kleingedruckte ist mittlerweile auch in Gesprächen mit dem Klub verbessert worden.

Daß sich diese neue, schon vor knapp 20 Jahren aus den USA übernommene Form der privaten Langzeit-Automiete auch bei uns boomartig verbreiten konnte, wird von Leasingexperten so erklärt: Das Interesse der privaten Kundschaft am Autoleasing war zunächst auf Sonderaktionen der Automobilhersteller zurückzuführen.

„Null-Leasing" war zu einem geflügelten Wort geworden. Beim Null-Leasing macht die Summe aller Zahlungen am Ende nur so viel aus wie der empfohlene Richtpreis. Kauft der Leasingnehmer das Fahrzeug anschließend, hat er es mit „null Zinsen" finanziert.

Fahrzeug-Typ: Toyota Corolla Compakt, 3-türig, 1,3 l, 74 PS
Kaufpreis 15 190 DM
24 Monate Laufzeit mit insgesamt 30 000 km

	Kredit	Leasing
Anzahlung	5 190 DM	5 190 DM
Restwert	–	40 % = 6 835 DM
monatliche Rate	430 DM	144 DM
Gesamtbelastung	10 320 DM	10 291 DM
Finanzierungskosten	3,2 Prozent	2,9 Prozent
monatl. frei verfügbares Geld durch Leasing (alle Preisangaben einschl. Mehrwertsteuer)		286 DM

Die Autofahrer begriffen sofort – und die Hersteller kurbelten den Absatz an. „Viele Kunden tauschten das Auto nach Ablauf des Vertrages in ein neues", berichtet Gerhard Kaiser, Geschäftsführer der markenunabhängigen ALD AutoLeasing D, die 1985 erstmals eine Kundenbefragungsaktion in der neuen Privatleasinglandschaft startete.

Dabei stellte sich unter anderem heraus, daß 74 Prozent der Privatleasingkunden über ein Nettomonatseinkommen von 2000 bis 3000 Mark verfügen, insgesamt eine „gute Zahlungsmoral" haben und das Privatleasing „mit Mehrheit" weiterempfehlen.

„Privatleasing ist verboten", meldete im Januar 1986 eine führende deutsche Tageszeitung. Tatsächlich hatte das Oberlandesgericht Frankfurt in einem Rechtsstreit zwischen Autohändlern entschieden: „Wirbt der Händler mit Null-Leasing, hat dies als Verstoß gegen das Rabattgesetz zu gelten."

Bei Herstellern, Importeuren und Leasinggesellschaften löste dies allerdings keine Panik aus. „Das Null-Leasing spielt inzwischen nur noch eine untergeordnete Rolle. Unsere Kundschaft hat sich mit dem ganz normalen Leasing angefreundet", berichtet Gerhard Kaiser, „denn die Kunden haben verstanden, welche Vorteile ihnen hier geboten werden."

1. Beim Leasing wird vom Kunden nur der unvermeidliche Wertverlust plus Zinsen und Verwaltungsgebühr finanziert, nicht das gesamte Fahrzeug.

Das bedeutet: deutlich niedrigere Monatsraten als bei der Finanzierung. Und das Leasing ist flexibel genug, um auch den derzeit beliebten Niedrigzinsangeboten standhalten zu können.

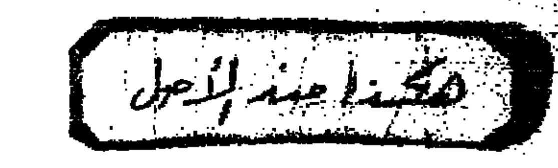
2. Weil Leasingverträge in der Regel nur für 24 oder 36 Monate geschlossen werden, fährt der Kunde stets das neueste Automodell.

3. Der Händler, über den dieses Geschäft stets abgewickelt wird, kann in der Leasingrate einen interessanten Rabatt unterbringen. Er hat daneben die Möglichkeit, das gebrauchte Fahrzeug günstig in Zahlung zu nehmen, so daß damit die unvermeidliche Anzahlung („Mietsonderzahlung") finanziert werden kann.

4. Die monatlichen Raten können so gestaltet werden, daß für den Kunden beim Verkauf des Autos ein Überschuß herausspringt, der dann wiederum als Anzahlung für das nächste Leasingauto eingesetzt wird.

Auf dem Markt wird zur Zeit wieder verstärkt für die normale Autofinanzierung geworben. Rechnerisch ergibt sich beim Leasing keine höhere Zinsbelastung als bei der Finanzierung. Einen wesentlichen Vorteil indessen hat das Leasing, der laut ALD-Befragung von den meisten Kunden erkannt und als sehr angenehm empfunden wird: die deutlich niedrigere Monatsrate.

GEORG WEDEN



Ausland

Amsterdam

	10.11.	7.11.
ACF Holding	68,4	68,2
Aegon	95,3	95,5
Akzo	160,8	159,8
Alg. Bk. Nederl.	557,5	551,5
Amev	76,7	76,5
Amro Bank	98,3	98,5
[illegible]	32,5	33,5
Bijenkorf	127,7	127,7
Bols Lucas	170,4	170,5
Bredero	127,5	127,5
[illegible]	221	215
[illegible]	192,5	191
Fokker	65,8	64
Gist Brocades	48,9	46,5
Oce-v.d. Grinten	457	453
Hagemeijer	77,6	73,5
Heineken Bierbr.	173	174,2
KLM	46,9	46,5
Hoogovens Kon.	53,7	53
Nationale Ned.	80,3	81
Ned. Lloyd Groep	187,7	185,8
Ommeren van	36,8	37,4
Pakhoed	75,6	77
Philips	44,9	45
Rijn-Schelde	4	3,9
Robeco	93,1	93,2
Rolinco	84	84,2
Rorento	49,7	49,7
Royal Dutch	205,5	206,6
Credit Lyonnais Bk.N	96,5	93,6
Unilever	502,5	505,5
Ver. Mach.	27,9	28
Volker Stevin	27,6	27,6
Index: ANP/CBS	267,80	266,70

Brüssel

	10.11.	7.11.
Arbed	2200	2185
Brux. Lambert	3845	3820
Cockerill Ougree	148	149
Ebes	4725	4750
Gevaert	6190	6090
Kredietbank	–	16125
Petrofina	9500	9400
Soc. Gén. d. Belg.	3205	3165
Sofina	11375	11800
Solvay	8160	8090
UCB	8950	8990
Index	4005,43	3965,15

Hongkong

	10.11.	7.11.
China Light + P.	19,4	19,8
Hongkong Land	5,65	5,7
Hongk. + Sh. Bk.	7,95	7,95
Hongk. Teleph.	14,4	14,4
Hutch. Whampoa	41,5	41,5
Jard Matheson	19	18,9
Swire Pac. + A +	16,3	16,5

Kopenhagen

	10.11.	7.11.
Den Danske Bank	268	272
Jyske Bank	470	480
Kopenh. Handelsbk.	240	246
Novo Industri	–	241
Privatbanken	229	235
Ostasiat. Komp.	161	167
Dan. Sukkerfabr.	352	342
For. Bryggerier St.	1080	1010
Kgl. Porc. Fabr.	325	355

London

	7.11.	6.11.
All. Lyons	310	314
Anglo Am. Corp.$	14,25	14,575
Anglo Am. Gold $	7,15	7,25
Babcock Int.	170,5	174
Barclays Bank	483	485
Beecham Group	442	444
Bowater	336	338
B.A.T. Industries	482	488
Bowthorpe Hldgs.	539	528
BLOC Int.	335	332
British Petroleum	690	690
British Aerospace	475	475
British Telecom	198	193
Britoil	156	153
BTR	295	292
Burmah Oil	355	354,5
Cable Wireless	314	318
Cadbury Schweppes	188	187
Charter Cons.	274	270
Cons. Gold. Fields	660	660
Cons. Murchison	185	190
Courtaulds	322	326
De Beers $	740	730
Distillers	678	678
Driefontein $	14,94	14,75
General Electric	177	174
Guinness	342	336
Hawker Siddeley	436	434
ICI	1075	1080
Lloyds Bank	425	430
Lonrho	258	238
Marks & Spencer	194	193
Midland Bank	572	575
Nat. Westminster	518	525
Plessey	184	182
Reckitt & Colman	814	812
Rio Tinto-Zinc	690	683
Rover Group PLC	39	38
Rustenburg Plat.$	18,51	18,63
Shell Transp.	943	950
Thorn Emi	478	470
TI Group	447	447
Trusthouse Forte	176	175
Unilever	1980	1957
Unitech	184	180
Vickers	399	399
Woolworth	635	639
Financial Times	1316,40	1307,50

Luxemburg

	10.11	7.11.
ARBED	2200	2210
Arbo	118	117
Audiofina	5400	5400
Bque. Gén. du Lux.	16300	16500
Bque. Int. du Lux.	15150	15150
Belgo Mineira St.	0,12	0,13
Cegedel	3400	3350
Kredietbank Lux.	17950	17950
PAN Holding	10900	10975
SCI Techn.	630	630
SEO	810	810

Madrid

	10.11.	7.11.
Banco de Bilbao	1100	1100
Banco Central	850	855
Banco Popular	1175	1200
Banco de Santander	859	860
Banco de Vizcaya	1350	1350
Citroën España	670	645
Const. Aux. Ferro	–	155
Cros	135	136
Cubiertas	–	521
Dragados	388	399
Duro Felguera	410	418
El Aguila	–	265
Esp. del Zink	–	299
Esp. Petróleos	313	328,5
Unión Fénix	1750	1770
Fecsa	75	74,5
Hidroeléctr. Esp.	107,75	106,75
Iberduero	147,75	147,25
Macosa	–	–
Papelera	272	230
Soda de Barcelona	–	–
Sevillana de El.	114	115,5
Telefónica	160	163
Unión Eléctrica	94,25	94,25
Explosivos RT	227	227
Urbis	405	405
Vallehermoso	304	307
Index	183,00	183,31

Mailand

	10.11.	7.11
Bastogi	738	756
Benetton Group	16630	17000
Dalmine	425	429
Farmitalia C. Erba	11560	11750
Fiat	15450	15600
Fiat Vz.	8530	8670
Gemina	3070	3150
Generali	136000	137500
IFI Vz.	31500	31900
Italcementi	75800	77100
Lloyd Adriatico	31410	31650
Magneti Marelli	5070	5250
Mediobanca	263500	265500
Mondadori A.	17140	12370
Montedison	3063	3080
Mira Lanza	36100	36460
Banco Ambrosiano	3899	3840
Olivetti Vz.	7899	7950
dgl. St.	14800	15000
Pirelli SpA	5230	5300
La Rinascente	1010	1039
RAS	65400	65800
SAI Risp.	–	33850
SIP	3140	3201
Snia BPD	5025	5085
STET	5249	5280
Index	770,18	768,61

New York

Ortszeit: 10.00 h	10.11.	7.11.
Adv. Micro Dev.	16	16
Aetna Life	55	55,125
Alcan Aluminium	30,875	30,875
Alcoa ¤	35,575	36
Allied Signal ¤	41,25	41,25
Allis-Chalmers	3	3
AMR Corp.	59,25	60,125
Amax	13	12,875
Amerada Hess Corp.	25,375	24,875
Am. Brands	46,5	46,625
Am. Can. ¤	87,75	87,125
Am. Cyanamid	80,375	79,75
Am. Express ¤	58,25	58,5
Am. Home Prod.	76,625	77
Am. Motors	3,675	3,625
Am. Tel. & Telegr. ¤	25,125	25,375
Ameritech	130,75	131,125
Amoco Corp.	67,375	67,25
Anchor Hocking	32	32,5
Armco Inc.	5,75	5,75
Asarco	16,375	16
Atlantic Richfield	57,25	58
Avon Products	31	31,25
Bally	16,75	16,875
Bk. of America	15,375	15,5
Bell Atlantic	67,625	67,875
Bell Howell	37,25	37,25
Bethlehem Steel ¤	5,75	5,625
Black & Decker	17	17
Boeing	57,5	57,475
Borg-Warner	38,875	39
Bristol-Myers	76,25	76,375
Brunswick	31,5	31,625
Burlington Ind.	38,625	38,625
Burroughs	77,875	78
Campbell Soup	61,25	61,5
Capital Cities Corp.	272,375	273,5
Caterpillar	39	39,125
CBS	135,25	134,75
Celanese	241,875	241,75
Centronics	7,375	7,625
Chase Manhattan	35,125	35
Chevron ¤	44,875	44,875
Chrysler	38,375	38,625
Citicorp	50,875	51,5
Clorox	48,125	48,5
Coca-Cola	36,5	36,5
Colgate	40,625	40,75
Commodore	8,75	9,125
Comwth. Edison	32,625	32,75
Comm. Satellite	30,175	30,375
Control Data	25,625	25,75
CPC Int.	81	81
Curtiss Wright	53,25	52,875
CSX	28,625	28,75
Deere	24,375	24
Delta Airlines	50,25	50,5
Digital Equipm.	100,875	102,5
Dow Chemical	57,5	57,875
Du Pont ¤	87,75	88
Eastern Gas-Fuel	30,125	30,375
Eastman Kodak ¤	62,5	62,75
Enron	40,875	41
Exxon Corp. ¤	69,575	69
First Chicago	31,375	31,5
Firestone	27,75	27,5
Fluor Corp.	12,5	12,375
Ford Motor	57,5	58,125
Foster Wheeler	13,125	13,125
GAF Corp.	41,125	42
General Dynamics	72,75	72,75
General Electric ¤	77,375	78
General Instrument	18,375	18,625
General Motors ¤	71,75	72,5
Gillette	53	54
Global Nat. Res.	4,75	4,75
Gen. T. & E.	65,75	63,75
Goodrich	45	45,125
Goodyear Tire ¤	47,625	48
Gould	19,75	19,875
Grace	54,25	55,375
Greyhound	33,5	33,5
Grumman	25,875	26
Halliburton	22,625	22,75
Heinz	42,875	43
Hercules	58,75	59,5
Hewlett Packard	41,125	41,5
Homestake Mining	26,625	26
Honeywell	72,625	72,875
IBM ¤	121,625	121,375
Inco Ltd. ¤	17,875	12,875
Inland Steel	20,125	20,25
Insp. Resources Corp.	4,375	4,25
Int. Tel. & Tel.	53,5	53,75
Int. Paper ¤	73,625	73,75
Jim Walter	49	50,5
Kaiser Aluminium	17,25	17,5
Kerr McGee	29,375	29,5
Lehmann	16,875	16,875
Litton Industries	81	81,125
Lockheed Corp.	45,125	45,25
Loew's Corp.	65,375	65,575
Lone Star	30,125	30,125
Louisiana Land	28,5	28,75
LTV Corp.	2	2
McDermott A	27	21,75
McDonald's ¤	64,125	64,5
McDonnell Doug.	80,5	80,25
Merck & Co. ¤	106,25	107,375
Merrill Lynch	41,5	42
Mesa Petroleum	3,5	3,5
Minnesota M. ¤	109	109,375
Mobil Oil	38,75	38,875
Monsanto	78,375	78,25
Morgan J.P.	83,125	83,25
Nat. Distillers	47,125	47,25
Nat. Semiconductor	10,875	10,875
Nat. Intergroup	16	16,125
Navistar Int. Corp. ¤	6	6
NCR	47,375	47,375
Newmont	62,375	62,25
Owens Ill. ¤	43	43,5
PanAm World	6	6
Pfizer	61,5	62,175
Philip Morris ¤	70,375	70,625
Phillips Petroleum	10,375	10,375
Pittston	12,125	12
Polaroid	69,25	69,75
Prime Computer	16,625	16,625
Procter & Gamble ¤	75,625	76
Revlon	14	14
Reynolds Ind.	51,375	51,5
Rockwell Int.	41,5	41,5
Rorer Group	45,25	45,75
Salomon Inc.	47,125	47,875
Schlumberger	33,375	33,625
Sears Roebuck ¤	43,125	43,5
Singer	40	40,5
Stand. Oil Calif.	44,875	44,875
Storage Techn.	2,375	2,5
Tandem	37,625	37,875
Tandy	40,625	41
Teledyne	328,75	330
Telex Corp.	64,5	64,5
Tesoro	10,125	10
Texaco ¤	36,5	36,25
Texas Air	37,5	37,5
Texas Instrum.	116,5	116,875
Tosco	2,25	2,375
Trans World Corp.	39,875	40,5
Transamerica	35,875	35,75
Travellers	43,375	43,5
Turner Broadcast.	15,5	15,75
UAL	59,375	59,875
Uccel Corp.	–	23
Union Carbide ¤	23,25	23,25
Union Oil of Calif.	25,125	24,75
US Gypsum	37,5	39
USX Corp. ¤	23,875	23,75
United Technolog. ¤	45,25	45,75
Walt Disney	44,25	44,5
Warner Comm.	24,75	25
Westinghouse El. ¤	57,625	58
Weyerhaeuser	38,625	38,875
Whittaker	30,5	30,75
Woolworth ¤	44,25	44,25
Wrigley	49,625	49,5
Xerox	57,75	57,75
Zenith Radio	21,25	21,575
Dow Jones Index	1878,94	1884,53
Stand. & Poor's	244,76	245,77

¤ = Berechnung Dow Jones Index. Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Oslo

	10.11.	7.11.
Bergen Bank	203	191
Den Norske Cred.	182,5	178,5
Elkem	98	102
Kreditkassen	228	216
Norsk Data	214,5	215
Norsk Hydro	144	145
Orkla/Borregaard	396	399
Storebrand	310	307
OSE Ind. Index	–	379,05

Paris

	10.11.	7.11.
Air Liquide	674	670
Alsthom Atlant.	311	315
Beghin-Say	508	503
BSN-Gerv.-Danone	4290	4320
Carrefour	3561	3625
Comp. du Midi	1550	1568
Club Méditerranée	605	616
CSF Thomson	1480	1525
Elf-Aquitaine	314	313,3
France Pétrol. B	456	454
Hachette	2617	2649
Imetal	59	60,1
Lafarge	1301	1319
Lafayette	944	942
Locafrance	643	641
L'Oréal	3780	3688
Machines Bull	50	45,2
Michelin	2310	2340
Moët-Hennessy	2540	2522
Moulinex	66	66
Peñarroya	35,8	35,5
Pernod-Ricard	1008	1013
Perrier (Source)	799	790
Peugeot-Citroën	1075	1100
Printemps	–	512
Radio Techn.	836	839
Redoute à Roubaix	2250	2245
Schneider	691	690
Sommer Allibert	1368	1367
Index: INSEE	–	144,60

Singapur

	10.11.	7.11.
Cycle + Car.	2,16	2,27
Cold Storage	3,68	3,7
Dev. Bk. of Sing.	8,95	9,05
Fraser + Neave	8,2	8,6
Kl. Kepong	2,15	2,28
Mal. Banking	4,9	5,25
Nat. Iron	4,54	4,58
OCBC	8,8	9
Sime Darby	1,76	1,84
Singapur Land	5,3	5,7
Un. Overs. Bank	4,52	4,66

Sydney

	10.11.	7.11
ACI	4,1	4,1
Ampol. Explor.	2,9	2,95
Westpacific Banking	4,62	4,72
Bougainville Copper	3,1	3,2
Bridge Oil	0,75	0,77
Brok. Hill. Prop.	8,52	8,58
Coles	5,66	5,7
CRA	7,92	7,92
CSR (Theiss)	2,92	2,98
Metals Expl.	1,2	1,27
MIM-Holdings	2,48	2,5
North Broken Hill	2,72	2,72
Oakbridge	0,74	0,74
Peko Wallsend	6,4	6,5
Poseidon	6,1	5,2
Thomas Nat. Tr.	3,85	3,85
Waltons Bond	0,51	0,37
Western Mining	4,7	4,75
Woodside Petr	1,16	1,1
Index	1403,60	1403,60

Johannesburg

	10.11.	7.11.
Abercom Inv.	2,7	2,6
AE & Cl Ltd	14,75	14,75
Barlow Rand	21,5	22
De Beers	35	35
Gold Fields	60,5	61
Highveld Steel	–	5,25
Kloof Gold Min.	34,75	35
Rembrandt	–	79
Rustenburg Platinum	50,5	50,75
Sasol	–	8,25
Vaal Reefs	343	347,5
EDM Gold Index	–	1821,50
EDM Ind. Index	–	1505,20

Stockholm

	10.11.	7.11.
AGA AB		218
Alfa-Laval AB Ser. B	Werte	507
ASEA Fria	lagen	370
Atlas Copco AB	bei	219
Electrolux AB Ser. B	Red.-	344
Ericsson Ser. B	Schluß	245
Saab-Scania AB	nicht	750
Sandvik AB	vor	175
SKF B		370
Volvo B Fria		387
J & P Ind. Index	–	2672,78

Tokio

	10.11.	7.11
Alps.	1960	1980
Bank of Tokyo	826	828
Banyo Pharma	927	891
Bridgestone Tire	636	655
Canon	1050	1050
Daikin Kogyo	677	693
Daiwa Sec.	1590	1550
Daiwa House	1720	1710
Eisai	1750	1650
Fuji Bank	1670	1670
Fuji Photo	3070	3080
Hitachi	953	951
Honda	1230	1230
Ikegai Iron	300	292
Jujo Paper	364	361
Kansai El. P	3350	3360
Kao Soap	1500	1480
Kirin Brewery	1360	1340
Komatsu	480	495
Kubota Iron	365	356
Matsushita El. Ind.	1760	1920
Matsushita El. Wks.	1640	1680
Minolta Camera	710	720
Mitsubishi El.	410	412
Mitsubishi H. I.	430	448
Nikko Sec.	1410	1380
Nippon Oil	1090	1090
Nippon St.	165	163
Nomura Sec.	2970	2930
Pioneer	2150	2170
Ricoh	920	915
Sankyo	1270	1230
Sanyo Electric	385	387
Sharp	953	965
Sony	3350	3360
Sumitomo Bank	1850	1860
Sumitomo Marine	875	871
Takeda Chem.	2150	2090
Teijin	681	682
Taido Marine	1510	1520
Tokyo El Power	7800	7790
Toray	560	560
Toyota Motor	1820	1800
Index	1413,66	1409,18

Toronto

Ortszeit: 10.00 h	10.11	7.11
Abitibi Price	26,125	26,5
Alcan Alu	47,75	47,875
Bk. of Montreal	34	34
Bk. of Nova Scotia	17	17
Bell Cda Enterprises	37,5	37,625
Bluesky Oil	2,7	2,75
Bow Valley Ind.	12	12
Brenda Mines	–	9,75
Brunswick M & Sm	–	13
Cdn. Imperial Bk.	19,375	19,625
Cdn. Pacific	15,875	16,125
Cominco	13,625	13,5
Caseka Res	0,75	0,75
Denison Mines	–	5,875
Dome Petroleum	1	1
Domtar	35	35
Falconbridge Ltd	18	18,25
Great Lakes Forest	–	29,75
Gulf Canada	13,625	13,875
Gulfstream Res.	0,57	0,52
Hudson Bay Mng.	6,375	6,5
Husky Oil	9,25	9,25
Imperial Oil -A-	47,75	47,375
Inco	17,875	17,875
Inter City Gas Ltd.	14,75	15
Interprov. Pipeline	–	39
Kerr Addison	15,75	15,75
Lac Minerals	29,5	29,375
Moore Corp	29,125	29,125
Noranda Mines	21	21
Norcen Energy Res.	13,875	13,875
Northgate Expl	–	6,375
Northern Telecom	43,875	44,175
Nova An Alberta 'A'	6	6
Nu West Group	0,32	0,31
Oakwood Petrol	2,4	2,5
Placer Development	31,375	31,25
Provigo Inc.	–	17,75
Ranger Oil	5,625	5,5
Revenue Properties	3,1	3,1
Rio Algom	21,25	21,575
Royal Bk. of Can.	33,625	33,875
Seagram	87,5	87,75
Shell Canada	24,75	24,75
Sherritt Gordon	6,625	6,575
Stelco -A-	20,125	20,125
TransCdn. PipeLines	16,625	16,875
Vanity Corp.	2,56	2,6
Westcoast Transm.	13	13
Index: TSE 300	3066,70	3070,00

Wien

	10.11	7.11
Creditanst.-Bkv Vz.	2210	2240
Gösser-Brauerei	3250	3230
Länderbank Vz.	2210	2200
Lenzing	928	915
Linz Textil	3335	3335
Österr. Brau	3110	3120
Perlmooser Zement	625	625
Reininghaus	855	850
Schwechater Br.	1830	1820
Semperit	181	190
Steyr-Daimler-P	158	158
Steyrermühl Papier	3170	3160
Universale Hoch	260	250
Veitscher Magnesit	1010	1000
Index	227,07	227,65

Zürich

	10.11.	7.11
Alusuisse	590	595
dgl. NA	[illegible]	192
Bank Leu	3800	3800
Brown Boveri	1660	1665
Ciba Geigy Inh	3425	3475
Ciba Geigy Part.	2550	2650
Georg Fischer Inh	1840	1825
Mag.-Globus Part	1795	1780
H. La Roche 1/10	11100	11500
Holderbank	4710	4260
Italo-Suisse	333	333
Jacobs Suchard Inh	8400	8550
Jelmoli	4250	4275
Landis Gyr	1840	1850
Mövenpick Inh	6450	6500
Motor Columbus	1780	1800
Nestle Inh.	8775	8750
Oerlikon-Bührle	1585	1630
Sandoz NA	4140	4450
Sandoz Inh	9950	10850
Sandoz Part.	1560	1740
Saurer Nam	75	80
Ar. A. Saurer	136	137
Schw. Bankges.	5850	5920
Schw. Bankverein	531	533
Schw. Kredit. A. Inh.	3690	3705
Schw. Rückv. Inh.	18475	18650
Schw. Volksb. Inh	2620	2635
Sika -B-	3600	3700
Gebr. Sulzer Part.	585	570
Swissair	1260	1270
dgl. NA	1075	1095
Winterthur Inh	6950	7100
Winterthur Part	1200	1210
Zur. Vers. Inh.	8150	8125
Index: Schw. Bankv.	649,60	656,70

Inlandszertifikate

	Ausg. 10.11.	Rückn. 10.11.	Rückn. 7.11.
AAR-UNIV.F.I	158,34	151,28	151,28
Adifonds	68,88	65,57	65,51
Adiasiafonds	25,91	25,21	25,20
Adirewa	104,30	101,26	100,91
Adirtec	108,89	103,70	103,47
Adiverba	174,78	166,46	166,25
Aegis Ent.-Fds.	39,85	37,92	37,93
Aegis Wachst.-Fds.	68,07	64,82	64,69
AGI Fonds	173,38	164,95	164,95
Akkumula	201,85	192,25	192,36
Albingia Rendite Fds.	52,65	50,52	50,52
Alfa Kapital Fds.	38,56	35,67	35,75
Allianz-Rentenfonds	127,53	124,42	124,36
Analytik Fonds	32,66	30,35	30,40
Aro-Rendit.	60,10	58,01	57,98
AriDeka	57,54	55,34	55,17
Arrecura I	unerh.	unerh.	89,84
Austr. Pazifik	48,75	47,31	47,15
Berenberg-U-Fonds	411,63	399,64	399,24
Berenberg-U.-Eff.-F.	52,86	50,53	50,47
Berenberg-U-Renten	126,12	122,07	122,07
BW-Renta-Univ.	55,11	53,77	53,77
BW-Wartberg-Univ.	134,34	131,41	131,41
Colonia Rentenfonds	51,88	50,17	50,15
Concentra	39,07	38,12	38,21
dbi-Fonds V I	–	60,01	60,01
DekaFonds	55,86	53,07	52,91
DekaRent	32,94	31,98	31,99
DekaSpezial	236,58	224,76	224,78
DekaTresor	62,75	61,20	61,17
DespaFonds	86,10	81,80	81,80
DEVIF-Invest	110,80	105,45	104,94
DEVIF-Rent	56,10	54,37	54,37
DIFA-Fonds	181,40	172,20	172,20
DIFA GRUND	107,34	101,92	101,97
DIT Fonds f. Verm.	69,77	68,07	68,05
DIT Rohstoffonds	72,37	70,26	70,66
DIT Pazifikfonds	125,78	122,12	122,01
DIT Spezial	74,47	72,30	72,37
DIT Technologiefonds	82,13	79,74	80,25
DIT-Wachstumsfonds	72,97	70,84	70,95
DIT Fds.f. Wdl.u.Opt.A	132,97	129,68	130,71
Dt. Rentenfonds	86,56	84,86	84,53
Dt. Vermögensb. Fds. A	39,20	37,33ex	38,88
dgl. I	58,75	48,33ex	50,68
dgl. II	27,25	26,46ex	27,67
DWS Bayern Spezial	97,95	93,28	93,34
DWS Energiefonds	86,20	84,86ex	87,58
DWS Provesta	83,25	79,24ex	81,39
DWS Rohstoff Fds.	80,28	78,23ex	80,47
DWS Technologie Fds.	89,85	84,02ex	85,97
Fondak	73,89	70,37	70,36
Fondirent	79,79	77,47	77,62
Fondis	64,69	61,61	61,55
Fondra	113,42	108,02	108,81
FT Accuzins	140,61	136,51	136,72
FT Am Dynamik	23,32	21,34	21,41
FT Frankf. Eff. F	149,48	143,01	142,85
FT Interspezial I	29,30	26,88	26,87
FT Interspezial II	34,15	31,25	31,23
FT Interzins	46,62	45,28	45,34
FT Nippon Dynamik	98,87	90,47	89,73
FT Re-Spezial	194,43	184,71	184,58
Gerling Dynamik	71,02	67,96	68,00
Gerling Rendite	57,56	55,87	55,86
GKD-Fonds	76,50	73,55	73,57
Gothaerrent	96,19	92,85	92,81
Grundbesitz-Invest.	75,50	71,83	71,73
Grundwert-Fonds	135,40	128,42	128,42
Hbg.-M. Rentenfonds	56,82	54,35	54,32
Hansainternational	51,11	49,38	49,39
Hansarenta	50,00	48,31	48,29
Hansasecur	68,20	64,95	65,10
Hansazins	50,99	49,27	49,26
Haus-Invest	70,20	66,79	66,68
IB-Fonds Nr. 1	118,20	112,50	112,50
dgl Nr. 2	76,50	73,00	73,00
Industria	64,38	62,50	62,38
INKA-Global	85,50	81,10	81,90
INKA-Rent	53,10	51,50	51,50
INKA-Re-Invest	137,90	133,80	133,80
Inrenta	78,20	68,45ex	73,43
Interglobal	156,24	151,69	151,76
Inter-Renta	36,70	35,59ex	38,79
Intervest	96,48	91,98	95,51
Interkapital	28,78	26,50	26,50
Int. Rentenfonds	82,19	80,19	80,54
Int. Rentenfonds K	73,48	72,24	72,42
Investa	70,45	67,18ex	69,58
Investors Fds.	14,75	13,98	13,89
Ivorafonds	63,92	58,49	58,56
Japan-Pazifik-Fds.	74,30	72,14	71,92
Kapitall. Spezial	143,78	133,00	133,10
Magdeb. W.-Fd.DIT	86,29	81,23	81,40
Medico-Invest	128,34	112,50	112,30
Merkur I	unerh.	unerh.	–
NB Rent	57,94	56,24	56,27
Nordcumula	76,18	73,96	74,09
Nordrenta Int.	51,10	49,64	49,69
Nordstern-F. RK	52,36	50,48	50,52
Nürnberger Rentenfds.	50,75	48,72	48,72
Oppenh. Int. Rent.	183,90	180,86	180,86
Oppenh. Priva-Rent	115,60	112,22	112,21
Oppenheim-Privat	58,46	55,67	55,50
Oppenheim-Spez. I	126,66	122,96	122,99
Oppenheim-Spez. II	99,99	95,22	94,75
Plusfonds	79,05	75,29	75,26
Privatfonds	69,75	66,42	66,38
Re-Inrenta	168,90	163,97	164,31
Renditdeka	36,09	35,04	35,05
Rentak	166,73	158,39	158,34
Rentex	112,53	109,15	109,14
Rentensparfonds	58,96	57,24	57,25
Ring Aktien-Fds. DWS	49,40	47,15	47,16
Ring Renten-Fds. DWS	48,50	46,57	46,79
Ständer-U-Fonds	173,10	168,06	168,06
SMH-Rentenfonds	53,68	52,12	52,07
Südinvest I	62,21	99,25	59,26
dgl. II	74,38	70,76	70,85
dgl. III	25,91	25,16	25,16
dgl. IV	80,08	77,00	76,96
Thesaurent	66,16	64,55	65,10
Thesaurus	245,84	237,11	237,36
Transatlanta	31,29	30,58	30,60
Unifonds	34,58	32,84	32,82
Uniglobal	100,48	95,53	95,83
Unikapital	85,60	83,47	83,47
Unirak	88,50	84,27	84,22
Unirenta	42,18	40,81	40,88
Unispezial I	–	65,92	65,62
Universal-Eff.-F	95,17	93,82	93,82
Unizins	116,85	113,44	113,42
Verm.-Aufbau-F.	124,75	118,79	118,89
Verm.-Ertrag-F.	100,78	96,90	97,16
VICTORIA Rent-Adig	72,12	69,68	69,66

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	32,75	32,10	32,00
Bond Valor DM	106,79	104,74	104,47
Convert Fund A DM	33,80	32,10	32,10
Convert Fund B DM	101,10	96,10	96,20
CS Money Market DM	1105,75	1103,22	1105,10
Eurinvest DM	64,00	60,60	unerh.
Euronion DM	184,40	171,80	171,80
Formular Sel. DM	83,37	78,42	78,42
GT Inv. Fund DM	64,80	60,60	60,80
Interpar DM	28,83	27,39	27,44
Japan Sel. DM	417,08	389,97	389,97
Unico DM	76,50	74,20	74,33
Amerika-Valor sfr.	466,75	451,25	449,00
Asia Fd. $	328,45	312,79	309,35
Automation sfr.	121,50	113,50	113,50
Bond-Invest sfr.	64,75	63,50	63,50
Bond Valor Yen	10470,00	10275,00	10278,00
Bond Valor $	119,80	117,57	117,60
Bond Valor sfr.	105,15	103,20	103,30
Bond Valor Ster.	96,63	94,85	94,79
CSF-Bonds sfr.	80,00	77,25	77,25
CS Gold Valor $	118,24	116,01	115,00
CS Money Market $	1175,67	1175,61	1175,44
CS Money Market Ster.	1147,74	1147,73	1147,43
CS Money Market Yen	104778,0	104777,0	104762,0
Convert Valor sfr.	134,45	131,95	131,85
Convert Valor $	148,84	146,06	146,25
Dreyfus $*	14,61	13,73	13,72
Dreyfus Internat. $*	51,91	48,80	48,76
Dreyfus Intercont. $*	50,78	47,73	47,73
Dreyfus Leverage $*	23,28	21,30	21,34
Energie-Valor DM	179,44	170,42	170,77
Europa Valor sfr.	201,75	192,80	198,50
Fonsa sfr.	200,50	195,50	195,50
Founders Growth $*	9,90	9,90	9,90
Founders Mutual $*	8,55	8,56	8,57
Goldmines Intl.	–	206,00	208,00
Intercont. Tr. sfr.	–	329,00	324,75
Intermobil sfr.	174,00	167,50	167,50
Intervalor sfr.	82,50	79,75	79,00
Japan Portfolio sfr.	1402,75	1356,50	1357,00
Kemper Growth $*	11,05	10,11	10,14
Pacific-Valor sfr.	190,00	178,25	179,50
Pharmafonds sfr.	330,50	308,00	309,50
Pioneer Fund $*	26,12	23,90	23,85
dgl. II $*	19,98	18,28	18,29
Schweizeraktien sfr.	509,50	483,00	482,50
Siat-Imm. sfr.	1790,00B	1780,00G	1770,00G
Siat 63 sfr.	1415,00B	1405,00G	1405,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2640,00	2525,00	2525,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1355,00	1295,00	1295,00
Swissvalor sfr.	428,50	416,25	416,00
Technology $*	15,26	13,96	13,96
Technogrowth Fd.	101,52	95,78	95,78
Templeton Growth $*	14,25	13,04	13,05
Universal B.S sfr.	80,50	78,00	77,75
Universal Fund sfr.	120,52	117,06	115,98
Ussec	754,80	718,00	726,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr)

Optionshandel

Frankfurt: 10. 11. 1986
1506 Optionen = 77 850 (94 850) Aktien, davon 167 Verkaufsoptionen = 8650 Aktien.

Kaufoptionen: **AEG** 1-260/4,9B; 280/50B; 300/24G; 320/10,5; 340/7B; 380/3,9B; 4-300/40B; 320/26; 340/17; 360/14B; 380/12B; 7-300/45B; 320/30B; 340/20; **Agiv** 1-460/10B; **BASF** 1-260/25; 270/19; 280/10,9; 280/20; 300/12; 320/8,5; 7-280/28B; 300/15; 320/9; 340/8B; **Bayer** 1-260/50G; 280/31; 290/22; 300/17,95; 310/12; 320/6; 330/4,5; 340/3,2; 4-300/26; 320/15; 340/9; 360/5; 7-300/36B; 320/27; 340/14B; 360/6; **BBC** 1-320/9,4B; 4-300/50G; 7-300/35G; **BHF** 1-500/27G; 4-500/30G; 550/6G; **Bay. Hypo** 1-600/10G; 650/5G; 4-600/21G; 7-600/37G; **Bekula** 1-130/15G; 140/8; 150/4; 4-130/23B; 140/12; 150/8B; 7-140/16,5B; 150/12B; **BMW** 1-550/33G; 600/15B; 650/8,5B; 700/2; 4-550/50G; 600/26G; 650/15; 700/8G; 7-550/70B; 600/45B; 650/30B; **Bay. Vereinsbk.** 1-550/12G; 4-550/30G; 600/10G; **Commerzbk.** 1-280/45B; 300/25; 320/11,1; 340/5; 360/4B; 4-280/54B; 300/35B; 320/25; 340/12,2; 360/10; 400/6B; 7-300/47,5; 320/31B; 340/25G; 360/16B; **Conti** 1-295/40; 315/25B; 320/21; 340/11,9; 4-315/40,5; 320/40G; 340/30; 360/20B; 380/12,5B; 7-340/41B; 380/15B; **Daimler** 1-1100/200G; 1200/101; 1300/44; 1400/20; 1500/6G; 4-1100/209G; 1200/150; 1300/ 85B; 1400/45; 1500/25G; 1600/19,5; 7- 1200/160B; 1300/100G; 1400/70; 1500/35B; **Daimler cum BA** 1-1300/147G; 1385,50/72G; 1400/60G; 1485,50/22G; **Dt. Babcock** St. 1-200/10,8; 220/4; 3190/19,5; 4-180/38B; 200/20; 220/10; 7-180/45B; 200/30B; **Dt. Babcock** Vz. 1-180/13B; 200/4G; 4-180/24B; 200/12; 7-180/31B; **Deutsche Bk.** 1-750/52; 800/26; 850/10,6; 900/8; 4-750/69G; 800/55; 850/30; 900/18B; 950/9,4G; 7-800/75B; 850/60B; 900/23; **Degussa** 1-480/20B; 500/10; 4-500/20G; 550/16G; **Dresdner Bk.** 1-380/25; 400/25; 420/12G; 440/6; 500/4; 4-380/45G; 400/38G; 420/25; 440/17,7; 460/14B; 480/9B; 7-380/58B; 440/28; **GHH** St. 1-240/14B; 4-260/18B; 7-260/26B; **Harpener** 1-340/2,2G; 7-340/13G; **Hoechst** 1-250/25B; 260/19; 270/12; 280/96; 290/4B; 300/3,5; 310/1,5; 4-260/26; 280/13; 300/7; 320/5B; 7-240/60B; 260/40B; 280/16; 300/3; 320/7B; **Hoesch** 1-130/7,9; 140/4,4; 150/2B; 160/1,5G; 4-130/13; 140/9; 150/7; 160/5; 7-140/13B; 150/10B; 160/8; **Karstadt** 1-460/30G; 4-500/24; 500/20; **Kaufhof** 1-543/20B; 550/15; 550/25; **KHD** 1-200/9G; 220/4; 4-220/10; 7-220/21B; **Klöckner** 1-65/11G; 70/6B; 75/5; 80/2,1; 90/1B; 4-70/9G; 75/6,5G; 80/5; 85/4B; 90/3B; 7-70/12,5B; 75/10B; 80/8B; 85/6B; 90/5B; **Lufthansa** St. 1-170/18B; 180/4G; 4-180/20B; 190/15B; 200/10; 7-180/30B; 200/12B; **Lufthansa** Vz. 1-160/8B; 4-160/15B; 7-160/17B; 170/14B; **Mercedes** 1-1100/66G; 1200/25G; 1500/8; 4-1300/30G; **Metallges.** 4-340/8G; 7-340/15G; **Mannesmann** 1-160/32; 170/21; 180/13; 190/10; 200/5; 220/2B; 234/0,65B; 4-160/35,9; 170/30B; 180/18,1; 190/14,9; 200/12; 220/7; 240/2,4G; 7-160/38B; 170/35B; 180/30B; 190/23; 200/17; 220/10,9; **Nixdorf** 1-672/30B; 4-652/95; 700/65G; 750/40B; **Preussag** 1-190/25B; 200/16; 220/2,5G; 4-180/40B; 200/29B; 220/15; 240/3G; 7-240/12; 260/2G; **Rütgers** 4-460/15B; **RWE** St. 1-220/24,5; 240/12; 260/4,5; 280/3,6B; 4-200/45G; 220/29; 240/20; 260/7,5; 280/6,5G; 7-200/49G; 220/39; 240/25,5; 260/12; **RWE** Vz. 1-200/29,9; 220/18B; 240/5; 4-220/23; 240/10; 260/5G; 7-240/11,5; 260/6,7G; **Schering** 1-600/40G; 4-600/55B; **Kali + Salz** 1-280/5; 4-300/10; **Siemens** 1-650/75B; 700/27G; 750/12; 800/6B; 4-600/12B; 650/85G; 700/58; 750/31; 800/19B; 850/8; 7-700/70B; 750/51,25B; 800/34B; 850/10; **Thyssen** 1-140/17; 150/7; 160/3,9; 170/2; 180/1,5B; 190/0,80B; 4-150/15; 160/11; 170/8; 180/4; 7-150/20; 160/15, 170/10; 180/8; 190/5; **Varta** 1-360/35B; 380/15; **Veba** 1-260/32B; 280/15G; 290/12B; 300/7; 320/3; 4-260/36B; 280/29B; 300/14; 320/8B; 7-280/40B; 300/28B; 320/14B; **VEW** 1-160/6B; 4-160/9B; 7-160/14B, **VW** 1-429/55B; 460/28G; 479/19,8B; 480/19; 500/11; 550/4,4; 600/2,9B; 4-440/67B; 460/45; 480/40; 500/25; 550/15G; 600/10,1; 650/7G; 7-460/65; 480/55B; 500/45; 550/30; 600/17; **Alcan** 1-60/5,9G; 70/2,5B; 75/1,2B; 4-65/4,9B; 70/3B; 75/2B; 7-60/11B; 65/6,8B; 70/4,5B; 75/3B; **Chrysler** 1-70/14B; 80/7B; 85/6B; 4-85/7B; 7-80/11; 85/10B; **Elf** 1-100/6B; 4-100/7; **General Motors** 1-140/17B; 150/8; 160/3,5; 4-160/7,7; **IBM** 1-240/20G; 260/10B; 280/4,5B; 300/2; 4-280/10; 300/7B; 7-280/17B; 300/12; **Norsk Hydro** 1-35/6,5B; 38,10/5B; 40/1,5; 45/0,75B; 4-35/9B; 40/3,5; 45/2,5; 50/1B; 7-40/5B; 45/3B; 50/2; **Philips** 1-40/5; 45/1,4; 50/0,65B; 4-35/8,5B; 40/5; 50/2,5; 7-30/16B; 35/10,6B; 40/6,4; 45/3,5B; 50/2,6; **Royal Dutch** 1-168,60/15; 176/14,5B; 180/14B; 190/9B; 200/3; 4-180/20B; 186/16,6B; 190/13B; 200/7G; **Sony** 1-39,7/5,8B; 44,7/4B; 4-39,7/8B; **Xerox** 1-110/12,5B; 4-120/8G; 7-110/15G; 120/10G.

Verkaufsoptionen: **AEG** 1-280/3,2B; 300/8,6; 320/13; 4-260/4,5; 280/7,6; 300/12; 320/20G; 7-300/21; **BASF** 1-220/1B; 240/1,1B; 250/3B; 260/4B; 270/10B; 280/11B; 290/16G; 300/25B; 4-280/12G; 7-260/10G; 280/18G; **Bayer** 1-300/11B; **BHF** 1-500/5G; **Bekula** 1-140/7B; **BMW** 1-550/10; 600/25B; 4-500/12B; 550/15G; 600/30G; 7-500/15G; 550/20G; 600/50G; **Commerzbk.** 1-280/3B; 300/6; 312/9G; 320/13G; 340/29,8B; 4-280/7; 300/13,7; 320/20G; 7-300/18G; **Conti** 1-280/4B; 4-320/14G; **Daimler** 1-1100/10B; 1200/25B; 1300/60B; 4-1100/21; 1200/50B; **Deutsche Bk.** 1-750/13B; 800/30; 4-750/29,9B; 7-800/60G; **Dresdner Bk.** 1-360/1,5G; 380/10B; 400/15; 4-360/10; 380/19; 400/30; 7-400/45B; **Harpener** 1-280/2,4G; **Hoechst** 1-250/3G; 260/7,5B; 4-260/12G; 7-240/9B; **Hoesch** 1-120/2; 130/7; 140/12; 150/22; 155/29B; 4-130/8,6B; 140/14; 150/22,8; 160/35B; 7-130/10; **Karstadt** 4-440/16; **Kaufhof** 4-500/17; **KHD** 1-180/8; 4-200/19,2; 7-180/11G; **Klöckner** 1-75/4B; 80/8,5B; 90/17B; 4-70/5,4; 75/8,5B; 80/10G; 90/19B; 95/24B; 7-65/3,2G; **Lufthansa** St. 1-180/5G; 190/14G; 4-170/6G; 180/10G; **Lufthansa** Vz. 1-180/25G; 4-180/55B; **Linde** 4-800/40G; **Mercedes** 1-1000/10B; 1100/30B; 1200/45G; **Mannesmann** 1-170/3B; 180/7B; 190/12G; 4-160/4B; 170/6B; 180/10,6B; 7-160/6B; 170/74,5B; 180/12,5; **Nixdorf** 4-650/15,5G; **Porsche** 1-900/15G; 1000/40; **Preussag** 4-170/2,6G; 180/7B; 190/10; **RWE** St. 1-200/2; 7-220/14; **Schering** 7-550/20B; **Kali + Salz** 1-250/6G; 260/12,9; 270/14B; 280/24B; 4-260/16G; 300/48; **Siemens** 1-600/2,9B; 650/9,9B; 700/20; 4-650/17; 700/40; 7-650/20G; 700/50; **Thyssen** 1-140/2,4; 150/6G; 160/14,8B; 170/25B; 180/36B; 4-150/10; 160/17; 170/28,5B; 7-140/8; **Veba** 1-280/9B; 290/12,9B; 4-280/15G; **VEW** 1-150/2,6; 4-150/6,7B; 160/14,65B; **VW** 1-420/6B; 440/9G; 460/13; 469/16G; 479/20G; 480/20; 500/40G; 4-420/13; 460/25,8G; 480/30G; 7-420/18; 440/25G; 460/34G; 480/40G; **Alcan** 1-60/3B; 65/5B; 75/13,5B; **Chrysler** 1-80/5B; 85/8; 4-75/7,5B; 80/9B; 7-75/8,5B; 80/11B; **Elf** 1-100/12B; **General Motors** 4-150/15B; **IBM** 1-260/14G; 4-240/9G; 260/35B; **Norsk Hydro** 1-40/2,5B; 45/7B; 4-40/3B; 7-40/4B; **Philips** 1-40/2,5B; 45/4; 4-40/3,7B; 45/6B; 50/13B; 7-35/2B; 40/4,8B; 45/9B; **Sony** 4-45/4G.

Rentenoptionen

Frankfurt: 10. 11. 1986

Kaufoptionen: 7 3/4 **Bund** 82 I(90): **APR87**-106/2G; 108/0,5G; 110/0,6B; **OKT87**-106/1,7G; 7 1/2 **Bund** 83 III (91): **APR87**-106/1,5G; 108/0,3G; **OKT87**-106/1,7G; 8 1/2 **Bund** 82 (92): **APR87**-110/1,5G; 112/0,3G; **OKT87**-110/1,7G; 8 3/4 **Bund** 82 (92): **APR87**-112/0,6G; **OKT87**-112/0,8G; 7 1/2 **Bund** 85 I (95): **APR87**-106/1,5G; 108/0,3G; **OKT87**-106/1,8G; 108/0,5G; 8 **Bund** 85 (95): **APR87**-108/1,5G; 110/0,5G; **OKT87**-108/2G; 110/0,5G; 8 1/4 **Bund** 83 V (95): **APR87**-110/1G; **OKT87**-110/1,3G; 7 1/2 **Bund** 84/94: **APR87**-104/2,5G; 106/0,8G; **OKT87**-104/3G; 106/1,3G; 108/0,3G; 7 **Bund** 85 I (95): **APR87**-102/1,8G; 104/0,3G; **OKT87**-102/2,3G; 104/0,8G; 7 1/4 **Bund** 85 II (95): **APR87**-104/1,5G; 106/0,3G; **OKT87**-104/2G; 106/0,5G; 108/0,3G; 6 3/4 **Bund** 86 (96): **APR87**-100/3,7G; 102/0,8G; 104/0,3G; **OKT87**-100/3G; 102/1,3G; 104/0,3G, 6 1/2 **Bund** 85 (95): **APR87**-100/1; 102/0,3G; **OKT87**-100/2G; 102/1,5B; 7 1/8 **Bahn** 85 (95): **APR87**-102/1,5G; 104/0,3G; **OKT87**-102/1,8G; 104/0,5G; 7 **Post** 85 (97): **APR87**-100/1,2G; **OKT87**-100/1,8G; 102/1,8G; 104/0,5G.

Verkaufsoptionen: 7 3/4 **Bund** 82 I(90): **APR87**-108/1,7G; 110/2,7G; **OKT87**-108/3,3G; 110/4G; 7 1/2 **Bund** 83 III (91): **APR87**-106/1,7G; 108/2G; **OKT87**-106/3,5G; 108/3,8G; 8 1/2 **Bund** 82 (92): **APR87**-110/2G; 112/2,5G; **OKT87**-110/4,3G; 112/4,5G; 8 3/4 **Bund** 82 (92): **APR87**-112/2,3G; 114/5G; **OKT87**-112/4,8G; 114/5G; 7 1/2 **Bund** 85 I (95): **APR87**-106/1,8G; 108/2,2G; **OKT87**-106/3,8G; 108/4G; 8 **Bund** 85 (95): **APR87**-110/2,5G; 112/3,5G; **OKT87**-110/4,5G; 112/5,5G; 8 1/4 **Bund** 83 V (95): **APR87**-110/2G; 112/2,8G; 114/4,2G; **OKT87**-110/4,3G; 112/4,8G; 114/5,8G; 7 1/2 **Bund** 84/94: **APR87**-104/1G; 106/2,3G; 108/3,5B; **OKT87**-104/4G; 106/4,5G; 108/5G; 7 **Bund** 86 I (95): **APR87**-102/2G; 104/23G; 106/3,5G; **OKT87**-102/3,8G; 104/4,2G; 106/5G; 7 1/4 **Bund** 85 II (95): **APR87**-104/2G; 106/2,5G; 108/3,8G; **OKT87**-104/4G; 106/4,5G; 108/5,3G; 6 3/4 **Bund** 85 (95): **APR87**-100/1,8G; 102/2G; 104/3G; **OKT87**-100/3,8G; 102/4G; 104/4,5G; 6 1/2 **Bund** 86 (95): **APR87**-102/2,5G; 104/3,8G; 106/5,5G; **OKT87**-100/3,8G; 102/4,2G; 104/5G; 7 1/8 **Bahn** 86 (95): **APR87**-102/2G; 104/2,5G; **OKT87**-102/4; 104/4,5G; 7 **Post** 85 (97): **APR87**-102/2,3; 104/3; 106/4,2G; **OKT87**-102/4,5G; 104/4,8G; 106/5,8G.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810B, VAB 2600T. **Düsseldorf:** BMW 551, Goldschm. 240, Lehnkering 206G, O & K 119, Thüga 455T. **Frankfurt:** BMW 550, Frankona 620, Fuchs St. 170bG, Fuchs Vz. 158, Goldschm. 232, Magdeburger Feuer NA 480G, Magdeburger Feuer 1150, Mainkraft 530G, Mercedes 1150, Thürgas 445G, Ymos Vz. 185. **Hamburg:** –. **München:** Mercedes 1135, Stumpf 121, VAB 2600B. **Stuttgart:** BMW, 560G, Fuchs St. 168G, Fuchs Vz. 160G, Goldschm. 230G, Mercedes 1115.

Bezugsrechte: Düsseldorf: Allianz entl., Nixdorf 46,5. **Frankfurt:** Allianz entl., Nixdorf 47. **Stuttgart:** Mineralbr. Überk. 14.

Devisenmärkte

Der zu große Optimismus hinsichtlich der Konjunkturzahlen in den USA ist gewichen und ließ den Dollarcurs am 10. November etwas abrutschen. Nach 2,052 zu Beginn wurde später zur Notiz nur noch 2,0489 bewilligt und im Nachmittagshandel Umsätze bis 2,0425 getätigt. Als belastend dürfte sich die Rücktrittsdrohung des US-Außenministers wegen er Iran Affäre ausgewirkt haben. Gut behauptet war dagegen das Britische Pfund nach den jüngsten Erklärungen des Schatzkanzlers. Es wurde mit 2,948 notiert. Der Schweizer Franken erholte sich um 0,4 Prozent auf 120,39, der Yen sank um den gleichen Prozentsatz auf 1,2595. US-Dollar in: Amsterdam 2,311; Brüssel 42,4775; Paris 6,673; Mailand 1414,80; Wien 14,433; Zürich 1,7019, Ir. Pfund/DM 2,728; Pfund/Dollar 1,4366, Pfund/DM 2,948.

Devisen und Sorten

10.11.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	5,50	2,0449	2,0529	2,0457	2,00	2,10
London[2]	11,0	2,941	2,955	2,909	2,88	3,03
Dublin[2]	12,0	2,721	2,735	2,667	2,65	2,78
Montreal[1]	8,59	1,4727	1,4807	1,4651	1,43	1,53
Amsterd.	4,50	88,40	88,62	88,555	87,50	89,75
Zürich	4,00	120,29	120,49	120,08	118,75	121,50
Brüssel	8,00	4,807	4,827	4,786	4,69	4,87
Paris	9,50	30,575	30,735	30,41	29,75	31,40
Kopenh.	7,00	26,50	26,67	26,25	25,50	27,25
Oslo	8,00	27,23	27,35	26,66	26,50	28,25
Stockh.	7,50	29,235	29,395	29,04	28,50	30,25
Mailand[3] **	12,0	1,442	1,452	1,426	1,41	1,49
Wien	4,00	14,189	14,229	14,19	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,49	1,50	1,464	1,435	1,555
Lissabon**	14,5	1,358	1,378	1,326	0,90	1,50
Tokio	3,00	1,258	1,261	1,2615	1,215	1,275
Helsinki	8,50	41,10	41,30	40,52	40,00	42,00
Belgrad* **	–	–	–	–	0,18	0,58
Budap.* **	–	–	–	–	2,50	4,00
Athen* **	20,5	1,443	1,497	–	0,80	1,55
Ankara* **	–	–	–	–	0,18	0,57
Sydney*	–	1,313	1,332	–	1,26	1,38
Johannbg.*	10,0	0,888	0,922	–	0,73	0,98
Hongkong *	–	26,10	26,38	–	25,50	30,00

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire; [4]Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Unsere Herzen suchen ihn,
folgen ihm, bewahren ihn
und bitten für seinen Frieden.

Paul Eggert

* 22. März 1905 † 5. November 1986

In Liebe und Dankbarkeit
Erika Eggert
und Familie

Overbeckstraße 14
2000 Hamburg 76

Trauerfeier am Montag, dem 17. November 1986, um 11 Uhr in der Matthäus-Kirche Hamburg-Winterhude, Krohnskamp.

Statt zugedachter Blumen bitten wir die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger zu bedenken. Konto bei der Vereins- und Westbank Hamburg, Konto-Nr. 1/07557 (BLZ 200 300 00), Vermerk „Eggert".

In tiefer Trauer zeigen wir an, daß am 5. November 1986 im 82. Lebensjahr

Direktor i. R.

Paul Eggert

einem plötzlichen Herztod erlegen ist.

Herr Direktor Eggert war über 43 Jahre für die Iduna Allgemeine Versicherung AG tätig und hat sein Aufgabengebiet Feuer- und Sachversicherungen mit großem persönlichen Einsatz und Erfolg gemeistert.

Wir trauern um einen Freund und Kollegen, den wir nicht vergessen werden.

Iduna Allgemeine Versicherung AG
Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter

Die Trauerfeier findet statt am Montag, dem 17. November 1986, um 11.00 Uhr in der Matthäus-Kirche, Hamburg 60, Krohnskamp/Ecke Gottschedstraße.
Statt zugedachter Blumen bitten wir, die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, Hamburg, zu bedenken. Dresdner Bank Hamburg – Kto. 3 663 000 (BLZ 200 800 00).

Mein lieber Mann, unser herzensguter Vater und großzügiger Opa

Josef Beckmann

* 14. Juli 1898 † 7. November 1986

ist nach einem langen, mit viel Freude, Lebenswillen und Energie erfüllten Leben für immer von uns gegangen. In seiner Fürsorge und Liebe war er allzeit der Mittelpunkt unserer Familie.
Sein Charme, seine Herzenswärme, seine vorbildliche Art haben ihn ausgezeichnet und ihm einen großen Freundeskreis beschert. Sein Einsatz für seine Mitmenschen in seiner beruflichen und privaten Umwelt war vorbildlich.
Sein Tod ist ein großer Verlust für uns alle.

Hilde Beckmann geb. Küster
Alfred und Marion Bessenbach
mit André und Isabelle und Michael
Walter und Sigrid Seidensticker
mit Nicole und Frank
Josef-Albert und Dorrit Beckmann
mit Judith, Ralph und Marcel
Thomas, Markus und Marlou Brabant

Die Trauerfeier findet am 12. November um 11.30 Uhr in der St.-Josef-Kirche in Bocholt, Karolingerstraße statt. Die Beisetzung ist um 13 Uhr auf dem Friedhof.
Anstelle evtl. zugedachter Kranz- und Blumenspenden bitten wir um eine Spende an die Deutsche Krebshilfe Bonn, Postscheckkonto Köln 909 090-501.

In tiefer Trauer

Dr. sc. pol. ALBRECHT DÜREN

Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages
von 1960 bis 1971

ist im Alter von 76 Jahren nach schwerer Krankheit in Bonn verstorben.

Wir trauern um einen engagierten Verfechter der marktwirtschaftlichen Ordnung, dem die Spitzenorganisation der deutschen Industrie- und Handelskammern zu tiefem Dank verpflichtet ist.

DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSTAG

Otto Wolff von Amerongen **Dr. Franz Schoser**

Tolle Gegenwelten: Die Geschichte des Karnevals

Narren, Narren, Narren

Heute, am 11. 11. um 11.11 Uhr MEZ, beginnt die fünfte Jahreszeit: der Karneval. „Stultorum infinitus est numerus" – die Zahl der Narren ist unendlich, heißt es bereits in der Bibel (Ecclesiasticus 1, 15). Den Beweis tritt der Volkskundler Dietz-Rüdiger Moser an, der die Geschichte der Narren faktenreich und detailliert in einem Prachtband nachzeichnet.

Der Wissenschaftler beginnt bei der Etymologie des Wortes Karneval. Der „carrus navalis", das auf einen Karren geladene Schiff, erleidet bei Moser endgültig Achsenbruch. Vielmehr belegt er genau (was einige Sprachwissenschaftler schon immer behauptet haben), daß das Wort auf „carnelevare", also die Wegnahme



des Fleisches, zurückgeht. Von dort bis zur Fastnacht (die Nacht vor dem Fastenbeginn) und zum Fasching (von mhd. „vast-schanc", der Trunk vor der Fastenzeit) ist es dann nur noch ein kleiner Schritt.

Moser, gebürtiger Berliner und beim erstmaligen Kontakt mit der Narretei in Freiburg baß erstaunt, erläutert die Beziehungen zwischen Kirche und Karneval, verfolgt die Darstellung des Mummenschanzes in der bildenden Kunst und nennt als Urvater der Narretei keinen Geringeren als Augustinus, dessen Denkmodell von den zwei Staaten – einem himmlischen und einem irdischen – der Karneval seine Entstehung verdankt. Das tolle Treiben als kurzlebige Gegenwelt zum geordneten Dasein – diese Vorstellung war unter anderem ausschlaggebend für die Bräuche im 1552 gegründeten römischen Jesuitenkolleg. Hier wurde ein „König des Karnevals" gewählt, der als Ausgleich für die strenge Zucht und Ordnung, die das ganze Jahr über herrschte, an den närrischen Tagen das Szepter schwingen konnte.

Daß in diesem gottfernen Staat andere Gesetze herrschen, die mit den zehn Geboten nichts zu tun hatten, erklärt auch, warum die Zahl der Narren die Elf ist: sämtliche Gesetze läßt man hinter sich und lebt regellos in der Narrenfreiheit. Wichtig für den Karneval ist die Konstituierung des „Narrenreiches" mit König und Königin (aus ihnen wurden später der Prinz und die Prinzessin), das ein getreues Abbild tatsächlicher Herrschaftssysteme sein sollte. Da nun der Narrenstaat nicht von Gott gelenkt wurde, konnte der Satan hier ungeniert sein Unwesen treiben – ein Grund dafür, daß noch heute Teufel und Hexen beliebte Verkleidungen im Karneval sind.

Elf Narren waren bereits auf einem Nürnberger Flugblatt von 1530 zu sehen, die so töricht waren, einander die Wahrheit zu sagen. Das dürfen sich Narren – bis zum Büttenredner unserer Tage – immer noch erlauben. Der Elferrat, der die Organisation des Jeckentreibens in die Hand nimmt, ist übrigens noch nicht ganz so alt: Entstanden ist dieses Komitee in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts in Köln.

Das Verkleiden im Karneval war ein legalisierte Normverletzung, die mehrere Funktionen erfüllte: Zum einen kam sie dem Wunsch nach Rollentausch der Menschen nach, die, auf diese Weise ihrer Identität beraubt, straflos die Ordnung auf den Kopf stellen konnten. Allerdings entwickelten sich im Mittelalter auch für das Narrenkleid gewisse Vorschriften, die man beachten mußte (dazu gehörten die Narrenkappe, die karierte oder gestreifte Hose, die Schellen, Schnabelschuhe oder das Flickengewand als Symbol für die Flecken auf der Seele). Hier ist es dem Autor gelungen, durch die geschickte Gegenüberstellung von Gemälden und Zeichnungen voriger Jahrhunderte und Fotografien von Fastnachtszügen aus den letzten Jahren die Kontinuierlichkeit des Festes und seiner Bräuche eindrücklich zu beweisen.

Da bekanntlich am Aschermittwoch alles vorbei ist, endet das Buch mit einer Darstellung der Fastnachtsauskehr. Sie war stets auch ein Neubeginn und bot die Chance, in der folgenden Fastenzeit die Sünden zu überdenken, um wieder in die christliche Gemeinschaft zurückkehren zu können. Doch ehe es am 4. März 1987 soweit ist, wird in unseren Breiten noch manch donnerndes „Helau" erschallen.

RAINER NOLDEN

Dietz-Rüdiger Moser, „Fastnacht – Fasching – Karneval". Styria Verlag, Edition Kaleidoskop, Graz/Wien/Köln, 382 Seiten, zahlr. Abb., 98 Mark.



Bevor er die Abstraktion entdeckte: „Deux femmes dans un intérieur" (um 1922) des jungen Roger Bissière, aus der Pariser Ausstellung FOTO: KATALOG

Gelegenheit zur Wiederentdeckung: Paris feiert den Maler Roger Bissière

Freude an Farbe und Pinselstrich

Die Franzosen richten dem Maler Roger Bissière, der in diesem Jahr seinen 100. Geburtstag hätte feiern können, eine eindrucksvolle Jubiläums-Retrospektive aus, die von ihrem Premierenschauplatz, dem Musée de l'art moderne de la ville de Paris, noch weiterreist in die Provinz. Bissière gehörte in den 50er und 60er Jahren, in einem Atemzug mit Manessier und Masson, zu den geachteten Vertretern der École de Paris.

Damals sah auch Deutschland große Einzelausstellungen seines Werks, etwa 1957 eine von Werner Schmalenbach betreute Schau bei der Kestner-Gesellschaft in Hannover, oder 1966, zwei Jahre nach Bissières Tod, eine Gedächtnisausstellung in der Kunsthalle Düsseldorf. Mit dem Auftritt Amerikas in den Sechzigern endete die Blütezeit der Franzosen abrupt, ja, École de Paris wurde beinahe zum Gespött, zum Synonym für eine bloß noch dekorative Malerei.

Die jetzige Bissière-Ausstellung bietet also einige Gelegenheit, Dinge wiederzuentdecken, ja zu rehabilitieren. Tatsächlich ist der dekorative Zug dieser Malerei unübersehbar, aber was doch spontan für sie einnimmt, ist ihr schieres Malertum, ihre Freude an Farbe und Pinselstrich. Malerei wird nicht reflektiert, sie wird getan. Ein Bild ist zunächst einmal eine sinnvoll mit Farbe gefüllte Fläche: Nicht mehr und nicht weniger.

Nicht immer bescheidet sich ein Maler wie Bissière damit. Im Alter gewinnen seine Bilder einen starken Zug ins Religiöse; 1954 druckt er elf Farbholzschnitte unter dem Thema „Cantique a notre frère Soleil de François d'Assise". Vögel, Sterne und Nacht finden sich immmer wieder in den Bildtiteln. Korrespondenzen zum musikalischen Werk des Komponisten Olivier Messiaen sind auszumachen, der zur selben Zeit seinen Gott in paradiesischen Vogelgesängen und Sphärenharmonien lobpreist. Ein solches pantheistisches Verständnis von Gott und Natur feiert auch Bissière in seinen Bildern, mit seinen Mitteln einer sich entladenden Farben- und Formensprache.

Bissières malerischer Werdegang hatte das nicht unbedingt erzwungen. Geboren im Garonne-Städtchen Villeréal und aufgewachsen in Bordeaux, kam er 1910 nach Paris, wo er Anschluß an Georges Braque und seinen Kreis fand, 1920 übrigens auch die erste Monographie über Braque schrieb. Bissière vollzieht die Entwicklung des Kubismus nach – aus dieser Zeit zeigt die Pariser Ausstellung sehr schöne, unprätentiöse Beispiele von früher gegenständlicher, in kubistischer Facettierung nur leicht gebrochener Malerei.

Unübersehbar tritt Picasso auf: Die 30er Jahre sind beherrscht von dieser Figurensprache bis hin zu einer aus eisernen Fundstücken montierten Kreuzigung. Eben dieses plastische Denken Picassos ist aber nicht Bissières eigentliches Metier, er zieht sich auf die Malerei zurück, experimentiert lange Jahre mit Temperafarbe, sieht dann spät auch die Möglichkeit, seine Malerei ins Medium der Tapisserie zu übertragen, das dann einige seiner Hauptwerke beansprucht.

Bissières Bilder setzen sich oft zusammen aus einer starken, dunklen, wie gravierten Zeichenstruktur und in den Konturen vom Pinselstrich bemessenen, intensiven, doch gedeckten Farbfeldern. Das kann zum Effekt von Kirchenfenstern führen, das kann, gerade wenn Ocker und Rot dominieren, auch Assoziationen an indianische Kunst wachrufen. Das sind aber in jedem Fall Bilder, die eine überraschende malerische Kraft bezeugen. (Bis 16.11., Dijon: 4.12. bis 1.2.87; Calais 14.2. bis 4.5.; Katalog 100 FF)

REINHARD BEUTH

Ausgrabungen und Funde im Palast von Palermo

Das Kreuz des Inquisitors

Für Sizilienbesucher ist es eine Pflichtübung: die Visite im ehemaligen normannischen Königspalast, der später Residenz des Stauferkaisers Friedrich II., dann der Vizekönige unter spanischer und bourbonischer Herrschaft wurde. Die Pfalzkapelle, errichtet von arabischen und byzantinischen Baumeistern, die aus normannischer Zeit erhaltenen Gemächer mit ihren Mosaiken sind die Hauptattraktionen Palermos. Doch der Baukomplex, der auf Resten aus römischer und arabischer Zeit ruht und im Verlauf von 700 Jahren immer wieder umgebaut und erweitert wurde, ist noch keineswegs ganz erforscht. Schon in den zwanziger Jahren hatte man eine Reihe von Räumen praktisch neu entdeckt und freigelegt. Zufall und systematische Suche fördern auch heute ständig neue Überraschungen zutage.

Solche hatte es im Laufe der Zeit übrigens immer wieder gegeben. Etwa im Jahre 1550, als man den „roten Turm" abriß und ein unterirdisches Verlies mit drei mumifizierten Frauenleichen entdeckte, die in prächtige Seidengewänder gekleidet waren. Vermutlich handelte es sich um die Gattinnen der drei Verteidiger des aufständischen Barons Capaccio, die Kaiser Friedrich II. im Jahre 1246 aus Rache lebend hatte einmauern lassen.

Erst vor kurzem jedoch fand man in einem Gewölbe neben diesem grausigen Kerker einige Graffiti von normannischen Schiffen – ähnlich den Wikingerbooten, die wir aus Darstellungen in Nordeuropa kennen und mit denen die Normannen von Frankreich aus das Mittelmeer erreichten. Mit Schiffen der gleichen Art hatten die Wikinger auch Island, Grönland und Vinland, die Küste Nordamerikas, entdeckt. Obwohl in einigen Mosaiken aus normannischer Zeit in Palermo Schiffe jener Epoche dargestellt werden, die denen der Graffiti ähneln, hatte bisher in Palermo niemand geglaubt, daß die Normannen tatsächlich diese nordische Schiffsform beibehalten hatten.

Die Ritzzeichnungen finden sich in der Nähe der Krypta unter der Pfalzkapelle, die ursprünglich die Schloßkirche war, bis der Prunkbau darüber entstand. In unmittelbarer Nachbarschaft entdeckte man eine Grabkammer, in der 1166 die Leiche des Normannenkönigs Wilhelm II., genannt „der Böse", verborgen wurde, bis oben in der Stadt politische Unruhen abgeklungen waren.

Vor einigen Jahren fand man bei einem Mauerdurchbruch einen Raum, in dem ein großes Kruzifix aus dem 16. Jahrhundert hing. Es stellte sich heraus, daß es auch mit diesem Fund eine eher düstere Bewandnis hatte. Es handelt sich nämlich um das Kreuz des palermitanischen Inquisitionsgerichtes, das im Juli 1782 abgeschafft wurde. Das „Sant'Uffizio" Siziliens hatte seinen Sitz im Palazzo Steri. Von dort wurde das Kreuz nachts in die Verliese des Palastes geschafft und eingemauert.

Vor diesem Kreuz, so berichten zeitgenössische Quellen, wurden von Ketzern und Hexen mit der Folter Geständnisse erpreßt. Das Kruzifix, über einen Meter hoch, ist in ein großes Wandreliquiar eingelassen. Darin fand man einen mit Halbedelsteinen besetzten Bischofsstab aus Elfenbein, der dem heiligen Cataldo zugeschrieben wird – ein irischer Mönch, der als Bischof in Tarent starb und im 7. Jahrhundert wirkte. Frommes und Profanes birgt der Palast mit gelassener Neutralität.

Als ein Gärtner jüngst im hängenden Park auf der St.-Peter-Bastion des Schlosses die Erde umgrub, stieß er auf Steinplatten. Er hob sie auf und sah vor sich eine Treppe, die sich im Dunkel verlor. Nachforschungen ergaben, daß sie zu einem langen Gang führte, der neun Meter unter dem Niveau des Gartens in den Mauern der Bastion verlief. Ein Stück dieses Ganges, das noch nicht ausgegraben wurde, führt in den ehemaligen Festungsgraben. Sogar eine Wachkammer mit Steinbank entdeckte man.

Es handelt sich um eine militärische Anlage aus den Jahren 1550–1560, als auch die Bastion errichtet wurde. Ende des 18. Jahrhunderts war diese Art von Verteidigung überholt – 200 Jahre wurden die Treppen und Gänge vergessen. In diesen Gewölben bildete ein Soldat drei Fregatten aus dem 18. Jahrhundert ab. Die Skizze ist komplett mit Jahreszahl – 1775 – und Unterschrift. Vielleicht hatte man von der Bastion einen guten Blick auf den damaligen Hafen. Der Palast liegt auf einer Anhöhe am Rande der Altstadt, aber nicht unmittelbar an der Küste. Die Neuentdeckungen, momentan noch nicht der Öffentlichkeit zugänglich, sollen demnächst ein Teil der Führungen in diesem Baukomplex werden, dessen erste Spuren in die Zeit der Karthager, vor rund 2500 Jahren, zurückreichen.

JÜRGEN VORDEMANN

Moskaus Taxifahrer machen das Beste aus ihrem Job: Ohne sozialistische Skrupel bei Rot über die Ampel

Allgegenwärtig, selten, selbstherrlich, rätselhaft

Sie sind die Herren des sowjetischen Asphalts, ignorieren durchgezogene weiße Linien, Geschwindigkeitsbeschränkungen und scheuchen mit ihrer Fahrweise die Passanten wie Hühner an den Straßenrand zurück – Moskaus Taxifahrer.

Sie bilden eine besondere Spezies von Genossen in dieser Sowjetmetropole. Weder die Oktober-Revolution noch Parteidekrete konnten sie beeindrucken, sie haben sich ungeachtet aller Vorschriften komfortabel in den Nischen des Sozialismus etabliert. Sie machen das Beste aus ihrem Job, allerdings zuungunsten der Fahrgäste.

Taxis sind in Moskaus Straßen zwar allgegenwärtig, doch im entscheidenden Moment scheinen sie unerreichbar, sind so rar wie Glückstreffer in der Lotterie. Bei Minusgraden, Schneegestöber, wenn der Eiswind durch die Straßen fegt, man tütenbepackt winkend am Straßenrand steht, sieht man die Taxis schon von weitem mit einem grünen Lämpchen hinter der Windschutzscheibe vorbeiflitzen, was „frei" signalisiert. Wie erlöst stürzt man sich nun auf die Fahrbahn, ungeachtet des Verkehrs, gestikuliert mit der einzigen freien Hand. Der erste Wagen braust vorbei, auch der zweite ignoriert den wartenden Fahrgast. Endlich stoppt einer. Doch bevor man sich nun in den arg zerschlissenen Fond setzen kann, fragt der Mann hinter dem Steuer streng, wohin die Fahrt denn gehen soll. Was? Ein kaltes Njet knallt dem

Wo Taxifahrer Puschkin lesen – ZDF, 19.30 Uhr

Wartenden entgegen und der Fahrer gibt Gas und braust von dannen. Man wird es nie erraten, was in der Seele dieser Taxifahrer vor sich geht.

In der 8,7-Millionen-Stadt Moskau gibt es rund 16 000 Taxis, die reichen zur Stoßzeit natürlich nicht aus. Und so gebärden sich die Moskauer Fahrer selbstherrlich wie Paschas.

Hat man endlich einen Fahrer gefunden, der einen auch tatsächlich zu chauffieren bereit ist, kann es dennoch passieren, daß er noch einen weiteren Fahrgast in den Fonds quetscht. Und am Fahrziel müssen beide Passagiere den gleichen Taxameterpreis bezahlen. Das verstößt zwar wieder gegen die staatliche Taxiregelung, doch wer wagt es, im warmen Auto zu protestieren? Taxifahrer sind im übrigen die einzigen Leute, die nie Trinkgelder verweigern. Manche fragen gar keck nach Devisen oder kleinen Souvenirs, zum Beispiel Drehbleistifte oder Schlüsselanhänger. Sozialistische Skrupel verspüren diese Seelen nicht.

Schon am Flughafen Scheremetjewo lauern die Moskauer Taxifahrer wie Hyänen auf ihre Opfer. Auch mancher dienstfreie Chauffeur in einer großen schwarzen Limousine wittert hier die Chance, sein Einkommen aufzubessern. Der Preis nach Moskau, der normalerweise zehn Rubel beträgt, schwankt dann zwischen 15 und 40 Rubel. Hier gilt es zu feilschen, wenn man nicht sein blaues Wunder erleben will.

Andererseits sind Moskauer Taxifahrer die letzten Zufluchtstellen, wenn die Intourist-Hilfe versagt. Denn diese Fahrer wissen immer, wo es noch ein Hotelbett gibt, besorgen jetzt in der alkoholarmen Zeit unter Gorbatschow noch ein Fläschchen raren Wodkas – und wenn ein Geschäftsmann in der Millionenstadt einsam ist, so schaffen sie auch hier Abhilfe.

Mitunter trifft man natürlich in diesem schwarzen Heer der Taxichauffeure auch auf Ausnahmen. Ein Georgier, den es als Taxifahrer nach Moskau verschlagen hatte, erzählte mir soviel unter Tränen des Heimwehs von seiner Heimat, daß er nicht bereit war, auch nur eine Kopeke für eine lange Fahrt zu kassieren.

Und ein anderer zitierte mir auf einer langen Taxifahrt vehement Majakowski: „Auf Schmetterlingsflügel stampft ihr mit Galoschen und tretet poetische Funken aus", deklamierte er. Und vor lauter Begeisterung krachten wir an einen Pfeiler.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Hans G. Adler: Wissenschaftler wider Willen

Wie unter der Glasglocke

Der in London lebende Schriftsteller und Soziologe Hans G. Adler als „Zeuge des Jahrhunderts" – das stimmt auf erschreckende Weise: Er ist einer, der dabeigewesen ist und überlebt hat, der sein Überleben dazu genutzt hat zu bezeugen, schriftstellerisch und wissenschaftlich. Beim Namen dieses 1910 in Prag geborenen österreichischen Juden fallen einem Elias Canetti ein und Hermann Broch, von dem Hannah Arendt gesagt hat, er sei „Dichter wider Willen" gewesen. Beide haben mit ihrem

Zeuge des Jahrhunderts – ZDF, 23 Uhr

dichterischen Werk Weltruhm erlangt, ihr wissenschaftliches geriet dagegen in den Schatten des Interesses. Bei Adler ist es umgekehrt.

Broch und Canetti lebten in New York und London während der Jahre, die Adler in Konzentrationslagern verbrachte. Sie begriffen das, was an jener Zeit unfaßbar erscheint, als massenpsychologische Phänomene. Was Hannah Arendt später schlagwortartig die Banalität des Bösen nannte, entschlüsselte Adler als Zeichen einer total verwalteten Welt. Er leistete in seinen Werken über die Vernichtung der Juden, was Solschenizyn für die Welt des GULag festhielt. Auch Adlers Erzählungen handeln vom Leiden des Menschen, wobei Gefährdung fortwährend zur Existenz gehört. Weil der Mensch einzeln sei, „aber nicht allein und einzeln bestehen kann", lebe er in einem lebenslang unlösbaren Konflikt.

Seine traditionelle Erzählweise hat etwas Trockenes, sie ist nahezu unsensuell nüchtern und zeugt doch von Pathos – in ihrer Lebenshaltung, nicht in der Wortwahl. Da hat einer das Schlimmste durchlebt und vertritt humanistische Ideale, wie sie in seiner Kindheit gelehrt wurden.

Und doch vermittelt die Sprödigkeit seines Schreibens den Eindruck des Unnahbaren, Anspruch auf zeitlose Geltung. Man wird an den Eindruck erinnert, den heute die Landschaften seiner böhmischen Heimat geben. Die Straßen mit ihren alten Bäumen sind so schmal, die Herrenhäuser so hinfällig, als habe man über sie vor Beginn des Krieges eine Glasglocke gestülpt. Was Adler erlebt hat, scheint an seiner Sprache vorbeigegangen zu sein. Dies war auch bei den Gedichten Brochs der Fall.

Es scheint bezeichnend für Adler, daß er den deutschen Sprachraum nach dem Krieg verließ. Er schuf bewußt solche Entfernung, die ihn zur distanzierten Betrachtung befähigt.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

KRITIK

Viel vergeudete Zeit

In den Vorhersagen (basierend auf Umfragen) um 18 Uhr lagen ARD und ZDF bei der **Hamburg-Wahl** völlig verkehrt, sahen doch beide die SPD weit vorn, die GAL weit unter 10 Prozent. Im Laufe der 90 Minuten, bis sich die Hochrechnungen stabilisierten, nannte das ZDF einmal 5 Prozent für die FDP. Trotz der damit verbundenen (falschen) Vorhersage, die Liberalen könnten den Sprung ins Parlament schaffen, was die ARD nie behauptete, kam das ZDF damit dem Ergebnis (4,8 Prozent) näher als die Konkurrenz.

Das ZDF vergeudete die Zeit bis zu den Hochrechnungen mit Hafenbildern; manch einer hätte wohl lieber aktuellen Sport gesehen. Einen Fauxpas leistete sich die ARD: Kaum begann von Dohnanyi zu deklamieren, was er zuvor schon dem ZDF gesagt hatte, wurde er unterbrochen: man müsse zur Tagesschau abgeben. Dann aber zeigte die ARD einige Minuten Fellini-Vorschau, das war wohl unflexible Eigenwerbung statt Aktualität.

Schlimmer aber war die **Wahlparty** (Nord III): Schon die Ankündigung, welcher Reporter worüber plaudern wolle, war ermüdend. Nicht ermüdend, wohl aber entnervend war später die Hektik, mit der umgeschaltet wurde: meist zu Mitarbeitern, die nichts zu sagen hatten.

War es Pech oder Absicht, daß bei Fragen an das Publikum zumeist Anhänger der Grün-Alternativen zu Wort kamen? War es künstlerischer Wille oder schieres Unvermögen, daß bei den bunten Filmchen aus Hamburgs Bezirken Wort und Bild nur selten zusammenpaßten?

Unfreiwillig komisch war manche Ansage. „Nach so viel gewichtigen Analysen jetzt Unterhaltung" – dabei war von Analyse vorher nichts zu hören gewesen. „Verluste von minus 2,1 Prozent, also mehr als im Durchschnitt der Stadt" – was mit diesem Satz zur SPD gemeint war, blieb im Dunkeln. Entlarvend der Kurzdialog: „Der hat wieder Neuigkeiten." – „Nein, ich habe keine Neuigkeiten, aber Unterhaltung."

Wenn es politisch zu werden versprach, versagten die Reporter. Intensive Nachfragen an die Spitzenkandidaten, wie es denn nun weitergehen solle, blieben aus. Dem Wahlsieger Perschau (CDU) entrang sich ob des Gewusels denn auch der Seufzer: „Zum Herumstehen bin ich nicht hierher gekommen."

dfh/schw./da

ARD

9.45 Info: Gesundheit
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Wilder Strom
Amerikanischer Spielfilm (1960)

15.50 Tagesschau
16.00 Frauengeschichten
Bele Bachem
Die Malerin Bele Bachem wurde in diesem Jahr 70 Jahre alt. Bekannt wurde sie durch Buchillustrationen, Entwürfe für Porzellanmalerei und Bühnenbilder.
16.45 Spaß am Dienstag
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Montagsmaler
Schönheit gegen Karneval
Mit vier amtierenden Schönheitsköniginnen sowie Armin Halle (Chefredakteur Aktuell Presse Fernsehen GmbH), Karl-Günther von Hase (Ex-Staatssekretär, -Botschafter und ZDF-Intendant), Hans Sachs (Staatsanwalt)
Gast: Michael Schanze
Moderation: Sigi Harreis
21.00 Report
Themen: Folgen des Baseler Großbrandes. Sind Militärblockaden „verwerflich"? Dioxine durch Frostschutzmittel? Streit um das neue Strahlenschutzgesetz
21.45 Dallas
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Bücher-Report
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Hermann Hesse: Der Mensch und seine Triebe

ZDF

12.10 Prager Notizen
12.40 Umschau
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Pinnwand
16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Leute
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Gäste: das Duo Avalanche
17.45 Mit dem Kopf durch die Wand
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Der Untermieter
Freitag, der 13.
19.00 heute
19.30 Wo Taxifahrer Puschkin lesen
Das Buch im Moskauer Alltag
Bericht von Anke Ritter
20.15 Action Man – Bankraub fast perfekt
Französischer Spielfilm (1966)
Mit Jean Gabin, Robert Stack, Walter Giller, Margaret Lee
Regie: Jean Delannoy
Denis Farrand, inzwischen Besitzer eines Eckcafés, eines eleganten Rasthauses und eines herrschaftlichen Landsitzes, trauert seinem früheren Leben als Meisterdieb nach – vor allem dann, wenn er jeweils am Monatsende dem Geldtransporter mit vier Millionen Franc Lohngeldern nachschaut . . .
21.45 heute-journal
22.05 Un sin d'r Dom su vör mir ston . . .
Filmische Liebeserklärung an Köln
Von Christoph Böll
23.00 Zeugen des Jahrhunderts
H. G. Adler im Gespräch mit Hans-Christoph Knebusch
23.55 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 0221 / 23 64 33
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Jürgen Reitz: Dorfleben in Taiwan
20.45 Rückblende
Vor 100 Jahren: Die Heilsarmee kommt nach Deutschland
Redaktion: Fritz Breuer
21.00 Formel Eins
21.45 . . . und abends in die Casanova
Revue und Kabarett nach dem Krieg
22.15 Drei vor Mitternacht
Anschließend: Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Arbeitsmarkt (1)
Wer schläft, fängt keine Fische
Arbeitsmarkt Italien
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Leitung: Ingrid Lorenzen
21.00 Der Sprinter
Fernsehspiel
22.25 Dialog
Fritz J. Raddatz im Gespräch mit Alfred Grosser
23.25 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.53
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Eine Frau hat Erfolg
21.30 Drei aktuell
21.45 Allerlei Theater
Neues von hessischen Bühnen
22.30 Ossip Mandelstam
Erinnerung an den russischen Dichter
23.15 Focus on Jazz
20. Deutsches Jazz-Festival, Frankfurt 1986

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.32 Zoos der Welt
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau / Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Vierländereck
20.15 Eine Legende des Engadin
Giovanni Segantini
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Victor / Victoria
Amerikanischer Spielfilm (1982)
Mit Julie Andrews, James Garner
Regie: Blake Edwards
23.25 8 x USA
23.55 Nachrichten

BAYERN
18.15 Wir und die Kinder
18.45 Rundschau
19.00 Der direkte Draht
19.55 Z. E. N.
Japan: Landschaften bei Edo
20.00 Der Tod ist aus Marmor
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Ministerium der Angst
Amerikanischer Spielfilm (1944)
Regie: Fritz Lang
23.10 Rundschau

SAT 1

15.35 Indian River
16.00 Drei Mädchen, drei Jungen
16.25 Die Waltons
17.10 Western von gestern
Das schwarze Gold
Mit Gene Autry, Smiley Burnette, Judith Allen
Regie: Joe Kane
18.00 Verliebt in eine Hexe
18.30 blick
18.45 Schirm, Charme, Melone
19.45 Love Boat
Freund oder Freundin
Ich werde nie mehr spielen können
Willkommen im Simulanten-Club
20.40 Airwolf
21.30 blick
22.15 F. A. Z. etten
Die Bundesrepublik Deutschland in den Medien des Auslands
1. Teil: Israel
22.45 Vegas
Aufschlag Bobby Howard
23.35 blick

1 plus

19.00 Nachbar Europa
Im Schlepp: Die längsten Beine der Welt
Reportage über die Bohrinsel Stratfjord C
19.45 Rückblende
Vor 120 Jahren: Fritz Hofmann wird geboren
20.00 Tagesschau
20.15 Eine große Familie
Zweiteiliger Fernsehfilm
Mit Kurt Ehrhardt, Gunnar Möller, Gert Westphal, Iska Geri
Regie: Peter Beauvais
22.50 Die Flammen meiner Liebe
Japanischer Spielfilm (1949)
23.35 Nachrichten

3sat

18.00 Mini-ZIB
18.10 Okay
Jugend-Illustrierte
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Diese Drombuschs
20.30 auslandsjournal
Moderation: Claudia Ruete
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschließend: Nachrichten

RTL plus

18.15 Deutsche Szene / Regional 7
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Das Tal der Pappeln
Der neue Präsident
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Das späte Mädchen
Franz.-ital. Spielfilm (1971)
Mit Annie Girardot und Philippe Noiret
22.00 RTL-Spiel
22.05 Die 7-Minuten-Nachrichten
22.15 Popeye
22.20 Blick in die Welt
Heute vor 30 Jahren
22.30 Disco-Fieber auf Ibiza
23.00 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

Watte für die Gnädigste

PHG – Die mediengeprägte Epoche, deren Idole von nie verblühender Jugendlichkeit gezeichnet sind, erlaubt keine kosmetischen Kompromisse. Glatte Haut bestimmt den (publizistischen) Marktwert. Einer Filmdiva, die ein paar (künstliche) Falten riskiert, wird „Mut zum Alter" bescheinigt.

Als unlängst Berlins Staatstheater Edward Albees Ehehölle „Wer hat Angst vor Virginia Woolf" neu herausbrachten, konnte man im Programmheft einen Hinweis finden, wo „die Watturen" von Angelica Domröse, Hilmar Thate und Thomas Schendel hergestellt wurden: Nicht etwa in einer Polster- oder Modeboutique (die freundlichen Dienste solcher Branchen werden vorzugsweise an Boulevardtheatern dankbar erwähnt), sondern, man staune: „von den Kostümwerkstätten der Staatlichen Bühnen". Im Hause also. Durch und durch selfmade.

Der Hinweis war ein Wink mit dem Zaunpfahl. Er sollte soviel heißen wie: Die drei Schauspieler sehen in Natura anders aus. Es wollte besonders charmant sein – und war zumindest in einem Falle genau das Gegenteil, nämlich im Falle des jugendlichen Akteurs, dessen sportiver Drahtigkeit da wattierend nachgeholfen worden war. Dagegen dürfen wir über die Konturen von Frau Domröse einigermaßen beruhigt sein – sie macht privatim also gute Figur, frei von allen ordinären Aufschwemmungen und Weitungen im Bauch- und Hüftbereich.

Die Berliner Generalintendanz, die für die Zukunft dem Unwesen der Gastverpflichtungen den Kampf angesagt hat, schmeichelte hier mit Thate & Domröse übrigens ganz unverhohlen zwei Protagonisten des tingelnden Starbetriebs. Nun werden uns die Theater wohl landauf, landab mit Hinweisen überraschen wie „Herr Brandauer tritt heute geschminkt auf", „die Lustschreie von Eva Mattes sind gespielt" oder „Herr Ganz ist nicht Hamlet, er tut nur so".

Schwere Frage für die Zukunft: Welchem Darsteller-Typus wird künftig die schwerere Identitätskrise zugemutet, jenen Akteuren, denen die Intendanzen und Kostümwerkstätten entsprechende Hinweise im Programmheft versagen, oder etwa solchen, die „ganz sie selbst" sind und tatsächlich kein Gramm Unterschied zwischen Bühnen- und Privaterscheinung am *Leib tragen?*

Expressionismus à la USA: Peter Stein inszeniert O'Neills „Haarigen Affen" an der Berliner Schaubühne

Ein liebeskranker Heizer in Manhattan

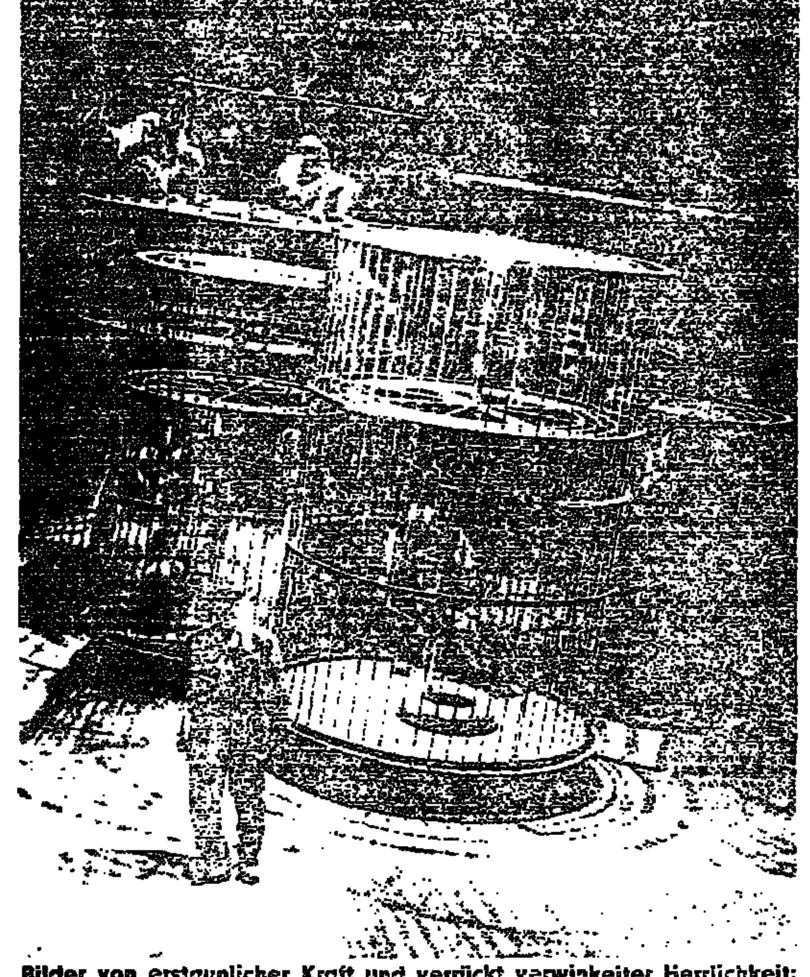
Der Aufwand – kolossalisch! Jedes neue der acht Bilder von schier prunkender Pracht oder gewollter Düsternis. Die Bühnenmechanik *ächzt und kracht. Zwischen den* einzelnen Akten muß im Auditorium das Licht angehen: Man will die Zuschauer nicht die ganze Zeit im Dunkeln sitzen lassen, die die technische Bühnenmannschaft für den rumpelnden Umbau zu einem neuen, sicher grandiosen Bühnenbild (Bühne: Lucio Fanti) benötigt. Der Abend zieht sich also aus technischen Gründen. Schneller Ablauf, wie heute doch geboten und erfreulicherweise zumeist geübt, wird hier nicht angestrebt.

Die große Pause währt fast eine geschlagene Stunde. Immer neue Bildkolosse müssen bewegt und in Stellung gebracht werden. Das Stück zerfällt unter der Hand von Peter Stein in acht Einzelstücke. Darunter leiden die Spieler. Sie müssen, jedesmal neu, sozusagen ihre Figuren wieder von vorn erspielen. Das macht den Zusammenhang löcherig. Die Kontinuität ist immer wieder lästig unterbrochen. So kann allzu gewaltiger Aufwand, kann ein eher monumentaler *Bilderreichtum* das eigentliche Theaterspiel auffressen und ganz verdrängen. Sind wir schon so weit?

Eugene O'Neills frühe „Komödie vom Leben einst und jetzt" (wie er es im Untertitel etwas dunkel und preti*ös nannte)* wurde damals, 1924, sozusagen als eine amerikanische Nachgeburt des deutschen Bühnenexpressionismus schulterklopfend begrüßt.

Hier stöhnt einer. Ein Mensch läuft zwangsweise in die Irre der Welt. Er scheitert an seiner Kraft und ungelenkten Sehnsucht. Die Notwendigkeit eines Sehnsuchts-Kollapses wird signalisiert. Viel Gefühl. Viel tragische Kraftmeierei – *Tragik* eigentlich nicht. O'Neills spätere Stücke waren viel einsichtiger und klarer. Sie sind es geblieben.

Peter Stein läßt uns vor der Pause drei Etagen eines veritablen Schiffsrumpfes sehen. Nach und nach wird es mühsam aufgeklappt. Oben woh*nen die Reichen und Leichtfertigen.* Corinna Kirchhoff, eine überkandidelte Millionärstochter spielend, will – sie hat soziale Flausen in ihrem dümmlichen Kopfe – in die Tiefen vordringen, wo die Heizer wohnen, die Arbeitstiere, die das Luxusgefährt in Gang halten.



Bilder von erstaunlicher Kraft und verrückt verwinkelter Herrlichkeit: Szene mit Roland Schäfer (links) als Yank, aus der Berliner Aufführung
FOTO BINDER/THIELE

Öffnet sich also die Klappe zu der zweiten Schiffsetage mühsam: Hier wohnen die Unterprivilegierten. Sie formieren sich vor unseren Augen bei Gesang oder Gezänk zu expressioni*stischen Gruppen.* Sie verkörpern die Macht der Muskeln, die das Schiff am Laufen halten. Darunter ein besonders redseliger und mit deftiger Ausdrucksgestik befaßter Enacks-Sohn von Heizer. Er heißt „Yank". Er schikaniert seine eingepferchten Leidensgenossen.

Öffnet sich der dritte, tiefste Schlund des Gigantenschiffes. Die armen Kohlentrimmer sind bei ihrer unmenschlichen Knochenarbeit. Sie schippen im Akkord die Kohle in die glühenden Rachen der Öfen. Sie arbeiten halbnackt, ölverschmiert und dick rußbedeckt. Ein gewaltiges Bild aus einer menschlichen Hölle.

Auftritt der Millionärstochter. Sie schaudert, als sie die geschundene Menschheit in der Tiefe erblickt. Sie zieht sich zurück. Der Heizer Yank will *sie mit seiner Schippe* vertreiben, nach ihr schlagen. Sie entzieht sich ihm, nicht ohne ihn schnell noch, entsetzt, einen „haarigen Affen" geschimpft zu haben. Sie kehrt in die lichte Oberwelt zurück. Den bulligen Yank aber hat so etwas wie die Liebe erfaßt. Er will das Mädchen von Stund an wiedersehen. Er verzehrt sich nach ihrer Oberwelt. Er ist dem, was sie für ihn darstellt, verfallen.

Folgt die Dreiviertelstunden lange Pause. Inzwischen haben Peter Stein und seine Bühnenkräfte haushohe Straßen des Stadtungetüms von Manhattan aufgebaut. Da nun ist der armselige Kohlentrimmer auf der Suche nach seinem Inbild. Er gerät in eine Gewerkschaftsversammlung. Die wieder ist, wunderbar einleuchtend, in den monumentalen Bühnenkeller gedrückt.

Yank macht sich bei den Arbeiterbrüdern unbeliebt. Der Riesenkerl mit seiner Sehnsucht ist gewerkschaftlich nicht domestizierbar. Er wird auf die Straße geschmissen. Er gerät unter die Knüppel der Polizei. Er wird eingekerkert, für den Regisseur und den Bühnenbildner nunmehr wieder ein Anlaß, eine ganze Kerkerschlucht mit deren klappernden Insassen zu zeigen.

Yank öffnet durch Muskelkraft die Stahlgestänge seines Verlieses. Er gerät zwischen die Affenkäfige des Zoos, immer von dem Donnerwort der Millionärstochter verfolgt. Er öffnet einem Gorilla den Käfig. Der umschlingt ihn, erdrosselt ihn zu Tode. Einer, der der Sehnsucht nachging, der sich aus seinen gesellschaftlichen Fesseln zu befreien trachtete, wurde von einem kreatürlichen Vertreter der untersten Lebensstufe tragisch erdrückt. Die Sehnsucht flackert über das letzte Bild.

Schwer zu verstehen, *warum Peter* Stein sich ausgerechnet diese alte, frühe Schwarte aus dem großen Werk O'Neills gewählt hat. Es ist weinerlich, eben auf frühexpressionistische Art. Es ist gedanklich ungenau und auf fließende Weise träumerisch. Die Hauptfigur des sehnsüchtigen Enack-Sohnes aus den Tiefen ist heute kaum mehr verständlich zu machen. Roland Schäfer konnte sie auch nur immer mit einer kraftprotzenden Naivität andeuten.

Man sieht im Laufe des langen Abends sicher Bilder von erstaunlicher Kraft und verrückt verwinkelter Herrlichkeit – wenn auch in unziem*lich langen Abständen. Die aufgereg*te Seelenwelt des frühen Expressionismus, so emsig und kunstfertig sie hier auch imitiert ist, kommt dem heutigen Beschauer fremder vor fast als die Ausdrucksübungen weit im Dunkel liegender atavistischer Zeiten.

Von den Imponier-Dekors wurde jedes Bild mit Applaus bedacht. Im Ganzen allerdings war die Aufnahme eher kopfschüttelnd und beklommen. Erst als sich Peter Stein mit seinen erschöpften Spielern zeigte, wuchs der Beifall zu der gewohnten Stärke. Aber auch da war er nur kurz.

FRIEDRICH LUFT

Frankfurt: Ruth Berghaus inszeniert „Siegfried"

Der Amboß bleibt ganz

In seiner letzten Spielzeit will Opernchef Michael Gielen mit den beiden Schlußteilen von Richard Wagners „Ring des Nibelungen", mit „Siegfried" und der „Götterdämmerung", noch einmal die oberen Möglichkeiten seines Hauses testen. Mit einem doppelten Paukenschlag, denn an beide Stücke hat man sich hier nach dem Krieg nicht mehr herangewagt. Doch am Ende der mit großen Erwartungen entgegengefieberten „Siegfried"-Premiere, beim schon rituellen Streit der Nein-Sager und Ja-Sager, fehlte die Brisanz früherer Auseinandersetzungen. Die szenischen *Neutöner, wohl ein wenig müde geworden*, sind dabei, sich mit dem Publikum zu arrangieren.

Auch Ruth Berghaus. Im „Siegfried" schwört sie zwar noch auf eine Originalität von ganz besonderer Art. Man erfährt, daß das Scherzo der Naturimpressionen kein Stück über Natur, sondern über die Natur des Menschen ist. Und um die ist es schlecht bestellt. Habsucht, Haß und Neid haben die Welt verpestet. Das demonstriert Ruth Berghaus – im Handwerklichen unangefochten – mit der ihr eigenen Konsequenz und Überdeutlichkeit und mit unverhohlenen Rückgriffen auf das expressionistische *Verdeutlichungstheater*. Szene für Szene versucht sie im Verein mit Axel Manthey – er hat die Bühne fast zum Symbolraum einer gegenstandslos gewordenen Moderne leergefegt –, den „Siegfried" an allen Inszenierungsmodellen der letzten Jahrzehnte vorbeizumanövrieren.

Aber die Suche nach szenischen Novitäten wirkt albern und verkrampft. Nur manchmal, so, wenn Siegfried am Ende des ersten Aktes nicht den Amboß entzweischlägt, sondern einen Spalt durch Mimes Dunkelkammer öffnet, wenn das tückische Gezänk zwischen Alberich und Mime in die Nähe einer Dürrenmatt-Satire gerückt wird oder der endlich einmal durchinszenierte C-Dur-Jubel nach der Erweckung Brünhildens von Todesahnung überschattet wird, kommt noch Originelles. Doch Entscheidungen fallen nicht. Selbst die Provokation bleibt matt.

Unter Michael Gielens Leitung wird der „Siegfried" zum energiestauenden Adagio der Nibelungen-Sinfonie gedeutet, und zwar schon zu Anfang, wenn der Dirigent dem Kraftmeiertum Jungsiegfrieds durch gemäßigte Zeitmaße und zurückhaltende Diktion zu Leibe rückt und einen differenzierenden, manchmal ein wenig farblosen und unsinnlichen Tonfall bevorzugt. Das Orchester, das bei den tiefen Streichern und den Holzbläsern seine besten Truppen hatte, drängt erst gegen Ende zu plastischem Ausdruck. Und hier, beim Ausgleich von sinfonischem und dramatischem Musizieren, gelingt eine wirklich imposante Leistung.

William Cochran als skurril kostümierter, bärenstarker Siegfried in weißen Kniehosen, geht von Anfang an aufs Ganze. In der gewaltigen Energieleistung am Ende des ersten Bildes blitzt sogar manchmal der tenorale Glanz längst vergangener Tage auf. Obwohl der Sänger auf Geheiß der Regie sportive Exerzitien en masse ableisten muß, läßt er sich nie auf *die gesangliche* Verliererstraße drängen und hält bis zur großen Schlußszene mit Brünhilde in guter Verfassung durch.

Catarina Ligendza sang sie bei vollkommener Ausgeglichenheit des lyrischen Tons, aber mit Schwächen in der Höhe und häufig zu knapp kalkulierten Bögen. Mit herrischer, in den resignativen Passagen ein wenig unergiebiger Stimme läßt Hermann Probst den wandernden Wotan von dessen einstigen Herrschaftsplänen Abschied nehmen. Der eminent bewegliche Heinz Zednik als Mime, gesanglich bis in die tiefen Lagen hinab untadelig, vollbringt wahre Deklama*tionswunder. Hier steht ihm* Bruder Alberich – Adalbert Waller – kaum nach.

HEINZ LUDWIG

Ein Stück und viele Fragen: „Cromwell" in Essen

Bilder nebeln sich ein

Man darf erst spät ins Parkett im Großen Haus von Essen: Alle Darsteller sitzen nämlich im Orchesterraum, aus dem sie auf Leitern auf die Bühne kraxeln. Inszeniert von Hausherr Hansgünther Heyme, spielt man „Cromwell" – als „BRD-Erstauf*führung", wie das in Essen heißt. Es* ist nämlich ein Stück des „DDR"-Dramatikers Christoph Hein.

Er erzählt die Geschichte einer siegreichen Revolution, die an ihren eigenen Errungenschaften zugrunde ging. Jedenfalls scheinbar. Wie kämen die auftretenden Soldaten sonst zu den Helmen der Nationalen Volksarmee der „DDR"? Das ist ein Trick des Stücks, das nur anfangs Cromwells 17. Jahrhundert vortäuscht. Dann nimmt es die Maske ab: Landwirt Capon dreht sich eine Zigarette, man spricht von Campañeros und ist im Südamerika von heute. Die Revolutionsführer requirieren für ihren Privatbesitz Kunstwerke – „*wie der* billigste Nazi", die Generale wollen eine „königliche Datscha", und was man erstrebt, ist „gesteuerter Fortschritt".

Das ist freilich keine bloße Manier. Aus dem historischen Vorgang präpariert das Stück die wesentlichen Strukturen heraus. Diese werden dann wie kubistische *plans superposés* oder wie Foto-Negative übereinanderkopiert – mit einem überraschenden Effekt, den Heymes Inszenierung noch unterstreicht: Inmitten der Perücken von Anno 1644 sind Gewehre von heute im Spiel, mit Revolvern wird herumgeballert, an den Röcken der Generale klimpern die aufgereihten Orden. Auf die Dauer kommt das Publikum ganz von allein dahinter, daß das Stück nicht spielt, wo es zu spielen vorgibt.

Das führt zu Fragen. Wer sind eigentlich die „Gleichmacher", die man später „mit Maschinengewehr-Salven" massakriert? Röhms SA? Oder „Fundamentalisten" hier oder da? Was ist „die Neue Armee"? *Die Rote?* Oder die SS? Wen meint der Autor mit der Titelfigur? Hitler? Der trug doch keine Pelzmütze! Also Stalin? Der hatte nicht das Emblem der „DDR" am Mantel! Also Ulbricht? Oder meinen Brille und Frisur gegen Ende dessen Nachfolger? Christoph Hein schreibt Untertanen-Texte: Seine Bilder nebeln sich ein – und sind doch immer deutlich. Sogar die Mauer bringt er zur Sprache, und Heyme läßt Cromwells Sohn Richard im blauen Hemd der FDJ auftreten, allerdings mit dem roten Halstuch der sowjetischen „Jungen Pioniere".

Mit dem Entziffern solcher Chiff*ren durch das Parkett, mit* ausreichenden Kenntnissen der jüngeren deutschen Geschichte kann die Inszenierung freilich kaum aufwarten. Dennoch ist sie bemerkenswert. Nicht nur ist sie exakt gearbeitet, wie immer bei Heyme: Wenn er etwas zu sagen hat wie hier, fehlt plötzlich aller exaltierter *Manierismus. Natürlich* setzt er auf Bilder, aber gebremst: Wilde action verhindern die Leitern, an denen man immer wieder turnt.

Nun hat man in Essen zwar ansehnliche Darsteller dafür, nicht aber können alle gebührend sprechen. Das gilt vor allem für Walter Kreye in der Titelrolle. Für eine Aufführung, die länger als drei Stunden dauert, ist das ein arges Handicap.

HORST ZIERMANN

Star Wars. 5. Teil: Lukas' Film „Kampf um Endor"

Aus Frankensteins Küche

George Lucas hat mal gut angefangen. Seine Trilogie vom „Krieg der Sterne" lieferte nicht nur den populären Namen für das SDI-Projekt, sondern füllte von Beginn an und bis heute die Kinokassen. Das Weltraum-Märchen von den guten Jedi-Rittern und dem bösen Imperium war nicht nur tricktechnisch wegweisend, sondern überflog mit allgegenwärtiger Ironie auch stilistisch Vorgänger und Epigonen.

Im 3. Teil der Geschichte – „Rückkehr der Jedi-Ritter" – wurde der entscheidende Kampf auf einen Waldplaneten verlegt. Dort wurden die Weltraumritter von possierlichen Bären unterstützt, die mit List und steinzeitlichen Kampfmaschinen die böse Gefolgschaft des schwarzen Lord Vader zu Fall brachte. Diese Bären, Ewoks genannt, erlangten sogleich eine beängstigende Popularität – in den USA vor allem, wo ja auf Teddybär-Versteigerungen schon höhere Preise erzielt werden als bei Gemälde-Auktionen.

Produzent George Lucas schob drum „Die Ewoks" nach, einen Abenteuerfilm, der ausschließlich auf dem Waldplaneten Endor spielte und Fell- und Gummibärchen in Hülle und Fülle bot. Menschenkinder spielten auch mit, denn es handelte sich schließlich um einen Kinderfilm. Iro*nie allerdings war nicht am Platze, die* Geschichte war arg dünn; es gab nur einen blaßroten Faden, an dem Kämpfe mit Monstern aufgereiht waren. Der neue Film „Kampf um Endor" wiederholt dieses Schema mit ein wenig mehr Eleganz. Witz und Tempo der „Sterne"-Trilogie freilich scheinen sich auf immer im weiten All verloren zu haben.

Ein kleines Mädchen, puppenhaft mit aufgedrehten Blondlocken, zieht mit den Ewoks gegen eine Bruderschaft lebender Leichen zu Felde. Die hausen auf einer düsteren Burg, die sie nur zu Raubzügen verlassen. Der Film beginnt mit einer konfusen Brandschatzung eines Ewok-Dorfes. Nur das kleine Mädchen und der klügste Ewok kommen davon. Die anderen werden entweder getötet oder gefangen genommen und schmachten fortan in Käfigen auf der Trutzburg. Das Mädchen und der Ewok machen sich auf zur Befreiung. Als Bundesgenossen gewinnen sie einen zum Rübezahl gealterten Raumfahrer, der vor Jahrzehnten auf Endor notlanden mußte, und dessen Haustier – einen kuriosen Verwandten der Kapuzineraffen.

Der Film ist nur an wenigen Punk*ten spannend. Hinzu kommt, daß er für Kinder oft zu brutal ist.* Von konventionellen Kinderfilmen im Nachmittags-Fernsehen unterscheidet er sich vor allem durch die Monster, die – optisch durchaus einprägsam – Stoff für Alpträume geben könnten. Einige sind von Hieronymus Bosch inspiriert; andere kommen aus Frankensteins Küche. Wie überhaupt alles in diesem Film unter dringendem Plagiat-Verdacht steht.

Gegen das Einanderkleben von *Versatzstücken aus Abenteuerge*schichten ist nichts zu sagen. Nur sollte eine solche Collage durch ein Quantum eigener Phantasie belebt werden, dann darf sie sich sogar postmodern nennen. Würde Kalkül allein reichen – wir hätten eine Menge interessanter Bilder und Bücher, und dies wäre ein sehenswerter Film.

DIETMAR BITTRICH

Mit Kuscheltieren gegen Monster kämpfen: Szene aus George Lukas' Film „Kampf um Endor" FOTO: NEUE CONSTANTIN FILM

Dortmund: Kunst des Islam in Schloß Cappenberg

Von rätselhaftem Wesen

Im Schloß Cappenberg bei Dortmund ist zur Zeit islamische Kunst in reicher Auswahl zu bewundern. Die Veranstalter verweisen darauf, wie wichtig es sei, heutzutage diese Kunst zu kennen „wegen der geistigen und religiösen Kräfte, die vom Islam ausgehen", der (wieder) „zu den wichtigen Faktoren der interna*tionalen Politik gehört". Daß jedoch* die Kenntnis dieser anmutigen Kunst besonders hilfreich sein könnte zum Verständnis dessen, was heute alles im Namen des Islams in der Welt geschieht, erscheint einigermaßen zweifelhaft. Freilich hatte sie ihren Ursprung und ihre Blüte zu Zeiten schrecklicher Eroberungskriege und moslemischer Unterdrückung, was ihr rätselhaftes Wesen nur noch rätselhafter erscheinen läßt. Denn dies *ist eine ganz und gar „zierliche" Kunst. Auch wer kein Moslem* ist und keinen arabischen Buchstaben entziffern kann, liest daraus Lebensfreude und kulinarische Lebenskunst.

Um die Vermittlung dieser Kunst bemüht sich seit langem das Museum für Islamische Kunst in Berlin. Es wurde 1904 von Wilhelm von Bode gegründet und nach dem Krieg wie die Stadt Berlin in zwei Teile zerrissen. Der westliche Teil in Berlin-Dahlem kam in die Obhut der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und zählt immer noch zu den bedeutendsten Sammlungen islamischer Kunst in der westlichen Welt. Leider kann das Museum seine Schätze nur zum geringen Teil in der Öffentlichkeit zeigen. 700 Stücke befinden sich in der ständigen Schausammlung, etwa 3000 bleiben in der sogenannten Studiensammlung, also im Depot, „verborgen". Über dreihundert dieser „verborgenen Schätze" zeigt das Museum jetzt in Cappenberg; danach werden auch die Berliner sie in einer Sonderschau kennenlernen.

Das Ensemble der Berliner Leihgaben ist üppig. Gezeigt werden neben phantastischen Teppichen Holz-, Stein- und Metallarbeiten, Münzen und Silber, Bronze-, Messing- und Kupfergefäße, Waffen, Panzer, Helme und Schilde mit verschwenderischem Golddekor, Buchkunst, Gläser und Keramik aus einem Zeitraum von rund tausend Jahren (9. bis 19. Jahrhundert) und aus einem „Einzugsgebiet", das, von Indien bis Spanien reichend, vielerlei Kulturen um*faßt, von der Spätantike und Byzanz* bis zu den innerasiatischen Steppenkulturen, abgesehen vom afrikanischen Erbteil. Diese einander überlagernden und befruchtenden Kulturen bestimmen den Charakter der islamischen Kunst mindestens ebenso wie die einheitliche Religion und Sprache. Ihre Stilgeschichte ist namentlich mit Dynastien, Kalifen und anderen Herrschernamen verknüpft.

In der islamischen Kunst nimmt vor allem die Keramik eine bedeutende *Mittel- und Mittlerstellung* zwischen den großen Kulturräumen und -epochen ein. Entsprechend ihrer Bedeutung wird sie auch in Cappenberg bevorzugt präsentiert. Vergleichsweise sparsam ist dagegen die Buchkunst vertreten – mit einem Dutzend Miniaturen und mehreren Einbänden –, die man zu den schönsten Blüten der islamischen Kunst und Kultur zählen muß. Die einzelnen Blätter zeigen Miniaturen (Temperafarben, Tusche und Silber auf Papier) mit *mythologischen und historischen* Motiven sowie Mädchen und Jünglinge in höfischer Kleidung, dazu Verse aus persischer Liebesdichtung.

Die verschiedenen Kunstgattungen beeinflussen und befruchten sich gegenseitig. Ornamentale Systeme und Details, die wir auf Fliesen und Metallarbeiten finden, wiederholen sich auf Miniaturen und Textilien: eine Koranzeile in strengem Kufi wirkt wie ein schmiedeeisernes Gitter, und in den Teppichen versammelt sich der ganze unerschöpfliche Motiv-Kosmos islamischer Schmuckfreude. (Bis 23. Nov.; Berlin-Dahlem: 18. Dez. bis 15. Febr.; Katalog 25 Mark)

EO PLUNIEN

KULTURNOTIZEN

„Hermann Hesse als Maler" heißt eine Ausstellung, die vom 16. November bis zum 11. Januar in der Städtischen Galerie in Würzburg zu sehen ist.

Die Dramaturgische Gesellschaft veranstaltet vom 15. bis zum 19. November ihre 34. Jahrestagung in Berlin.

Die größte dynastische Waffensammlung Italiens kehrte aus Konopiste bei Prag in das Schloß der Este in Ferrara zurück.

Arbeiten von Absolventen der Staatlichen Fachschule für Porzellan in Selb zeigt das Museum der Deutschen Porzellanindustrie in Hohenberg an der Eger im November.

„Sammlung Fritz Thyssen – ausgewählte Meisterwerke", die Ausstellung im Bayerischen Nationalmuseum (s. WELT v. 7.8.), wurde bis 18. Januar 1987 verlängert.

„Die Blechtrommel" (1959) von Günter Grass wird nun auch in der „DDR" veröffentlicht.

JOURNAL

Heftige Debatte um Nobelpreis in China

AFP, Peking

Sollen chinesische Autoren den Literatur-Nobelpreis anstreben? Diese Frage löste eine heftige De*batte aus. Während Chinas namhaf*tester zeitgenössischer Autor, Ba Jin, bei einer Konferenz über chinesische Literatur in Schanghai darauf hinwies, man schreibe für Chinesen und nicht für die Schweden, machte ein Mitglied der Schwedischen Akademie die schlechten Übersetzungen dafür verantwortlich, daß China bisher leer ausgegangen sei. Der sowjetische Sinologe Nikolai Fedorenko erklärte dagegen, es seien hauptsächlich politische Gründe dafür verantwortlich, daß große vorrevolutionäre chinesische Schriftsteller wie Lu Xun und Guo Moruo keinen Nobelpreis erhalten hätten.

Unterstützung für das Max-Reger-Institut

dpa, Düsseldorf

Das Land Nordrhein-Westfalen wird vom kommenden Jahr an das Bonner Max-Reger-Institut mit zu*nächst 100 000 Mark finanziell un*terstützen. Bislang waren die Einnahmen aus den Schutzrechten der musikalischen Werke des Komponisten die Haupteinnahmequelle des Institutes. Diese Tantiemen entfallen vom kommenden Jahr an, da die 70jährige Schutzfrist abgelaufen ist. Die Landesregierung will mit ihrer Finanzhilfe die Arbeit des Institutes fortführen helfen.

Die V. Biennale der Textilkunst

DW, Krefeld

Von September bis November 1987 wird im Deutschen Textilmuseum Krefeld die V. Deutsche Biennale der Textilkunst stattfinden. Zum ersten Mal werden aus diesem Anlaß mehrere Preise im Gesamtwert von 25 000 Mark vergeben. Teilnahmeberechtigt sind Künstler aus allen deutschsprachigen Ländern. Bewerbungsunterlagen verschickt das Textilmuseum (Andreasmarkt 8, 4150 Krefeld 12). Einsendeschluß ist am 1. Mai 1987.

Max Liebermanns Bild „Münchner Biergarten"

DW, München

Max *Liebermanns* Gemälde „Münchner Biergarten" aus dem Jahr 1884, das die Bayerische Staatsgemäldesammlung unlängst mit Hilfe des Ernst von Siemens-Kunstfonds erworben hat, steht im Mittelpunkt einer Studio-Ausstellung in der Neuen Pinakothek. Sie umfaßt 23 Werke, von denen 17 Leihgaben anderer Museen sind. Dabei handelt es sich um Vorarbeiten zu dem Bild sowie Werke Liebermanns, die auf den „Biergarten" Bezug nehmen. Die Ausstellung dauert bis zum 31. Dezember; der Katalog kostet 12 Mark.

Kanadische Universität in Südfrankreich

AFP, Toronto

Villefranche-sur-mer an der Côte d'Azur ist Standort für die erste kanadische Universität in Europa. Sie wendet sich an englisch- und französischsprachige Kanadier, die ein Jahr in Frankreich studieren wollen. Angeboten werden die Fächer Geschichte, Philosophie, Kunst, Musik sowie Sprachen und Literaturwissenschaft.

Schiller-Gedächtnispreis an Friedrich Dürrenmatt

dpa, Stuttgart

Friedrich Dürrenmatt ist gestern in Stuttgart mit dem bedeutendsten Literaturpreis im Südwesten, dem mit 25 000 Mark dotierten Schiller-Gedächtnispreis des Landes Baden-Württemberg, ausgezeichnet worden. Der 65jährige Schweizer Dramatiker erhielt die Auszeichnung für sein literarisches Gesamtwerk. Nach dem Jean-Paul-Preis 1985 in Bayern sowie dem diesjährigen Büchnerpreis der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung (Darmstadt) wurde ihm damit zum dritten Mal innerhalb eines Jahres ein bedeutender bundesdeutscher *Literaturpreis* zuerkannt.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„das dach / ist dicht / wozu noch / dichter." „armer poet 87" ist dieses Gedicht von Werner Dürrson überschrieben. Ein Kalauer, gewiß. Aber die rechte Einstimmung in die „Poesie Agenda", einen Taschenbuch-Kalender mit allerhand Geschichten und vielen Hinweisen auf wichtige und unwichtige Daten. Da erfährt man am 1. September: „1887 Blaise Cendrars in La Chaux-de-Fonds geboren. Die Franzosen haben später seinen Geburtsort nach Paris verlegt, die Ägypter nach Kairo." Und nicht zu vergessen: Durch die ganze Agenda sind Lesehinweise verstreut, auf wenig Bekanntes zumeist, aber Entdeckenswertes.

P. Jo.

„Poesie Agenda", hrsg. von Werner Bucher und Jürgen Stelling, orte-Verlag, 240 S., 12 Mark.

Rund um die Uhr Hilfe durch das Telefon

DIETER DOSE, Berlin

Mit sieben Anrufen am Tag begann es, heute sind es rund 60. Als vor 30 Jahren die Telefonseelsorge Berlin gegründet wurde, war sie die einzige in Deutschland. Heute gibt es sie in 84 Städten. 450 000 Anrufe unter der Nummer 111 01 – die Berliner Bilanz in drei Jahrzehnten. Rund um die Uhr, 24 Stunden am Tag, ist das Telefon besetzt. Wenige haupt- und rund 70 ehrenamtliche Mitarbeiter sind die Gesprächspartner der Anrufer, von denen 60 Prozent anonym bleiben wollen. Zwischen abends 21 und früh zwei Uhr rufen die meisten an. Mehr Frauen als Männer, am stärksten vertreten ist die Altersgruppe zwischen 30 und 50. Alkoholprobleme, Ehekrisen, Depressionen, Selbstmordgedanken und vor allem Einsamkeit sind meist die Gründe für einen Anruf. „Immer häufiger stellen wir fest, daß lange Arbeitslosigkeit die Ursache der Probleme ist", berichten die Mitarbeiter.

Der Erfolg einer Beratung nach dem Motto „Sprechen kann helfen" läßt sich nicht in Zahlen ausdrücken. Etwa zehn Prozent der Anrufer äußern Selbstmordabsichten, aber im dunkeln bleibt, wie viele sich durch das Gespräch davon abhalten lassen. Manche anonyme Spende auf das Konto der Telefonseelsorge (Jahresetat 500 000 Mark) aber ist Ausdruck der Dankbarkeit für erfolgreiche Beratung. Sie wird jedem gewährt, auch dem Anrufer, der vor dem Vorbringen seines Anliegens darauf hinweist, „daß ich aus der Kirche ausgetreten bin".

Geschäftsreisen sind das große Geschäft

dpa, Bad Kreuznach

Rund 20 Milliarden Mark werden jährlich von westdeutschen Unternehmen, Verbänden und Verwaltungen für Geschäftsreisen im In- und Ausland ausgegeben. Wie aus der jüngsten Ausgabe der Fachzeitung „Hotels und Gaststätten" des Landesverbandes Hotel- und Gaststättengewerbe Rheinland-Pfalz hervorgeht, bringen ausländische Geschäftsreisende in jedem Jahr rund fünf Milliarden Mark in die Kassen des deutschen Touristikgewerbes.

Die Zahl der Tagungen pro Jahr in der Bundesrepublik wird auf über 500 000 geschätzt. Die 42 500 westdeutschen Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern veranstalten davon allein 442 000. Knapp zwei Drittel davon werden in betriebseigenen Räumen durchgeführt.

Nach Angaben des Verbandes betrugen 1984 die Umsätze im Geschäfts- und Kongreßreiseverkehr für Unterkunft und Verpflegung etwa zehn Milliarden Mark. Das ist nahezu die Hälfte der gesamten Fremdenverkehrsumsätze in der Bundesrepublik in Höhe von 23 Milliarden Mark. Die beruflich bedingten Reisen stehen damit an erster Stelle des Touristikumsatzes vor dem Urlauberreiseverkehr (7,3 Milliarden) und dem Kurreiseverkehr (5,7 Milliarden). Am meisten von Geschäftsreisen profitiert das Bundesland Bayern mit über 2,5 Milliarden Mark Umsatz. Es folgen Nordrhein-Westfalen (1,7 Milliarden), Baden-Württemberg (1,3), Hessen (1,1) und Rheinland-Pfalz (knapp 900 Millionen).

WETTER: Weiterhin freundlich

Lage: Ein Sturmtief zieht unter Abschwächung über das Nordmeer nach Skandinavien. Die zugehörige Kaltfront kommt nur langsam ostwärts voran und beeinflußt am Dienstag nur den Norden Deutschlands.

Vorhersage für Dienstag: Im Nordwesten und Norden zeitweise leichter Regen. Im übrigen Deutschland teils neblig-trüb und niederschlagsfrei. Höchsttemperaturen 9 bis 13 Grad. Im Südwesten und bei Föhn im Alpenvorland bis 16 Grad. Nachts null bis 8 Grad, örtlich geringer Frost. Mäßiger bis frischer Südwestwind.

Weitere Aussichten: Durchzug starker Bewölkung, aber nur gelegentlich etwas Regen.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.34 Uhr*, Untergang: 16.38 Uhr; **Mondaufgang:** 15.15 Uhr, Untergang: 2.44 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 11. Nov., 8 Uhr

Hochdruckzentrum, Tiefdruckzentrum, wolkenlos, heiter, halb bedeckt, Temperaturen in °C, Warmfront, Okklusion, Kaltfront am Boden, Kaltfront in der Höhe, Luftströmung warm, Luftströmung kalt, Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 13 Uhr (MEZ):

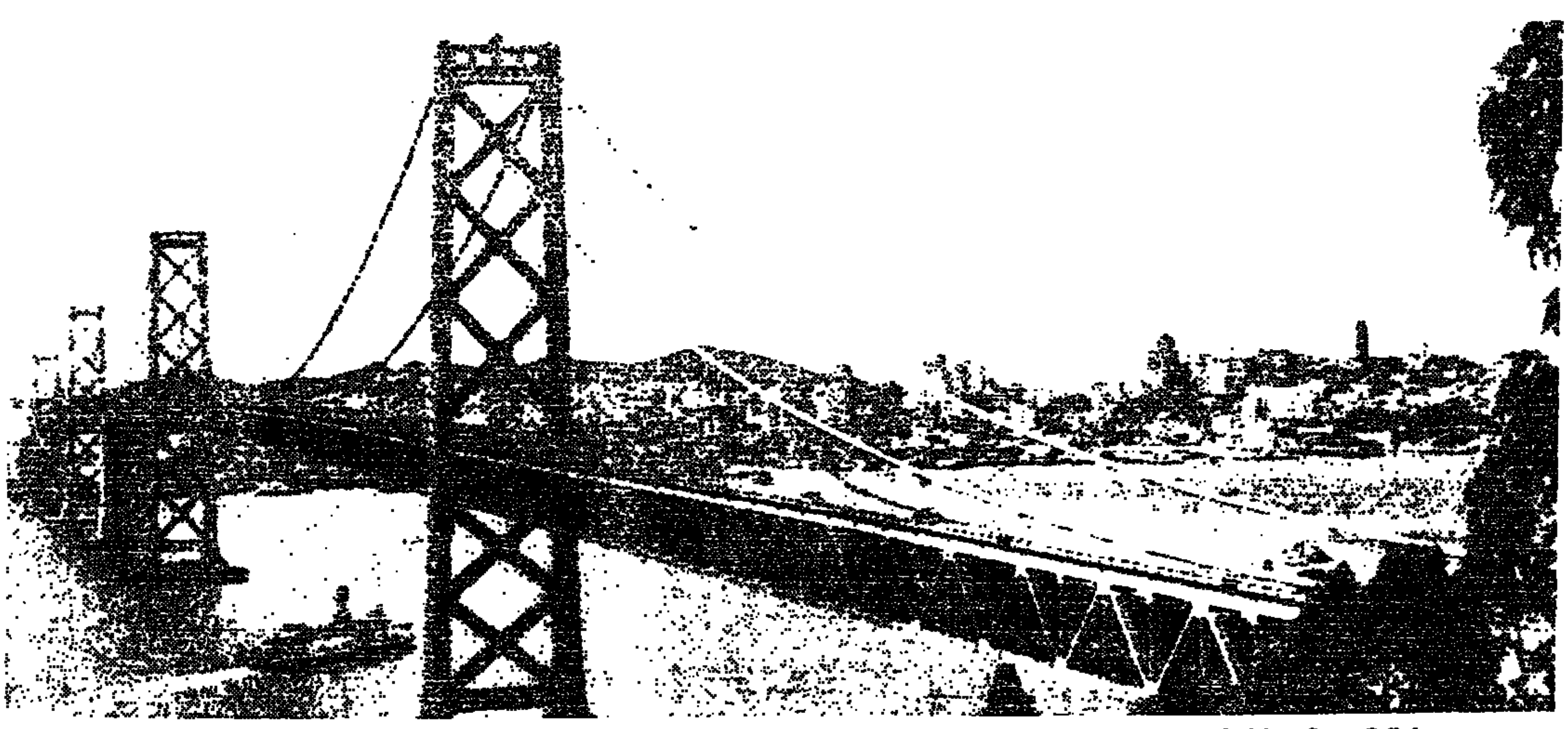
Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	8	bw
Bielefeld	11	bw
Braunlage	5	bw
Bremen	10	bd
Dortmund	10	bw
Dresden	9	he
Düsseldorf	12	bw
Erfurt	9	he
Essen	11	bd
Feldberg/S.	5	he
Flensburg	8	bd
Frankfurt M.	10	he
Freiburg	15	he
Garmisch	12	wl
Greifswald	10	he
Hamburg	9	bw
Hannover	11	bw
Kahler Asten	4	iW
Kassel	8	bw
Kempten	13	wl
Kiel	9	bd
Koblenz	15	bw
Köln-Bonn	14	bw
Konstanz	6	bd
Leipzig	9	he
List/Sylt	9	bd
Lübeck	10	bd
Mannheim	12	he
München	14	wl
Münster	12	bw
Norderney	9	bd
Nürnberg	12	he
Oberstdorf	11	wl
Passau	6	he
Saarbrücken	11	he
Stuttgart	13	he
Trier	14	he
Zugspitze	2	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	23	he
Amsterdam	12	bd
Athen	15	he
Barcelona	18	he
Belgrad	11	wl
Bordeaux	17	he
Bozen	10	wl
Brüssel	13	bw
Budapest	10	he
Bukarest	11	he
Casablanca	21	he
Dublin	11	he
Dubrovnik	13	he
Edinburgh	11	he
Faro	17	bw
Florenz	14	he
Genf	13	he
Helsinki	7	bw
Hongkong	22	bw
Innsbruck	10	wl
Istanbul	12	bw
Kairo	24	wl
Klagenfurt	2	Ne
Konstanza	10	he
Kopenhagen	8	bw
Korfu	19	he
Las Palmas	21	he
Leningrad	5	bd
Lissabon	15	bw
Locarno	11	he
London	15	he
Los Angeles	–	–
Luxemburg	11	he
Madrid	12	he
Mailand	10	bw
Malaga	17	he
Mallorca	20	he
Moskau	0	bd
Neapel	19	he
New York	15	bw
Nizza	16	he
Oslo	9	R
Ostende	13	bw
Palermo	13	he
Paris	14	he
Peking	14	wl
Prag	7	he
Rhodos	16	he
Rom	15	he
Salzburg	12	he
Singapur	30	bw
Split	16	he
Stockholm	7	bw
Straßburg	12	R
Tel Aviv	27	he
Tokio	17	he
Tunis	24	he
Valencia	18	he
Varna	10	he
Venedig	11	he
Warschau	9	he
Wien	11	he
Zürich	12	wl

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall; Sr = Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – – keine Angabe



Die Bay Bridge verbindet San Francisco und Oakland. Seit 50 Jahren steht sie im Schatten der berühmteren Golden-Gate-Brücke FOTO: DPA

Friscos „Ackergaul" kommt in die Jahre

HELMUT VOSS, San Francisco

Amerikas schönste Stadt San Francisco feiert während der nächsten Monate den 50. Geburtstag von zwei Bauwerken, die das Leben ihrer Bewohner nach den Worten der Ortszeitung „Chronicle" „von Grund auf verändert haben".

Am 12. November ist genau ein halbes Jahrhundert vergangen, seit Präsident Roosevelt im Weißen Haus per Knopfdruck die mehr als sieben Kilometer lange, silberne San Francisco-Oakland Bay Bridge, zumeist kurz Bay Bridge genannt, zwischen der auf einer Halbinsel gelegenen, lebenslustigen ehemaligen Goldgräbermetropole und seiner biederen östlichen Nachbarstadt Oakland eröffnete. Am 27. Mai 1987 steigt dann der 50. Geburtstag der orangefarbenen Golden-Gate-Brücke ins Haus, die San Francisco auch mit seinen Nachbarn im Norden verbindet.

Die während der großen Wirtschaftskrise in nur 42 Monaten für 78 Millionen Dollar errichtete, doppelstöckige Bay Bridge ist die weniger berühmte und spektakuläre der beiden Brücken – gleichsam der Ackergaul neben dem Rennferd –, gilt aber als eines der sieben Weltwunder des Ingenieurwesens. Sie ist noch immer die längste Hochbrücke der Welt – einschließlich ihrer Zufahrten ist sie 13 Kilometer lang – und kann unter anderem mit dem tiefsten Brückenpfeiler der Welt (72,5 Meter unter der Wasseroberfläche) und dem Straßentunnel mit dem größten Durchmesser der Welt (20,2 Meter hoch, 26 Meter breit) aufwarten. 250 000 Kraftfahrzeuge benutzen täglich ihre zehn Fahrspuren. Genaugenommen besteht sie aus mehreren Brücken und einem Tunnel.

29 kamen ums Leben

Von San Francisco aus wird der Verkehr zuerst über zwei 800 Meter lange Hängebrücken zu der mitten in der Bucht von San Francisco gelegenen Insel Yerba Buena und dann durch einen vier Stockwerke hohen Tunnel zu einer nach Oakland führenden, fast einen halben Kilometer langen Auslegerbrücke geführt. Zentrale Verankerung zwischen den beiden Hängebrücken ist ein riesiger, kastenförmiger Pfeiler, für den mehr Beton verbaut wurde als für das Empire State Building.

Beim Bau der Brücke – zu einer Zeit, als es noch keine Schutzhelme, Sicherheitsnetze und Invalidenversicherung gab – kamen damals 29 Arbeiter ums Leben, während weitere 1150 verletzt wurden. Einer der überlebenden Veteranen ist der 82jährige Alfred Zampa. „Wir haben die Brücken damals alle noch per Hand gebaut", erinnerte sich der Mann, der sowohl an der Bay-Brücke als auch an der Golden-Gate-Brücke mitgearbeitet und einen Sturz von der letzteren überlebt hat: „Die Nieten wurden auf einer Esse erhitzt, bis sie rot glühten und dann zu uns hochgeworfen – manchmal mehr als 20 Meter hoch – und mit kleinen Blechbehältern aufgefangen und dann sofort mit dem Hammer in die Brücke getrieben. Wir hingen da oben wie die Affen. Alle hielten uns für verrückt."

Die beiden Brücken rissen San Francisco seinerzeit binnen weniger Jahre aus seinem provinziellen Schlaf, führten zu einer „Manhattanisierung". Die meisten der mehr als hundert Fährschiffe, die die Stadt mit den anderen Anrainern der nach ihr benannten Bucht verbunden hatten – Schiffe, auf denen Karten gespielt, Partys gefeiert und Golfschläge geübt wurden –, sind abgewrackt worden. An ihrer Stelle wurde ein Netz von Autobahnen geknüpft, das San Francisco bald zum dynamischen Zentrum eines „Bay Area" genannten Großsiedlungsraumes machte.

Ein eigenes Museum

Die Feiern aus Anlaß des 50. Geburtstages der auf insgesamt 51 Pfeilern ruhenden Bay-Brücke begannen schon Anfang November mit der Eröffnung eines Museums mit Erinnerungsstücken wie einer alten Polizeiuniform, einem Nebelhorn, alten Broschüren und einer alten Brückenzollmaschine und mit einem Gedenkgottesdienst für die 29 Opfer auf Yerba Buena. „Dies ist die grandioseste Brücke der Welt, eine großartige und bildschöne Schöpfung", erklärte der Leiter des kalifornischen Verkehrsamtes, Leo J. Trombatore, bei der Gelegenheit gerührt. Den Geburtstag selbst, den 12. November, will man unter anderem mit einer Schnauferlparade über die Brücke und einem riesigen Feuerwerk feiern. (SAD)

Prozeßbeginn: Neunjährigen als Sklaven gehalten

AP, Wiesbaden

Wegen sexuellen Mißbrauchs eines Kindes, Menschenraubs, Kindesentziehung und homosexueller Handlungen muß sich seit gestern der 35 Jahre alte Adam Geist vor der Zweiten Großen Strafkammer des Landgerichts Wiesbaden verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, den neunjährigen Sascha B. aus Wiesbaden entführt, ihn 86 Tage lang „wie einen Sklaven" gefangengehalten und mißbraucht zu haben.

Die Anklagevertretung wies darauf hin, daß für den Angeklagten wegen „schwerer seelischer Abartigkeit" neben einer Freiheitsstrafe auch eine Einweisung in eine psychiatrische Anstalt in Betracht komme. Geist hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Sascha soll in dem Prozeß nicht mehr aussagen müssen.

Am 10. Januar hatte Geist den Neunjährigen, den er nach eigenen Aussagen für ein Mädchen hielt, wenige Meter vor seinem Elternhaus ergriffen und zu einem sieben Kilometer entfernten umgebauten Schaustellerwagen geschleppt, in dem der von Sozialhilfe lebende Mann wohnte. Als Motiv gab er „Einsamkeit" an. Ein- oder zweimal in der Woche habe er den Jungen zu sexuellen Handlungen aufgefordert. Wenn er die Hütte verließ, habe er den Jungen in eine 1,20 Meter lange Holzkiste gesperrt und den Deckel mit Steinen beschwert. So habe Sascha bis zu sechs Stunden ausharren müssen. Im April wurde das Kind zufällig entdeckt, als Polizisten den Angeklagten wegen einer Zechprellerei suchten.

Mit verletzten Kindern nach Hause

Irmgard Adam-Schwaetzer besucht afghanische Flüchtlingslager und Kliniken in Pakistan

WALTER H. RUEB, Peschawar

Die Besucherin aus Deutschland ist erschüttert. In den Betten liegen Kinder – verstümmelt, mit Verbrennungen, erblindet. Opfer des Krieges in Afghanistan. Die zweijährige Masooda hat eine vergrößerte Leber und Milz als Folge von Wassergenuß nach dem Einsatz chemischer Waffen durch die Sowjets. Der elfjährige Abdul Rafar aus dem Kunartal ist an Armen und Beinen gelähmt, sein Geist verwirrt, seit er bei einem russischen Angriff auf sein Dorf von Granatsplittern getroffen wurde. Die dreijährige Sabera ist durch Napalm erblindet, an Hüfte und linkem Oberschenkel verstümmelt.

Die Besucherin, Irmgard Adam-Schwaetzer, kam als Schirmherrin der „Afghanistan-Nothilfe" und als Kuratoriums-Mitglied von „Care Deutschland" nach Peschawar – in Begleitung von Medienvertretern und vier jungen Afghanen, die in deutschen Krankenhäusern meist mehrmals operiert, mit Prothesen versehen und so wiederhergestellt worden waren.

Frau Adam-Schwaetzer, sozialpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion, besuchte Flüchtlingslager und Krankenhäuser. Sie hielt sich fünf Tage in der pakistanischen Grenzstadt auf, die ganz im Zeichen des fast siebenjährigen Krieges im sowjetisch besetzten Afghanistan steht: Hunderttausende von Flüchtlingen leben in Lagern, humanitäre Organisationen unterhalten Kliniken und andere Einrichtungen, die Widerstandsorganisationen haben hier ihren Sitz und immer wieder fordern Terroranschläge Menschenleben.



Hat sich an Ort und Stelle informiert: Irmgard Adam-Schwaetzer in Pakistan FOTO: SVEN SIMON

Das Wirken von „Afghanistan-Nothilfe" und „Care" trägt Früchte. Die FDP-Abgeordnete konnte den ersten Ausbildungskurs für 51 weibliche Sanitäter eröffnen. Diese sollen nach einjähriger Schulung in Flüchtlingslagern und im Innern Afghanistans den kranken und verletzten Menschen helfen. Die Bundestagsabgeordnete war dabei, als 60 männliche Sanitäter nach Abschluß ihrer Ausbildung ihre Zeugnisse entgegennehmen konnten. Sie eröffnete auch eine mit deutschen Geldern finanzierte Klinik und überreichte einen Scheck über 50 000 Mark von „Care" zur Sicherung der humanitären Initiative.

Im Gefolge der Abgeordneten war ein junger Deutscher nach Peschawar gekommen: Der 22jährige Rettungssanitäter Ingo Antabi aus Elze bei Hannover will während eines halben Jahres ohne Lohn im Medizinischen Zentrum der Vereinigung der Mudschahedin-Ärzte arbeiten. Im Zentrum mit seinen 50 Betten gibt es jetzt auch erstmals eine Zahnarztpraxis. Sie ist mit den Geräten eines verstorbenen deutschen Zahnarztes eingerichtet. Dessen Witwe Eva Söllner schenkte sie der „Afghanistan-Nothilfe", und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bezahlte den Transport.

Die Politikerin aus Bonn ließ sich schließlich in eines der Transitlager führen, wo afghanische Flüchtlinge leben, die noch nicht registriert sind. Diesen Ärmsten der Armen wollen „Afghanistan-Nothilfe" und „Care" mit einem geplanten neuen Projekt helfen. Irmgard Adam-Schwaetzer zur WELT: „Den Nicht-Registrierten, den Kindern und vor allem den Frauen gilt meine besondere Aufmerksamkeit. Sie wurden bisher von den humanitären Organisationen vernachlässigt."

Bei ihrer Heimkehr nach Deutschland im pakistanischen Jumbo-Jet nahm die Politikerin auch vier schwerverletzte Kinder mit. Sie werden nun in Krankenhäusern der Bundesrepublik operiert.

Technische Mängel an jedem zweiten Fahrzeug

dpa, Flensburg

Mehr als die Hälfte aller Fahrzeuge weisen technische Mängel auf. Nach einer Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) wurden im ersten Halbjahr 1986 von den Überwachungsorganisationen 52,5 Prozent der Kraftfahrzeuge und Anhänger kritisiert. Im ersten Halbjahr 1985 waren es 54,5 Prozent. 33,5 Prozent wiesen dabei geringe und 18,9 Prozent sogar erhebliche Mängel auf. Über 9600 Fahrzeuge wurden aus dem Verkehr gezogen.

Wie in den Vorjahren gab es regionale Unterschiede: In Hessen waren wiederum mit 52,1 Prozent mehr Fahrzeuge als anderswo ohne Mängel. Im Saarland dagegen wurden nur 42,1 Prozent mit dem Prädikat „mängelfrei" nach Hause geschickt. Die Beanstandungen betrafen vor allem Fahrgestell und Antrieb mit knapp 30 Prozent, Lampen und Blinker mit 20,5 Prozent und Bremsen mit 19,9 Prozent.

Bombe war Staubsauger

AP, Hagen

Aus Furcht vor einem Bombenanschlag ist in Hagen ein ausgedienter Staubsauger in die Luft gesprengt worden. Eine Polizeistreife entdeckte das Gerät in der Nacht zum Sonntag vor dem Landgericht. Die Beamten sperrten die Straße und riefen Feuerwerker aus Münster zu Hilfe. Nach der Sprengung entpuppte sich das Objekt als normaler Staubsauger.

Tote bei Hindu-Prozession

rtr, Neu-Delhi

Mindestens 32 Menschen sind in der Nacht zum Montag ums Leben gekommen, als bei einer Hindu-Prozession zum Heiligtum des Gottes Rama im nordindischen Ayodhya Panik ausbrach. Eine aus Seilen bestehende Absperrung hatte nachgegeben, die Gläubigen wurden in einen Graben gedrängt. Im vergangenen Jahr wurden in Ayodhya 30 Hindus getötet, als ein Zug in eine Prozession raste.

Verletzt nach Fondue

SAD, Nancy

Ein Fondue-Essen endete am Wochenende für eine Familie im ostfranzösischen Maxeville bei Nancy im Krankenhaus. Die vier erlitten schwerste Verbrennungen, als der Vater Spiritus in den noch brennenden Kocher einschütten wollte. Die Spiritusdämpfe entzündeten sich und setzten die Kleider seiner Frau und der Töchter in Brand.

Mercedes für Gandhi

AP, Neu Delhi

König Hussein von Jordanien hat Rajiv Gandhi bei seinem Besuch im Oktober einen kugelsicheren Mercedes mitgebracht. Der indische Regierungschef saß bislang oft selbst am Steuer seines amerikanischen Geländewagens. Das deutsche Auto soll den Sicherheitsanforderungen des ständig unter Attentatsdrohungen stehenden Regierungschefs genügen.

Kinder bei Brand getötet

dpa, Marne

Bei einem Brand in einem Einfamilienhaus in Marne (Kreis Dithmarschen) sind am Montag morgen drei Kinder zwischen acht und 15 Jahren ums Leben gekommen. Das Feuer brach vor zwei Uhr in der ersten Etage aus ungeklärter Ursache aus. Großmutter, Mutter und ein dreijähriges Kind konnten gerettet werden.

ZU GUTER LETZT

„Ein kluges Mädchen heiratet nur einen Mann, der bei der Fahne (Nationale Volksarmee, Anm.d.Red.) gewesen ist: Er kann flicken, stopfen, putzen, Betten machen, ist in Erster Hilfe ausgebildet, mit wenig Geld und Freizeit zufrieden und hat gelernt, Befehle widerspruchslos auszuführen." – Aus der Sendung „Schäferstündchen" des „DDR"-Fernsehens.

